

Stenographisches Bülletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Dezember — 1921 — Décembre

Abonnement: Jährlich Fr. 10. — für die Schweiz zuzüglich Nachnahme- und Postbestellungsgebühr.
Fr. 14. — für das übrige Postvereinsgebiet.
In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 10. — (plus la finance d'abonnement par la poste ou de remboursement).
Union postale frs. 14. —.
On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Sitzung vom 6. Dezember 1921,
8½ Uhr.

Séance du 6 décembre 1921, à 8½ heures.

Vorsitz: } Hr. Klöti.
Présidence: }

1078. Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Revision des art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (régime des alcools).

(Botschaft und Beschlussesentwurf vom 26. Mai 1919 (Bundesblatt III, 396). — Message et projet d'arrêté du 26 mai 1919 (Feuille fédérale III, 597).

Eintretensfrage. — *Entrée en matière*

Gamma: Die Kommission ist einstimmig in dem Antrage, es sei in die Behandlung der Vorlage betreffend Revision der Art. 31, 32 und 32 bis (Alkoholwesen) der Bundesverfassung einzutreten.

Die Vorlage des Bundesrates, datiert vom 27. Mai 1919, ist nun über 2½ Jahre unterwegs. Es ging ihr wie schon manchem: sie ist bei den gegorenen Getränken zu lange sitzen geblieben. Es war nämlich an Hand von Zwischenentwürfen vorab zu prüfen, ob nicht auch die gegorenen Getränke der fiskalischen Behandlung zu unterwerfen seien. Im weitern liess das Finanzdepartement auf Wunsche aus der Kommission hin Entwürfe zu einem eidgenössischen Alkoholgesetz ausarbeiten, die der Kommission eine wertvolle Orientierung boten und dann auch den Verhandlungen des Departements mit den Interessentengruppen als Grundlage dienten. Man kann im allgemeinen über den Wert solcher Unterlagen, für die niemand eine Verantwortlichkeit übernehmen kann,

verschiedener Ansicht sein. In unserm Fall aber, angesichts der starken Gegenströmungen, war diese Vorsicht geboten, und es scheint, dass eine gewisse Abklärung und Annäherung auch erreicht worden ist. Möge sich nun das Wort erweisen: « Was lange währt, wird endlich gut. »

In bezug auf die Vorlage selbst liess sich die Kommission in ihrer grossen Mehrheit von den gleichen Grundgedanken leiten, welche die eidgenössische Alkoholgesetzgebung überhaupt veranlassten. Wir wollen vorab im Interesse der Volksgesundheit den Alkoholmissbrauch bekämpfen, soweit es ein notwendiges Mass von Rücksicht auf den freien Willen und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zulässt, dann aber auch den gegebenen Ansprüchen des Fiskus Geltung verschaffen. Die heutige Vorlage stellt sich als eine logische Folge der Reform von 1885 dar, welche des zeitgemässen Umbaues bedarf.

Der Gedanke, allen Alkoholgenuss fiskalisch zu belasten, ist bei uns ebenso gegeben wie in andern Staaten. Wir fangen in unserm kleinen Land an, die Staatsschulden nach Milliarden zu zählen. Die jährlichen Ausgaben des Bundes sind auf über 500 Millionen Franken gestiegen und im Volk wird über Verschwendung geklagt. Allein das Volk selbst hängt Unsummen an den Alkohol. Man berechnet heute den jährlichen Aufwand des Schweizervolkes in geistigen Getränken auf annähernd 1 Milliarde. Angesichts der sich mehrenden Aufgaben des Staates und der stetsfort wachsenden direkten Steuern ist es eine Pflicht, aus diesem Luxus eine Anzahl Millionen herauszuholen. Dabei wird ja dem Konsumenten noch die Annehmlichkeit geboten, sich bei jedem Glase oder Gläschen seines Vaterlandes zu erinnern.

Mit diesen fiskalischen Ansprüchen gehen die hygienischen und ethischen Gesichtspunkte Hand in Hand. Fiskalische Belastung bedeutet an sich schon Bekämpfung des Missbrauches und sie liefert uns auch die finanzielle Kraft zu den weitern direkten Massnahmen. Sie bleibt das gute Mittel. Das vornehme Ziel ist die Hebung des Volkswohles. Bei Ausfahrt dieser Vorlage in das Volk wird ihr das ethische Moment so notwendig sein, wie dem Schiff der Wind, der das Segel schwellt.

Wir kennen den Alkohol. Er ist uns ein anregender Freund, weil wir ihn nur verdünnt und mit der Landesväter geziemenden Vorsicht geniessen. Gerade deswegen übersehen wir vielleicht zu sehr, wie er sich durch den Missbrauch zum gefährlichen Feind des Menschengeschlechtes gemacht hat, wie er heimtückisch den Körper, den Geist, die Willens- und Schaffenskraft zerstört, ja selbst die Nachkommenschaft und den ganzen Gesellschaftskörper angreift. « Im Mass liegt alles », sagt ein Gelehrter. Und das ist ja eben das Unselige auf Erden, dass die Menschen sich zu wenig an das Mass und zu sehr an die Mass halten. Darum muss der Gesetzgeber den Alkohol als Feind behandeln. Und diese Pflicht ist heute dringlicher geworden. Je höher ein Staat Leben und Wohl seiner Bewohner einsetzt; je mehr er aufwendet, um dieses Leben zu heben und zu sichern, desto grösser ist sein Interesse, dem Alkoholmissbrauch zu begegnen.

Ueber die Verheerungen des Alkohols in der Schweiz besitzen wir leider keine genügenden statistischen Erhebungen. Immerhin stehen uns einige zwar nicht mehr neue, aber deshalb nicht weniger schwerwiegende Zahlen aus der Schweiz und dem Auslande zur Verfügung. Vor dem Kriege wurden in Frankreich bis 12, in Dänemark 17, England 30, Russland 38% der Selbstmorde auf Trunksucht zurückgeführt. Erhebungen des eidgenössischen statistischen Bureaus über die Jahre 1891 bis 1912 beziffern den Anteil des Alkohols an sämtlichen Todesfällen in der Schweiz auf durchschnittlich 10%, wobei die Männer im wertvollsten Alter, von 40 bis 50 Jahren, auffallend stark beteiligt sind. Eine Statistik der schweizerischen Irrenanstalten von 1900—1904 weist dem Alkoholismus nicht weniger als 21% aller Geistesstörungen zu. In ähnlicher unheimlicher Weise wirkt der Alkohol bei den öffentlichen Armenlasten, bei Unfällen, Ehescheidungen und Verbrechen mit. Eine schweizerische Gefängnisstatistik von 1892 beschuldigt ihn als Urheber von 42% aller Verbrechen. In Deutschland werden mehr als die Hälfte der Gelegenheitsverbrechen, namentlich des Verbrechens gegen die Person, auf seine Rechnung geschrieben.

Eine Statistik des englischen Handelsministeriums über die Jahre 1905—1909 weist der Schweiz im Verbrauch von Bier, Wein und Branntwein unter 13 Staaten im schlimmen Sinne den 4. Rang an. Bei einem Verbrauch von 11 Liter absoluten Alkohols auf den Kopf der Bevölkerung würde die Schweiz nur von den Weinländern Frankreich und Italien und von Belgien übertroffen. Liegt da ein Irrtum vor oder gar eine Verleumdung? Denken wir an die Protektion, die unser Wirtshaus durch eine falsch verstandene Gewerbefreiheit genoss, an unsere feuchtfrohliche Demokratie, an die Fremdenwirtschaft, die uns mit den feinen Schnäpsen der ganzen Welt bekannt macht, an unsere vielen Beeren und Wurzeln, denen der « beste Geist » entsteigt, und dann wird uns klar, dass die Schweiz den Ruf, eines der « nässesten » Länder der Erde zu sein, vorderhand nicht ablehnen kann.

Bei allen gesitteten Völkern hat sich der Kampf gegen den Alkoholismus verschärft. In Washington und Lausanne tagten internationale Kongresse, um über gemeinsame Kampfmittel zu beraten. Eines derselben wird die internationale Zentralstelle sein,

welche am Sitz des Völkerbundes eingerichtet werden soll. Schon vor einiger Zeit sind einige nordische Staaten, Kanada, Finnland, Norwegen und Dänemark, bis zu radikalen Verboten vorgeschritten. Schweden hat die Rationierung. Neuestens haben uns die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit einem allgemeinen Verbot der geistigen Getränke, Belgien mit einem Schnapsverbot überrascht. Warum wohl griffen diese Länder zu den für uns fast unverständlichen Massnahmen? Weil sie die enormen Verluste, die der Alkohol ihrer Volkskraft beibrachte, erkannten, und weil sich die Mittel, ihn wirksam einzuschränken, nicht finden wollten. Daraus ergibt sich für das Schweizervolk und seine Vertreter eine grosse Lehre: Wenn die wirtschaftliche Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit behauptet und doch der Boden der Freiheit im Alkoholgenuss nicht verlassen werden will, dann muss der Kampf gegen den Missbrauch viel ernster genommen, mit mehr Ziel und Beharrlichkeit geführt werden.

Die Alkoholgegner und Mässigkeitbestrebungen der Schweiz haben zur gegenwärtigen Vorlage Stellung genommen. Es sind der Kommission aus allen Teilen des Landes gegen 100 Eingaben zugekommen, so von der schweizerischen Aerztekommision, dem Verband der Irrenärzte, von Krankenkassen, Vereinen für Hebung der Sittlichkeit, für soziale Hilfe, Kinder- und Frauenschutz. Die schweizerische Zentralstelle für Bekämpfung des Alkoholismus in Lausanne hat eine bemerkenswerte Broschüre herausgegeben, betitelt: Die Revision der schweizerischen Alkoholgesetzgebung. Diese Kundgebungen alle lassen sich in folgende Forderungen zusammenfassen: Aufhebung der freien Brennerien und Unterwerfung aller gebrannten Wasser unter die Bundesgesetzgebung, Alkoholfünftel statt Alkoholzehntel. Erhöhung der Verkaufsgrenze für den Grosshandel mit gegorenen Getränken bis auf 40 Liter. Erhebung einer kräftigen Biersteuer, Erteilung des Rechtes an die Gemeinden, den Alkoholausschank ganz oder teilweise zu untersagen.

Von besonderer Wichtigkeit sind die erste und letzte dieser Forderungen. Die erste, Unterstellung aller gebrannten Wasser unter die Bundesgesetzgebung, wird in der Vorlage festgelegt. In andern Punkten wird Entgegenkommen gezeigt. Abgelehnt ist dagegen das Gemeindebestimmungsrecht, das inzwischen in der Volksinitiative auf die gebrannten Wasser eingeschränkt worden ist. Die Mehrheit der Kommission konnte sich nicht entschliessen, Ihnen Mittel und Wege zu empfehlen, welche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum turbulenteren Kampf und schliesslich zur Prohibition geführt haben. Die Kommissionsmehrheit verkennt die Alkoholgefahr nicht. Sie hofft aber, dass durch Aufklärungsarbeit und geeignete staatliche Massnahmen, insbesondere auch durch die freiwillige Tätigkeit der Mässigkeitsvereine, absolute Verbote vermieden werden können.

Dieser Standpunkt befriedigt die Alkoholgegner nicht. Ich fühle trotzdem die Pflicht, der gesamten freiwilligen Betätigung in Bekämpfung des Alkoholismus an dieser Stelle Dank und Anerkennung zu zollen. Die Verbindungen, welche durch Wort und Schrift und Beispiel die tief eingewurzelten Trinksitten durchbrachen — die opferwilligen Frauen und Männer, welche die wertvollen alkoholfreien Kost-

gelegenheiten eingerichtet haben — die Gründer und Gönner der Heil- und Rettungsanstalten für die Opfer des Alkohols, sie alle haben sich um das Wohl des Volkes und Staates grosse Verdienste erworben. Wir schulden ihnen fort und fort unsere Unterstützung in Wort und Tat.

Ich komme nun auf die Vorlage zu sprechen, und zwar vorab auf das, was nicht drin ist. Nicht drin ist die Besteuerung der gegorenen Getränke, und das bedarf einiger Begründung. Denn in weiten Kreisen wird eine kräftige Getränkesteuer verlangt. Schon aus fiskalischen Gründen — das Projekt versprach eine Jahreseinnahme von 12 Millionen — aber auch aus ethischen Gründen! Die gegorenen Getränke sind eben nicht so unschuldig, wie sie gemeinlich gemeint sind. Most enthält doch bis 8, Wein bis 10 Volumenprocente Alkohol, und dem schwächern Bier wird nachgesagt, dass das Glas dem Gläschen rufe. Der schweizerische Kongress für Industrie und Handel, der vor einem Jahr in Bern tagte, hat die kategorische Forderung aufgestellt, dass vorab der « grossmächtige Suff » zur Tragung der Staatslasten heranzuziehen sei. Ein Referent erklärte unter Beifall: « Wenn man es fertig gebracht hat, jedem das Vermögen und Einkommen nachzurechnen, so wird man wohl auch einem Fass Wein beikommen können. » Allein der Bundesrat und die Kommission sind hier auf Hindernisse gestossen, die heute nicht zu überwinden sind.

Gegen eine Weinsteuer erhob sich die Vertretung des Weingebietes, gegen eine Moststeuer mit gleicher Entschiedenheit die des Mostgebietes. Man sprach von einer Doppelbesteuerung, die eintrete, wenn neben den gebrannten Abfällen der Traube und des Obstes auch noch das gegorene Produkt belastet werde. Diese Doppelbesteuerung wäre meines Erachtens nicht vorhanden. Die Steuerobjekte sind verschieden, und da eine Wein- bzw. Moststeuer auf den Konsumenten läge, wären es auch die Steuerobjekte. Eines aber müssen wir dem Widerstande der Bauern zubilligen: Es hiesse den Bogen doch stark spannen, wenn der Bund die Hand auf ihre bisher privilegierten gebrannten Wasser und in gleichem Zuge auf ihre gegorenen Produkte legen wollte. Zu dieser Erwägung gesellen sich grosse steuertechnische Schwierigkeiten, beim Wein so sehr, dass der Entwurf auf eine Katastersteuer hinauslief. Und da sagten die Vertreter des Weinbaues: « Wie sonderbar! Der Bund gibt viel Geld aus für die Hebung des Weinbaues, und nun will er das Weinareal besteuern! » — Die Herren von der Industrie werden nun einsehen, dass dem « Weinfass » gar nicht so leicht beizukommen ist, und vom Most ist zu sagen, dass er nur in zwei Staaten einer Abgabe unterworfen wird.

Auf die Biersteuer, die etwa 8 Millionen hätte einbringen sollen, hat die Kommission sehr ungerne verzichtet. Die Bauernsamer hält auch nach dem Fallenlassen der Moststeuer an der Biersteuer fest. Sie sagt: wenn der Bund die Steuerfreiheit unserer gebrannten Eigenprodukte aufhebt, können wir doch nicht zugeben, dass das meist aus fremden Produkten hergestellte Bier, unsere Konkurrenz, frei ausgeht. Allein die Bauernsamer sollte sich vor allem sagen, dass Schnaps und Bier zwei sehr verschiedene Tränklein sind, und sie darf sich den abstimmungstechnischen Bedenken nicht verschliessen, welche schon die Kommission für die Volksversicherung veranlasst haben, die Biersteuer als Finanzierungsmittel abzu-

lehnen. Würde etwa dem weniger beteiligten Klein- oder Bergbauer die Annahme der Vorlage durch eine Biersteuer leichter gemacht? Kann der Bürger annehmen, dass eine Besteuerung des vierprozentigen Bieres notwendig und gerecht sei, wenn die zehnprozentige Flasche Wein unbelastet bleibt? Gäbe nicht gerade die Biersteuer wieder Anlass zu den bekannten Klagen gegen die indirekten Steuern? Die Antwort auf alle diese Fragen ist die: wir dürfen den Wagen nur mit dem Notwendigsten beladen, denn sein Weg ist ohnehin unsicher. Uebrigens soll nicht ausgeschlossen sein, dass der Effekt einer Biersteuer, die eigentlich eine Malzsteuer wäre, auf anderem Wege erreicht werden kann.

So beschränkt sich denn die Vorlage in der Hauptsache auf die gebrannten Wasser, die sie alle der Gesetzgebung des Bundes unterwirft. Sie trifft da den Kern der Alkoholfrage. Die Kommissionsmehrheit ist mit dem Bundesrat darin einig, dass der Schritt notwendig, gross und des Kampfes würdig sei. Ob die fiskalische Belastung auf dem Wege der Ausdehnung des Monopols oder durch blosse Besteuerung erfolgt, darüber wird das Ausführungsgesetz entscheiden. Dieses Gesetz kann heute nicht Gegenstand der Diskussion sein. Die bezüglichlichen Vorentwürfe und Besprechungen in Konferenzen und in der Kommission gestatten jedoch einige Feststellungen von Wichtigkeit: Von einem Monopol in dem Sinne, dass der Bund den Betrieb an Stelle der Privatbrennereien übernimmt, kann keine Rede sein. Der Ausweg zeigt sich in einer Konzessionierung der Betriebe. Die befürchtete Vermehrung des Bundespersonals ist dadurch ausgeschlossen. Für die Werte, welche der Bund beanspruchen müsste, wird Ersatz geboten. In den Kommissionsanträgen ist zudem die Verwertung der einheimischen Brennerei-Rohstoffe zu « angemessenen Preisen » zugesichert. Unter diesen Umständen darf die Bauernsamer, die sich mit Recht die beste Kraft des Landes nennt, diesem notwendigen Sanierungswerke nicht in den Weg treten.

Wer die Sanierung auf dem vorgeschlagenen Wege nicht will, arbeitet für das Schnapsverbot. Die Zustände sind unhaltbar geworden. Die Chemie ist auf dem Gebiete des Alkohols ebenso erfolgreich wie auf dem Schlachtfelde. Immer tauchen neue Sprite und Schnäpse auf. Wir wissen, dass da und dort im Schweizerlande der Bauer den Tagelöhner noch mit Schnaps auszahlt, dass Gesundheit und Arbeitskraft in vielen Tälern schwer unter dem Schwarzkaffee-krug und der Schnapsflasche leiden. Ich habe wiederholt mit eigenen Augen gesehen, wie ganze Trupps Soldaten im Wirtshause ausschliesslich Schnaps aus dem Weinglase tranken. Und vielerorts ist der Morgenschnaps — auf Waffenplätzen früher auch Instruktoreschnaps genannt — noch sehr im Gebrauch. « Morgenstund hat Schnaps im Mund! »

Die offiziellen Verbrauchsziffern möchten uns beruhigen. Nach einer Aufstellung von Direktor Milliet wäre der Verbrauch an Branntweinen, im Gegensatz zu den andern geistigen Getränken, seit 1884 beständig zurückgegangen, und zwar bis auf 50%. Allein, diese Ziffer ist trügerisch, weil der freie Branntwein sich einer genauen Kontrolle entzieht. Im Jahre 1885 musste, um das Alkoholmonopol zu erreichen, das Brennen von Wein, Obst und deren Abfällen, von Enzianwurzeln, Wachholderbeeren und ähnlichen Stoffen freigegeben werden und dieses

Privileg hat sich nun zur eigentlichen Gefahr ausgewachsen. Wir zählen heute in der Schweiz zirka 35,000 freie Schnapsbrennereien und diese Zahl ist beständig im Wachsen. Was das bedeutet, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Vor einiger Zeit schrieb die Preisberichtsstelle des schweizerischen Bauernverbandes, das Schweizervolk habe im Jahre 1919 für monopolfreie Branntweine und Spirituosen 45 Millionen, für Import- und Monopolbranntweine 66 Millionen Franken ausgegeben. Wenn wir nun die Quantität an die Stelle der Kostensumme setzen — die monopolfreie Ware ist viel billiger als die Import- und Monopolware — so ergibt sich, dass der Verbrauch von monopolfreiem Branntwein stärker ist als der Verbrauch von Import- und Monopolware zusammen. Die eidgenössische Alkoholverwaltung berichtet, ihr Verbrauch sei im Jahre 1919 gegenüber dem Vorjahre um 40% zurückgegangen und gehe immer noch zurück. Indessen ist der freie Branntwein zeitweilig im Preis bis auf 2 Fr. per Liter gesunken. Aus diesen Tatsachen geht mit aller Deutlichkeit hervor, dass das Alkoholmonopol durch die Konkurrenz der freien Privatbrennerei direkt bedroht wird. Die Regel ist von der Ausnahme geschlagen. Die Reform von 1885 kann ihren Zweck nicht mehr erreichen.

Man wird dagegen einwenden wollen, das könne sich durch schlechte Obstjahre oder bessere Absatzgelegenheit für unser Obst im Ausland wieder ändern. Alle Wahrscheinlichkeit spricht gegen diese Annahme. Der Aufschwung der Obstzucht ist noch lange nicht abgeschlossen. Nach der Meinung erfahrener Obstzüchter werden Missjahre seltener vorkommen, weil der Obstbaum durch die bessere Pflege widerstandsfähiger geworden. Für alle, welche die wirtschaftlichen Nachteile, die Unzulänglichkeit und das drakonische Wesen der strikten Verbote erkennen, ist daher der Weg ein gegebener: Kampf gegen den Alkoholismus durch Erweiterung der Befugnisse der Kantone, Beseitigung der gefährlichen Privilegien, Vermehrung der finanziellen Kampfmittel und Verteuerung des Branntweingenusses im fiskalischen Interesse. Dieser Verteuerung wird natürlich wieder « das Gläschen des armen Mannes » entgegenreten. Allein die Verteuerung bringt uns einen Teil der Mittel, um dem armen Manne in der Sozialversicherung Besseres zu bieten als das Gläschen, das ihn vielleicht arm gemacht hat.

Das Alkoholmonopol hat den Kantonen seit 1887 volle 200 Millionen eingebracht; sie sind auf diese Einnahmequelle mehr als je angewiesen. Nun hat sich auch der Bund als Teilhaber gemeldet und das war, wie die Verhältnisse liegen, nicht abzuweisen. Die Botschaft des Bundesrates erwartet eine Jahreseinnahme von 13½ Millionen Franken. Die Kommission aber verlangt, dass die Verteuerung verbrauchsmindernd wirke und schätzt den Ertrag auf 20 bis 25 Millionen Franken. Es sollte ganze Arbeit geleistet und nicht wieder ein neues Loch ins Geschirr gebohrt werden.

Ich schliesse, indem ich die Kommissionsanträge, denen sich auch der Bundesrat anschliessen dürfte, zur Annahme empfehle. Verbote lehnen wir ab. Es gibt ein frohes Lied, das mit den Worten beginnt: « Die Weinlein, die da fliessen, die soll man trinken. » Wer dieses Lied von Herzen gesungen, der weiss, dass der Alkohol auch eine Sonnenseite hat. Und zu unserem Volke dürfen wir das Vertrauen haben, das es

verständlich und fähig sei, sich zu beherrschen. Allein der Missbrauch drängt sich einem Teil des Volkes mit Macht auf und wir haben die Pflicht, ihm zu begegnen. Die Kommission hofft, es werde sich hier im Rate und auch draussen im Volke die nötige Wärme und Begeisterung finden, um die Sonderinteressen niederzuhalten und den Geboten des allgemeinen Wohles Geltung zu verschaffen.

M. de Dardel, rapporteur de la majorité de la commission: Monsieur le président et Messieurs, dispensez-moi — je serai déjà suffisamment long — de remonter aux origines du monopole de l'alcool, de faire, en guise de préambule, la préhistoire du projet d'arrêté constitutionnel que vous allez discuter. Son histoire parlementaire, en revanche, doit être relatée.

Le message du Conseil fédéral concernant la revision de l'art. 32 bis (régime des alcools) et, par corrélation, de l'art. 31 de la constitution fédérale est daté du 27 mai 1919. Il vise la suppression de la libre distillation des produits du sol encore au bénéfice de cette disposition de l'art. 32 bis: « La distillation du vin, des fruits à noyaux ou à pépins et de leurs déchets, des racines de gentiane, des baies de genièvre et d'autres matières analogues est exceptée des prescriptions fédérales concernant la fabrication et l'impôt. » En d'autres termes, le Conseil fédéral réclame l'extension aux eaux-de-vie de fruits, du monopole de l'alcool ou plus exactement des compétences législatives de la Confédération, aujourd'hui limitées aux eaux-de-vie de pommes de terre et aux eaux-de-vie de grains.

La commission chargée de vous rapporter cette affaire a siégé pour la première fois au mois d'août 1919. Elle était présidée par M. Chuard et avait désigné M. le conseiller national Obrecht en qualité de rapporteur de langue allemande. Le résultat de ses délibérations fit l'objet de propositions provisoires datées du 25 septembre. On décida de les transmettre purement et simplement à la législature qui allait sortir des élections générales de 1919.

Après les élections, notre président, M. Chuard, et un autre de nos collègues, M. Musy, furent appelés au gouvernement; d'autres ne faisaient plus partie de la Chambre ou demandèrent à être remplacés. Le bureau du Conseil national combla les vides et choisit pour nous présider un membre nouveau de la commission, M. Gamma. Ainsi reconstituée, la commission se mit à l'œuvre en janvier 1920, mais à la demande de M. le chef du Département des finances, elle interrompit ses travaux jusqu'au mois de novembre époque où elle arrêta un texte qu'elle avait quelque apparence de raison de croire définitif, car l'on semblait à ce moment-là désireux, du côté du Conseil fédéral de le faire discuter dans la session de décembre 1920.

Ce n'était, si j'ose dire, qu'une velléité. M. le chef du Département des finances avait convoqué entre temps, dans le courant de l'été, une réunion d'experts pour examiner dans son ensemble la question de l'imposition des boissons alcooliques. Cette conférence a été confondue à tort avec notre commission. Si je ne me trompe, un seul de nos membres en faisait partie, M. le conseiller national Naine. Ses procès-verbaux nous ont été communiqués et nous avons pu constater que le principe de l'extension du monopole de l'alcool aux eaux-de-vie de fruits y avait rencontré un accueil plutôt sympathique. Sauf

erreur, cette conférence d'experts ou une autre analogue a siégé encore au mois de mai de cette année. Nous n'avons pas été au courant de ses travaux.

A la fin d'une de nos séances de novembre, l'idée avait été émise qu'il conviendrait peut-être d'élaborer la loi d'application du nouvel article constitutionnel avant que celui-ci fût discuté par les Chambres. Aucun vote n'est intervenu à ce sujet au sein de notre commission. C'était une simple suggestion. M. le chef du Département des finances l'a jugée opportune. Répondant à son désir, notre collègue, M. le conseiller national Tanner d'abord, M. le professeur Milliet, directeur de la régie des alcools, ensuite, entreprirent la préparation de cette œuvre législative avant la lettre. Le projet de M. le directeur Milliet passa en premier lieu, à titre purement consultatif, devant la délégation des alcools de l'Assemblée fédérale, puis il fut soumis à une nouvelle commission d'experts ou plutôt d'intéressés, convoquée à Bulle les 17 et 18 août dernier.

Les procès-verbaux de cette conférence n'ont pas été portés à notre connaissance. Mais nous avons été informés qu'une majorité s'y était mise d'accord sur le projet Milliet, moyennant d'importantes modifications. Ce projet modifié nous a été distribué; il a fait l'objet d'un échange de vues dans notre commission, réunie à Berne le 29 août; mais nous n'avions pas à le discuter article par article ni à prendre des votes concernant les dispositions qu'il renferme. Evitons toute confusion et tout malentendu. Dans cette affaire, il n'y a pas eu travail en commun, il y a eu travail parallèle accompli séparément par deux organes distincts, l'un préparant un arrêté constitutionnel, l'autre posant des normes qui pourraient être utilisées pour la législation future. Nous rapportons le projet de révision constitutionnelle, non le projet de loi d'application. Le projet de loi n'a pas été élaboré par nous; il est l'œuvre de M. le directeur Milliet et d'une commission extra-parlementaire; il n'est pas incorporé à la revision constitutionnelle. C'est un simple projet d'orientation sans aucun caractère définitif. Ce qu'on peut dire, c'est qu'il serait possible de construire une loi semblable sur la base de la revision projetée; mais à mon avis sa valeur est purement documentaire.

Pour compléter l'historique de notre projet, je dois mentionner encore un incident assez curieux. Le 27 septembre 1920, le Conseil fédéral a pris, sur rapport et sur proposition de M. le chef du Département de l'économie publique, la décision que voici:

« L'office de l'alimentation est chargé d'étudier, de concert avec les Départements de l'économie publique et des finances, la question de l'extension du monopole de l'alcool aux alcools non encore monopolisés, ainsi que celle de l'introduction d'un monopole de la benzine et d'autres carburants pour moteurs, ce dernier principalement au point de vue de la création des stocks nécessaires au ravitaillement du pays. »

M. le chef du Département de l'économie publique et les autres membres du Conseil fédéral présents à la séance du 27 septembre 1920 avaient-ils oublié que l'extension du monopole aux alcools non encore monopolisés faisait déjà l'objet d'une étude, que les Chambres en étaient saisies et qu'une commission du Conseil national en avait délibéré, de concert avec M. le chef du Département des finances et avec M. le

directeur de la régie des alcools? La décision du Conseil fédéral est-elle due à d'autres causes, ignorées des profanes? Votre commission n'était pas chargée d'éclaircir ce petit mystère; elle n'avait pas à s'en préoccuper ni à attendre l'intervention de M. le directeur de l'Office de l'alimentation. A plusieurs d'entre nous la corrélation établie par la décision que je viens de citer entre l'extension du monopole de l'alcool et l'institution du monopole de la benzine n'a pas paru des plus heureuses.

Comme je l'ai dit, nous croyions avoir arrêté déjà en novembre 1920 le texte définitif de nos propositions, mais M. le chef du Département des finances nous a demandé d'y apporter des changements, soit pour préciser davantage certains termes, soit pour répondre à des desiderata exprimés à Bulle, soit dans un but fiscal. Nous avons débattu ces différentes questions, ainsi que des amendements de plusieurs de nos collègues, dans une laborieuse session tenue à Berne du 29 au 31 août. Le résultat de ces longues délibérations est maintenant entre vos mains.

En vue d'améliorer l'aspect architectural des dispositions constitutionnelles relatives à l'alcool, il nous a paru logique de transférer à l'art. 31 les prescriptions sur le commerce des boissons fermentées. D'autre part, le texte actuel de l'art. 32 qui a trait aux droits d'entrée cantonaux n'a plus de raison d'être, on peut le supprimer. Nous proposons de le remplacer par les dispositions concernant les alcools distillés incluses aujourd'hui dans l'art. 32 bis. Par contre, le fameux art. 32 ter qui porte interdiction de l'absinthe deviendrait l'art. 32 bis. Nous croyons avoir ainsi simplifié et ordonné mieux cette partie singulièrement touffue et broussailleuse de la constitution.

Le Conseil fédéral aurait voulu saisir cette occasion d'abroger le régime dit des deux litres pour la vente à l'emporté des boissons fermentées, régime dont on se plaint beaucoup, aussi bien du côté des cafetiers, qui y voient une concurrence, que du côté des hygiénistes et des adversaires de l'alcool. Ces derniers le considèrent comme une facilité de plus donnée à l'ivrognerie et font ressortir que l'augmentation énorme de la consommation des boissons fermentées que l'on constate dans notre pays depuis l'établissement du monopole de l'alcool est aussi un danger.

Ce danger n'est pas contestable. La consommation du vin et du cidre et surtout celle de la bière ont progressé d'une manière considérable. Calculée en alcool absolu la moyenne annuelle de la consommation en boissons spiritueuses fermentées et distillées qui était de 14,23 litres par tête de population pendant la période de 1880 à 1884 a passé à 15,13 litres par tête pendant la période 1893 à 1912. Elle n'a certainement pas diminué depuis dix ans. On a calculé que pendant la guerre notre pays a consommé annuellement pour 785 millions de francs de spiritueux. Lorsque, dans la Suisse orientale, des paysans ingurgitent par jour une demi-douzaine de litres de cidre ou lorsque, dans les cantons welches, à l'époque du labour, des vigneron ne se contentent pas à moins de 6 à 8 litres de piquette, ils se portent à eux-mêmes et ils portent à leur descendance un préjudice évident. Cependant je garde pour mon compte la conviction que l'usage modéré du vin et du cidre n'est pas nuisible. Le vin et le cidre n'exercent pas les mêmes ravages que le schnaps. Pris modérément, le vin en particulier met un peu de soleil dans l'existence et il n'affaiblit pas

la race. Bien au contraire il contribue à y entretenir une gaîté, une joie de vivre, un idéal qui font défaut peut-être dans les Etats entièrement secs, dans les Etats affairistes de l'Amérique du Nord où le dieu dollar tend à occuper toute la place.

L'abrogation pure et simple du régime des deux litres aurait pour conséquence la remise aux cantons du soin de fixer la limite de la vente en gros et de la vente en détail. Les uns se montreraient larges et les autres sévères. Il en résulterait une bigarrure peu favorable à la lutte contre l'alcoolisme. Comme moyen terme, le Conseil fédéral proposait subsidiairement d'élever la limite de la vente à pot renversé de deux à dix litres, tandis que les sociétés anti-alcooliques voudraient l'élever à 40 litres.

Votre commission s'était ralliée d'abord, non sans hésitations, au système des 10 litres, malgré les résultats peu encourageants de la votation fédérale du 25 octobre 1913, où ce système a été repoussé par 228,094 voix contre 156,777 et par 21 cantons contre 4. En fin de compte la majorité de la commission a jugé qu'il serait inopportun de joindre dans le même arrêté deux réformes distinctes, l'une concernant les boissons fermentées, l'autre les boissons distillées. Avec le Conseil fédéral et avec les organisations de combat contre l'alcoolisme, nous reconnaissons que le status quo présente des inconvénients; mais à vouloir faire d'une pierre deux coups ou tirer deux lièvres à la fois, on risque de manquer le but. L'aggravation du régime en vigueur susciterait une vive opposition dans les agglomérations urbaines et parmi les ouvriers. Si cette opposition liait partie avec celle que l'extension du monopole aux eaux-de-vie de fruits provoquera dans d'autres milieux, il est à craindre que l'on n'obtienne rien du tout. Partisans de la lutte contre l'alcoolisme et persuadés qu'en ce domaine il faut faire une politique de réalisations, nous demandons que l'on n'entreprenne pas trop à la fois, que l'on série les questions et que l'on ne sacrifie pas le principal, je ne dirai pas à l'accessoire, mais à une réforme qui nous paraît à ce moment-ci d'une urgence moins immédiate. A chaque jour suffit son œuvre.

Le transfert à l'art. 31 de la disposition relative aux deux litres, contenue aujourd'hui au 2^e alinéa de l'art. 32 bis, changera cependant quelque peu l'état de chose existant, parce qu'il soumettra au contrôle et à la surveillance des cantons la vente à l'exporté des boissons fermentées d'une manière plus réelle et plus efficace. Ceci ressort de la comparaison des textes. Nous aurons l'occasion d'y revenir dans la discussion des articles de l'arrêté.

Au début de nos délibérations, il a été proposé d'associer l'impôt sur la bière à l'extension du monopole de l'alcool. On pensait faire avaler plus aisément aux agriculteurs la suppression du privilège des bouilleurs de crû, s'ils avaient la satisfaction de pouvoir se dire que les buveurs de bière étaient frappés en même temps. Cet essai d'entente cordiale a paru impraticable. En fait, il n'aurait eu d'autre résultat que de créer une nouvelle catégorie d'adversaires à l'extension du monopole.

Dans un autre ordre d'idées, notre vénéré collègue, M. le Landammann Ming, apôtre de l'abstinence, eût désiré que l'on ajoutât à l'extension du monopole la réforme connue sous le nom d'option locale, c'est-à-dire l'autonomie communale en matière de vente de l'alcool. Pour les motifs que j'ai indiqués déjà,

nous envisageons qu'il serait fâcheux d'accoupler des questions distinctes. A tort ou à raison, l'option locale est regardée comme un acheminement à la prohibition totale des boissons alcooliques et le peuple suisse ne veut sûrement pas de la prohibition, malgré l'exemple de l'Amérique et peut-être à cause de l'exemple de l'Amérique. Du reste les sociétés anti-alcooliques ont lancé avec succès un mouvement d'initiative populaire en faveur de l'option locale. Les électeurs auront ainsi l'occasion de se prononcer sur ce principe. Il est à noter que le texte de la demande d'initiative va moins loin que l'amendement de M. le Dr. Ming.

Le projet d'extension du monopole de l'alcool nous met en face d'une réforme assez profonde et assez essentielle pour mériter d'être traitée seule, à part, sans qu'on y mêle d'autres objets, intéressants eux aussi, mais qui doivent attendre leur tour. Cette réforme a un côté fiscal d'une importance considérable; elle a surtout un côté moral que M. le conseiller fédéral Musy a caractérisé par une phrase revenue à plusieurs reprises dans ses discours ici et ailleurs: « Il faut sortir l'alambic de la ferme. »

De 1903 à 1912 la consommation moyenne des boissons distillées monopolisées s'est élevée annuellement en Suisse à 74,800 hectolitres, de 1914 à 1916 la production de la distillerie libre a atteint en moyenne plus du tiers de cette quantité, soit 27,556 hectolitres. Ce chiffre est bien inférieur à la réalité pour les années 1917 à 1919 où la récolte de fruits a été abondante et l'écoulement du cidre difficile. Dès cette période la distillerie libre commence à tenir en échec la distillerie officielle; aujourd'hui elle la déborde et elle la submerge. On s'en rendra compte par le fait qu'en 1920 la régie des alcools n'a eu besoin pour satisfaire sa clientèle que de 18,537 hectolitres d'alcool potable (à 100 degrés). Pendant la période 1909 à 1913 la régie livrait en moyenne à la consommation 68,663 hectolitres d'alcool de bouche; pendant la période 1915 à 1919 elle en livrait encore 47,919 hectolitres. La diminution en 1920 est de 29,382 hectolitres par rapport à cette dernière moyenne. Aujourd'hui nous ne vendons plus en un an ce que nous vendions naguère en un mois. Les évaluations de la régie pour 1921 donnent comme marchandises vendues ou estampillées par l'administration des alcools 14,000 hectolitres d'alcool de bouche seulement, tandis que la distillerie libre fournirait 72,000 hectolitres (64,000 hectolitres d'alcool de fruits à cidre et 8000 hectolitres d'alcool de marcs de raisins, de cerises et autres fruits à noyaux, de racines de gentiane, de baies de genièvre, etc.). En 1916 il n'y avait dans notre pays que 730 communes sur un total de 3012 qui ne possédaient pas de distillerie. Le nombre des appareils de distilleries fixes et ambulantes était de 30,800. Pour la campagne de 1920 à 1921, sur les 50 distilleries concessionnées par la régie des alcools, 19 ont renoncé à la concession pour passer à la distillerie libre.

Ce développement excessif de la distillerie libre est dû en partie à des causes accidentelles; aux circonstances de guerre; mais il provient surtout des vastes plantations d'arbres à cidre maintenant en pleine productivité qui ont été faites depuis une trentaine d'années. Il fausse l'application du monopole et rend illusoire les résultats que l'on voulait obtenir en l'établissant. Le secrétariat anti-alcoo-

lique à Lausanne insiste sur ce point dans ses publications. Il était entendu que l'alcool devait coûter cher pour que la consommation diminuât; mais la cherté de l'alcool fédéral pousse le consommateur à se procurer à meilleur compte des eaux-de-vie de fruits qu'il préfère à l'alcool de pommes de terre et qu'il a d'ailleurs une tendance assez naturelle à croire de qualité plus franche, puisqu'au lieu de sortir d'un entrepôt officiel, elles arrivent toujours directement, pense-t-il, de la ferme du producteur. Les buveurs d'alcool sont parfois remplis de fantaisie et l'illusion féconde habite dans leur sein. Quoiqu'il en soit, la situation est devenue intenable pour la régie.

En outre, la pullulation des petites distilleries met en danger permanent le bien-être physique et moral des paysans. Beaucoup de campagnards distillent bon an mal an une centaine de litres d'eau-de-vie qu'ils réservent à leur usage personnel. M. le Dr. Laur a reconnu sans ambages que l'interdiction de distiller serait un service rendu aux agriculteurs.

Il faut sortir l'alambic de la ferme et pour cela nous ne voyons pas, actuellement du moins, une autre mesure réalisable que l'extension du monopole, sinon à toutes les eaux-de-vie qui en ont été exceptées jusqu'à présent, du moins aux eaux-de-vie que la distillerie libre produit le plus.

A condition bien entendu que la loi d'application ne soit pas d'une acceptation trop difficile pour l'ensemble du peuple. D'après les procès-verbaux de la conférence d'experts de l'été 1920, les milieux agricoles eussent préféré alors l'imposition au monopole. Le projet d'arrêté laisse la porte ouverte à cette éventualité; mais déjà dans son message le Conseil fédéral ne cache pas son intention d'étendre le monopole aux eaux-de-vie de fruits les plus importantes par la quantité, à celles qui proviennent de la distillation des pommes, des poires et de leurs déchets. Elles entrent pour 18,957 hectolitres dans la production totale de 27,556 hectolitres d'eaux-de-vie non monopolisées indiquée pour la période 1914 à 1916. Les autres, les eaux-de-vie de fruits à noyaux, de marcs de raisins, de vin et de lies de vin, de gentiane, de genièvre et autres spécialités alcooliques très appréciées de certains groupes d'amateurs représentent seulement un total de 8599 hectolitres pour le même laps d'années. Les évaluations très approximatives et données sous toutes réserves de la régie des alcools indiquent que cette production d'eaux-de-vie fines serait plutôt en voie de diminution, tandis que la production d'eaux-de-vie de fruits à cidre et de leurs déchets atteindrait maintenant, comme je l'ai dit il y a un instant, le chiffre formidable de 64,000 hectolitres. Il faut ajouter d'ailleurs que ce chiffre dû à des circonstances exceptionnellement favorables ne saurait être admis du moins à l'heure actuelle, comme une moyenne pour les années futures.

Le message du Conseil fédéral expose et l'avant-projet de loi d'application adopté à Bulle confirme que les eaux-de-vie fines ne seraient pas comprises dans le monopole. Les fabricants seraient soumis à un droit de fabrication et les distilleries seraient placées sous le contrôle de l'Etat. De même le privilège des bouilleurs de crû serait maintenu pour les dites espèces d'eaux-de-vie, aussi sous le contrôle de l'Etat et moyennant paiement d'un droit de fabrication. L'autorisation de distiller accordée aux bouilleurs de crû irait jusqu'à 300 litres, quantité qui me

semble exagérée. Pour les eaux-de-vie de marcs de raisins et de lies de vin l'avant-projet de Bulle laisse le choix aux distillateurs entre le monopole et l'imposition. MM. Obrecht, Chamorel et d'autres de nos collègues ont présenté un amendement tendant à énumérer dans l'article constitutionnel les sortes d'eaux-de-vie qui seraient exclues du monopole; la majorité tout en étant d'accord sur le fond a préféré une mention générale; j'ignore si notre collègue Obrecht l'a jugée suffisante. En tous cas M. Chamorel a repris l'amendement Obrecht en y ajoutant la mention des eaux-de-vie de marcs de raisins et de lies de vin. Nous reparlerons de cette question au moment de la discussion des articles.

Les décisions prises à Bulle par la commission d'experts ont déterminé M. le chef du Département des finances à nous proposer l'adjonction à l'art. 32 d'un alinéa stipulant que, sauf pour les spécialités (lisez eaux-de-vie fines), qui ne peuvent être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondante, l'importation n'est autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins. Cette adjonction que je n'ai pu me résoudre à voter et au sujet de laquelle je formule encore des réserves, est destinée à tranquiliser les producteurs. L'entente du Département des finances et des agriculteurs s'est en effet réalisée à Bulle sur cette base que la Confédération garantirait aux agriculteurs l'utilisation non pas d'une partie, mais de tous leurs produits d'arbres à cidre. Il en résulterait une surproduction d'alcool potable dont il faudra dénaturer une partie. Comme d'autre part la Confédération s'engage à ne grever d'aucune charge les alcools dénaturés employés à des usages industriels et domestiques, ainsi qu'il est dit dans l'art. 32 bis actuel et au 5^e alinéa du nouvel art. 32, elle devra vendre à bon marché de la marchandise qu'elle aura payé cher. Le Département des finances évaluait d'abord à 5 millions de francs la perte causée par cette opération, mais de nouveaux calculs l'ont conduit à penser que son sacrifice serait seulement de fr. 2,200,000. A première vue il semble qu'il y ait contradiction entre le privilège qu'on donne à la production nationale et la nécessité d'acheter à l'étranger de l'alcool bon marché pour diminuer la perte de la régie. Plus la production indigène se développera, plus les achats à l'étranger diminueront et plus la perte de l'administration s'accroîtra. La régie compte se rattraper en vendant très cher l'alcool de bouche pour en diminuer la consommation dans la plus forte mesure possible.

Je dois dire qu'à première vue cette combinaison ne me paraît pas d'une solidité à toute épreuve; j'ai peur que, sous le faix des charges si lourdes qui incombent à la Confédération, le Conseil fédéral n'arrive par une pente irrésistible à proposer aux Chambres d'augmenter d'urgence, sous un prétexte ou sous un autre, le prix de l'alcool dénaturé qu'il a l'intention de vendre à perte. N'est-il pas à craindre également que les agriculteurs, assurés de tirer un bon parti de leurs fruits à pépins, grâce au monopole, et protégés en outre par des interdictions d'importation dont le projet de Bulle prévoit la possibilité, n'exagèrent la production déjà extrêmement forte d'eaux-de-vie de fruits en réduisant la production du cidre et aussi la vente des fruits qui deviendraient toujours plus chers. Enfin, si la fabrication de l'alcool synthétique, sortie aujourd'hui du domaine de la théorie, entrait davantage dans celui de la pratique, notre pays risquerait

d'être inondé d'alcool potable ou industriel au delà de sa puissance de consommation.

Le projet de Bulle maintient par contre le contingentement des pommes de terre destinées à la distillation, avec tendance à le réduire. Du côté du Conseil fédéral on envisage que la pomme de terre, aliment essentiel, devrait être mangée et non distillée. On arriverait à en restreindre l'emploi comme matière distillable par le moyen d'interdictions d'importation et en faisant payer au besoin à la régie des alcools les frais de transport des pommes de terre indigènes dans les grandes villes qui consomment le plus volontiers des pommes de terre étrangères. Je ne crois pas que la perspective de telles mesures aurait pour effet d'augmenter beaucoup la popularité de la loi. Les consommateurs redouteraient une majoration du prix des pommes de terre; les agriculteurs regretteraient les résidus de la distillation de ces tubercules qui forment un aliment précieux pour le bétail.

Reconnaissons cependant qu'il est assez extraordinaire que la Confédération doive acheter de l'alcool de pommes de terre qui lui revient à fr. 200 l'hectolitre, alors qu'elle pourrait se procurer de l'alcool étranger à 60 fr. ou même à 50 fr. l'hectolitre. L'an dernier on a distillé en Suisse 1350 wagons de pommes de terre livrées à raison de 13 fr. le quintal métrique. L'alcool qu'elles ont produit a coûté 220 fr. l'hectolitre. Par contre la Suisse a importé 1350 wagons de pommes de terre pour la consommation du pays. N'eût-il pas mieux valu ne rien importer et acheter de l'alcool étranger à 60 fr. l'hectolitre. Il y a eu là une perte ou plutôt un manque à gagner qu'il faut attribuer à une fausse manœuvre des autorités compétentes.

Il est inutile d'entrer plus avant dans l'économie d'un avant-projet de loi dont le but louable est à la fois de donner à la Confédération la maîtrise du marché de l'alcool et de conjurer l'opposition des paysans, mais qui manifestement n'est pas au point. S'il était présenté aux électeurs dans sa teneur actuelle, il donnerait lieu à une discussion très âpre devant le pays.

Nous ne discutons pas à présent des mesures d'application plus ou moins étudiées et plus ou moins heureuses, nous discutons la question de principe. A ce point de vue et toutes réserves faites au sujet de l'adjonction que j'ai critiquée et de la loi qui pourrait être élaborée ensuite, le projet d'arrêté constitutionnel me semble recommandable. Pour antipathiques que me soient personnellement les monopoles et les étatisations, j'estime que, dans le cas particulier, le Conseil fédéral a raison de préférer le monopole à l'imposition des eaux-de-vie de fruits à cidre. L'imposition serait une mesure malaisée, à cause de la multitude des distilleries et de la petitesse de la plupart d'entre elles; une mesure tracassière qui nécessiterait une foule de rats de cave; une mesure inefficace, puisqu'elle laisserait intact le privilège des bouilleurs de crû. Le remède à la floraison inquiétante des distilleries libres, c'est de substituer aux exploitations domestiques des établissements de moyenne importance répartis sur tout le territoire et auxquels nos agriculteurs vendront leurs produits à des prix rémunérateurs. Il serait peu pratique d'avoir pour nos eaux-de-vie de grande production deux régimes différents, suivant qu'elles proviennent de substances farineuses ou de fruits à cidre. La diffé-

rence de régime s'explique en revanche pour des quantités relativement minimales comme celles que produit la distillation des fruits à noyaux, et à titre exceptionnel.

Je remarque aussi que le monopole de l'alcool n'a pas accru dans une forte proportion la bureaucratie fédérale. Son personnel actuel ne dépasse pas un effectif de 60 fonctionnaires et ouvriers. Il dépendra du pouvoir exécutif qu'à l'avenir ce chiffre modeste ne progresse pas d'une manière anormale. Au point de vue de la lutte contre l'alcoolisme le monopole a donné somme toute des résultats encourageants. Pendant la période de 1892 à 1912 la consommation des boissons distillées a baissé d'environ 3 litres par tête de population, si on la compare à la consommation de la période de 1880 à 1884. Le monopole est un instrument très imparfait sans doute, mais cependant assez utile; il a fait ses preuves comme moyen de compression d'une industrie nocive. Cette considération fondamentale me permet de me rallier à un système que je réprouve, lorsqu'on cherche à y enfermer d'autres domaines de l'économie nationale.

L'imposition ne répond pas à ce qui doit être le but essentiel de la réforme: La disparition des petites distilleries, l'abolition de ce privilège des bouilleurs de crû qui est un des agents propagateurs les plus actifs de l'alcoolisme. Il est certain aussi que si l'on regarde à l'intérêt du fisc, le monopole est d'un rendement meilleur. Ce côté de la question n'est pas celui qui importe le plus à mon sens, mais il n'est pas négligeable à un moment où la Confédération, les cantons et les communes font flèche de tout bois pour se procurer les ressources nécessaires non seulement à des œuvres sociales, mais à la couverture des déficits angossants de leurs budgets ordinaires.

Le projet du Conseil fédéral prévoyait originairement pour le monopole étendu aux eaux-de-vie de fruits un rendement de 13,500,000 fr. basé sur une consommation de 60,000 hectolitres seulement d'alcool de bouche. Les trois cinquièmes de cette somme auraient été répartis aux cantons; la Confédération en aurait gardé deux cinquièmes; elle aurait obtenu ainsi 5,400,000 fr. et les cantons auraient reçu 8,600,000 fr., soit un peu plus de la somme qui leur a été versée ces dernières années sous le régime actuel. Pendant la période décennale 1903 à 1912, les cantons ont reçu en moyenne 6,704,000 fr. Depuis 1918 la répartition annuelle aux cantons a été de 7,530,246 fr., soit 2 fr. par tête de population.

Les nouveaux calculs du Département des finances dont nous avons été informés récemment évaluent maintenant le produit du monopole étendu au double à peu près des chiffres indiqués par le message, soit à 25 millions de francs.

Cette estimation sommaire est basée sur les données suivantes:

Vente d'alcool potable: 70,000 hectolitres (au lieu de 60,000 hectolitres indiqués au message) avec un bénéfice moyen de 400 fr. soit 28,000,000 fr.; finance de monopole et droit de fabrication 11,000 hectolitres à 425 fr. en moyenne soit 4,675,000 fr., soit un total de recettes brutes de 32,675,000 fr.

Il faut diminuer cette somme des frais généraux par 1,700,000 fr. et des dépenses diverses par 600,000 fr. soit 2,300,000 fr., reste 30,375,000 fr. A déduire encore les drawbacks à l'exportation 6000 hectolitres à 530 fr. en chiffres ronds soit 3,175,000 fr. Le

bénéfice est ainsi réduit à 27,200,000 fr. dont il faut retrancher enfin le sacrifice permettant de vendre 56,000 hectolitres d'alcool dénaturé à un prix établi sur la base du coût de la marchandise importée soit 2,200,000 fr. Le rendement net total serait ainsi ramené au chiffre que j'ai indiqué il y a un instant, c'est-à-dire à 25,000,000 fr.

Dans ces conditions l'appétit de la Confédération s'est accru; elle réclame le 50% des recettes nettes du monopole garantissant toutefois aux cantons un minimum de 2 fr. par tête de population.

La régie des alcools, administrée jusqu'ici par des fonctionnaires fédéraux, mais dans l'intérêt exclusif des cantons serait donc administrée à l'avenir dans l'intérêt de la Confédération et des cantons, la première se proposant de prélever pour elle la moitié du gâteau; elle aurait ainsi des motifs qui lui font défaut aujourd'hui de désirer l'augmentation des recettes.

Le projet du Conseil fédéral prévoyait qu'un cinquième et non plus un dixième comme à présent de la part des cantons serait employé à la lutte contre l'alcoolisme. Le Conseil fédéral aurait désiré ensuite que le quart de ce cinquième pût être retenu par la Confédération en faveur d'œuvres luttant contre l'alcoolisme dans toute l'étendue du pays. Après une discussion assez vive la majorité de la commission s'est prononcée pour l'affectation de 15% de la part de recettes attribuée aux cantons à la lutte contre l'alcoolisme, à savoir en majeure partie contre les causes de l'alcoolisme; la Confédération devra employer aux mêmes fins 5% de sa part. Si l'on se base sur le produit net de 25 millions escompté par le Département des finances, la lutte contre l'alcoolisme bénéficiera au total d'un million 875,000 fr. sur la part des cantons et de 625,000 fr. sur la part de la Confédération.

D'après le projet du Conseil fédéral, l'assurance vieillesse, invalidité et des survivants devait recevoir la totalité de la part de la Confédération. La majorité de la commission a préféré élargir le cadre des œuvres auxquelles le produit du monopole pourra être destiné en disant « assurances sociales » au lieu « d'assurance vieillesse, invalidité et des survivants ». Je ne veux pas anticiper sur le débat qui se produira à ce propos lors de la discussion des articles. Dans l'opinion de plusieurs membres de la commission, l'assignation des recettes d'un monopole ou d'un impôt à des buts spéciaux est une erreur économique, mais le courant qu'on a créé dans le pays au sujet de l'emploi du bénéfice de l'alcool est si fort qu'il serait difficile de le remonter.

L'art. 32 sera discuté, je suppose, par alinéas, de sorte qu'il sera possible de parler avec plus de détails des questions spéciales que soulève le texte adopté.

La révision qui vous est proposée accorde à la Confédération la maîtrise à peu près absolue du marché de l'alcool dont les exceptions statuées en 1886 l'ont dépouillée de plus en plus. Elle permettra de hausser à volonté les prix des spiritueux distillés et d'amener une diminution de la consommation que le message se fondant sur les expériences faites estime à un tiers. Les sociétés et les citoyens qui luttent contre l'alcoolisme recevront ainsi une aide réelle dans leurs efforts pour l'extirpation d'un mal qui détruirait la santé physique et morale et tarirait la sève nourricière de la nation suisse, si on le laissait davantage s'aggraver. En un mot la révision projetée

continue l'œuvre commencée par l'établissement du monopole actuel et poursuivie plus tard par l'interdiction de l'absinthe.

Dans ces sentiments et dans cet espoir, j'ai l'honneur de vous recommander à mon tour le vote de l'entrée en matière, au nom de la majorité de la commission.

Jenny (Bern): Die geplante Ausdehnung der Alkoholgesetzgebung auf diejenigen Gebiete, die heute dem Monopole nicht unterstellt sind, hat in den obst- und weinbautreibenden Gegenden unseres Landes eine grosse Beunruhigung hervorgerufen und bereits einen starken Widerstand ausgelöst. Die Ausdehnung des Alkoholmonopols auf die sogenannten Tresterbranntweine wird bei der Art der Veranlagung finanziell eine wesentliche Erschwerung der Stellung der Landwirtschaft bedeuten und die obstbautreibenden Bezirke unseres Landes befürchten mit Recht eine neue Belastung des Feldobstbaues, der in seinem grossen Teile auf die Verwertung durch die Mostfabrikation angewiesen ist. Sie sagen sich deshalb, soll die Mosterei nicht ernstlich gefährdet werden, so muss auch dasjenige Konkurrenzprodukt einer Besteuerung unterzogen werden, das dem Obstwein die grösste Konkurrenz bereitet, das Bier. Ohne Besteuerung des Bieres keine Ausdehnung des Alkoholmonopols, das war die Losung dieser Kreise. Der schweizerische Bauernverband hat sich veranlasst gesehen, zu dieser für die Landwirtschaft hochwichtigen Frage Stellung zu nehmen. Er hat dies getan in verschiedenen Eingaben, die an die zuständigen Organe gemacht worden sind und die zustimmend lauteten in bezug auf die Begehren der obst- und weinbautreibenden Gegenden unseres Landes. In der Vorlage ist die Besteuerung des Bieres aufgenommen worden. Wir werden nun sehen, wie die Vorlage im übrigen den Begehren der Landwirtschaft Rechnung zu tragen sucht.

Der neue Verfassungsartikel über die Fabrikation, die Einfuhr und den Verkauf von gebrannten Wassern steht im Zeichen der Beschränkung des Branntweinkonsums, eine Tendenz, die auch der Sprechende in vollem Masse unterstützen möchte. Der Bund hat erstmals im Jahre 1886 auf dem Gebiete des Alkoholwesens legiferiert. Auch damals schon im Jahre 1886 war der Gesichtspunkt der Einschränkung des Branntweinkonsums der begleitende. Das Hauptübel erblickte man damals in der Kartoffelbrennerei, in der Brennerei der Mehlf Früchte. Diese Brennereien wurden monopolisiert, um den Branntwein aus den Bauernhäusern zu entfernen. In dieser Richtung war die Wirkung eine gute, der Zweck wurde erreicht. Der Landwirtschaft, die nun durch die Ausführung des Alkoholmonopols einen wertvollen Betriebszweig preisgeben musste, wurden Konzessionen gemacht in der Weise, dass ein Viertel des Landesbedarfes aus inländischen Produkten hergestellt werden durfte, durch die sogenannten Bauern- oder Konzessionsbrennereien. Was die finanziellen Erträge des Monopols anbelangt, so kamen dieselben den Kantonen zu. Das war das Alkoholmonopol. Heute soll nun das gesamte Gebiet der Fabrikation, der Einfuhr, des Verkaufes von gebrannten Wassern der Bundesgesetzgebung unterstellt werden. Es hat sich herausgestellt, wie das aus den Voten der beiden Vorredner

hervorgegangen ist, dass die monopolfreie Brennerei unter der Wirkung des beschränkten Branntweinmonopoles gross geworden ist und dass sie die Weiterexistenz des Monopoles geradezu in Frage stellt, dass sie die Auswirkung der drei leitenden Gesichtspunkte, unter denen seinerzeit das Alkoholmonopol erlassen wurde: die Beschränkung des Branntweingenusses, die fiskalischen Erträgnisse für die Kantone und die sogenannte Berücksichtigung der Landwirtschaft illusorisch machen. Je mehr das Alkoholamt die Verkaufspreise erhöhte, desto rentabler gestaltete sich der Betrieb der monopolfreien Brennereien aus Obst- und Weinabfällen und andern Früchten. Dazu gesellte sich, dass der Obstbau in den letzten Jahrzehnten dank der Tätigkeit der landwirtschaftlichen und Obstbauvereine mächtig gefördert worden ist. Damit ging Hand in Hand die Förderung der Mostfabrikation, welche namentlich durch die ins Leben gerufenen grossen Mostereigenossenschaften in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Die Verwertung der Abfälle aus dieser Mostfabrikation, die früher bedeutungslos waren, ist nun eine wesentliche geworden. Unter dem Schutze des Monopolsprites, der im Preis immer gesteigert wurde, wurde diese Fabrikation gefördert und damit das Monopol einigermassen lahmgelegt. Der Branntwein, den man seinerzeit durch das Monopol von 1886 aus den Bauernhäusern entfernt hatte, wird nun in anderer Weise wieder in diese Bauernhäuser hineingetragen durch die Verbreitung der monopolfreien Brennereien, und von diesem Gesichtspunkte aus war es durchaus gegeben und naheliegend, dass der Bund nach Mittem suchte, um diesen Mißständen entgegenzutreten, und dass an eine Neuordnung der Alkoholgesetzgebung herangetreten werden musste. Die Landwirtschaft hat, wie bereits eingangs erwähnt, der Revision der Alkoholgesetzgebung nicht gerufen. Sie steht derselben skeptisch gegenüber, und sie verlangt, wie bereits erwähnt, dass neben der Belastung des Feldobstbaues auch sein Konkurrent, das Bier, der Besteuerung unterzogen werde. In den Kreisen der Landwirtschaft war man überhaupt etwas misstrauisch gestützt auf die Erfahrungen, die mit dem bestehenden Alkoholmonopol in Hinsicht auf die sogenannte Berücksichtigung der Landwirtschaft gemacht worden sind. Es muss bei diesem Anlass hier festgestellt werden, dass die Erwartungen, die man seinerzeit seitens der Landwirtschaft an die Alkoholgesetzgebung knüpfte, sich nicht erfüllten, und dass in der Ausführung des Alkoholmonopols den Bauern bittere Enttäuschungen nicht erspart geblieben sind. Man sagte sich deshalb in landwirtschaftlichen Kreisen, mit einem blossen allgemein geltenden Verfassungsartikel ist uns nicht geholfen, wir müssen wissen, wie die Ausführung des Alkoholgesetzes gedacht ist. Hier muss nun gesagt werden, dass man in anerkannter Weise diesem Begehren der Landwirtschaft entsprochen und mit dem Verfassungsartikel auch den Entwurf für die Alkoholgesetzgebung ausgearbeitet hat, damit man sich nun ein Bild machen kann, wie diese Erweiterung der Alkoholgesetzgebung in technischer Beziehung durchgeführt werden soll. Es muss gesagt werden, dass hier eine Lösung gefunden worden ist, die eine gewisse Beruhigung in den obstbautreibenden Kreisen hervorzurufen in der Lage sein wird. Wenn auch in der Ausführung noch verschiedene Schwierigkeiten sich ergeben werden, so

möchte der Sprechende hier zur Vorlage doch seine Zustimmung geben, obschon er sich nicht verhehlt, dass er damit noch keineswegs die Zustimmung der landwirtschaftlichen und speziell der obstbautreibenden Kreise gewonnen hat. Denn man darf nie aus dem Auge verlieren, dass der Bauer, der mühsam seine Produkte dem Erdboden abringt, es bitter empfinden muss, wenn er über die Verwertung seiner Erzeugnisse nicht frei verfügen darf, wenn er immer mehr in seiner Aktionsfreiheit eingeschränkt ist, wenn er den Zwangsvorschriften des Staates unterstellt wird, wenn er beispielsweise seine Kartoffeln in guten Jahren, wenn grosse Ueberschüsse vorhanden sind, nicht nach seinem Ermessen verarbeiten kann, wenn er die Abfälle der Mostfabrikation, die nun eine grosse Bedeutung erlangt hat, ebenfalls nicht verarbeiten kann, und wenn er anderseits sehen muss, dass trotzdem grosse Quantitäten Branntwein ins Land hereingeführt werden.

Im neuen Verfassungsartikel ist nun der Grundsatz aufgestellt, dass die Verwertung einheimischer Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen gesichert werden soll. Das ist nun ein Grundsatz, der sich hören lässt und den wir als volkswirtschaftlich durchaus richtig und gerechtfertigt anerkennen. Neben den Rohstoffen für die bestehende Monopolbrennerei, den Kartoffeln, kommen hier nun in Frage die Abfälle der Most- und Weinfabrikation und andere Früchte. Diese Lösung wird geeignet sein, die Opposition der obst- und weinbautreibenden Gegenden einigermassen abzuschwächen und versöhnend zu wirken. Dieser gesunde volkswirtschaftliche Grundsatz, der hier im Verfassungsartikel niedergelegt ist, dass zuerst die Ueberschüsse der einheimischen Produktion verwertet werden sollen und erst nachher mit der Einfuhr begonnen werden soll, halte ich für durchaus richtig und den bestehenden Verhältnissen angepasst. Dies wird aber nur dann durchführbar sein, wenn der Bund die gesamte Branntweinfabrikation in der Hand hat, sei es in dieser oder jener Form, wenn er infolgedessen den Verkaufspreis des Sprites, des Branntweines nach seinem Ermessen festlegen kann. Die grosse Schwierigkeit liegt in der Durchführung dieses Grundsatzes. Es würde naheliegen, wenn er versuchen würde, eine ähnliche Organisation für die Verwertung der Obst- und Traubentrester zu schaffen, wie das beispielsweise bei dem bisherigen Alkoholmonopol der Fall gewesen ist: Aufhebung der unzähligen — es ist Ihnen soeben gesagt worden, 35,000 — kleinen Hausbrennereien und Schaffung von Konzessionsbrennereien, seien es feststehende, seien es fahrbare Brennereien. Damit wäre es möglich, wie das beim Alkoholmonopol geschehen ist, den Branntwein aus den Bauernhäusern herauszubringen. Allein, dieser Idealzustand kann nun nicht mit einem Schlage erreicht werden. Die Verhältnisse sind hier so verschiedenartig, dass eine Schablone nicht anwendbar ist und sich nicht durchführen lässt, da wir grosse Gegenden haben, namentlich Gebirgsgegenden, abgelegene Höfe usw., die nicht dem Monopol unterstellt werden können, die jedenfalls in bisheriger Weise dem Betriebe überlassen werden müssen.

So hat man nun eine Form gefunden, die, wenn sie auch nicht den Idealzustand, den ich angeführt habe, erreicht, so doch demselben ziemlich nahe kommt.

Wir schaffen nun nach diesem Gesetzesentwurfe, insofern er später in Wirksamkeit tritt, zweierlei Brennereien, einmal solche mit Ablieferungszwang, wie das heute bei der Kartoffelbrennerei der Fall ist, und sodann Brennereien mit Besteuerungszwang. Zu den ersten gehören die Brennereien der Mostereigenossenschaften oder grössere Privatbrennereien und die fahrbaren Brennereien, wie sich dieselben in den Gemeinden eingelebt haben. Diese würden für den Bund arbeiten, und damit wäre die Hauptproduktion der Obstbranntweine bereits dem Bauernhause entzogen. Was nun die verschiedenen Spezialitäten anbelangt, musste man sich sagen, dass der Bund nicht den Handelsmann machen könne in bezug auf Branntwein aus Kirschen, Pflaumen usw., sondern dass wir das besser der Privatbrennerei überlassen, die dann der Besteuerung unterworfen werden soll. Auf Details will ich hier nicht eingehen.

Im Verfassungsartikel ist der inländischen Brennerei keine Schranke gezogen. Im Entwurf des Gesetzes ist die Kartoffelbranntweinfabrikation, d. h. die bisherige Monopolbrennerei, limitiert, und zwar in der Weise, dass die Höchstproduktion 0,6 bis 0,7 Liter auf den Kopf der Bevölkerung nicht überschreiten darf. Das hat zur Folge, dass in bezug auf die Fabrikation von Monopolsprit eine Reduktion eintritt von etwa 5000 Hektolitern, dass also die heutige Produktion von 30,000 Hektolitern, die nach dem Gesetze garantiert ist, auf 25,000 Hektoliter reduziert würde. Der übrige Branntwein ist nicht limitiert. Man kann sagen, dass hier eine weitgehende Berücksichtigung der Obstproduzenten vorliege.

Es wird Gelegenheit gegeben sein, bei Anlass der Behandlung des Gesetzes die Sache näher zu ordnen. Aber ich glaube, es wäre nicht zweckmässig, hier zu limitieren und in den Kontingenten bereits genaue Bestimmungen aufzunehmen. Wir wissen nicht, wie sich die künftige Landwirtschaft in der Schweiz gestalten wird. Wir haben darüber absolut keinen sichern Anhaltspunkt. Wir wissen nicht, ob die Landwirtschaft, wie sie sich vor dem Kriege in der Schweiz nach und nach eingelebt hat, wieder aufgenommen werden kann mit den Hauptbetriebszweigen Milchwirtschaft und Viehzucht und mit der Exportmöglichkeit von Vieh, Molkereiprodukten, Obst usw. Es kann auch der Fall eintreten, dass der Export die bisherige Ausdehnung nicht mehr erlangen wird, dass wir in dieser Beziehung Schwierigkeiten haben werden und gezwungen sein werden, die Produktionsrichtung der Landwirtschaft anders zu ordnen, in der Weise nämlich, dass das Hauptgewicht auf diejenigen Hauptbetriebszweige gelegt wird, die speziell für das Inland selbst arbeiten: Getreidebau, Kartoffelbau, Gemüsebau usw. Wenn das der Fall sein sollte, dann muss dafür gesorgt werden, dass die grossen Ueberschüsse die Jahr für Jahr an Kartoffeln eintreten werden, natürlich auch verarbeitet werden können.

Eine Frage, die für mich nicht abgeklärt ist, ist die finanzielle. Ich möchte allerdings die Sorge für die Erträge dem Departementschef selbst überlassen. Der Bund verpflichtet sich, den Kantonen die Hälfte der Einnahmen zu überweisen, wobei der Kostenanteil der Einwohner mit nicht weniger als 2 Fr. bezahlt werden soll. Das macht in runden Summen 8 Millionen Franken für die Kantone, 8 Millionen Fran-

ken für den Bund, insgesamt 16 Millionen Franken. Es gibt zwei Faktoren, die das finanzielle Erträgnis beeinflussen. Da ist einmal der Preis. Je höher der Preis bei gleichem Konsum steht, desto mehr Einnahmen. Allein es gibt auch hier eine Grenze, und wenn diese Grenze überschritten wird, so haben wir die gegenteilige Wirkung, dass der Konsum abnimmt und infolgedessen auch die Einnahmen des Bundes abnehmen müssen. Wir haben Beispiele aus der letzten Zeit bei den Eisenbahnen, die auch glaubten, man könne die Tarife beliebig erhöhen und die dann die Erfahrung machten, dass vom finanziellen Standpunkt aus die Grenze überschritten war. In zweiter Linie kommt in Frage das Verhältnis der Inlandfabrikation zur Einfuhr von Sprit. Je grösser das Kontingent ist, das dem Inland reserviert bleibt, desto kleiner wird das finanzielle Ergebnis sein, indem wir aus Erfahrung wissen — und das wird auch in Zukunft jedenfalls so bleiben —, dass der ausländische Sprit billiger zu stehen kommt als der inländische. Im weitern ist auch bekannt, dass eine Bewegung im Gange ist, die dahin zielt, den Branntwein überhaupt abzuschaffen. Wenn auch vorderhand die Initiative nur vorsieht, dass die Abschaffung des Branntweingenusses den Gemeinden vorbehalten werden soll, so ist doch nicht ausgeschlossen, dass die Bewegung weiter geht, und wenn es dazu kommt, dass die Totalabschaffung beschlossen würde, so würde natürlich einmal das finanzielle Erträgnis ausfallen und die Landwirtschaft in hohem Masse geschädigt werden.

Das sind einige Bemerkungen zu der Vorlage. Wenn ich derselben zustimme, so geschieht es in der Erkenntnis, dass in der Alkoholfrage etwas geschehen muss, und in der Erkenntnis, dass die Lösung in der Erweiterung der Alkoholgesetzgebung gefunden wird. Dabei darf ich die Hoffnung aussprechen, dass die endgültige Ausarbeitung des Alkoholgesetzes sich so gestalten und dass namentlich die Ausführung des Gesetzes so gehandhabt werde, dass der Bauer vor Enttäuschungen bewahrt bleibe. Wenn man dem Bauer seine Handlungsfreiheit immer mehr einschränkt, wenn man ihm verbietet, seine Erzeugnisse nach seinem Ermessen zu verwerten, wenn man den Bauer zwingt, unter den Zwangsvorschriften des Bundes zu arbeiten, so erwächst dem Staate die Pflicht, für eine angemessene Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion und damit für eine angemessene Bezahlung seiner Arbeit besorgt zu sein. Mit diesem Vorbehalte möchte ich ebenfalls Eintreten empfehlen.

Tanner: Nach den allgemeinen Darlegungen der beiden Herren Berichterstatter möchte ich in Weiterentwicklung der Ausführungen von Herrn Nationalrat Jenny namentlich auf die technischen Seiten der Frage, die uns hier beschäftigt, hinweisen. Diese technischen Seiten scheinen mir von besonderer Wichtigkeit zu sein. Der bisherige Verfassungsartikel hatte die Kartoffelbrennerei monopolisiert. Die Kartoffelproduzenten beklagten sich während der ganzen Dauer dieses Alkoholmonopols über die geringe Verwertung der Kartoffeln. Andererseits ist aber zuzugeden, dass das gesteckte Ziel erreicht worden ist. Die Gegenden, die früher von der Schnapspest heimgesucht worden sind, gehören jetzt zu den blühendsten des ganzen Schweizerlandes.

Heute stehen wir vor einer neuen Entwicklung. Diese Entwicklung ist hervorgerufen worden durch die gewaltige Ausdehnung der Obstproduktion. Wir ernten heute, was in den letzten 30 Jahren gesät worden ist, als allgemein in der Landwirtschaft nach der Lehre gehandelt wurde: «Hast einen Raum, pflanz einen Baum und pflege sein, er bringt dir's ein!» Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich die Meinung vertrete, dass wir erst am Anfang einer gewaltigen Steigerung der Obstproduktion stehen und die nächsten 30 Jahre wahrscheinlich noch mindestens eine Verdoppelung des gegenwärtigen Ertragnisses bringen werden, ja bringen müssen, wenn wir alle die Obstkulturen, die angelegt sind, aber noch nicht im Ertrag stehen, in Rechnung stellen. Dazu kommt weiter, dass sich die Ausfuhr vermindert hat. Bei den heutigen Valutaverhältnissen ist es für den schweizerischen Obstbau unmöglich, grosse Quantitäten auszuführen. Es dürfte allgemein bekannt sein, dass vor dem Kriege und auch während des Krieges besonders aus der Ostschweiz gewaltige Mengen von Obst, aber auch von Most, nach Deutschland, insbesondere nach Stuttgart, gegangen sind. Weiter ist zu beachten, dass wir heute vor einer gewaltigen technischen Vervollkommnung der Obstbrennerei stehen. Es werden zurzeit an einigen Orten grosse, modern eingerichtete Obstbrennereien eingerichtet, die gewaltige Mengen von Schnaps produzieren. Aber nicht nur von Schnaps, sondern — was für das Alkoholmonopol von ganz besonderer Bedeutung ist — auch von Sprit, von hochgradigem Alkohol. Weiter ist wichtig, zu wissen, dass heute nicht mehr bloss nur Abfälle gebrannt werden, sondern dass auch Obst und Most gebrannt wird. Wenn ich nur eine Zahl nenne, werden Sie erkennen, welchen Umfang diese Brennerei angenommen hat. In der Ostschweiz gibt es eine Brennerei, die in den letzten Monaten 1400 Eisenbahnwagen Most gebrannt hat. Man mag diese Erscheinung beklagen, man mag sich dazu stellen wie man will, aber eines ist sicher, dass diese Entwicklung geeignet ist, alles Erreichte in Frage zu stellen, und zwar auch den Ertrag des Monopols. Der Geschäftsbericht der Alkoholverwaltung zeigt, dass die Alkoholverwaltung heute in einem ganzen Jahr nicht einmal mehr soviel verkauft, wie in normalen Zeiten in einem einzigen Monat von ihr verkauft worden ist. Wenn das Ertragnis gleichwohl noch einigermassen ein befriedigendes war, so ist das lediglich dem Umstande zuzuschreiben, dass zu sehr hohen Preisen verkauft worden ist. Auf die Dauer lässt sich diese Preisgestaltung nicht halten.

Durch die Entwicklung der Obstbrennerei ist in weiten Gebieten tatsächlich eine neue Schnapspest und Schnapsgefahr entstanden. Ich möchte diese Gebiete hier nicht nennen, sie sind ja allgemein bekannt. Aber mir scheint, es müsse richtig gestellt werden, was von Herrn Kommissionsreferent Gamma in einem Punkt ausgeführt worden ist. Herr Gamma hat gesagt, dass beim Militär die Gefahr der Verseuchung durch den Schnaps eine besonders grosse sei. Es mag sein, dass die Truppe einzelner Gegenden der Schweiz, wenn sie frei ist, dem Schnaps frönt; aber Tatsache ist, dass im Dienst zielbewusst gegen den Schnaps gearbeitet wird. Ich möchte, gestützt auf gründliche Erfahrung in diesen Dingen, sagen, dass es gerade die Offiziere sind, welche es sich angelegen sein lassen, mit aller Macht gegen den Schnaps

einzuschreiten. Gerade dieser Kampf gegen den Schnaps ist sehr oft die wahre Ursache, um Offiziere aus andern Gründen anzuklagen. Aber den Ausdruck muss ich zurückweisen, wenn vom «Instruktoren-schnaps» gesprochen worden ist. Das mag seine Geltung gehabt haben zu der Zeit, als Herr Gamma und die Herren seines Alters in Militärdienst machten, und die alten Neapolitaner noch die Koryphäen unseres Instruktorenkorps darstellten. Heute ist das nicht mehr der Fall. Ich möchte vielmehr feststellen, dass das jüngere Instruktorenpersonal sich durch eine grosse Enthaltbarkeit im Alkoholgenuss auszeichnet.

Die neuen Artikel der Bundesverfassung, die zur Diskussion stehen, bringen das Gesetzgebungsrecht des Bundes für alle gebrannten Wasser. Ursprünglich war von der Landwirtschaft die Losung ausgegeben worden: «Keine Ausdehnung des Alkoholmonopols ohne Biersteuer!» Ich stehe nicht mehr auf diesem Boden. Dagegen möchte ich um die Erklärung des Bundesrates bitten, dass die Biersteuer zu gegebener Zeit mit einer allgemeinen Trinkumsatzsteuer oder für sich allein dem Schweizervolke zur Entscheidung unterbreitet werden soll. Es wird dies für die Durchführung der Kampagne zugunsten der Verfassungsartikel eine ganz besondere Bedeutung haben.

Der neue Art. 31, wie er uns vorliegt, stellt ein weitgehendes Verständigungswerk dar. Es wird bei der Einzelberatung darauf zurückzukommen sein. Eine Weile drohte aus den Bestimmungen grosser Konflikt und starke Opposition gegen die ganze Materie zu erwachsen. Sie konnten durch Entgegenkommen von allen Seiten behoben werden.

In Art. 32 ist unter anderem vorgesehen, dass die Spezialitäten gesondert zu behandeln sind. Es wird gut sein, wenn diese Spezialitäten genannt werden. Herr Chamorel hat einen dahingehenden Antrag eingebracht. Die praktische Ausführung der Verfassungsartikel erfordert eine gesonderte Behandlung dieser Spezialitäten ohne weiteres.

Besonders feststellen möchte ich hier die Tatsache, dass die Einfuhr inskünftig lediglich für die Deckung des Mankos bestimmt ist, das die inländische Produktion nicht zu liefern vermag. Herr Jenny hat in seinen Darstellungen die Begründung für die Richtigkeit dieser Ordnung gegeben. Ich kann deshalb hier darauf verzichten.

Wie sind indessen die Bestimmungen, welche die Preisfrage berühren? Sie sind wichtig für alle Produzenten; sie sind aber namentlich auch wichtig für die Erzielung einer Verbrauchsverminderung. Auf den ersten Blick mag es scheinen, dass die Aufgabe unlösbar ist. Herr Jenny hat einige Zweifel geäussert. Es darf aber festgestellt werden, dass das Ziel durchaus erreichbar ist. Ich werde mir erlauben, später noch auf einige Einzelheiten hinzuweisen. Die Verteilung des Reingewinnes sichert sodann den Kantonen ihren Anteil. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren hat die Ordnung, wie sie vorgesehen ist, besprochen, und glaubt, ihr zustimmen zu dürfen. Der Anteil des Bundes ist zur Förderung der Sozialversicherung zu verwenden.

Meine Herren! Bei der Beratung des Verfassungsartikels haben sich ganz ausserordentliche Schwierigkeiten ergeben. Für einige Zeit schien es, als ob das Ziel gar nicht erreicht werden könnte. Namentlich zeigten sich stetsfort technische Fragen der Ausführung,

die nicht lösbar schienen. Die Schwierigkeiten wurden dann aber gemeistert dadurch, dass parallel zum Verfassungsartikel auch das Ausführungsgesetz ausgearbeitet worden ist. Bei der Ausarbeitung des Ausführungsgesetzes haben sich die Wege für die Ausführung gefunden und alle Differenzen, die sich der Fassung des Verfassungsartikels am Anfang entgegenstellten, konnten behoben werden. Es liegen eine ganze Reihe von Entwürfen vor; der letzte datiert vom 23. August 1921. Ich werde mir erlauben, auf die wichtigsten Punkte dieses Entwurfes hinzuweisen, da sie als ein wesentlicher Bestandteil der zur Beratung stehenden Materie zu betrachten sind. Ich muss mich freilich auf summarische Bemerkungen beschränken.

Der Entwurf will folgende Hauptzwecke erfüllen. Er möchte erstens einmal die Verminderung des Trinkverbrauches erreichen. Zur Verwirklichung dieses Zieles sind folgende Mittel bestimmt: Zunächst ein hoher Abgabepreis der Alkoholverwaltung für den dem Ablieferungszwange unterworfenen Alkohol, dann eine entsprechende Festsetzung der Monopolgebührentarife für Qualitätsspirit, weiter die Erhebung von angemessenen Fabrikationssteuern auf den dem Steuerzwange unterliegenden Branntweinen, ferner der Reinigungszwang für den durch die Alkoholverwaltung in den Verkehr gebrachten Alkohol, weiter die sukzessive Verringerung der Zahl der Brennereien durch Einführung eines allgemeinen Konzessionssystems; durch Zurückhaltung in der Zulassung neuer Betriebe, durch Schadloshaltung nicht mit Konzessionen bedachter oder auf Konzessionen verzichtender Inhaber bestehender Brennereien, im fernern durch die Neuordnung des Kleinhandels und des Ausschanks, und schliesslich durch die Verdoppelung des zur Bekämpfung des Alkoholismus bestimmten Alkoholzehntels.

Als zweiten Hauptzweck will das Gesetz die Steigerung des Verbrauchs von Brenn- und von Industriesprit. Hierzu sollen dienen: Eine Verbilligung der denaturierten Ware, die Ermöglichung der Errichtung von Kleinverkaufsstellen mit Verwaltung und Rechnung der Kantone. Dazu möchte ich sagen, dass wir nach dieser Richtung wohl erst am Anfang einer Entwicklung stehen, deren Ergebnisse wir heute noch nicht abzusehen vermögen. Es werden zurzeit in andern Ländern Versuche durchgeführt, die teilweise von einem grossen Erfolg gekrönt sind, an Stelle von Benzin Sprit als Triebkraft für Automobile zu verwenden. Es hat sich gezeigt, dass eine Mischung der beiden Stoffe Höchstleistungen zu erzielen imstande ist, während ja bekanntermassen Sprit für sich allein durchaus verwendbar ist als Triebkraft für Automobile und auch als solcher bereits benutzt worden ist, aber nicht die gleich hohe Leistung liefert wie Benzin.

Als dritten Hauptzweck will das Gesetz eine Förderung der Ausfuhr erreichen, und zwar durch eine Steuerbefreiung für die mit Trinkalkohol hergestellten Exporterzeugnisse und durch Rückerstattung des Zolles auf exportierten Industriespritprodukten.

Als vierten Hauptzweck bezeichnet das Gesetz den Schutz der Kartoffelkulturen und des Obstbaues. Dieses Ziel soll erreicht werden durch weitgehende Einschränkung der Spriteinfuhr, durch die Abnahmepflicht der Alkoholverwaltung auf Grund liberal fest-

gesetzter Kontingente für Kartoffel- und Obstspirit, dann durch die Zulassung von Vorbrand und Nachbrand, durch Exportkontingente und durch die Gewährung von Uebnahmepreisen an die ablieferungspflichtigen Kartoffelbrennereien, welche dem Landwirte angemessene Preise für Bodenprodukte, dem Brenner in der Regel während der Konzessionsdauer eine ausreichende Rentabilität sichern sollen, und die Einräumung ähnlicher Vorteile an die Obstbrenner; weiter durch die Privilegierung von landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Zuteilung der Konzessionen mit Ablieferungszwang, im fernern durch eine verhältnismässig niedrige Besteuerung der Obstbrennereien mit Steuerzwang und durch Verbot der Einfuhr, soweit es sich als notwendig erweist. Im fernern wird das Gesetz die Verwendung inländischer Industrieabfallstoffe zur Gewinnung von Alkohol weitestgehend ermöglichen durch eine grundsätzliche Zulassung des Brennens von Fabrikationsabfällen. Die Erzielung des höhern fiskalischen Ertrages für Bund und Kantone ergibt sich im wesentlichen aus dem Monopolgewinne beim Verkauf von Trinkalkohol, den Alkoholgebühren und den Fabrikationssteuern. Die Verkaufspreise, Gebühren und Steuern figurieren im Entwurf mit hohen Sätzen, weil ihre Erträgnisse durch die Aufwendungen verkürzt werden, die im Interesse der inländischen Brennereien zur Verbilligung von Brenn- und Industriesprit aufzubringen sind. In diesem Punkte liegt die Lösung. Der Trinkschnaps wird zu hohen Preisen abgegeben und das, was aus dem Trinkschnaps an Ueberschüssen resultiert, wird zu einem Teil zur Verbilligung des Industrie- und Brennsprits Verwendung finden, zum andern Teil aber wird es das Reinerträgnis der Monopolverwaltung darstellen.

Wenn wir tagtäglich die Beobachtung machen, wie wenig die Preise beim Luxusverbrauch geeignet sind, eine Einschränkung dieses Verbrauchs zu bewirken, so dürfen wir sagen, dass auch bei einer sehr hohen Preisgestaltung und entsprechend hohen Erträgnissen, die sich aus dem Trinkkonsum von Schnaps ergeben werden, kaum eine das Ergebnis bedrohende Verminderung des Verbrauchs sich zeigen wird. Für meinen Teil bin ich in der Beurteilung des finanziellen Ergebnisses des Monopols recht optimistisch. Ich unterstütze den Antrag, dass wir auf die vorliegenden Verfassungsartikel eintreten.

Ming: Meine verehrten Herren Vorredner haben sich hauptsächlich mit der landwirtschaftlichen Seite dieser Frage beschäftigt. Es freut mich, dass sie nicht nur den fiskalischen Standpunkt, den hie und da der Bauer einnimmt, vertreten, sondern dass sie auch ganz entschieden die ethische und die hygienische Seite angedeutet haben. Ich selbst war seinerzeit Zeuge, als der Monopolartikel im Schweizer Volk besprochen, und dann nach einer begeisterten Agitation, die von hohen ethischen Erwägungen getragen war, der Bundesverfassung einverleibt wurde. Es ist Tatsache, dass in jenen Gegenden, wo damals die Kartoffelbrennerei betrieben wurde, die Verhältnisse um vieles besser geworden sind, ja, ich möchte sagen, die damaligen so traurigen Verhältnisse sind dadurch aufgehoben worden. Ich wünsche nur, dass mit der gleichen Begeisterung die gleichen ethischen Gründe und die gleiche Rücksicht für das Wohl des Volkes und des Vaterlandes wie damals auch in diese Kam-

pagne hineingetragen würden. Sind wir heute materialistischer? Ich hoffe es nicht. Sind aber auch heute die Zustände besser als dazumal? Ich glaube es nicht; denn niemand kann sagen, dass im allgemeinen im Schweizerland die Zustände in bezug auf den Alkoholismus besser geworden seien. Im Gegenteil, wir haben die gleichen Zustände, die gleichen Verhältnisse, die gleichen Erscheinungen, wie sie damals in den Kartoffelbrennereien sich gezeigt hatten, nun in grossen Gebieten der Schweiz, ganz besonders auf dem Lande. Und wenn heute der Bauer sich für die Hausbrennerei wehrt, wenn man heute sagt, es werde ein Teil der Bauernschaft, ganz besonders der Kleinbauer, durch diese Massregel sehr hart betroffen, so antworte ich: nein. Durch die Massregel, die wir im vorliegenden Verfassungsartikel vorschlagen, werden die Landwirte nicht ökonomisch geschädigt, denn alles, was sie bisher produziert hatten, können sie in Zukunft wieder produzieren. Ich hoffe aber, dass durch die Massregeln, die man im künftigen Alkoholverordnungsgesetz aufnehmen wird, doch die Verhältnisse auch in anderer Beziehung gebessert werden, nämlich in bezug auf die Obstverwertung. Der Bauer könnte für eine bessere Verwertung des Obstes vieles tun, wenn nicht der grosse Gewinn, den er aus dem Branntweine zu ziehen glaubt, eine Verlockung wäre. Bedenken wir, was in den letzten obstreichen Jahren von weiten Kreisen der Bauernsamen geschah, wie viele das Tafelobst, oder wenigstens das zum rohen Genuss oder zur Verarbeitung als Nahrungsmittel fähige Obst verwerteten. Es haben sich valuta-starke Länder gezeigt, die sehr gerne dieses Obst aufgekauft hätten und es wurde für sie auch in grossen Quantitäten aufgekauft; aber sie erklärten, wir wollen kein Obst mehr aus der Schweiz, denn es war nachlässig verpackt und behandelt. Bei vielen Händlern, die die Sache an die Hand genommen hatten, war einfach ungenügende Ehrlichkeit vorhanden, der Weg schien ihnen zu lang, das Obst mit der richtigen Sorgfalt auszulesen, es wurde einfach zusammengeschüttet, gutes und schlechtes durcheinander, und durch die Händler exportiert. Suchen wir durch das Genossenschaftswesen, dass das in Zukunft besser wird, und wir werden die gleichen Erscheinungen erleben, die wir in einzelnen Staaten Amerikas heute sehen, z. B. in Florida und in Kalifornien, wo das Obst das Zwei- bis Dreifache mehr gilt, als es früher für die Getränkeproduktion eingetragen hatte. Es ist im Ausführungsgesetz vorgesehen, dass auch für den Inlandskonsum gesorgt wird, was z. B. während des Krieges ungenügend geschah. Damals haben die Agenten dieser Einkaufsgenossenschaften die Bauern veranlasst, die besten Früchte — es handelte sich hauptsächlich um die Zwetschgen — in Fässer zu verpacken, um sie den Brennereien zur Verfügung zu stellen. Man hat behauptet, es gehe mit diesen Zwetschgen dann eine ganz eigentümliche chemische Veränderung vor, indem daraus Kirschwasser werde. Ich weiss von Chemie nicht genug, aber ich füge mich der öffentlichen Meinung.

Sehr viel kann getan werden in bezug auf die Bereitung von alkoholfreiem Most, wirklich gutem Dörrobst und Konserven. Diese Industrie ist ja bereits ziemlich ausgedehnt. Und nun redet man soviel vom Feldobstbau. Es ist wahr, nachdem die Kornproduktion in der Schweiz sich nicht mehr rentiert, ist der Ackerbauer in der Ebene dazu ge-

kommen, Obstbäume zu pflanzen; er hat sie in grossen Mengen gepflanzt. Ist es da nicht vielleicht der Mühe wert, die Frage zu prüfen, ob man nicht in weiter Ausdehnung in solchen Gegenden wieder auf den Ackerbau zurückkehren solle. Wir wissen ja, wie schwer es ist zu gewissen Zeiten, Korn, Weizen aus dem Auslande zu beziehen. Wir wissen auch, wie nötig wir es für die Kriegsbereitschaft haben, dass gerade dieser Zweig der Landwirtschaft besser gepflegt wird. Sollten wir da nicht heute schon im doppelten Interesse, einerseits im Interesse des Kampfes gegen den Alkoholismus, gegen diesen überflüssigen Anbau von Feldobst kämpfen, um auf der andern Seite dafür zu sorgen, dass der Ackerbau besser gepflegt wird?

Und dann, wohin kommen wir mit diesem Massen-anbau von Feldobstbäumen? Als vorhin mein verehrter Herr Vorredner Dr. Tanner von der Rentabilität des Obstbaues und von der Rentabilität der Most- und Schnapsproduktion sprach, da dachte ich: wir kommen mit dieser Mostproduktion und mit dieser Produktion von Branntwein soweit, dass es uns geht ungefähr wie den Hefepilzen, die, je mehr sie aus dem vorhandenen Zucker Alkohol produzieren, um so mehr dem Tode geweiht werden. So geht es mit dieser Produktion des Mostes und Branntweines. Wir ersticken in dieser Menge, wir ersticken ökonomisch, aber hauptsächlich auch ethisch und hygienisch. Wir wissen von dem Kampfe gegen das Monopol, aber dieser Kampf ist nicht stillgestanden. Verschiedene Motionen sind nach und nach aufgetaucht. Sie haben sich zuerst gegen den Absinth gewendet. Es ist hauptsächlich die deutsche Schweiz gewesen, welche dafür gewirkt hat, dass das so notwendige Absinthverbot eingeführt worden ist. Ich habe mir zwar sagen lassen, es gehe mit dem Absinthverbot ungefähr so, wie es etwa während des Krieges mit dem Schmuggel von Butter gegangen ist, es sei in der Westschweiz immer noch nicht alles ganz wie es sein sollte. Aber ich hoffe, ja ich bin überzeugt, dass die verehrten Herren Eidgenossen in der Westschweiz stets an der Arbeit sind, diesem Unfuge des Absinth schmuggels zu steuern, und dass sie nach und nach zum Ziel kommen. Wir haben ihnen geholfen, die Grundlage dieses Zieles zu legen. Helfen Sie nun auch der deutschen Schweiz, diese Branntweinpest zu bekämpfen! Wie gross das Uebel ist, das haben Sie nicht nur aus frühern verschiedenen Motionen ersehen, sondern Sie haben es speziell ersehen aus den vielen Petitionen, die Sie in der Botenschaft verzeichnet finden. Man sagt gewöhnlich: «Es sind die Abstinenter, es sind jene Fanatiker — hie und da werden sie auch Heuchler genannt —, die da nicht nur gegen den Missbrauch, sondern gegen jeden Gebrauch geistiger Getränke aufstehen.» Ich gehöre auch zu jenen Fanatikern; ob ich ein Heuchler bin, das mögen Sie selbst beurteilen. Der deutsche Berichterstatter der Kommission hat Ihnen gesagt, dass man im allgemeinen sehr den verdünnten Freund der Menschheit liebe. Es gibt aber ebenso viele konsequente Leute, die sagen: «Nicht nur der verdünnte Freund, sondern der konzentrierte Freund ist der echte wahre Freund», und Sie wenden sich eben diesem nach ihrer Ansicht wahren Freund zu. Und gegenüber gefallenen Bemerkungen muss ich schon sagen, dass so unter dem Offizierkorps allerdings nicht der Tresterbranntwein und nicht der Bätzi und nicht

« der verdammte Bundesfusel » Mode sind, sondern der Kognak, Rum usw., und da ist nach meiner Ansicht der Unterschied ungefähr der, wie zwischen Strassenräuber und Einbrecher, es sind beides Alkohole und beide sind ganz gleich gefährlich.

Aber es handelt sich heute gar nicht darum. Auch wir Abstinente wollen die Prohibition nicht. Ich weiss, es gibt viele, die sie haben möchten, aber sie kennen das Leben nicht, sie kennen das Volk nicht, sie kennen nicht die momentanen Bedürfnisse und das Erreichbare. Ich meinerseits, wenn ich es mit einem Federstrich machen könnte, ich würde heute die Prohibition nicht einführen; ich möchte die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen. Aber das glaube ich, dass mit diesen vielen Tausenden, die da bei diesen Petitionen in Frage kommen, wir doch wenigstens diesen konzentrierten Freund, wie wir ihn nach Vorgang des Herrn Kommissionsreferenten nennen können, als den Feind unseres Volkes ansehen und ihn möglichst bald aus unserer Mitte verbannen sollten. Ich frage Sie übrigens, sind denn das alles eigentliche Alkoholgegner, die diese Petitionen unterschrieben haben? Die Irrenärzte sind hier nicht aufgeführt; ich weiss, dass diese grundsätzlich gegen den Alkohol sind. Aber da sind zwölf ärztliche Gesellschaften. Ich weiss nicht, ob mein verehrter Herr Kollege Ullmann hier ist; er ist auch Mitglied ärztlicher Gesellschaften; ich bin jedoch überzeugt, dass er kein Alkoholgegner ist. Dann sind es 33 Vereine gegen die Tuberkulose. Die sind auch nicht alle Alkoholgegner, bei weitem nicht, sie sind Gegner der Tuberkulose. Sie wissen, dass die Tuberkulose vielfach herbeigeführt ist durch Alkoholmissbrauch und überhaupt durch das Elend, welches der Alkohol in die Familie und in das Individuum bringt, und möchten durch die Unterdrückung desselben die Tuberkulose mit der Wurzel ausreissen, obwohl sie selbst vielfach Freunde des Glases sind. Dann 15 gemeinnützige Gesellschaften. Gemeinnützige Gesellschaften! — Bei ihren Zusammenkünften sind keineswegs alle ihre Mitglieder Abstinente, sie sind keineswegs « Fanatiker » unseres Schlages, ich kenne viele von ihnen sehr gut. Aber sie sehen doch ein, dass da nun gearbeitet und gewirkt werden muss. Und wenn die Armenpflegen und Unterstützungsvereine nun auf diesem Gebiete wünschen, dass etwas Ernstes geschehe, so wissen alle anwesenden Herren, die sich mit Armenpflege, mit Gemeinwesen befasst haben, wie unbarmherzig der Alkohol in die Gemeindekassen hineingreift. Sie wissen, wie viele Familien und besonders wie viele Kinder leiden müssen an den Folgen des elterlichen und grosselterlichen Alkohols. So könnte ich alle diese Petitionen durchgehen. Mit Ausnahme der alkoholgegnersischen Organisationen sind es eben keine Vereine, deren Mitglieder in der Mehrzahl konsequente Abstinente oder konsequente Prohibitionsfreunde sind. Nein, wir wollen nicht die Prohibition. Wenn man heute Hunderttausende von Franken ausgibt, um dem Schweizervolke zu beweisen, dass diese Gesetzgebung die Wurzel der künftigen Prohibition sein soll, und wenn man diese Behauptung zu belegen sucht durch alle möglichen Sätze, die da angeblich entnommen sind älteren medizinischen Schriften, deren Inhalt aber zum Teil verdreht, zum Teil gefälscht wird — Herr Dr. Herod in Lausanne hat eine Broschüre geschrieben, wo er zeigt, dass Satz für Satz eines gegen den Antialkohol-

lismus gerichteten Flugblattes grösstenteils Verdrehungen sind, Entstellungen, geradezu Unwahrheiten —, wenn wir also sehen, wie das systematisch getrieben wird, dann müssen wir ernstlich protestieren, dass wir zwar keine Prohibitionisten sind, wohl aber das Wohl des Volkes im Auge haben. Wir wollen es fördern durch Bekämpfung des ärgsten der alkoholischen Getränke, durch Bekämpfung des Branntweins, soweit das einstweilen durch den vorgeschlagenen Verfassungsartikel geschehen kann.

Noch etwas, meine Herren. Wir haben mit vieler Mühe und mit einigen Bedenken in der Schweiz ein grossartiges Werk eingeführt, das dazu berufen ist, vielen unglücklichen Familien und vielen unglücklichen Individuen helfend entgegenzukommen: die schweizerische Unfallversicherungsanstalt. Ich hatte Gelegenheit, in meiner Stellung in das Getriebe derselben hineinzusehen. Was habe ich dort bemerken müssen? Wir haben bekanntlich die Versicherung gegen Betriebsunfälle und gleichzeitig die Versicherung der Nichtbetriebsunfälle. Was zeigt sich nun dort? Wir sehen, dass am Sonntag und am Montag die allermeisten Unfälle vorkommen, und zwar alles Nichtbetriebsunfälle. Sie werden sagen: Es ist doch klar, dort wird ja nicht gearbeitet, also sind die Unfälle, die vorkommen, Nichtbetriebsunfälle. Ja, sie sind Nichtbetriebsunfälle, aber ein Drittel, mehr als 30 % der sämtlichen Unfälle, sind solche Nichtbetriebsunfälle. Und wenn Sie nun bedenken, was das für Ausgaben gibt! Da sind die Heilkosten dafür 1,291,000 Fr., die Lohnschädigungen, die durch diese Unfälle herbeigeführt werden, 2,300,000 Fr. Das Rentenskapital beträgt 12 Millionen Franken usw. Ein wesentlicher Teil dieser Unfälle ist dem Alkohole zuzuschreiben. Das lässt sehr zweifeln, was wir tun sollen für die Einführung der freiwilligen Versicherung. Ich bin dennoch für diese Versicherung, und zwar hauptsächlich deswegen, weil für diejenigen, die dem Alkohol entsagen, und für die Betriebe, welche den Alkohol ganz ausschliessen, die bessern Prämienbedingungen erlangt werden können. Man muss nur mit den Aerzten dieser Unfallversicherungen reden, um zu vernehmen, wie die Sache steht. Es hat mir einer derselben erzählt, er habe jeden Vormittag etwa zehn Verunfallte zu untersuchen, von denen 5—6 nach Branntwein riechen. Es hat mir ein Kreisdirektor erzählt, er sei eines Tages in ein Dorf der Nordwestschweiz gekommen, um die Verhältnisse in einer Fabrik zu untersuchen. Da sei er des Morgens in eine Wirtschaft getreten. Auf dem Tische standen etwa 50 Zweidezilitierfläschchen, und 50 Arbeiter kamen nach und nach auch herein, und jeder trank sein Zweidezilitierfläschchen aus. Am Morgen schon, nüchtern oder beinahe nüchtern, den Branntwein trinken, das ist, wie jeder Arzt, aber nicht nur jeder Arzt, sondern wie auch die öffentliche Meinung, die nicht voreingenommen ist, zugestehen muss, die grösste Gefahr, der Trunksucht zu verfallen. Es ist dann nicht nur dieses Zweidezilitierfläschchen, das da ausgetrunken wird, sondern es ist die Tatsache, dass der Alkohol den Appetit nach sich selber regt, dass, um es kurz zu sagen, der Alkohol süchtig macht. Wer am Morgen schon trinkt, greift nachmittags und abends sicher wieder zum Glas. Man sagt dann gewöhnlich: die Leute haben doch keinen Rausch, sie können ja arbeiten. Ganz gewiss, in der Blüte des Lebens, im gesunden, kräftigen Mannesalter kann

der Mensch viel ertragen. Aber dann kommt auf einmal die Zeit, wo man von jemand sagt: «Jetzt hat er angefangen zu trinken.» Wenn Sie näher nachforschen, hat der Mann schon lange getrunken, aber jetzt ist auf einmal die Zeit gekommen, wo er es nicht mehr verträgt. Was der chronische Alkoholismus für Verheerungen bringt, daraus machen sich die meisten Nichtbeobachter absolut nichts. Man sagt, dass vom 40. bis 60. Altersjahr, oder eigentlich schon vom 30. bis 50. Altersjahr 14—15% der Todesfälle vom Alkoholismus herrühren. Da sagen die Freunde des Alkohols, und hauptsächlich diejenigen, die daraus ihre Einnahmen beziehen: «Das ist übertrieben, das ist Schwindel, man sieht doch so wenig Berauschte, es sind doch gegenwärtig die Erscheinungen des Alkoholismus bei weitem nicht so häufig, wie sie früher gewesen sind.» Das ist wahr. Es gibt eben sehr viele Leute, die während einer gewissen Anzahl Jahre ganz gut wissen, wie man tun muss, wenn man zu viel getrunken hat. Aber deshalb kommt der chronische Alkoholismus doch, und sobald eine Lungenentzündung, Gesichtsrose oder Grippe oder dergleichen eintritt, dann ist die grösste Gefahr, dass ihr Herz die grossen Anforderungen, die ihre Heilung an dasselbe zu stellen genötigt ist, nicht mehr aushalten kann.

Wir sehen aus der Statistik — ich will Sie nicht weiter mit solchen Zahlen aufhalten. — der verschiedenen Krankenverbindungen, oder der Verbindungen zur Hebung der Folgen der Krankheit, z. B. in England, dass die Good Templars, die Sons of temperance, die Rechobiten, die Odd Fellows usw., ganz verschiedene Zahlen aufweisen. Die Odd Fellows sind Leute, die durchschnittlich gern ein gutes Beefsteak essen und eine gute Flasche trinken, und die haben am allermeisten Krankheitsfälle und Krankheitstage, während die Sons of temperance und die Rechobiten bloss den dritten Teil der Krankheitsfälle aufweisen und auch bloss den dritten Teil der Krankheitsdauer aufweisen. Und wenn Sie die englischen Lebensversicherungen und deren Geschichte beobachten von der Zeit an, da sie gegründet wurden, so sehen Sie daraus, dass durchschnittlich eine 10—15jährige längere Lebensdauer der Abstinenten wartet. Sie sehen also, der Alkoholismus im allgemeinen wirkt derart, dass wir alle Ursache haben, dagegen zu kämpfen. Wir beschränken uns aber vorläufig und sagen: Wir wollen nur den Branntwein bekämpfen. Und da möchte ich, dass jeder von Ihnen, der in bauerlichen Kreisen zu verkehren hat und irgendwelchen Einfluss auch auf andere Kreise besitzt, sich dafür einsetzt, dass eine Gesetzgebung in diesem Sinne nun Gnade findet. Ich bin nicht ganz zufrieden mit der Handhabung des Zweiliterartikels. Ich will Sie jetzt nicht weiter hinhalten durch eine Erklärung der Gründe, die mich dazu bringen, einen Gegenantrag zu stellen. Aber im grossen und ganzen sehe ich in dieser Vorlage einen grossen Fortschritt, der hauptsächlich der bauerlichen Bevölkerung zugute kommt, die sich vielleicht am allermeisten dagegen wehren wird. Denn das wissen wir, dass es Gegenden gibt, wo die Bauernknechte auf eine Art und Weise alkoholisiert sind, dass sie bei weitem nicht mehr ihrem Beruf nachkommen können. Ich habe nun seit mehr als 40 Jahren diese Verhältnisse beobachtet und beobachte sie täglich an den Insassen einer Trinkerheilanstalt, und ich sehe da, was der chronische Alko-

holismus ganz besonders bei der Landbevölkerung bewirkt, und ich höre aus dem Munde derjenigen, die ich zu behandeln und zu beobachten habe, sowie von ihren Angehörigen, wie weit ausgedehnt dieses Uebel in ihrem Umkreis ist. Ich möchte anlehnend an meine Vorredner Ihnen empfehlen, auf die Vorlage einzutreten und dieselbe doch wenigstens nicht abzuschwächen.

M. Naine: La revision des art. 32 bis et 31 nous est proposée en suite d'une motion que nous avons déposée au nom du groupe socialiste il y a de longues années. C'était sauf erreur encore pendant les années de guerre. Cette motion a été suivie immédiatement d'un postulat à peu près de la même teneur présenté par M. Chuard maintenant Conseiller fédéral. C'est dire que dans notre groupe nous sommes disposés à prendre des mesures en faveur de la restriction de la consommation de l'alcool. Nous avons déposé cette motion encore sous l'impression des événements de la guerre et des mesures analogues qui avaient été prises dans d'autres pays.

Vous vous rappelez en effet que pendant la guerre, je crois même dès le début, certains peuples frappés par ce fléau avaient estimé que la guerre comme fléau était déjà bien suffisante à supporter sans qu'on maintint encore à côté le fléau de l'alcool. C'est ainsi qu'en Russie le gouvernement avait supprimé l'alcool sauf erreur sous toutes ses formes.

C'est ainsi qu'en France, le gouvernement de la République a, à cette époque, supprimé la consommation de l'absinthe; cette suppression a été maintenue, si nous sommes bien renseignés.

En Suisse, nous n'avons rien fait de ce genre. Probablement parce que nous nous sommes sentis de force à supporter ces deux fléaux, peut-être même pour nous consoler de l'un par l'autre; nous consoler des misères de la guerre par la consommation de l'alcool. En réalité nous nous sommes basés sur les mesures prises dans les autres pays pour faire la proposition que nous avons présentée. Nous aurions aimé faire la proposition pure et simple de la suppression de l'eau-de-vie en Suisse; non pas que nous soyons pour la prohibition totale de toutes espèces d'alcools, mais nous pensions que comme on avait pu supprimer l'absinthe chez nous et en France, on pouvait peut-être aussi supprimer l'eau-de-vie qui est l'alcool, sous sa forme la plus aiguë, la plus dangereuse, la plus nocive. Les amis auxquels nous avons fait cette proposition, nous ont dit: l'opinion publique n'est pas encore mûre, il est toutefois possible d'obtenir l'extension du monopole de l'alcool en donnant au gouvernement le droit de fabrication et de vente de ce produit. Si l'on arrive à étendre le monopole de l'alcool d'une façon complète à tous les produits distillés, nous aurions fait un pas considérable. C'est dans ce sens qu'il nous est maintenant proposé une modification des art. 32bis et 31; nous constatons que l'extension du monopole de l'alcool est en effet complet. Nous constatons, d'autre part, que les résistances se sont manifestées par l'introduction d'un autre monopole. Dans les propositions qui nous sont faites, nous voyons non pas seulement un monopole mais deux. Il y a l'extension du monopole de l'alcool, c'est entendu, mais à côté de lui, nous constatons la constitution du monopole des matières premières pour la fabrication de l'alcool en faveur des campagnards

suisse. L'art. 32 contient en effet un paragraphe qui dit: «Sauf pour les spécialités qui ne peuvent être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondante, l'importation n'est autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins.»

Donc aussi longtemps qu'il y a des matières premières en Suisse, si l'on acceptait ce paragraphe, la loi établirait un monopole en faveur des producteurs suisses.

Je suis d'accord qu'il faut — permettez-moi cette expression — lâcher du bout, et par un certain opportunisme consentir à quelques sacrifices à l'égard des producteurs actuels d'alcool. Il y a en effet dans l'opposition qui est faite à des mesures restrictives concernant la consommation de l'alcool à considérer les consommateurs et les producteurs. Sans pouvoir préciser, mais d'après ce que nous connaissons de l'opinion publique, les consommateurs seraient peut-être dans leur immense majorité disposés à restreindre la consommation de l'eau-de-vie. En discutant avec les gens de notre milieu, nous arriverions à constater que tout le monde est d'accord que les boissons distillées sont consommées en trop grande quantité en Suisse, qu'il faut restreindre cette consommation. De cette façon, du côté des consommateurs, par une propagande adéquate, nous pourrions obtenir un assentiment. Pendant que je touche à la question des consommateurs, permettez-moi de dire qu'il ne faudrait pas aller au-delà de la question des boissons distillées. Il avait été fait une proposition à la commission, qui l'a d'ailleurs rejetée, tendant à toucher à la question des boissons fermentées en étendant le minimum de deux litres prévu par l'art. 32bis actuel, jusqu'à cinq litres, dix et même quarante. Ce serait une bonne mesure en elle-même, je ne la discute pas, je constate. Je sais cependant qu'à l'heure actuelle si vous voulez toucher par une mesure législative, non seulement les alcools distillés mais encore les boissons fermentées, c'est vouloir échouer. J'ai été extrêmement frappé de constater, au cours de la première réunion de la commission qui s'est occupée de cette question que ce sont les adversaires des restrictions qui ont proposé l'extension des deux litres à cinq, dix et quarante (Une voix: Chargé le bateau), parfaitement, c'est bien cela, ce sont les adversaires qui ont exagéré pour faire échouer toute la mesure.

Lorsque nous nous sommes opposés à cette tactique, ils nous ont répondu: Mais voyons, vous qui êtes antialcooliques, qui voulez lutter contre les méfaits de l'alcoolisme, vous vous opposez à ce que nous touchions aux boissons fermentées pour en limiter aussi les effets. La situation se trouva dès lors renversée. C'étaient ceux pour lesquels les méfaits de l'alcoolisme n'ont aucune portée, qui faisaient du zèle antialcoolique, et c'étaient nous autres, antialcooliques, qui étions obligés de les modérer. Ceci vous fait toucher du doigt, que dans cette question, les adversaires des extensions du monopole de l'alcool ont introduit une tactique et qu'ils espèrent par là en touchant la question du vin, de la bière et des boissons fermentées renverser toute l'affaire, faire échouer les propositions concernant l'extension du monopole de l'alcool.

Si vous avez vraiment le désir de faire aboutir cette réforme, il ne faut étendre le monopole de l'alcool qu'aux boissons distillées de façon à donner à

la Confédération la possibilité de modérer la consommation de ces boissons. Il ne faut absolument pas y introduire la question du vin, de la bière, du cidre et de toutes les boissons analogues, il faut traiter la question pour elle-même.

Si donc au point de vue des consommateurs nous avons la sagesse de ne toucher qu'à la question des boissons distillées, je pense qu'il y a bien des chances que les opposants puissent être convaincus. Mais il y a d'autres personnes; il y a les producteurs, tous ceux qui retirent un certain profit de la consommation des boissons distillées. C'est toujours ainsi lorsqu'il y a un fléau quelconque dans l'humanité. Lorsque les hommes s'adonnent à un vice, il y a toujours deux satisfactions; il y a, pour celui qui s'adonne au vice, la satisfaction de s'y adonner; il y en a d'autres dont la satisfaction consiste à exploiter les vices des autres. Ces deux catégories existeront toujours, il faut le dire carrément, tant pis pour ceux qui pourraient s'en blesser. Il y a en Suisse 25,000 bouilleurs de cru, c'est-à-dire 25,000 distilleries libres, qui seront probablement opposés au but que nous poursuivons et que le législateur entend supprimer en étendant le monopole de l'alcool, et en restreignant la consommation des boissons distillées.

Ces bouilleurs de cru représentent toute une partie de la classe campagnarde, et nous pensons que probablement tous les paysans feront corps et se sentiront solidaires les uns des autres dans cette question. Il faut arriver à obtenir d'eux un assentiment. Je suis d'accord, comme je le disais tout à l'heure, qu'il faut consentir à des sacrifices; nous avons reconnu que l'alambic à la ferme est un danger terrible de contamination; pour obtenir des bouilleurs de cru qu'ils renoncent à la satisfaction de vendre de l'alcool et de s'alcooliser eux-mêmes, il faut leur procurer une autre satisfaction, celle de retirer au moins certains avantages pécuniaires. Il est regrettable de devoir constater ce fait, mais c'est ainsi. Nous ne pouvons les décider à renoncer à ce privilège qu'en leur donnant une compensation. Il est évident qu'il est moins dangereux pour le pays que quelques-uns retirent des prix avantageux de leurs fruits et obtiennent un monopole quant à la matière première que de laisser une liberté complète de distiller et de s'alcooliser. Le pays peut même y sacrifier quelques dizaines de millions de francs. Quant à moi, je suis d'accord de faire de larges concessions à Messieurs les agriculteurs, cependant — je reprendrai cette question au moment de la discussion paragraphe par paragraphe — je me demande si nous ne sommes pas allés trop loin avec la disposition dont je vous ai parlé tout à l'heure, à savoir la constitution d'un monopole complet concernant les matières premières en faveur des agriculteurs.

L'arrêté qui nous est proposé ne parle pas même de prix; la Confédération devra se fournir chez les producteurs du pays. Ce n'est qu'au cas où les matières premières manqueraient chez les producteurs indigènes que la Confédération aurait le droit de se fournir à l'étranger. Si les agriculteurs, bien organisés, veulent faire des prix fous, des prix qui représentent dix fois, vingt fois, cinquante fois, cent fois, la véritable valeur de leurs produits, il n'y a rien dans la constitution permettant à la Confédération de se fournir ailleurs. Les agriculteurs pourront toujours répondre: Eh bien oui, vous trouvez que c'est trop

cher, c'est cher en effet, mais vous ne pouvez pas vous fournir ailleurs. L'article constitutionnel est formel. Tant que nous avons de la matière première, vous devez nous la prendre, arrangez-vous. Nous constatons ici le danger que présentent tous les monopoles, que ce soit monopole privé ou monopole de l'Etat. C'est le danger de voir des prix excessifs; il y a là une espèce de dictature, nous y reviendrons. Je suis d'avis qu'à la place du monopole, il aurait mieux valu prévoir un droit de préférence, en faveur des produits du pays. Cela aurait été une satisfaction suffisante pour les agriculteurs. Cela nous coûtera cher, mais nous estimons que la caisse fédérale peut payer cher la satisfaction de limiter la consommation de l'alcool, qui est un fléau.

Toutes espèces d'opinions se sont fait jour à ce sujet. Je pense toutefois, que tout homme impartial, tout homme regardant autour de lui, reconnaîtra que l'alcoolisme est un fléau. Lequel d'entre nous, arrivé à l'âge de 25, 30 ou 35 ans, ne connaît pas par douzaines et même par centaines, sans avoir besoin de chercher, des victimes de l'alcoolisme. Il n'y en a pas dans cette salle, c'est entendu; les personnes présentes font toujours exception. Mais en dehors de cette assemblée, si nous jetons nos regards dans le cercle de la famille, dans le cercle des amis, et dans le cercle plus étendu de nos connaissances et sur le public en général, c'est par douzaines et par centaines que chacun de nous connaît les victimes de l'alcool. Or, il faut convenir que c'est bien là un fléau contre lequel il faut agir. Jusqu'à présent, la collectivité n'a pas fait grand'chose, et il est des gens qui prétendent que la collectivité ne doit pas intervenir. Au nom de la liberté individuelle, ils prétendent que chacun doit arriver à se modérer lui-même, c'est une affaire d'éducation, d'exemple à donner. Evidemment, j'en conviens, l'éducation peut faire beaucoup. Mais, l'Etat, au point de vue de l'éducation, peut faire également quelque chose. L'instruction antialcoolique dans les écoles devrait avoir une extension beaucoup plus considérable. Cette éducation antialcoolique est à l'heure actuelle une rareté.

Cependant, contre tout fléau, il faut procéder de deux façons, qu'il s'agisse d'une maladie comme la tuberculose ou le cancer, ou bien de l'alcoolisme. D'une part, il faut fortifier l'individu exposé, que son organisme résiste avec plus de force au danger. Vous fortifiez l'individu contre l'alcoolisme par une éducation meilleure de sa volonté, en éclairant son cerveau sur la véritable valeur de l'alcool. Tout cela est très bien; mais d'autre part, il faut limiter le danger lui-même; il faut éviter que les microbes de la tuberculose se promènent partout, il faut éviter également que l'alcool sous sa forme la plus nocive et la plus dangereuse se promène aussi partout et soit à la portée de tout le monde. L'éducation est bonne, la persuasion est bonne, on doit y avoir recours; mais on doit aussi chercher à agir contre le danger lui-même et à écarter par conséquent l'alcool sous sa forme la plus dangereuse, tel qu'on le fait déjà pour la cocaïne et des produits semblables.

Je crois que tout au fond de la question, laissant à part ce qu'il y a de critiquable quant à la forme et quant aux concessions à accorder à certains intéressés, il y a une question d'humanité qui nous fait approuver pleinement l'entrée en matière.

Boschung: Man hat schon einige Zeit davon gesprochen, die Finanzen des Bundes zu verbessern. Dabei hiess es, mit der Ausdehnung des Alkoholmonopols würden wir viel einbringen. Heute redet man nicht mehr viel davon, sondern man ist enthalt-samer geworden und glaubt, dadurch dem Vaterlande einen guten Dienst zu tun, und das fiskalische Interesse trifft dabei dann etwas zurück.

Zuerst möchte ich hier noch erwähnen, dass man seinerzeit auf der Konferenz in Bulle hauptsächlich vom Kampf gegen die jungen Bäume sprach. Es sind seither viele Jahre verflossen, seitdem Vereine und Kantonsregierungen das Bäumeanpflanzen subventioniert haben, was gewiss etwas Schönes für unser Vaterland ist. Auf einmal kommt man nun dazu, einen Kampf dagegen zu führen, der mir in der Seele weh tut. Ich habe meiner Lebtag lang in der Obstzucht gearbeitet und immer Freude gehabt an den schönen jungen Bäumen. Im Interesse der Volksernährung sollten wir das Baumpflanzen nicht bekämpfen, sondern in vielen Gegenden unseres Landes noch vermehren. Es ist wahr, wir leben in einer Periode fruchtbarer Obstjahre. Viele Jahre nacheinander hat der Segen unsere Obstbäume schwer beladen und nur letztes Jahr war die Sache etwas misslungen. Nun ist hier die Zeit sehr günstig, um dem Obstbau den Krieg zu erklären. Was die Biersteuer anbelangt, kennt man sie auf allen möglichen Gebieten. In der vorwürfigen Frage hätte sie acht Millionen eintragen sollen. Sie sind von dieser Steuer abgekommen; Sie haben im Gesetz viel nachgegeben und Sie haben auch den Weinbauern freigegeben, ihre Trester zu brennen; anderes hat man einigermaßen freigelassen, wie weit aber, wissen wir noch nicht. Ich bin nun nicht der Meinung, dass man die Verwertung dieses Produktes so stark einschränken soll, um damit ein Stück Freiheit, die unsere Schweizer bis zur Stunde gehabt haben, und wonach jeder seine Sache nach Gutdünken verwerten konnte, einzubüssen. Wir sprechen immer von Gewerbefreiheit, und die Produktionsfreiheit will man nun einschränken; da soll sie nicht zur Geltung kommen? Im Gesetz ist verschiedenes vorgesehen. Auf der einen Seite schlägt man vor, den kleinen Tresterhafen etwas schonend anzufassen, und ihn zu versiegeln. Man sollte etwas milder sein, sonst brauchte man in jedem Dorf einen Beamten, der das Siegel löst. Ein grosses Heer von Bundesbeamten müsste wieder angestellt und bezahlt werden. Ich sehe nichts anderes als ein Monopol und wieder eine Verstärkung des Bundesbeamtenheeres. Hierin liegt eine Erschwerung, die man meiner Ansicht nach auf eine andere Weise lösen kann. Ich bin auch dafür, den Alkohol zu bekämpfen und die Sache einzuschränken, aber ich glaube doch, das wäre auf eine andere Art möglich. Der Handel sollte besteuert werden und dem wäre gewiss besser beizukommen als einem Bauern, der für seinen Gebrauch 10 Liter destillieren will und hierfür die Freiheit haben sollte. Wir haben auch das Kartoffelmonopol und wie man gesagt hat, hat dieses sehr gute Dienste geleistet, und damit bin ich vollständig einverstanden. Es sind viel zu viel Kartoffeln gebrannt worden und die Destillation hat stark überhand genommen.

Noch eine Bemerkung möchte ich hier anbringen. Die Alkoholverwaltung hat nicht immer der Verwertung der Kartoffeln Rechnung getragen. Die Kartoffeln galten 3—4 Fr. der Doppelzentner, und

man will ja gerade wieder das und die Tresterpreise drücken. Damit bin ich sehr einverstanden, dass das Monopol für Kartoffeln sehr gute Dienste geleistet hat. Wir haben in der Bekämpfung des Alkoholismus noch mehr zu tun. Nichts ist so gefährlich wie die Zweiliterwirtschaften, wo man fremden Wein importiert und in die Familien hineinbringt und den Familiensuff sehr befördert. Dies bringt viel Unheil. Auch hier sollte etwas geschehen. Ich sehe hier ein, dass man auf eine andere Art diesem Uebel beikommen sollte, z. B. durch eine Preiserhöhung usw., oder Streichung des Artikels Zweilitersystem. Aber den Produzenten müssen wir doch noch etwas Freiheit zubilligen, wie es bis anhin geschehen ist. Nur noch zwei Worte. Wir haben ein Gesetz von 39 Artikeln vor uns, aber von der Ausführung wissen wir noch nichts. Wie man nun sagt, fürchtet man sich geradezu, mit dem Gesetze vor das Volk zu gehen. Man hat die Biersteuer ausgemerzt. Man will den Weinproduzenten für ihre Abfälle beikommen usw. Das ist nun auch eine Argumentation, und so ist es schon mit vielen Gesetzen gegangen, denn viele Stimmberechtigte in unserem Lande haben mir schon oft erklärt, erst nachher seien ihnen die Augen aufgegangen und deswegen stimmten sie jetzt nein. Eine bessere Aufklärung über das Ausführungsgesetz wäre gut. Das sind die Argumente, die mich veranlassen, gegen das Gesetz zu stimmen.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Avec M. Ming, avec M. Chuard, avec M. Naine, je m'obstine à considérer la réforme législative que nous entreprenons comme devant avoir surtout un caractère d'ordre social.

Si les statistiques que l'on publie disent vrai, le peuple suisse continuerait en 1921 à absorber en alcool pur à peu près 14 litres par an. On s'en console, il est vrai, en pensant que la consommation de l'eau-de-vie a diminué. Nous serions, d'après la statistique publiée par M. Milliet, revenus de 6 litres à 4 litres. C'est le résultat obtenu par la législation actuelle. Nous devons le souligner et en être reconnaissants à ceux qui ont pris l'initiative du monopole de l'alcool. Mais il n'en reste pas moins que la consommation de l'alcool dans notre pays (nous sommes au second rang) dépasse de beaucoup ce qu'on devrait raisonnablement absorber pour rester, non pas un peuple très sobre, mais un peuple se gardant du danger de l'alcoolisme.

Je ne veux pas insister beaucoup sur les dangers qui en résultent. J'ai cependant relu un peu tout ce qui a été publié ces dernières années sur cette question et j'ai examiné en particulier la situation que l'alcoolisme fait au peuple suisse. J'ai constaté que la statistique pénitentiaire suisse attribue la criminalité à concurrence de 42% à ce fléau. A pénitencier de Lausanne, le directeur déclare que la statistique qu'il a tenue pour cet établissement lui permet d'affirmer que le pour cent des condamnations résultant de l'abus de l'alcool est de beaucoup supérieur à ce qui est indiqué comme moyenne. Nous avons constaté également dans une statistique intéressante publiée par un médecin, M. Bursch, à Sarnen, qui a étudié les délits dans l'armée pendant la mobilisation, qu'il attribue la violation des devoirs du service pour le 37% à l'alcoolisme; les cas d'insubordination,

40 à 50%; les cas de désertion, 29% les rixes 70 à 80%; les attentats à la pudeur, 36% etc. D'après les statistiques publiées par différents directeurs d'asiles, le 21% des admissions dans les maisons d'aliénés sont dues surtout à l'alcoolisme. Pour l'abandon des devoirs de famille, on a constaté qu'une proportion énorme doit, sans aucune crainte de se tromper, être attribuée également à l'alcoolisme. Certaines statistiques locales sont à cet égard très intéressantes. On fait la même constatation en ce qui concerne les divorces. Dans le domaine criminel, dans le domaine de l'aliénation mentale, dans celui de la ruine morale de la famille, partout en un mot, l'alcoolisme a chez nous des conséquences déconcertantes. Le 8 à 9% des décès à peu près lui est attribué par les médecins. Les statistiques sont évidemment difficiles à construire; souvent, la boisson n'a pas été seul le facteur qui ait déterminé la mort. Elle est entrée en concours avec toute une série d'autres causes. Vous savez que dans beaucoup de cas, dans les cas de pneumonie, par exemple, l'alcoolique résiste beaucoup moins que l'organisme sain, préservé de l'abus des spiritueux.

M. Naine vous a parlé des mesures prises à l'étranger, non pas seulement dans les pays belligérants, mais dans les autres contrées. On a parfaitement eu conscience du danger de l'alcoolisme et l'on a recouru à des moyens énergiques tendant à l'élimination progressive des boissons distillées ou fermentées. Il est intéressant de voir où ces efforts ont abouti. Il est possible que ces statistiques ne soient pas mathématiquement exactes, mais cependant les constatations communiquées au congrès contre l'alcoolisme à Lausanne sont extrêmement intéressantes en ce qui concerne, par exemple, les résultats obtenus en Angleterre, en Belgique, en Hollande et au Danemark, et surtout en Norvège, où l'on a depuis très longtemps entrepris une croisade sérieuse contre l'alcoolisme. Je vous ai indiqué tout à l'heure chez nous le 7 à 8%. En Norvège, la consommation de l'alcool a presque entièrement disparu; on est revenu de 6 à 0,77%, comme cas de mortalité attribués à l'alcoolisme. Les suicides sont tombés de 10 à 5%. Chez nous, où la nourriture est plus saine, il semblerait que la longévité devrait être plus grande qu'en Norvège. Nous devons attribuer dans une certaine mesure à l'abus de l'alcool le fait que la longévité moyenne en Suisse est tombée; il semble par conséquent qu'à ce point de vue une action énergique contre l'abus de l'alcool doive être entreprise, en ayant toujours comme objectif de réduire les dangers d'ordre social et moral qui sont la conséquence de la boisson. Au moment de la guerre, on a lutté contre l'alcoolisme pour se mieux préparer à cette rude épreuve, pour avoir les soldats qui résistent le mieux. Je crois qu'il faut avoir le courage de réduire la consommation de l'alcool maintenant pour parer aux conséquences matérielles et financières de la guerre. Je crois que l'Europe ne s'est pas encore suffisamment convaincue que la guerre a ruiné le vieux monde.

Nous n'avons pas échappé, au point de vue financier, aux conséquences de la guerre. Elle n'a pas coûté à la Confédération moins de 2 milliards, si vous additionnez la dette ainsi contractée aux soldes déficitaires des comptes établis soit pendant, soit après la guerre, sans compter les déficits des cantons et des communes.

Première conséquence: la guerre a porté à plus de 600 millions l'effort fiscal qui en atteignait auparavant 220. Voilà les conséquences matérielles du cataclysme. La situation économique vous la connaissez. Elle est tous les jours un peu plus difficile. Nos exportations diminuent, nos industries pareillement. Si la crise s'accroît, il est très certain que l'année prochaine la situation financière générale de la Confédération, des cantons et des communes commencera à devenir douloureuse. En présence de cet état de choses, il semble qu'on doive avoir le courage de réduire les dépenses inutiles et surtout de supprimer dans une large mesure celles qui non seulement sont inutiles, mais nuisibles. M. Tanner nous l'a dit tout à l'heure, un jour viendra, peut-être, où il faudra songer à imposer non pas seulement les boissons distillées, mais aussi les boissons fermentées. C'est vrai, et si vous connaissez la situation économique et financière des cantons et des communes, vous savez quelles sont les conséquences de la chute des changes et de l'effondrement de certaines valeurs. On suit avec anxiété le bulletin de la bourse, qui nous indique chaque soir que nous sommes de quelques millions plus pauvres que le matin. Par conséquent, ayons le courage de le dire, ce sont les impôts indirects frappant la consommation de luxe qui doivent apporter à la Confédération et aux cantons un appoint supplémentaire que le produit de l'imposition de la fortune ne pourra peut-être plus donner. J'ai toujours été partisan d'une imposition très prudente des denrées alimentaires et de l'ensemble de la consommation. Mais ici, il faudra se résoudre à une imposition sérieuse et inéluctable et — comme l'a fait entrevoir M. Tanner — il faudra, après avoir imposé les boissons distillées, imposer également les boissons non distillées, c'est à dire fermentées. Sous quelle forme le ferons-nous? Dans quelle forme le proposerons-nous aux Chambres? Nous ne sommes pas encore arrivés à une solution qui, répondant aux exigences techniques, restera simple au point de vue fiscal, mais je crois que nous sommes sur le bon chemin, et que dans le courant de l'année prochaine nous pourrions présenter un projet ayant des chances de succès.

M. Naine a touché en passant la fameuse question du « Doppelliter ». Je crois que la possibilité de vendre librement une quantité de deux litres et au-dessus constitue un danger. On a lutté dans les cantons pour la réduction du nombre des auberges. Mais à quoi sert de réduire le nombre des auberges, si l'on peut vendre dans toutes les épiceries sans que les autorités de police soient à même d'exercer le moindre contrôle. Je crois que M. Naine a raison, lorsqu'il dit: « Si vous portez de 2 à 10 la quantité que l'on peut vendre librement, vous lutterez contre un abus ». Mais avec cela vous rejetez du côté des opposants des quantités d'électeurs qui sans cela seraient d'accord pour voter l'extension du monopole de l'alcool.

C'est pourquoi le principe adopté par la commission me semble juste. A l'avenir, si vous admettez le texte qui vous est proposé, les cantons auront la faculté de contrôler les débits à l'emporter. Ils ne pourront pas imposer des mesures fiscales à celui qui demande le droit de vendre à l'emporter, mais ils auront le droit de surveillance des débits. Et, puisqu'on sait qu'un certain nombre de ces derniers sont devenus des débits clandestins, de petites auberges qui échappent à la surveillance de la police, il y a là une

amélioration à réaliser. Mais nous pouvons le faire tout en évitant le régime que signalait M. Naine, en donnant aux cantons la faculté de contrôler les débits à l'emporter.

On propose de porter le chiffre de 2 à 10 litres; Le peuple suisse s'était prononcé catégoriquement par la négative au sujet de l'augmentation de ce double litre. Est-ce que, actuellement, le peuple suisse accepterait? C'est possible, mais je n'en suis tout de même pas certain. Mais, même s'il acceptait, cette faculté de vendre 10 litres sans contrôle laisse subsister un danger. Si l'on peut vendre 10 litres, vous n'avez pas toujours un gendarme pour constater que l'on n'a pas vendu une quantité inférieure à 10 litres. Et, en outre, ces 10 litres, on pourra les fractionner. On inscrira 10 litres sur le livre, mais on pourra peut être les prendre en plusieurs fois et continuer à consommer sur place. C'est pourquoi j'attache une plus grande importance au contrôle de la police qu'à l'augmentation de ce chiffre de 2 litres, même si on le portait à 5 ou 10 litres.

Messieurs, pour l'instant, l'objectif principal de la réforme est de lutter contre la boisson sous sa forme la plus dangereuse. On a discuté à Lausanne le fameux problème de dilution et l'on a démontré qu'une quantité donnée d'alcool dilué dans une quantité d'eau a un effet beaucoup moins pernicieux sur l'organisme qu'une même quantité d'alcool concentré. L'expérience a été faite avec du Whisky. On a constaté que du whisky étendu de 95 portions d'eau avait sur l'organisme des conséquences beaucoup moins dangereuses que la même quantité de whisky servi à 20 degrés. Par conséquent la dilution joue un grand rôle. Il y a donc une sorte d'adaptation à notre physiologie qu'il faut trouver. Nous devons éviter la consommation des boissons fortement concentrées et la lutte contre l'alcoolisme doit commencer par une attaque sérieuse contre ses formes les plus dangereuses.

Tous ceux qui se sont occupés de cette intéressante question sont unanimes à dire qu'au fond, le gros danger, c'est le schnaps. Eh bien! c'est contre le schnaps que nous vous proposons de prendre des mesures. Ce n'est pas l'abolition. Je ne crois pas que ce soit nécessaire. Mais nous devons avoir le courage de faire une compression. Comment sera-t-elle réalisée?

Si nous reprenons la statistique, nous constatons que sous la législation actuellement en vigueur, jusqu'en 1913, la Régie des alcools a vendu à peu près 74,000 hl d'alcool par an. Vous savez qu'actuellement l'alcool de grains et l'alcool de pommes de terre sont seuls monopolisés. Les alcools de fruits à pépins et à noyaux, et les baies, ne sont pas monopolisés. On avait pensé, au moment où la législation sous laquelle nous vivons a été votée, que le gros danger résidait en réalité dans les alcools concentrés de pommes de terre. En effet, je crois que les alcools concentrés ne sont pas de date très ancienne. Ils n'ont été connus, d'après mes renseignements, qu'à la fin du XVIII^e siècle.

C'est à Lausanne que pour la première fois on distilla la pomme de terre. C'était sous le régime du bailli Samuel Engel, et la distillation fut conduite par le chimiste Struve, qui habitait Lausanne. Depuis lors, cette distillation a augmenté dans des proportions considérables. On a même distillé le blé, à l'époque où il était bon marché. Le gros danger provoqué

par cette distillation est la raison pour laquelle les dispositions restrictives de 1881 ont été introduites, mais il s'est déplacé. La Régie fédérale des alcools qui vendait 74,000 hl par an jusqu'en 1913, n'en a vendu l'an dernier que 18,000 hl. Cela signifie-t-il que la boisson a diminué? Nullement. Les statistiques établies et les renseignements obtenus permettent de conclure qu'on boit plus de schnaps actuellement qu'on n'en buvait autrefois. La proportion peut même être fixée de 1 à 6. Si la Régie fédérale des alcools n'a vendu l'an dernier que 18,000 hl, cela signifie que l'on a trouvé le moyen de faire de l'alcool d'une autre façon; on peut donc se procurer de l'alcool sans en acheter à la Régie fédérale des alcools, vous avez tous deviné ce que je veux dire: l'alcool de fruits est devenu aujourd'hui la principale source à laquelle on puise les quantités consommées. Quelles sont ces quantités? Les fabriques de cidres se sont développées. On a industrialisé la préparation de cette boisson. Je n'ai rien contre les fabriques de cidres, mais j'ai bien peur que l'annexe nécessaire de la cidrerie, la distillerie des déchets des alcools de fruits, ne soit la source de l'énorme quantité d'alcool produit en dehors de la Régie fédérale. Qu'arriverait-il si la situation actuelle devait se prolonger? On l'a dit tout à l'heure. On a énormément développé l'arboriculture; je crois même qu'on l'a trop développée, si l'on se place au point de vue que les fruits ne peuvent servir à autre chose qu'à faire du schnaps. Je suis de l'avis qu'une surproduction de fruits pour cette seule utilisation est en contradiction avec la santé publique. Si l'on peut trouver la possibilité de faire servir les pommes et les poires par exemple à des utilisations meilleures, au lieu d'en faire du schnaps, je me réjouirais du grand développement de l'arboriculture. Par conséquent, si ce que l'on dit dans certains milieux est vrai, que la plus grande partie des fruits à cidre ne peuvent être utilisés que dans ce but, et sont par la suite transformés en schnaps, je ne pourrais que regretter qu'on ait planté autant de pommiers et de poiriers.

L'alcool de fruits s'est développé dans des proportions telles, qu'il est incontestablement nécessaire d'édicter des mesures. Les agriculteurs eux-mêmes le sentent très bien. Le régime actuel est intolérable. Et pourquoi? Tout simplement parce qu'avec l'alcool de fruits rectifié on est arrivé à faire un trois-six à peu près équivalent à l'alcool fédéral. En réalité, les dispositions restrictives actuelles ne servent plus à rien. En monopolisant l'alcool de pommes de terre, on a cru pouvoir tenir la vanne de la grosse production. Loin de là. Actuellement la production en alcool de fruits est de beaucoup plus considérable que l'alcool de pommes de terre. Si les mesures prises en 1881 dans le but de restreindre la consommation des eaux-de-vie fortes ne servent plus à rien aujourd'hui, parce que le problème se pose d'une façon tout à fait différente, il faut avoir le courage de le modifier. A côté de la vanne de la Régie fédérale des alcools il en passe annuellement une quantité considérable sur laquelle aucun contrôle n'est exercé. A combien se monte-t-elle? On a dit 20 à 30,000 hl. D'après la statistique de l'année dernière, c'est à peu près 50,000 hl qu'il faut dire. Or, seule la Confédération a le droit d'importer des alcools. Elle peut en importer de l'étranger au prix de 35 à 40 frs. l'hectolitre, pour les vendre en Suisse, disons par

exemple à 200 ou 250 frs. Ce qui lui laisserait un large bénéfice, alors que les agriculteurs, qui à l'heure actuelle distillent la drèche des cidreries, font de l'alcool rectifié trois-six qui se vend 550 frs. Le jour où la Confédération importerait de l'étranger à 35 ou 40 frs. le kilo, ce qui fait 35 ou 40 cts. le litre, la distillation indigène aurait vécu. Il faut voir les choses telles qu'elles sont, si une résistance à outrance se manifestait. Le projet du Conseil fédéral servirait en quelque façon à protéger les intérêts de l'agriculture, parce que ces intérêts, dans le cas particulier, sont ceux du fisc fédéral. Nous devons trouver une solution: renoncer à l'importation dans une très large mesure pour utiliser, en alcool industriel, une bonne partie de l'alcool de fruits fabriqué à l'intérieur.

Il y a en Suisse plus de 30,000 distilleries, en comptant les alambics qui se trouvent chez les particuliers. On a beaucoup insisté sur le danger de la distillation à domicile. Je n'y reviens pas. Je sais que tous vous êtes convaincus que l'alambic à la ferme est un danger. Mon désir aurait été de l'en arracher complètement; nous nous sommes heurtés à des difficultés considérables. On nous a dit: Si les montagnards ne peuvent plus distiller la gentiane, si les paysans ne peuvent plus distiller les quelques cerises dont la récolte est si peu abondante suivant les années, si l'on ne peut plus distiller les marcs de raisin, nous ne sommes pas d'accord et nous voterons contre le projet. J'ai fait faire une statistique, et nous avons constaté que la production totale des alcools, que j'appellerai « des spécialités » (eaux-de-vie fines) oscille entre 5 et 6000 hl, cela dépend de la récolte des cerises. Or, la totalité de la consommation d'alcool en Suisse varie de 70 à 80,000 hl. Si, sur les 75,000 restant, il y avait un moyen de contrôle, nous aurions fait œuvre utile et nous aurions travaillé avec succès dans le sens d'une compression effective, tout en permettant à ces 5000 d'échapper au monopole. Nous ne voulons absolument pas que la distillation à domicile des fruits à noyaux et des déchets de raisins puisse être faite sans contrôle. Il faudra demander une autorisation qui ne pourra pas être refusée, c'est entendu. Evidemment, il ne faut pas songer que ces alcools restent francs de toute imposition fiscale; il y aura pour eux un impôt par litre. Nous verrons à vous présenter un projet de loi qui s'adaptera à la situation actuelle, en tenant compte de tels usages dont nous n'avons pu totalement faire abstraction. M. de Dardel, dans son rapport extrêmement intéressant, vous a dit d'ailleurs que le Département des finances avait consulté, à côté de la commission que vous avez nommée pour étudier le projet, d'autres commissions. C'est exact. Nous avons toujours senti la résistance qu'on nous opposait, résistance que je comprends très bien de la part des milieux agricoles. Nous avons voulu discuter avec les intéressés. Nous avons voulu entendre leurs objections et chercher avec eux à leur donner une solution en trouvant la combinaison qui puisse tranquilliser les agriculteurs. Il faut réaliser ce tour de force: diminuer la quantité d'alcool mise à la disposition de la consommation, et en même temps ne léser les intérêts de personne. Cela n'est pas une tâche aisée. Il y a de grosses difficultés à vaincre.

Si j'additionne toutes les quantités d'alcool qui sont produites par les différentes distilleries, surtout par les annexes des cidreries, j'arrive déjà à 50,000,

peut-être même 60,000 hl. Si j'y ajoute les quantités d'alcool fin que nous ne pouvons pas produire en Suisse et qu'il faudra importer encore de l'étranger, de France et d'Espagne, si j'ajoute encore la distillation d'un certain nombre de wagons de pommes de terre, ce qui sera une inévitable nécessité, j'arrive à un total bien supérieur à ce qui peut être livré à la consommation, si nous voulons comprimer l'usage de l'alcool.

C'est là qu'est la grosse difficulté; c'est là qu'est le point délicat du problème. Nous nous y sommes attelés avec énergie, car le résultat auquel nous voulons aboutir réalisera tant de progrès matériels et moraux, qu'il vaut bien la peine de faire un effort de fond pour vaincre les difficultés, renverser les obstacles et arriver à une réalisation positive.

Je crois que nous pourrions très bien désormais réduire la distillation des pommes de terre; on a prévu pour l'avenir un maximum de fabrication d'alcool de 30,000 hl par an. Ce chiffre ne fut jamais atteint; deux fois seulement on est arrivé à 29,000 hl environ; très souvent on n'a distillé que 10,000, 15,000, 16,000 hectolitres; rarement on est allé jusqu'à 20,000 hl. Nous avons demandé au Dr. Laur à combien il évaluait la production totale de la pomme de terre en Suisse. Il nous a répondu: «A peu près 120,000 wagons.» C'est peut-être un peu exagéré. La statistique que nous avons fait établir sur une autre base a abouti à la constatation de 90,000 wagons. Mais avec 3000 wagons de pommes de terre on fait 30,000 hl d'alcool. Par conséquent, on ne pourra jamais distiller plus de 3000 wagons, si l'on n'augmente pas la moyenne prévue dans la loi actuelle. Or, ce serait une singulière façon de lutter contre l'alcoolisme que d'augmenter la possibilité de distiller la pomme de terre. Arrêtons-nous donc à 3000 wagons. Si le chiffre du Dr. Laur est exact, ou encore s'il ne l'est pas absolument, et si le nôtre, 90,000 wagons, répond mieux à la réalité, je dis que, sur une telle production, 3000 wagons ne jouent pas un rôle décisif. Il y a donc possibilité de restreindre encore la distillation des pommes de terre. Je sais parfaitement, d'autre part, qu'on ne peut pas l'abolir complètement. Cette année-ci, par exemple, la récolte des pommes de terre s'est faite dans des conditions défectueuses; la conservation en est difficile et diverses expériences faites récemment dans les distilleries démontrent la nécessité de distiller sans tarder les tubercules qui menacent de se gâter. Cette distillation sera donc plus importante cette année-ci.

Tenant compte de la protection douanière en faveur de l'agriculture dans le domaine de la production de la pomme de terre, ainsi qu'elle existe d'ailleurs et dans une mesure que l'on a considérée dans certains milieux, avec raison peut-être, peut-être pas à tort, comme excessive, sur la viande de porc vivant ou tué —, tenant compte de tout cela, on arrive à la conclusion que pour diminuer l'alcoolisme en Suisse, il faut réduire la consommation de l'alcool. Or, pour atteindre ce résultat, il faut diminuer la quantité d'alcool mise à la disposition du consommateur, en d'autres termes, il faut en restreindre la production. C'est ainsi que se pose le problème. Or, à une certaine quantité d'alcool de pommes de terre, quantité réduite dans la proportion que je viens d'indiquer, il faut ajouter encore le produit de la distillation des fruits.

Messieurs, la Confédération ne veut léser personne. Elle a donc promis aux agriculteurs de reprendre la totalité de l'alcool qui sera obtenu dans les distilleries, de reprendre toutes les drèches à distiller. Et j'arrive ainsi à cette conclusion que, même en comprimant la distillation de la pomme de terre, il serait difficile de ramener à 70,000 hl la quantité annuelle d'alcool produit.

Ces 70,000 hl, nous ne voulons pas les donner à la consommation. Ce serait trop. Il faut envisager encore une autre réduction. Comment y arriver? Nous avons pensé qu'une partie de cet alcool pourrait être rectifié pour être vendu sous forme d'alcool industriel. Cette solution exigerait de la part de la Confédération un sacrifice financier, parce que l'alcool ainsi produit lui reviendrait plus cher qu'elle ne pourrait le vendre.

Nous avons également fait étudier la question de savoir si une partie de cet alcool ne pourrait pas être utilisé comme carburant, en lieu et place de benzine. Je crois que, sous cette forme, le rendement serait maigre; mais enfin, cette question est à l'étude.

Nous en avons envisagé une autre. Maintenant même, on vend dans les auberges de l'alcool artificiel. Lorsque j'étais encore conseiller national, j'avais une fois déposé une motion tendant à la revision de la loi sur les denrées alimentaires afin d'interdire les alcools façon et les alcools artificiels. En effet, on trouve toujours dans les cafés, par exemple, le kirsch façon et le kirsch artificiel. Ce dernier, qui est un produit de la distillation de la houille additionné d'un certain parfum, ne contient absolument aucune matière végétale, rien qui provienne du fruit, ni comme alcool, ni comme arôme. C'est bien une production purement artificielle. Il faudrait avoir le courage de reviser la loi sur les denrées alimentaires afin d'interdire formellement la fabrication et la consommation de tout alcool artificiel. Et si cela est nécessaire, pourquoi n'irait-on pas plus loin? Pourquoi n'interdirait-on pas les coupages? Puisqu'il y a trop d'alcool, il faut supprimer les produits coupés et artificiels avant tout, puis restreindre encore les alcools naturels. Il y a là une possibilité de réduire la production en général.

Je crois, Messieurs, m'être suffisamment expliqué. Nous espérons pouvoir réaliser l'idée de l'extension du monopole sur l'alcool. Les agriculteurs ont été renseignés, par la distribution du premier projet de loi, sur les conditions dans lesquelles cette extension du monopole s'accomplira. Nous savons exactement comment nous voulons réaliser ce projet. Je suis extrêmement heureux de constater que les agriculteurs ont donné leur adhésion à la solution préconisée par la Direction des Finances, sous réserve de certaines modifications d'ordre secondaire. J'ai la conviction que le peuple suisse, conscient du danger que comporte l'alcoolisme pour notre pays, aura le courage de la grande mesure que nous lui proposons. J'ai la conviction que les agriculteurs seront assez patriotes pour consentir le sacrifice que nous leur demandons. On a répété souvent que la population de la campagne constitue en réalité la grosse force de conservation sociale. Si cela est vrai, il y a là pour l'agriculteur une raison toute spéciale de se préserver de l'alcoolisme aussi bien que l'ouvrier des villes. On affirme, et je crois que c'est vrai, que l'atmosphère de la campagne est très favorable à l'élaboration

de cerveaux bien équilibrés. Il ressort même de la statistique que les générations de la campagne qui sont venues vers les villes disparaissent après 100 ou 150 ans. C'est la campagne qui fait les hommes et c'est l'atmosphère citadine qui les absorbe. Rappelons-nous cela, et tâchons de préserver les agriculteurs et les campagnes en général de la contamination de l'alcoolisme.

Je voudrais, en terminant, revenir sur une pensée de M. Naine. Ce n'est pas seulement, estime-t-il, par des dispositions légales qu'on arrivera à préserver le peuple suisse des méfaits de l'alcoolisme; le meilleur moyen de lutte, c'est l'éducation de la jeunesse. Cela est bien vrai. C'est pourquoi, dans cet ordre d'idées, je remercie tous ceux qui travaillent avec une admirable persévérance à lutter contre l'alcoolisme: en tout premier lieu M. le conseiller national Ming et toutes les sociétés antialcooliques, toutes les sociétés de tempérance, tous ceux qui ont contribué à créer cette atmosphère à la faveur de laquelle nous obtiendrons, je l'espère, l'adhésion du peuple à la proposition que nous vous présentons.

Abstimmung. — Votation.

Für Schluss der Debatte

Mehrheit

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Es hat mich ebenfalls sehr angenehm berührt, dass die Vorlage in der Generaldebatte ein freundliches Urteil gefunden hat. Ganz besonders hat mich gefreut, dass die Bauernsamen heute die Bedeutung und Notwendigkeit der Vorlage anzuerkennen scheint. Das soll ein gutes Zeichen für die Volksabstimmung sein. Herr Boschung hat Nichteintreten beantragt und die Befürchtung ausgesprochen, es werde da ein Bundesheer von Beamten daherkommen. Ich habe eigentlich schon drauf geantwortet. Durch die in Aussicht genommene Konzessionierung der Betriebe ist diese Gefahr meines Erachtens vollständig ausgeschlossen. Und was die Freiheit anbetrifft, die ihm am Herzen liegt, so ist dieselbe nach allen Richtungen und nach Möglichkeit geschützt worden. Ich möchte aber hier noch einige Worte sprechen von einer andern Freiheit.

Die Volksinitiative, die nun Tatsache geworden ist, will den Gemeinden und Kantonen die Freiheit geben, die Fabrikation und den Verkauf gebrannter Wasser auf ihrem Gebiete zu untersagen, und darüber muss noch gesprochen werden. Es muss die Stellung der Kommission dieser Initiative gegenüber klargelegt werden. Die Initiative, diese scharfe Patrone, ist von Amerika herübergekommen und wir werden sie kaum brauchen können, schon weil sie nicht zu unserem Schweizerkaliber passt. Der Amerikaner neigt zum Extremen, zum Uebermass in Arbeitsleistung und Genuss. Er trinkt um zu trinken, der Schweizer trinkt bekanntlich mehr der Geselligkeit und der Kameradschaft wegen. Der Puritanismus hatte in Amerika von jeher eine Heimstätte, die Schweiz ist dagegen das Land, das den freien Willen seiner Bürger entwickelt; auch das Land, das alle Welt zu Gaste ladet. Da scheint es doch sehr gewagt, den Geist puritanischer Strenge und Zwängerei bei uns aufzunehmen.

Weg und Ziel dieser Volksinitiative sind amerika-

nisch. Auf diesem Wege, Schritt um Schritt, in gewaltiger Agitation, wurde Gemeinde um Gemeinde und dann der Staat genommen. So sind die Vereinigten Staaten zur Prohibition gekommen, und so war das Beispiel für unsere Mässigkeitsvereine gegeben. Sobald die Schweiz sich dem Schnapsverbote ergibt, hat sie den ganz gleichen Kampf um die gegorenen Getränke, und wenn sie, was zwar unwahrscheinlich ist, einmal zum totalen Alkoholverbot kommen sollte, so würde ihr der Alkohol doch keine Ruhe lassen. Noch hat sich kein Volk beim Alkoholverbot beruhigt. In den betreffenden Staaten allen dauert der Kampf gegen den Zwang mit aller Heftigkeit an; er lähmt und schädigt die andern Tagesfragen.

Der Kampf gegen die Alkoholverbote wird voraussichtlich früher oder später überall ein siegreicher sein, schon weil diese Verbote sich die allgemeine Geltung nicht verschaffen und die volle Beseitigung des Uebels nicht erreichen können. Es ist eine an sich sehr bedauerliche Tatsache, dass diejenigen, welche ein Gesetz umgehen wollen, immer schlauer sind, als diejenigen, welche das Gesetz machen und auszuführen haben. Und der Mensch will nun einmal sein Gift haben, heisse es Tabak, Alkohol, Opium, Morphium, Kokain oder anders. Und wenn er den Alkohol an der grossen Strasse nicht bekommt, sucht er ihn auf Nebenwegen. In der grossen Stube tut jeder ein braves Schnäpschen in den Kaffee, im Hinterstübli aber tut man den Kaffee in den Fusel. Durch das Verbot wird das Uebel eingeschränkt aber nicht ausgerottet, und dabei bleibt die Frage offen, ob das ganze Gepansche von Kunstwassern, das den Alkohol ersetzen soll, nicht auch seine schweren Schattenseiten hat. Hervorragende Aerzte befürchten, dass diese «Wassersucht» unser Blut nicht verbessere. Jedenfalls ist derjenige, der für eine laue Limonade einen Franken ausibt, nicht gescheiter als derjenige, der sich für 30 Rp. ein frisches Bier gestattet.

Welches sind nun die Erfahrungen in den Ländern des Alkoholverbotes? Die Berichte sind oft gefärbt, aber eines scheint festzustehen: Die Verbote vermögen die Gleichheit vor dem Gesetze nicht herzustellen, der Missbrauch hält an. In Finnland sprechen mehrere der von den Alkoholbehörden eingeforderten Berichte trostlos von einem Bankerott der Gesetzgebung. Es werde nicht viel weniger Schnaps konsumiert als früher, dabei sei die Ware schlecht und es leide die Volksmoral. Ich hatte diesen Sommer den Besuch eines Bekannten, der in einem amerikanischen Staatsgefängnis eine höhere Stelle bekleidet. Sein Urteil lautet: Die Einstellung der Betriebe hat einen grossen Umschwung gebracht. Aber nach und nach zeigt sich die Umgehung deutlich. In allen Städten kann man in einzelnen Wirtschaften alkoholische Getränke, Wein, Bier, auch den Branntwein bekommen. Nur ist der Preis der drei- bis zehnfache von früher. Die Polizei versagt vielfach. Viele Apotheken sind eigentliche Schnapsbuden geworden. Das Schlimmste ist, dass die Familie anfängt selbst zu fabrizieren. Nach Hunderten von Rezepten wird da gebraut, gekocht, destilliert, und diese Produkte sind meist minderwertig. Ihre schädigenden Wirkungen sind in unserer Anstalt bemerkbar. Wohl hält sich vielleicht die Mehrheit der Bürger noch an das Gesetz. Wir Beamten bezweifeln jedoch, dass die Prohibition die schlimmen Folgen des Alkoholismus wesentlich zu mildern imstande sei.

Eine grosse Bedeutung hat die wirtschaftliche Seite der Frage. Allgemein gesprochen muss ein Volk, dem der Alkohol verboten ist, einem andern Volk sehr überlegen sein. Allein schon die unvermeidliche Umgehung des Verbotes frisst ein grosses Loch in diesen Sack und dann sprechen die besonderen Verhältnisse des Landes auch mit. In Schweden, wo man die Rationierung hat, verlangte vor einiger Zeit die sogenannte «Nüchternheitskommission» von der Handelskammer ein Gutachten über die Zweckmässigkeit eines allgemeinen Alkoholverbotes. Wie man vernimmt, rieten sämtliche Kammerräte unterschieden ab, einesteils wegen der Unmöglichkeit, dem Verbote volle Nachachtung zu verschaffen, hauptsächlich aber aus Rücksicht auf die Landwirtschaft und speziell auf den Kartoffelbau, der schweren Schaden leiden würde, wenn man den Ueberschuss in guten Jahren nicht zum Brennen verwenden könnte. Norwegen hatte in Spanien einen guten Abnehmer seiner Fischkonserven. Da es aber des Verbotes wegen keine spanischen Weine mehr brauchen konnte, verlor es diesen Kunden. Spanien erliess ein Einfuhrverbot für gewisse Fischkonserven und nun zeigt sich Norwegen bereit, sein Verbot zu mildern und wieder Wein aus Spanien zu beziehen.

Diese Beispiele sind für uns lehrreich. Ein Land, wie das unsrige, das eine grosse Obstzucht, einen bedeutenden Kartoffelbau und so viele brennbare Kräuter und Wurzeln hat, würde durch ein Verbot schwer getroffen. Auch liegt auf der Hand, dass die Schweiz, wenn sie ihren Nachbarn keinen Wein, keinen Sprit und kein Malz mehr abkaufen könnte, in Zoll- und Handelsfragen sehr geschwächt dastehen müsste. Und das bevorzugte Land der Fremdenindustrie kann doch nicht das Land sein, wo man nur Wasser zu trinken bekommt.

Gewiss ist der Alkoholismus ein grosses Uebel, wir wollen das nie aus den Augen verlieren, und ich möchte kein Wort zurücknehmen von dem, was ich hierüber schon gesagt habe. Ein Alkoholverbot, und wenn es auch nur das Schnapsverbot wäre, zeigt uns aber so viele Schatten, und zwar von der direkten Schädigung des Fiskus nicht zu reden, dass wir alle andern Kampfmittel versuchen müssen, bevor wir an das Verbot denken. Solche Kampfmittel sind: die Aufklärung von der Schule an, die Verbesserung der sozialen Verhältnisse, die Unterstützung der Mässigkeitsbestrebungen und eine zielbewusstere Gesetzgebung. Wir vertreten ein geschultes wackeres Volk und dürfen auf Erfolg hoffen.

M. de Dardel: Je voudrais seulement répéter en français ce qu'a dit M. le président de la commission en réponse à M. Boschung. Je crois que M. Boschung se trompe lorsqu'il croit que l'extension du monopole de l'alcool aurait pour conséquence une augmentation anormale de la bureaucratie fédérale. Je rappelle que le service actuel de la régie de l'alcool ne comporte que 60 fonctionnaires et ouvriers. C'est extrêmement peu. Il serait peut-être désirable que l'on imitât ce bon exemple dans d'autres branches de l'administration fédérale.

Quant à la question de l'option locale, je ne me prononce pas sur le fond. Nous avons repoussé l'introduction dans notre projet de cette réforme, parce que nous avons trouvé qu'il serait hasardeux de faire trancher dans le même arrêté fédéral la ques-

tion de l'option locale et celle de l'extension du monopole de l'alcool. La majorité de la commission a écarté cette réforme pour des raisons d'opportunité.

Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
(L'entrée en matière est décidée tacitement.)

Artikelweise Beratung. — Discussion article par article.

Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission

I. An der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 werden nachstehende Aenderungen vorgenommen:

Proposition de la commission

Ne concerne que le texte allemand.

Angenommen. — (Adoptés.)

Art. 31.

Antrag der Kommission

1. Art. 31:

lit. b wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
«Die Fabrikation, die Einfuhr und der Verkauf gebrannter Wasser nach Massgabe des Art. 32.»

lit. c soll lauten:

«Das Wirtschaftswesen und der Kleinhandel mit geistigen Getränken, in dem Sinne, dass die Kantone auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Wirtschaftswesens und des Kleinhandels mit geistigen Getränken den durch das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen unterwerfen und ihre dahingehenden Befugnisse auch an die Gemeinden übertragen können. Der Handel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von zehn oder mehr Litern darf indessen mit besondern Abgaben nicht belegt werden.»

Proposition de la commission

1. Art. 31:

La lettre b est remplacée par la disposition suivante:

«La fabrication, l'importation, la rectification et la vente des alcools obtenus par distillation, en conformité de l'art. 32.»

La lettre c reçoit la teneur suivante:

«Tout ce qui concerne les auberges et le commerce au détail des boissons spiritueuses, en ce sens que les cantons ont le droit de soumettre, par voie législative, aux restrictions exigées par le bien-être public l'exercice du métier d'aubergiste et le commerce en détail des boissons spiritueuses. Le commerce, en quantités de deux litres ou plus, des boissons fermentées ne doit pas être soumis à des impôts spéciaux.»

Antrag Ming

vom 6. Dezember 1921.

Art. 31, lit. c, letzter Satz.

Der Detailhandel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Litern kann von den Kantonen aus Gründen des öffentlichen Wohles beschränkt werden, ist aber nicht mit besondern Abgaben zu belegen.

Proposition Ming

du 6 décembre 1921.

Art. 31, lettre c.

... des boissons spiritueuses. Le commerce de détail des boissons fermentées, en quantité de deux litres ou plus, peut être restreint par les cantons pour des motifs d'intérêt public, mais ne doit pas être soumis à des impôts spéciaux.

Antrag Tschumi

vom 6. Dezember 1921.

Art. 31, lit. c, letzter Satz.

Der Handel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von zehn und mehr Litern darf mit besondern Abgaben nicht belegt werden.

Proposition Tschumi

du 6 décembre 1921.

Art. 31, lettre c.

... des boissons spiritueuses. Le commerce, en quantités de dix litres ou plus, des boissons fermentées ne doit pas être soumis à des impôts spéciaux.

Antrag der Berichterstatter.

vom 6. Dezember 1921.

Art. 31, Buchstabe c (Schluss).

... Beschränkungen unterworfen werden. Aus gleichen Gründen können die Kantone den Detailhandel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei und mehr Litern der Kontrolle unterwerfen, jedoch nicht mit besondern Abgaben belegen.

Proposition des rapporteurs

du 6 décembre 1921.

Art. 31, lettre c (in fine).

... en détail des boissons spiritueuses. Pour les mêmes motifs les cantons ont la faculté de soumettre à un contrôle le commerce en détail des boissons fermentées par quantité de deux litres ou plus. Toutefois le commerce ne doit pas être frappé d'impôts spéciaux.

Gamma, Berichterstatter der Kommission: Sie sehen, dass die kommissionalen Anträge die Vorlage des Bundesrates stark verändert haben. Der Bundesrat hat eben die frühere Reihenfolge beibehalten und einfach die revisionsbedürftigen Sätze geändert. Die Kommission dagegen hat gefunden, es sei not-

wendig, die Materie neu zu ordnen. Daher haben Sie schon eine Aenderung im Titel. Der Art. 31 der Bundesverfassung spricht von dem Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit und von den bezüglichlichen Ausnahmen. Solche Ausnahmen sind die Fabrikation und der Verkauf der gebrannten Wasser. Nun hat der Bundesrat hier die Einfuhr hinzugesetzt. Wir betrachten das als etwas Selbstverständliches. Aber es ist noch ein anderes Wort hinzugekommen, das Wort «Reinigung». Darunter wird die Reinigung der Flüssigkeit von allen schädlichen Bestandteilen verstanden, von Fuselöl usw. und es wird der Vorgang als so wichtig bezeichnet, dass er unbedingt der Bundesgesetzgebung unterworfen werden soll. Es muss das Wort auch festgehalten werden, um gewissen Missverständnissen vorzubeugen.

In lit. c ist der erste Satz alt. Neu ist nur der Geist der in diese Worte hineinkommen soll. Die Ansichten haben sich da etwas geändert. Vor 30 Jahren noch hat man hier die Verweigerung eines Wirtschaftspatentes als eine Verletzung der Handels- und Gewerbefreiheit behandelt. Heute glaube ich, ist es der Wunsch aller Parteien, dass die Kantone von ihren Kompetenzen einen vollen Gebrauch machen.

Im zweiten Satz ist der alte «2 Liter» Artikel bestätigt. Seit Jahren ist dieser Satz sehr lebhaft umstritten. Im Jahre 1901 schlug der Bundesrat die Erhöhung der Verkaufsgrenzen für den Grosshandel von 2 auf 10 Liter vor, das Volk hat dann aber in der Abstimmung die Vorlage verworfen. Nun hat der Bundesrat seine Ansicht geändert. Er ist zur Ueberzeugung gekommen, dass dem Uebel durch diese einfache Erhöhung der Verkaufsgrenze nicht beigegeben werden kann. Die Mässigkeitsvereine hingegen haben die Ansicht, dass diese Verkaufsgrenze noch weiter hinaufgesetzt werden soll, auf 40 Liter. Sie verwerfen die Meinung, dass gegorene Getränke ein Gegengift gegen den Schnaps seien, und sie gehen selbstverständlich darauf aus, dem freien Handel weitere Mengen gegorener Getränke zu entziehen. Die Kommission hat über diese Frage wiederholt verhandelt und schliesslich mit Entschiedenheit dahin beschlossen, dass an dieser Zweiliter-Bestimmung nicht gerüttelt werden soll. Es ist nicht zu vergessen, dass inzwischen die Lebensmittelgesetzgebung dem üblen Zustande bedeutende Abhilfe gebracht hat und es wird sehr schwierig sein, die Wirkungen einer Hinaufsetzung dieser Grenze zu ermessen. Es wäre gar nicht unmöglich, dass die Mässigkeitsvereine, wenn man ihnen heute mit 40 Litern entsprechen könnte, eines Tages sagen würden: wir haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Urteil in dieser Frage ist also unklar, auch noch deshalb, weil hier die Interessen sehr scharf gegeneinander stehen. Wir haben die Befürchtung, dass, wenn wir hier irgend eine Aenderung treffen, der ganzen Vorlage neue Gegnerschaft entsteht. Auch aus diesen taktischen Gründen beantragt die Kommission, bei der bisherigen Bestimmung zu verbleiben.

M. de Dardel: Dans sa teneur actuelle, la lit. b de l'art. 31 de la constitution dit:

«La fabrication et la vente des boissons distillées en conformité des art. 32 bis et 32 ter.»

Le projet du Conseil fédéral intercale dans ce texte le mot «importation» oublié lors de la revision de 1885, on ne sait pas pourquoi. A la demande du

Département des finances, nous y avons introduit encore le mot « rectification ». La science possède aujourd'hui des instruments d'une puissance et d'une perfection telles qu'il est devenu possible de rendre de nouveau potables les alcools dénaturés. La Confédération doit être armée pour empêcher des rectifications de cette nature. Nous avons élargi encore le domaine de la Confédération en substituant aux mots « boissons distillées » les mots « alcools obtenus par distillation », pour nous conformer à la décision des Chambres qui ont remis à la Confédération la fourniture de l'alcool industriel aux particuliers par l'abrogation de l'art. 14 modifié de la loi sur l'alcool.

J'ai parlé assez longuement dans la discussion générale du commerce de détail des boissons distillées pour n'avoir pas besoin d'y revenir longuement. Le projet de la commission laisse intact le texte actuel de la lit. c de l'art. 31, mais il y ajoute la disposition relative aux deux litres aujourd'hui contenue dans l'art. 32 bis. Ce changement aura pour effet, comme je l'ai dit, de permettre un meilleur contrôle des cantons sur la vente à l'emporté des boissons fermentées. Les cantons auront le droit de soumettre à l'avenir « l'exercice du métier d'aubergiste et le commerce en détail des boissons spiritueuses aux restrictions exigées par le bien être public ». D'après le texte actuel de la constitution ils ne peuvent soumettre le commerce « à d'autres distractions que celles, qui sont nécessaires pour protéger le consommateur contre les boissons falsifiées ou nuisibles à la santé ». La nuance est sensible et le progrès évident. Notre projet améliore la situation actuelle.

Ming: Man könnte mir begründeten Vorwurf daraus machen, dass ich meinen Antrag nicht schon in der Kommission gestellt habe. Ich habe das nicht getan, weil ich den Wortlaut, wie er Ihnen gedruckt vorliegt, den Wortlaut des Kommissionsantrages, so auslegte, wie der Herr Berichterstatter französischer Zunge ihn soeben ausgelegt zu haben scheint. Ich habe geglaubt, es sei die Meinung, dass der Kleinhandel mit geistigen Getränken aus Gründen des öffentlichen Wohles erlaubten Beschränkungen zu unterwerfen sei. Vielmehr bin ich nun aber aus der Diskussion, ganz besonders aus den Worten des Herrn Bundesrat Musy, zur Ueberzeugung gekommen, dass zum allerwenigsten dieser Wortlaut doppel-sinnig sein kann, dass allerdings der Kleinhandel eingeschränkt werden kann, insofern es die Interessen des Lebensmittelgesetzes, die Interessen der Polizei, der Aufsicht usw. erlauben, aber dass keineswegs die Gründe des öffentlichen Wohles, wie sie gegenüber den Konzessionen von Wirtschaften usw. angewendet werden können, hier zur Geltung kommen sollen. Das ist mein Zweifel, und deswegen sage ich in meinem Antrage, aller Detailhandel mit nicht gebrannten geistigen Getränken von 2 Litern aufwärts soll durch die Gründe des öffentlichen Wohles von den Kantonen beschränkt werden können.

Wie schlimm es steht mit den Wirkungen des Zweiliterhandels, haben Sie hier schon oft diskutieren gehört und haben es auch bereits in den Klagen vernommen, die die Behörden der Kantone zur Genüge vorbringen. Es ist keineswegs nur die Differenz in der Meinung, dass, wie der verehrte Herr Berichterstatter deutscher Zunge gesagt hat, die

Abstinenten in jedem Alkohol einen Schädling betrachten, sondern es ist die Ueberzeugung in den Behörden, seien sie Armenbehörden, Polizeibehörden, Behörden, die für die öffentliche Gesundheit zu sorgen haben, dass durch diese « Zweiliterwirtschaften » ein grosses Unheil in die Familien hineingebracht wird. Ich habe das seit 40 Jahren beobachten können. Da sind in den Familien Leute, die bis 11 Uhr oder 12 Uhr nachts im Hauswesen oder in der Hausindustrie angestrengt arbeiten müssen. Statt dass sie sich Milch oder Kaffee oder Suppe verschaffen oder sonst irgend ein Nahrungsmittel, das ihnen zur Wiederherstellung ihrer Kräfte helfen könnte, gehen sie zum Zweiliterladen und kaufen sich noch eine Wurst, dann werden die 2 Liter mit der Wurst verzehrt, bevor die Leute schlafen gehen. So geht es mit Leuten, die dazu berufen sind, für das Hauswesen zu sorgen, durch Kochen usw., indem die Ausrede lautet: « Ich habe nicht Zeit, zu kochen, ich gehe schnell in den Spezereiladen und kaufe mir die 2 Liter, und dann kann die ganze Familie, mit Einschluss von Frau und Kindern, diese 2 Liter trinken. » Es ist aber noch weiter gekommen. Ich weiss aus Erfahrung, wie häufig es vorkommt, dass diese Frauen zum Spezereihändler gehen, 2 Liter kaufen und sich dafür Makkaroni, Reis usw. einschreiben lassen. Keine Polizei kann das kontrollieren. Freilich wäre die Polizei dazu berufen, Missbräuche zu bekämpfen. Wer will den Kantonen das Recht geben, Missbräuche zu bekämpfen. Alle Polizeibestimmungen werden nichts nützen, denn die Praxis zeigt, wie viele Wege daran vorbeiführen. Das Allerschlimmste ist, wenn in der Familie die Kinder sogar von diesen 2 Litern Gebrauch machen können oder sogar machen müssen, weil sie sonst nichts anderes bekommen, weil eben die Einsicht der Eltern nicht genügend ist, um sie davon abzuhalten. Es ist ganz schön, was da gesagt wird, man müsse das Volk aufklären, schon von der Schule aus, dass die geistigen Getränke gefährlich sind. Die Leidenschaft ist viel grösser als die Wissenschaft. Und wenn Sie sich das Blättlein z. B. ansehen, das in der letzten Zeit von einer Anzahl Alkoholinteressenten herausgegeben wurde, so hören Sie da, in vernünftigem Gebrauch des Alkohols liege gar kein Schaden. Aber wo der vernünftige Gebrauch aufhört, das sagt der Herr Verfasser nicht, er weiss es selber nicht, denn er ist ja dafür da, die Interessen des Alkoholgewerbes zu vertreten.

Unsere Interessen in bezug auf die Jugend sind so gross, dass wir da nicht länger zusehen können. Wir tun so viel für das Schulwesen. Wir reden überall, wie man für die Jugend sorgen müsse, denn mit der Jugend haben wir die Zukunft. Und man hat recht, das zu sagen, aber wir haben auch danach zu handeln. Wenn man danach handeln will, dann heisst es, diese Zweiliterwirtschaften abzuschaffen, wo sie ein Schaden sind. Ich betone ausdrücklich, wo sie ein Schaden sind, und das deckt sich mit dem Ausdruck, es soll auf das öffentliche Wohl Bezug genommen werden. Ich gebe ja zu, dass z. B. in Konsumhandlungen, wo eine gute Ordnung ist, wo die Beamten gewissenhaft sind, weniger Schaden durch Schmuggel und Anpreisung gestiftet wird. Ich gebe zu, dass diese Handlungen hauptsächlich in grösseren Ortschaften diesen Handel betreiben können, aber dass dann in jedem Spezereiladen bei jedem grössern Bauernhof, wo der Bauer findet, er sollte noch einen Nebenver-

dienst haben, solche Zweiliterhandlungen bestehen, das ist ein Unfug.

Man wird mir einwenden, das sei ein Anfang der Prohibition und wird wieder mit Amerika argumentieren. Man wird vielleicht wieder die Anekdoten bringen, die aus dem «New York Herald» und andern Blättern in die schweizerische Presse übergegangen sind. Ich habe auch einigermassen gesehen, was in Amerika gegangen ist und noch geht. Und da können die Schweizer, die da herüberkommen und unglücklich sind, weil sie nicht genug zu trinken bekämen, und können die Deutschen, welche immer noch eines nehmen wollen, bevor sie gehen, lange sagen, es sei ein Unglück für Amerika, dass die Prohibition dort durchgedrungen sei. Nein, es ist ein grosses Glück für dieses Land, und wir wollen diesem Land das Glück gönnen. Damit ist nicht gesagt, dass wir in unserm Land das Gleiche einführen müssen. Denn die amerikanischen Verhältnisse waren wirklich viel schlimmer; sie waren derart, dass etwas getan werden musste, wenn nicht ein grosser Teil der Bevölkerung untergehen sollte. Wer ist gegenwärtig am meisten gegen die «prohibition» in Amerika? Das sind die Schweizer und die Deutschen, aber keineswegs die Amerikaner. Und wenn Sie gesehen haben, oder wenn Ihnen erklärt worden ist, wie an jeder Strasse 2—3 solcher «saloons» waren, die eigentlich darauf ausgingen, die Leute hereinzuziehen und sie betrunken zu machen, um ihnen das Geld abzunehmen, dann müssen Sie dafür danken, dass diese «saloons» aufgehoben sind, denn ein beträchtlicher Teil unserer Auswanderer, die sonst drüben zugrunde gegangen wären, werden jetzt zu soliderem Leben gezwungen. Damit soll nicht gesagt sein, dass wir das gleiche Regime in der Schweiz einführen wollen. Aber damit soll gesagt sein, dass man einmal aufhören soll über Verhältnisse zu sprechen aus einem Staate, der aus seiner Ueberzeugung heraus diese Massregel getroffen hat, die er ganz entschieden durchführen wird. Wenn Sie von der «prohibition» reden, und von solchen Gesetzgebungen und deren Umgehung, denken Sie dann auch daran, was während der Kriegszeit gegangen ist, und wie wenigstens der eine oder andere, auch aus unserer Mitte, auf die Berge gegangen ist und wie bei seiner Rückkehr aus dem Rucksack so ganz verdächtige Fettbächlein heruntergeflossen sind! Ist das nicht auch gegen das Gesetz gewesen? Die Gesetze werden überall umgangen, daran ist gar kein Zweifel. Sie können kein Gesetz mehr erlassen, wenn Sie glauben, es soll keines gemacht werden, das nicht umgangen werden kann.

Ich bin von meinem Thema etwas abgeschweift, aber nach meiner Ansicht hatte der deutsche Berichterstatter auch etwas in die Sache hineingezogen, was eigentlich nicht hereingehört. Wir müssen diesem gegenwärtigen Regime der Zweiliterhandlungen ein Ende machen, indem wir sie vom öffentlichen Wohl abhängig machen. Allgemein sagt man, es sei doch ein grosses Glück, wenn man die Wirtshäuser beschränke. Ganz einverstanden. Dafür bin ich auch, obwohl ich gar nicht ungern hie und da ins Wirtshaus gehe, allerdings nicht um einen verdünnten Freund zu finden, sondern einen lebenden, mit dem ich mich unterhalten kann, das andere ist Nebensache. Wenn Sie die Wirtshäuser beschränken, aber dann dafür an jeder Strassenecke eine Zweiliterhandlung dulden, was haben Sie dann für einen Vorteil? Es ist das noch

viel schlimmer. Man sagt, in den Wirtshäusern sei der Wein teurer. Gewiss, aber was wird in diesen Zweiliterhandlungen verkauft? Die Herren der Westschweiz und um den Zürichsee, wo der gute Wein wächst, mit diesem wunderbar säuerlichen Geschmack, die werden sagen, die Zweiliterbeschränkung ist unser Schaden, wir können weniger verkaufen. Das ist nicht richtig. Was in diesen Zweiliterhandlungen verkauft wird, das ist gewöhnlich ein Wein, der nicht viel anders ist als Kunstwein. In schwachen Wein werden Korinthen eingelegt, wird Zucker zugefügt, und wenn dann dieses Gemisch mit einem gehörigen Bazillus zur Gärung kommt, so gibt es den prächtigen spanischen Wein, der noch ganz besondere Eigenschaften und Tugenden haben soll. Das ist ein Krankenwein, und dieser Krankenwein wird nicht selten den Kindern zur Stärkung gegeben. Sie müssen ihn in die Schule nehmen, um ihn um 9 Uhr zu trinken. Da hilft alle Belehrung nichts. Der spanische Krankenwein hat viel mehr Glauben an sich gerissen, als die beste Ermahnung, die man geben kann. Das soll so weit möglich aufhören. Machen Sie ganz, wie bei der Konzessionierung der Wirtshäuser, diese Zweiliterhandlungen abhängig vom öffentlichen Wohl. Ueberlassen Sie es den Kantonen. Wenn der Kanton findet, es ist im Interesse des öffentlichen Wohles, dass dieser Detailhandel weiter bestehe, so kann er ihn bestehen lassen, aber er wird ihn dann abhängig machen vom guten Ruf des Betreffenden, von der Oertlichkeit, wo er betrieben werden soll, von den Lokalitäten, die zur Verfügung stehen. Aber wenn Sie nicht so etwas ermöglichen, so geht der Unfug weiter.

Es ist immer und immer wieder zu betonen, dass eben der Alkoholismus vom Alkohol herkommt, ob er dann im «Krankenwein» sei oder im Branntwein; allerdings im Branntwein ist er schlimmer. Es ist vorhin gesagt worden, der verdünnte Whisky sei weniger schädlich als der Whisky, wenn er als konzentrierter Freund da sei. Wer trinkt aber dann den Inhalt bloss eines Glases Whisky? Diejenigen, die sich einmal an die 2 Liter gewöhnt haben, die trinken eben gläserweise, trinken ihn halbliterweise. Ja, ich habe mir sagen lassen, dass es gewisse Gegenden gebe, wo von einer Person im Tag 5—6 Liter Most getrunken werden. Und so kommt es auch mit diesem Wein. Auch da sollten Gründe des öffentlichen Wohles Einsprache machen können. Ich beantrage Ihnen, meinen Antrag anzunehmen.

Tschumi: Der Antrag des Herrn Ming und derjenige, den ich nun stelle, haben das Gemeinsame, dass sie die Schädigungen des Zweiliterverkaufes ausmerzen wollen. Bei den Verhandlungen über das Alkoholgesetz vom Jahre 1887 trat immer wieder ein Gedanke aus den Beratungen hervor, nämlich der, gesundheitsschädlich seien die gebrannten Wasser, der Schnaps jeder Art, gesundheitszutraglich aber die nichtgebrannten, Wein, Bier, Most usw. Dieser Gedanke hat sich doch im Laufe von 30 Jahren als nicht richtig erwiesen; aber damals spielte er, wie gesagt, eine grosse Rolle, und man argumentierte, wenn man der Schnapspest Meister werden wolle, müsse man die nichtgebrannten geistigen Getränke dem Volke so recht zugänglich machen. So kam denn dieser unglückselige Art. 32 bis in die Bundesverfassung hinein, dessen Inhalt dahingeht, dass der Verkauf von nichtgebrannten geistigen Getränken von

2 Litern an aufwärts keinen andern Beschränkungen unterworfen werden dürfe, als denen, die zum Schutze vor gefälschten und gesundheitsschädlichen Getränken nötig sind. Was entstand nun auf Grund dieses Artikels? Im ganzen Lande herum und namentlich auch im Kanton Bern eine grosse Zahl von Zweiliterverkaufsstellen für Wein und Bier. Ich habe eine Statistik aufgenommen darüber. Vom Jahre 1887 bis zum Jahre 1897 entstanden im Kanton Bern sukzessive über 1200 solcher Verkaufsgeschäfte. In einem Aussenquartier der Stadt Bern war jedes Haus eine Alkoholschankstelle. Wenn Sie den Alkohol wirklich etwas zurückdrängen wollen, dann müssen Sie darauf Bedacht nehmen, dass überhaupt nicht allzu viele Alkoholschankstellen entstehen. Das geschah nun im Art. 31, lit. c, der Bundesverfassung. Man setzte die Wirtschaften und die Kleinverkaufsstellen unter die Bedürfnisklausel, schaffte aber im Art. 32 bis eine Bestimmung, derzufolge die Zweiliterwirtschaften in ganz beliebiger Anzahl entstehen konnten. Zwischen dem Art. 31, lit. c, und dem Art. 32 bis war also von Anfang an eine schreiende Diskrepanz. Sie heben einander gegenseitig auf. Wenn eine Wirtschaft oder eine Kleinverkaufsstelle nicht errichtet wurde, so entstand in dem betreffenden Orte eben ein Zweiliterverkauf, der ungefähr das gleiche leistete wie eine Wirtschaft; da der Verkauf auf 2 Liter oder mehr normiert war, lag die Versuchung nahe, in diesen Zweiliterverkäufen die gesetzliche Bestimmung zu umgehen. Man verkaufte nicht 2 Liter, sondern 1 Liter in zwei Malen oder einen halben Liter in vier Malen. Ich habe seinerzeit, als ich noch bernischer Lebensmittelinspektor war, dem damaligen Direktor des Innern hin und wieder den Antrag gestellt, da oder dort eine Wirtschaft errichten zu lassen, um dem Unwesen des Zweiliterverkaufes entgegenzutreten.

Herr Kollega Ming hat ganz richtig ausgeführt, der Zweiliterverkauf habe seine Schädigung vornehmlich darin, dass er den Trunk in die Familien hineintrage, dass auch die Kinder dem Alkohol frönen können, dass der Familiensuff gefördert werde durch den Doppelliterartikel. Nun wird es sich darum handeln, diese Schädigung auszumerzen. Frage ist nur, wie tun wir es. Erhöhen wir das verkaufsfreie Minimum von 2 Litern auf 10 Liter oder gehen wir den Weg, den nun Kollege Ming eingeschlagen hat. Ich muss bemerken, dass die Zweiliterverkaufsstellen — und sie würden wahrscheinlich auch künftig entstehen — immer da entstanden, wo einem Alkoholbedürfnis gerufen werden konnte. So wurde der Zweiliterhandel namentlich auf Bauplätzen eingeführt und ich habe beispielsweise festgestellt, dass Arbeiter ihren Lohn von 72 Fr. bis auf 14 Fr. hinunter auf den Bauplätzen vertrunken hatten. So machte man durch die Zugänglichkeit des Alkohols alle die Massnahmen, die man zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs treffen wollte, in Wirklichkeit zunichte.

Und nun die Stellung der Kantone. Die Kantone haben immer darauf aufmerksam gemacht, dass ein Verkauf von 2 Litern und mehr kein Grossverkauf sei, sondern dass das gerade so gut ein Kleinverkauf sei, wie ein Verkauf von 1 oder einem halben Liter. Es hat sich dieserhalb der Kanton Zürich sehr scharf ausgesprochen und gesagt, das sei in Wirklichkeit kein Grossverkauf, sondern das sei ein Kleinverkauf und es müsse da Remedur geschaffen werden. Die

Kantone Bern und Luzern wie auch die Urkantone haben sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Und nun sagt man mir, ja, die weinbautreibenden Gegenden wünschen die 2 Liter aufrechtzuerhalten. Ich sehe nicht ein, warum. Wenn wir das verkaufs- oder steuerfreie Minimum auch auf 10 Liter erhöhen, so steht es den Kantonen immer noch zu, einen Kleinverkauf für nichtgebrannte geistige Getränke zu schaffen, der ihren besondern Verhältnissen Rechnung trägt.

Der Kampf gegen den Doppelliterartikel hat schon seit dem Jahre 1894 eingesetzt. Damals wurde hier eine Motion Steiger (St. Gallen) eingebracht, die 2 auf 10 Liter zu erhöhen. Der Kampf dauerte fort, und ich habe in denselben eingegriffen, indem ich zwei Broschüren schrieb, die zweite betitelt: «Kampf dem Doppelliter», in welchen ich die Schädigungen des Zweiliterverkaufs ausführlich klarlegte. Dann kam die Volksabstimmung, und es wurde die Doppelliterfrage mit andern Vorlagen zusammengekoppelt, von denen man zum voraus wissen konnte, dass sie fallen werden. So unterlag denn auch die Revision des Art. 32 bis, obgleich die verwerfende Mehrheit keine sehr grosse war.

Wenn wir diesem Doppelliterübel wirksam entgegenzutreten wollen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als den Grossverkauf für nichtgebrannte geistige Getränke auf 10 Liter zu erhöhen. Wenn Sie den Art. 31, lit. c, wie er von der Kommission beraten wurde, genauer ansehen, so müssen Sie erkennen, dass er präziser gefasst sein könnte. Eingangs wird gesagt: Das Wirtschaftswesen und der Kleinverkauf mit geistigen Getränken können unter die Bedürfnisklausel gestellt werden. Dann kommt der letzte Satz, der Handel mit nichtgebrannten geistigen Getränken von 2 Liter an dürfe mit besondern Abgaben nicht belegt werden, mit andern Worten, Wirtschaftswesen und Kleinhandel stehen wie bisher unter der Bedürfnisklausel. Von 2 Litern an haben wir inskünftig wieder den Grosshandel, der nicht mehr unter der Bedürfnisklausel steht. Nun kommt der Antrag des Herrn Kollegen Ming und geht dahin, es müsse auch dieser Zweiliterhandel unter die Bedürfnisklausel gestellt werden. Damit wäre etwas erreicht, nur hat der Antrag des Herrn Ming eine kleine Lücke insofern, als der Begriff «Detailhandel» vom Begriff «Grosshandel» nicht auseinandergelassen wird. Es müsste dann den Kantonen überlassen bleiben, den Begriff Detailhandel noch zu definieren. Das kann man eventuell tun. Allein die einfachere Form ist jedenfalls die, dass wir das Minimum von 2 Litern auf 10 Liter erhöhen, dann steuern wir dem Missbrauch, dann kann es nicht mehr vorkommen, dass eine Frau im Milchhafen Wein oder Bier holt.

Darum beantrage ich Ihnen, die Zahl 2 im letzten Satz des Art. 31 durch die Zahl 10 zu ersetzen. Dann wüssten wir doch, dass wir dem Doppelliterelend wirksam entgegenzutreten und eine Lösung schaffen, die den Zweck der wirksameren Bekämpfung des Missbrauchs fermentierter Alkoholgetränke wirklich erreicht.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des art. 32bis und 31 der Bundesverfassung (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1921
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.12.1921
Date	
Data	
Seite	447-474
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 238

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 7. Dezember 1921,
8¼ Uhr.

Séance du 7 décembre 1921, à 8¼ heures.

Vorsitz: }
 Présidence: } Hr. Klöti.

1078. Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundes-
verfassung (Alkoholwesen).

Revision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime
 des alcools).

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 447 hievor. — Voir page 447 ci-devant.)

Schär: Gestatten Sie, dass ich zu der Vorlage vom Standpunkt der Konsumvereine aus einige Worte sage. Ich hatte nicht die Absicht, in dieser Angelegenheit mich an der Debatte zu beteiligen, nachdem in der Kommission eine Lösung erfolgt war, die auf unserer Seite zu keinem Bedenken mehr Anlass zu geben schien. Nachdem jedoch die Herren Ming und Tschumi einen Abänderungsantrag gestellt haben, muss ich doch einige Worte zu diesen Anträgen hier vorbringen.

Diejenigen, die sich vielleicht noch an die Kämpfe erinnern können, die vor 20 Jahren um den Zwei- und Zehnliterartikel geführt wurden, werden wissen, dass der Zehnliterartikel damals wesentlich wegen der Opposition der Konsumvereine gefallen ist, die doch dazumal nicht den dritten Teil so stark waren, wie heute. Sie umfassten kaum 100,000 Haushaltungsvorstände, während es heute deren 360,000 sind. Die Verhältnisse haben sich aber noch nicht geändert. Wenn der Zweiliterartikel wieder in Frage gestellt ist, so werden die Konsumvereine wieder zur Opposition übergehen. Das ist unzweifelhaft aus einer Enquete hervorgegangen, die ich vor zwei Jahren in vollständig unpräjudizierlicher Weise habe veranstalten lassen. Da haben zirka $\frac{9}{10}$ der Antworten schärfsten Kampf jeder Aenderung nach dieser Richtung hin ausgesagt. Dementsprechend ist auch die Haltung der Verbandsleitung beeinflusst worden. Von diesem Ergebnisse ist der Kommission inoffiziell Kenntnis gegeben worden; in der Kommission selbst waren ja die Vertreter der Konsumvereine nicht angehört worden. Die Kommission hat nach langer Ueberlegung gefunden, die Neuerung, die hier vorgeschlagen werde, sei sowieso gefährlich und verschiedenen Widerständen ausgesetzt, so dass man sich unsere Opposition nicht auch noch auf den Hals laden wollte. Darum hat die Kommission die Vorlage des Bundesrates nach dieser Richtung hin korrigiert.

Die Herren Ming und Tschumi wollen nun ungefähr das, was der Bundesrat in seiner ersten Vorlage vorgeschlagen hat, wieder herstellen und müssen dabei allerdings riskieren, dass dann die ganze Vorlage gefährdet wird. Wenn Sie das wollen, gut, wir sind

zum Kampf bereit. Aber es ist jedenfalls vorteilhafter, wenn Sie auf diese Verschlimmbesserung, wie ich sie von unserm Standpunkt aus nennen muss, verzichten.

An und für sich stehen die Konsumvereine der Frage, ob der freie Handel bei 2 oder 10 oder 40 Litern beginnt, vollständig neutral gegenüber, auch der Frage, ob Prohibition oder Nichtprohibition, ob Protektionismus oder Antiprotektionismus, ob Abstinenz oder Nichtabstinenz. Das ist für unsere Genossenschaften vollständig gleichgültig. Dagegen erheben sie Anspruch darauf, solange es in der Schweiz noch als zulässig angesehen wird und nicht als eine Verletzung der Bürgerpflichten gilt, dass überhaupt Wein und Bier getrunken wird, dass sie die Vermittlung dieser Artikel so gut besorgen dürfen als irgend ein Spezereihändler oder ein Wirt. Das lässt sich bei den Konsumvereinen noch viel eher rechtfertigen, weil sich ihr Geschäftsbetrieb schon einigermaßen nach der Richtung hin orientiert hat, die in Norwegen und Schweden befolgt wird. Die Konsumvereine machen am Verkauf von Wein und Bier eher grössere Ueberschüsse als an andern Artikeln, und diese dienen dann zur indirekten Verbilligung von Brot und Milch, indem diese Artikel etwas billiger abgegeben oder die Rückvergütung darauf etwas erhöht werden kann. Also hat hier der Vertrieb von Wein und Bier wenigstens noch eine gute Nebenwirkung, was bei den andern Vertriebsstellen gewöhnlich nicht der Fall ist. Wenn nun die Konsumvereine die Garantie hätten, dass die kantonalen und Gemeindebehörden ihnen gegenüber gleiches Recht anwenden würden, wie gegenüber den Vertretern des Profithandels, so könnte ihnen die ganze bundesrechtliche Regelung gleichgültig sein. Das ist aber nicht der Fall, sondern es ist tausend gegen eines zu wetten, wenn die Konsumvereine neben den Spezereihändlern um das Patent für den Kleinverkauf sich bewerben müssen und die Bedürfnisfrage aufgeworfen würde, dass dann die Konsumvereine unterliegen müssten, trotzdem die Bedarfsdeckungsgemeinschaft in erster Linie Berücksichtigung verdiente und nicht diejenigen, die durch Vertrieb von Alkohol an ihren Nebenmenschen Geld verdienen wollen. Dass dem so ist, kann an zahlreichen Beispielen festgestellt werden. Ich kann überdies auch feststellen, dass trotz der zwingenden Vorschrift der Bundesverfassung man es in einzelnen Kantonen sogar jetzt noch fertig bringt, den Verkauf von Wein in Quantitäten von über 2 Litern im Ladenbetrieb zu verbieten.

Als Beispiel, wie es nach dieser Richtung in der Praxis der kantonalen Behörden bestellt ist, wenn sie nicht durch eine bundesrechtliche Vorschrift gebunden sind, erwähne ich das Salzregal: Alle Kantone haben das Salzregal und vergeben den Salzvertrieb nicht frei, trotzdem eigentlich nichts dagegen einzuwenden wäre, dass jedermann den Salzverkauf betreiben könnte. Der Salzvertrieb ist vielmehr in den Kantonen eine Art Konzessionsvertrieb geworden, ähnlich wie in Frankreich und Oesterreich die Tabakregie ihre Verkaufsstellen als Gandenstellen zu vergeben hat. Wenn sich nun die Konsumvereine für den Salzverkauf bewerben, auch wenn sie 10,000 oder 20,000 Mitglieder haben, so erhalten sie sie nicht, sondern irgend ein Spezierer. Sogar in Basel, wo die Bevölkerung zu $\frac{9}{10}$ genossenschaftlich organisiert ist, hat es auch noch unter dem Finanzminister Wull-

schleger drei Jahre gebraucht, bis die Konsumvereine die erste Salzverkaufsstelle erhielten, weil die kompetenten Stellen in bewusster Weise Mittelstandspolitik trieben, um den kleinen Spezierern auch noch eine gewisse Verkaufsmöglichkeit zu verschaffen. Denn wenn die Leute Salz kaufen, nehmen sie natürlich auch noch andere Artikel dazu.

Man hätte zwar, um Missbräuche auszuschalten, ein einfaches Mittel, und könnte es machen wie in Basel-Land und Solothurn. Dort stimmen die Gemeindebürger ab über die Vergebung der Salzverkaufsstellen, und da kommt es regelmässig vor, dass die Konsumvereine ihre Konzession erhalten, während in den meisten Kantonen, wo die Regierungen von oben herab nach Gnaden diese Stellen vergeben, gewöhnlich die Konsumvereine ausgeschaltet werden.

Hätte die Kommission in der Vorlage eine Lösung gefunden und vorgeschlagen, wonach die Erklärung abgegeben oder die Vorschrift aufgestellt worden wäre, den Bedarfsdeckungsgemeinschaften, den Organisationen der Konsumenten, wird, falls sie sich um solche Vertriebsstellen bemühen, in erster Linie das Recht zuerkennen, sie können keinerlei Schikanen unterworfen werden, so könnte man den 10- oder 40-Literartikel einführen, das würde uns an und für sich wenig plagen. Aber man erwidert, das wäre eine unzulässige Privilegierung, trotzdem man in der Redaktion des Artikels den Unterschied zwischen Bedarfsdeckungswirtschaft und Profitwirtschaft, die zwei ganz verschiedene, getrennte Wirtschaftssysteme sind, ganz deutlich hervorheben könnte. Das hat die Kommission nicht getan. Sie hat vorgezogen, einfach zum bisherigen Regime zurückzukehren, denn der Antrag der Kommission enthält nur kleine Modifikationen am bestehenden Zustand. Ich kann da persönlich zustimmen, aber keine Garantie dafür übernehmen, dass die Konsumvereine als solche mit allen ihren Organisationen dann schliesslich dieser Vorlage auch zustimmen werden. Es wird das wesentlich davon abhängen, wie man diese Bestimmung auffasst. Da habe ich mit Vergnügen konstatiert, wie der deutsche Kommissionsreferent erklärt hat, es solle am bisherigen System nichts geändert werden; auch wenn die Fassung etwas anders laute, so bleibe es bei der bisherigen Regelung. Auf diese Erklärung möchte ich den Rat verpflichten. Wenn es dabei bleibt, wird wahrscheinlich von unserer Seite auch keine Opposition gemacht werden.

Es ist gestern von Herrn Ming geschildert worden, wie schlimme Verhältnisse das heutige System schaffen habe. Ich kann auch einige Wahrnehmungen hierüber mitteilen und muss sagen: im Kanton Basel-Stadt kennt man das System der Zweiliterwirtschaften gar nicht, weil der Kanton in sehr loyaler Weise jedermann, der eine Verkaufskonzession verlangt, diese gegen eine entsprechende Gebühr bewilligt. Damit hört die Versuchung auf, nur zweiliterweise zu verkaufen, und die Leute können bei diesen Verkaufsstellen einen Liter Wein, eine Flasche Bier haben, wenn sie das Bedürfnis dazu empfinden, so dass also in Basel diese Zweiliterwirtschaften keine Rolle spielen. Der Konsumverein allein hat dort etwa 100 Filialen und bezahlt für jede jährlich 300 Fr. Patenttaxe, was dem Staate 30,000 Fr. ausmacht; dadurch ist Garantie dafür geboten, dass in hygienisch einwandfreien Lokalen dieser Verkauf vor sich gehe. Dann gibt es allerdings auch Kantone, wo man über-

haupt keine Bewilligung für den Verkauf bis zu 2 Litern erteilt; da müssen dann natürlich diese Zweiliterwirtschaften entstehen.

Ich will mich hier nicht weiter über die Vorzüge oder Nachteile der Zweiliterwirtschaften aufhalten, wesentlich ist ja doch, dass hier eine Differenzierung zwischen reich und arm in Erscheinung tritt. Der reiche und der wohlhabende Mann kann es sich gestatten, flaschenweise seinen Wein einzukaufen, kann von der Brauerei die Flaschen dutzendweise kommen lassen — das können Sie nicht verbieten, sonst müssten Sie mit der Grosshandelsgrenze sehr hoch gehen, und da würden sich auch die Brauereien dagegen wehren —, während der kleine Mann im wesentlichen nicht in der Lage ist, grosse Quantitäten auf einmal anzuschaffen. Deshalb wird nun bei der Abstimmung — merken Sie sich das wohl, bevor Sie den Herren Ming und Tschumi zustimmen — der Spruch vom Gläschen des armen Mannes eine Rolle spielen. Das spiegelt sich wiederholt und deutlich in den Antworten der erwähnten Enquete wider, und es wird von grosser Bedeutung sein, wenn Sie heute speziell diese Zweiliterwirtschaften oder überhaupt den Kleinverkauf einschränken wollen zugunsten der Wirte, die in dieser Sache Arm in Arm mit den Abstinente gehen. Das ist nun schon eine eigenartige Assoziation.

Im Abstimmungskampf würde dann auch das verwertet werden, was letzthin ein Bundesrat in einer Kommission erklärte: es sei ein Skandal, wie heute zum Beispiel die Weinpreise in den Wirtschaften fixiert werden gegenüber den Einstandspreisen des Grosshandels, indem die Wirte heute das Drei- und Vierfache des Einstandspreises verlangen. Da können wir darauf hinweisen, dass in den Konsumvereinen der Wein mit geringen Zuschlägen verkauft wird. Vielleicht ist es ja das, was Herr Tschumi mit seinem Vorschlag treffen will.

Ich glaubte mich verpflichtet, Ihnen diese Erwägungen zu unterbreiten. Sie wissen nun, wenn Sie die Anträge der Herren Ming und Tschumi annehmen, dass Sie der ganzen Vorlage das Grab schaufeln. Wenn Sie das wollen, tun Sie es nur, mir persönlich kann es gleichgültig sein, da ich kein grosses Interesse an dieser Vorlage habe.

M. Naine: A l'occasion de la discussion générale sur l'entrée en matière, nous vous avons dit que nous aurions des propositions à vous faire concernant l'art. 2 qui établit, à côté du monopole de l'alcool, un monopole sur les matières premières en faveur des producteurs suisses. Ce monopole est indiqué par la phrase suivante: «Sauf pour les spécialités qui ne peuvent être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondante, l'importation n'est autorisée que si la production indiquée ne suffit pas à couvrir les besoins.» Il est évident que le pays doit faire des sacrifices en faveur des producteurs qui, jusqu'à présent ont produit et qui produisent ces 50 à 60,000 hectolitres d'alcool, par les distilleries libres. On l'a répété: il y a 25,000 distilleries libres qui produisent 50 à 60,000 hectolitres d'alcool, avec le marc de fruit, le marc résidu des distilleries. Si l'on veut obtenir de MM. les producteurs leur assentiment à la réforme de l'alcool, il faut évidemment leur tendre la main afin qu'ils puissent utiliser ou vendre leur marc de fruit. Nous sommes parfaitement d'accord que la

Confédération doit les acheter — puisqu'il lui faut de l'alcool — pour produire avec ce marc l'alcool qui lui est nécessaire. Nous sommes d'accord qu'elle doit préférer comme matière première, cette matière première provenant de Suisse. Nous sommes d'accord que celle-ci doit être payée à des prix rationnels, ainsi que l'indique le paragraphe suivant. Mais, Messieurs, si vous constituez un monopole, il est évident que les prix rationnels ne pourront pas être tenus et que grâce à ce monopole, du côté des producteurs on le veut, il y aura des abus. Supposez qu'une fois le monopole constitué, MM. les producteurs s'entendent, qu'ils soient bien organisés et qu'ils fixent un prix qui soit le double, le quadruple, ou même le décuple du prix rationnel, la Confédération en bon administrateur refusera. MM. les producteurs lui diront: Vous refusez, vous êtes libre, mais vous ne pouvez pas en acheter ailleurs que chez nous. C'est un monopole qui est institué par la Constitution en notre faveur et la Confédération ne pourra pas, si elle ne veut pas violer la Constitution aller acheter au-delà de la frontière cette matière première. Cela n'est pas admissible.

J'avais demandé la parole pour l'art. 32. Comme j'ai déjà fait un grand bout de chemin, je crois qu'il serait préférable que vous me laissiez finir. J'aurai terminé dans deux minutes. Je répète donc qu'il faut faire un sacrifice en faveur de MM. les producteurs et qu'il faut leur payer — car on ne peut pas payer trop cher un progrès comme celui de la diminution de l'alcoolisme — qu'il faut, dis-je, leur payer leur marc, même plus cher que les prix normaux, si vous voulez. Mais je ne peux pas admettre que ces prix soient sans limite. Or, avec le monopole il n'y a pas de limite, c'est pourquoi je vous propose l'adjonction suivante: «L'importation est autorisée si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins ou si les prix de cette production sont notablement supérieurs à ceux du marché général.» Ils seraient supérieurs qu'il n'y aurait pas de mal encore, mais nous disons «notablement supérieurs» c'est-à-dire d'une façon extraordinaire. Alors la Confédération aura le droit d'aller chercher les matières premières au-delà de la frontière. Je crois que c'est extrêmement raisonnable et je pense que la majorité de cette assemblée qui ne paraît pas être favorable aux monopoles d'une manière générale ne sera pas non plus favorable à la constitution d'un monopole privé par un article constitutionnel.

Tanner: Ich möchte Sie bitten, die Anträge der Herren Ming und Tschumi, so gut sie auch gemeint sein mögen, abzulehnen. Wenn einer dieser beiden Anträge angenommen wird, dann habe ich die Auffassung, dass es nicht mehr notwendig ist, den Artikel weiter zu diskutieren; denn er wird die Volksabstimmung nicht bestehen können. Wer also auf dem Gebiete der Alkoholbekämpfung eine Besserung und einen Schritt vorwärts machen will, der darf den Anträgen nicht zustimmen.

Im weitem möchte ich hier ausdrücklich bemerken, dass in der Kommission eingehend über die Frage der Behandlung der Konsumgenossenschaften bei der Aufstellung der Vorschriften für die Regelung des Zweiliterartikels gesprochen worden ist. Es sind auch verschiedene Anträge eingereicht worden. Das Resultat dieser Besprechungen und Beratungen lässt

sich dahin zusammenfassen, dass die Genossenschaften gleich zu behandeln sind wie die natürlichen Personen. Es soll auch nicht durch Polizeivorschriften irgendwelcher Art eine verschiedene Behandlung ermöglicht werden, beispielsweise dadurch, dass persönliche Anforderungen an den Verkäufer gestellt werden, welche die Genossenschaften nicht zu erfüllen in der Lage ist.

Hoppeler: Wir haben gehört, dass, wenn wir das Zweilitersystem abschaffen, wir fürchten müssen, dass die ganze Vorlage gefährdet wird. Ich halte diese Tatsache für durchaus betrübend und als einen Beweis, dass das Volk und vielleicht auch wir nicht genügend aufgeklärt sind darüber, was der Alkoholismus mit sich bringt. Es ist ja klar, dass, wenn wir die Zweiliterwirtschaften haben, sich dann die Gelegenheiten, den Alkohol ins Haus zu schaffen und zu trinken, vermehren. Und dass Gelegenheit Diebe macht, das sehen wir auf allen Gebieten. Stellen Sie in das Zimmer eines Jungen eine Anzahl Kirschen und eine Anzahl Pralinés, mit der Bestimmung, dass er nichts davon nehmen dürfe, so ist das der sicherste Weg, ihn das Stibitzen zu lehren. Gelegenheit macht Diebe und auch Trinker. Hierfür kenne ich ein typisches Beispiel in der Person eines Unternehmers von Strassenbauten, der Alkoholiker ist. Seine Frau antwortete mir einst auf meine Frage, wie es gehe: «Es geht ganz ordentlich; wo wir zurzeit eine Strasse bauen, befindet sich in der Nähe kein Wirtshaus und nur eines auf dem Heimwege. Das ist nicht so schlimm.» Als ich sie drei Monate später fragte, sagte mir die Frau: «Mit dem Manne ist es jetzt ganz böse, er kommt mir nie mehr nüchtern heim, denn der Weg vom jetzigen Arbeitsort bis nach Hause führt ihn an drei Wirtschaften vorbei.» — Hie und da deutet ein unbescholtenes Mädchen mit den Fingern auf eines, das ein illegitimes Kind geboren hat, vergisst aber, dass Tausende von wohlgezogenen Töchtern sicher in gleichem Fall wären, wenn sie dieselbe Gelegenheit gehabt hätten, und wenn nicht durch ihre soziale Stellung und treue Bewahrung von seite der Eltern ihnen die Versuchung aus dem Wege geräumt worden wäre. Wir bitten jeden Tag im Vaterunser: «Führe uns nicht in Versuchung», und trotzdem führen wir den sogenannten armen kleinen Mann, der Frau und Kinder hat, in Versuchung, indem wir die Zweiliterwirtschaften ruhig weiter bestehen lassen. Wir bringen es nicht einmal übers Herz, trotzdem wir heute dazu Gelegenheit hätten, eine Aenderung zu schaffen. Warum? Weil materielle Interessen verletzt würden!

Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als ich hörte, die Konsumvereine würden sich unter allen Umständen der Aufhebung des Zweiliterystems widersetzen, die Konsumvereine, die doch der Freund des kleinen Mannes sein wollen, die Konsumvereine, die ihm das Los erleichtern wollen. Herr Schär sagt uns, dass aus dem, was durch diesen Detailverkauf des Alkohols gewonnen wird, das Brot und die Milch verbilligt werden könne. Ich danke für ein auf diese Weise verbilligtes Brot und für solcher Art verbilligte Milch! Sicher würden Brot und Milch billiger, wenn die Alkoholflasche höher gehängt würde. Das wäre das einzig Richtige. Wenn aber die Konsumvereine uns erklären, sie würden dem Opposition machen, so beweist das, dass wir noch gar nicht recht wissen, was der Alkoholismus eigentlich bedeutet. Das hat

mir auch die heutige Diskussion in unserem Rat klar gezeigt. Man redet so gemütlich davon, dass jedenfalls niemand den Eindruck haben könnte, dass es sich um eine ernste und der Begeisterung würdige Sache handle. Um eine solche ernste Sache aber handelt es sich in der Tat. Meine Herren, ich bin kein Fanatiker und kein Abstinenzsümpel; der die ganze Welt nur durch die Abstinenzbrille sieht. Ich habe sogar einen Sinn für die vom Berichterstatter der Kommission erwähnte sogenannte Sonnenseite des Alkohols. Ich verstehe es vollauf, wenn einer nach einem Schluck guten Weines röhmt: «Das ist ein feiner Tropfen!» Ich sage mir als Arzt, dass wir die Geschmacksnerven nicht umsonst haben. Wenn Sie durch Krankheit das Geruchsorgan verlieren, so ist das unter Umständen ein Vorteil, aber noch viel häufiger ein Nachteil; und dasselbe gilt für den Geschmackssinn. Er ist berufen, uns viel Freude zu machen. Nicht umsonst hat jener Mann, der nach versehentlichem Trinken von Salzsäure einen narbigen Verschluss der Speiseröhre erlebte und fortan sich durch einen Operationsschnitt (durch Bauch- und vordere Magenwand) ernähren musste, eine Methode erfunden, um trotzdem Speisen und Getränke kosten zu können. Er konstruierte sich nämlich eine Art Spritze, wie sie Buben aus Baumrinde herzustellen pflegen, brachte Speisen und Getränke zuerst in den Mund, um davon einen Genuss zu haben, und pumpte sie erst nachher durch die erwähnte Spritze in den Magen. Alle Achtung vor diesem Manne! Sie sehen, ich würdige die durch den Geschmackssinn vermittelten Genüsse und damit auch die Freuden des Weines vollkommen. Aber mir sind neben diesen Sonnenseiten auch die grossen, ja sehr grossen Schattenseiten der alkoholischen Getränke bekannt. Ich bin vor allem durch meine ärztliche Tätigkeit mit ihnen in Berührung gekommen. Ich war als Student nicht Abstinenz, durch meinen Beruf als Arzt aber bin ich zu der Abstinenzsache gebracht worden. Wir haben letzthin über einige Zahlen über die vom Alkohol verursachten Verheerungen aus dem Munde des Herrn Bundesrat Musy gehört, aber glauben Sie ja nicht, dass diese Zahlen richtig seien. Sie sind nämlich grösser. Im Zuchthaus befinden sich 40–60% von Menschen, die durch den Alkoholismus hineingekommen sind. Ich habe im Januar d. J. in Regensdorf zu den Gefangenen reden müssen. Ich weiss nicht, meine Herren, wie viele von Ihnen schon im Zuchthaus waren (Heiterkeit), aber ich lade Sie ein, einmal mit mir zu kommen, und diese Leute anzusehen; es sind unsere Brüder und Schwestern, die wir Menschen, nicht Götter, hinter die vier Mauern gebracht haben. Es überkam mich ein eigenartiges Gefühl beim Anblick dieser Menschen im Gefängnis, mit ihren Nummern versehen, Männer und Frauen, Leute, die grösstenteils dem Alkohol ihre Anwesenheit an diesem traurigen Ort verdanken. Ich frage Sie, was denken Sie, wenn so viele Leute durch den Alkoholismus ins Gefängnis kommen? Haben wir da nicht die Pflicht, vorbeugende Massnahmen zu treffen?

In bezug auf die Irrenanstalten sind 21% ausgerechnet worden, die unter dem direkten Einfluss des Alkohols in diese Anstalten eingewiesen werden mussten. Hier ist aber die grosse Zahl derjenigen nicht inbegriffen, die durch den Alkoholismus der Eltern oder Grosseitern belastet waren, selbst solid

gelebt haben, aber trotzdem nervenkrank geworden sind.

Und nun die Ehescheidungen. Man hat hier ausgerechnet, dass 37% der Scheidungen auf den Alkohol zurückzuführen seien. Es gibt aber nun viele Ehen, die infolge von Trunksucht zwar nicht bis zur Scheidung kommen, aber wahrlich schlimm genug aussehen. Ich erhalte häufig Einblick in solche zerüttete Familien. Es hat einst eine Lehrerin zu mir gesagt, wir reden in der Mässigkeitspropaganda immer nur von jenen Trunkenbolden, die in den Strassengräben liegen, aber nicht von jenen Tausenden, die zwar nie betrunken erscheinen, die aber niemals zufrieden, sondern immer gereizt, ungemütlich, unwirsch und für ihre Kinder kein Vater sind. Von solchen müssen wir in diesem Zusammenhange auch reden.

Ich komme nun zu den Zahlen über Mortalität und Morbidität. Auch diese sind zu niedrig angegeben worden. Die Statistik gibt niemals ein klares Bild von dem, was der Alkoholismus an Kranken und Toten fordert. Ich habe mitgeholfen bei einer statistischen Arbeit, welche Professor Bunge seinerzeit durchgeführt hat. Darin wird gezeigt, dass Töchter von Trinkern und Trinkerinnen meist stillunfähig sind. Es ist betrüblich, wie viele unserer Frauen nicht mehr stillen können, und das ist zu bewerten als ein Zeichen der Degeneration. Stirbt nun aber ein Kind vorzeitig, weil es nicht gestillt werden konnte; oder stirbt ein Mann mit 50 Jahren an Krebs, weil eine bestimmte Säfteanlage nicht seinerzeit durch Muttermilch eine günstige Korrektur erfahren hat, so rangieren auch diese Todesfälle in der Statistik nicht unter der Rubrik Alkoholismus, selbst auch, wenn die Stillunfähigkeit der betreffenden Mütter durch Alkoholismus ihrer Eltern verschuldet ist. Die Statistik der Erkrankungen und Todesfälle an den Folgen des Alkoholismus stimmt also nicht; auch hier sind, wie erwähnt, die Zahlen zu niedrig.

Ich habe von meiner Praxis im Zivilleben gesprochen; ich muss Ihnen noch ein kurzes Beispiel erzählen aus meiner militärischen Laufbahn. Ich war zu Anfang des Krieges als Militärarzt in Airolo und musste als Truppenarzt den Truppen, Landwehrleuten aus der Innerschweiz, dienen. Es bot sich mir ein trauriges Bild. Es bestand die Vorschrift, dass kein Schnaps den Soldaten in den Dienst geschickt werden durfte in Paketen, welche Wäsche enthalten. Da hätten Sie aber auf das Postbureau in Airolo gehen und dort einmal Betrachtungen anstellen sollen! Jeden Tag konnte man dort sehen, wie bald hier, bald dort aus einem Paket ein mehr oder weniger gut riechendes Bächlein sich über den Boden ergoss, infolge Zerbrechens eines Schnapsfläschleins, das die Frauen an ihre Ehegatten gesandt hatten. Hätte man diese Frauen gefragt, was für eine Wirkung sie sich von diesen Getränken versprechen, so hätten sie erklärt, dass der Schnaps den in der Kälte Wache stehenden erwärme. Ja, natürlich, der Schnaps wärmt! Wir wissen, dass von zehn Leuten, die erfroren auf der Landstrasse gefunden werden, mindestens acht Schnapsler sind; vor lauter Wärme sind sie erfroren.

Ich war auch Mitglied einer ärztlichen Untersuchungskommission für die Mobilisation in Schwyz, und hatte dort reichlich Gelegenheit, veralkoholisierte Wehrmänner zu sehen. Hauptmann Müller von

Gersau äusserte sich, nachdem er als Ersatz für einen Verstorbenen zum erstenmal in dieser Kommission geamtet hatte: «Donnerwetter, wenn man in dieser Kommission arbeiten muss, so vergeht einem die Freude an der Menschheit!» Dabei ist dieser Hauptmann kein Abstinenz, sondern er nimmt jeden Abend sein Glas und seine Brissago, also ein unverfängliches Urteil.

Wie viele Herzkrankheiten sind nicht auch auf den Alkohol zurückzuführen? Ebenso der Tremor und die Arterienverkalkung. Es ist einfach unglaublich, was der Alkohol alles angerichtet hat und noch anrichtet. Das habe ich nicht aus Büchern, sondern aus der Berufspraxis. Ich bin überzeugt, meine Herren, wenn Sie diese Erfahrungen hätten, so würden Sie im Nationalrat genau so reden wie ich!

Nicht nur das Gehirn, das Herz und andere Organe werden durch den Alkohol betroffen, sondern auch die Nachkommenschaft. Füttern Sie junge Kaninchen mit etwas viel Alkohol, und Sie werden sehen, wie der nächste Wurf aussieht. Jedenfalls werden eine Anzahl der Jungen tot sein. Allerdings sind die Menschen, wenn sie durch Alkohol geschädigt zur Welt kommen, nicht tot, sondern sie leben, und zwar leider oft 50 Jahre und mehr. Wir müssen sie erhalten und für sie sorgen, weil sie schwachsinnig oder epileptisch oder sonst minderwertig sind. Das sind dann Leute, die in Anstalten untergebracht werden müssen, Anstalten, die in Schulden stecken und hierher zum Bund kommen, um Hilfe zu erbitten, der dann aber erklärt: Wir haben kein Geld, wir haben jetzt Wichtigeres zu tun. Auf der Traktandenliste der Bundesversammlung stehen noch die Motionen Schöpfer und von Matt, die diesen Gegenstand berühren. Ich weiss nicht, ob sie zum Erfolg führen werden. Wir haben aber heute Gelegenheit, für diese Anstalten etwas zu tun, wenn auch nicht für momentan, so doch in dem Sinne, dass sie künftig weniger Insassen, Epileptische, Schwachsinnige usw. zu beherbergen haben werden. Mit Begeisterung sollten wir uns an diese Aufgabe machen. Aber was sehen wir? Dass wir dieser Frage hier im Rat mit ziemlicher Gelassenheit gegenüberstehen und darüber sehr gemütlich sprechen. So darf niemals geredet werden, wenn uns das Wohl der Mitmenschen am Herzen liegt! Es geht uns jeden persönlich an. Wir dürfen nicht in Kains Gesinnung sagen: «Soll ich meines Bruders Hüter sein?» Wir können übrigens nie wissen, ob nicht in unserer eigenen Familie oder Verwandtschaft jemand das Opfer des Alkohols werden wird. Hat nicht am Bodensee einer in seinem Alkoholwahnsinn etwa ein halbes Dutzend Menschen niedergeknallt? Diejenigen, die dort in den Särgen lagen, waren Opfer des Alkohols; sie werden aber in der Statistik nicht als solche rubriziert.

Noch ein dunkles Kapitel sind die Geschlechtskrankheiten. Im Budget 1922 ist ein Kredit von 20,000 Fr. vorgesehen als Beitrag an die schweizerische Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Meine Herren, gestatten Sie mir die Frage, ob es uns in dieser Hinsicht mit dem Kampfe eigentlich ernst ist oder nicht? Wenn es uns nicht ernst ist, so schlage ich Ihnen vor, das Geld auf irgend eine Art und Weise anderweitig produktiv anzulegen. Nehmen wir es aber wirklich mit dieser Aufgabe ernst, so wollen wir dasjenige tun, was hier absolut not tut, nämlich Einschränkung des Alkoholkonsums.

In meine Sprechstunden kommen oft Leute, welche mit Gonorrhöe behaftet sind, und, vielleicht schluchzend, mir erzählen, dass sie einen Fehltritt begangen haben. Wenn ich sie frage: «Wieso ist das möglich?», so wird in 70% der Fälle die Antwort lauten: «Der Alkohol ist schuld daran; ich war nicht ganz nüchtern, ich wusste nicht mehr recht, was ich tat.» Ist es angesichts solcher Tatsachen, und der durch die Geschlechtskrankheiten verursachten Verheerungen nicht unsere Pflicht, an der Einschränkung des Alkohols mitzuarbeiten?

Zurzeit steht die jährliche Sammlung der «Pro Juventute» wieder bevor. Die Prospekte und Bittgesuche der Institution gehen ins Land hinaus. Die Führer unseres Volkes haben diesen Bitten einen Begleitbrief mitgegeben. Aber, meine Herren, ist das auch konsequent, dass wir nun für die Schulentlassenen überall sammeln und für ihre Förderung uns begeistern auf der einen Seite, auf der andern Seite aber doch nicht das tun, was das Zunächstliegende wäre: Die Versuchungen, denen die jungen Leute in so weitgehendem Mass ausgesetzt sind, um Einiges zu reduzieren? Das wäre doch logisch: aber nein, das tun wir nicht. Wir fragen uns höchstens: Wie viele Millionen bringt uns ein neues Alkoholgesetz ein? Es ist eine Tatsache: je ungünstiger die sozialen Verhältnisse sind, um so grösser die Versuchung, dem Alkoholismus anheim zu fallen. Die sozialen Verhältnisse sind heute ungünstig, sie sind vielleicht das nächste Jahr noch ungünstiger; wir haben allen Anlass, in dieser Hinsicht mehr zu tun, als wir unter normalen Umständen tun würden. Ich möchte sehr bitten, diesen Punkt zu berücksichtigen. Je grösser die Not ist, desto grösser die Gefahr, sich zu betrinken oder in einem Narköslein etwas Erholung und Zerstreuung zu suchen. Wir müssen sparen, überall hören wir es. Und da sollte vor allem das Volk dazu erzogen werden, mit bezug auf Alkoholgenüsse zu sparen. Soll ich Ihnen sagen, was Darwin sagte, ein Mann, der scharf beobachtet hat, gewiss ein Mann, der nicht übertrieben und wohl überlegt hat, was er sagte, ein berühmter Naturforscher? Wir stehen vielleicht nicht alle zu seinen Theorien, aber wir alle anerkennen, dass er ein ernster, grosser Forscher war. Ich will Ihnen sagen, was er gesagt hat: «Durch meine, meines Vaters und meines Grossvaters Beobachtungen, die weit über ein Jahrhundert hinausreichen, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, dass keine andere Ursache so viel Leiden, Krankheit und Elend in der Welt anrichtet, als der Genuss alkoholischer Getränke.» Ich frage Sie, wozu anders sind wir in diesem Saale, als die Wohlfahrt des Volkes zu fördern, wozu anders, als Krankheit, Leiden, Elend abzustellen, soweit das durch die Gesetzgebung geschehen kann? Und vor Ihnen steht die Möglichkeit, das zu tun. Ich glaube, es ist undenkbar, dass wir uns dieser Möglichkeit gegenüber kühl verhalten. Hier können wir den Hebel ansetzen. Ich bin bloss zwei Jahre in diesem Rate, aber es ist mir doch eindringlich geworden, wie schwer es ist, Massnahmen zu treffen und Gesetze zu erlassen, die wirklich wirksam sind. Man erlässt Gesetze, und merkt nachher, dass man es nicht richtig angepackt hat. Aber hier ist die Möglichkeit gegeben, die Sache unter allen Umständen richtig zu machen. Wenn Sie den Alkoholismus beschränken, wird es besser werden, das ist ganz klar; und wir haben die Möglichkeit, mit Sicherheit einen

guten Griff zu tun. Statt dass wir ihn so tun (Geste strammen Zugreifens), tun wir ihn so (Geste lahmen Zugreifens). (Heiterkeit.)

Ich wiederhole, dass ich nicht einseitig durch die Abstinenzbrille sehe. Ich gehöre nicht zu jenen, die da glauben, dass mit Abschaffung des Alkoholismus ohne weiteres ein herrliches Zeitalter anbrechen würde, denn wir hätten ja alle unsere verschiedenen bösen Triebe doch noch immer in uns. Aber die Wirkung vermehrter Mässigkeit wäre sicherlich eine sehr grosse, das sieht ein jeder Arzt und jeder der hineingeschaut hat in unser Volksleben. Sie wollen keine Prohibition; ich will sie auch nicht. Sie wollen durch Aufklärung helfen, durch vermehrte Erkenntnis, durch soziale Massnahmen. Wohlan, wir wollen uns bei diesem Gelöbnisse behaften lassen. Wir wollen sagen, keine Prohibition, aber etwas anderes, nämlich nun wirklich mehr Erziehung, wirklich mehr Aufklärung, und wirklich mehr Ernst in diesem Kampfe. Wenn wir dieses Gelöbnis halten, dann darf ich Ihnen als langjähriges Mitglied der grössten Abstinentenorganisation sagen, dass wir nie Gelegenheit haben werden, über die Prohibition zu sprechen. Ich empfehle Ihnen den Antrag des Herrn Ming. Und wenn Sie glauben, dass das wirklich die ganze Vorlage gefährden würde, dass Sie nicht dazu stimmen könnten, wohlan, tun Sie nach Ihrer Ueberzeugung, wirken Sie aber doch, soweit Sie können, in Ihren Kantonen in dem Sinne, dass hier auch der Handel von zwei und mehr Litern einer Beschränkung unterworfen wird; wirken Sie im Sinn der Aufklärung. Und wenn die Vorlage vor das Volk kommt, wollen wir arbeiten, ihr zum Sieg zu verhelfen, und zwar nicht aus einer Art Pflichtgefühl und weil wir anstandshalber nicht gut nein sagen können, wenn man uns um ein Referat bittet, sondern aus der Freudigkeit heraus, dass wir Gelegenheit haben, etwas Grosses und Gutes zu schaffen für unser liebes Volk (Bravo).

Tschumi: Wenn ich Ihnen den Antrag gestellt habe, im Schlußsatz des Art. 31 c das steuerfreie Verkaufsminimum von 2 auf 10 Liter hinaufzustellen, so hat mich dabei die Erfahrung geleitet, dass die Lösung, welche die Kommission getroffen hat, im Volke auf keine Befriedigung gestossen ist. Und wenn heute Herr Kollega Schär gesagt hat, dass die Konsumvereine wie ein Mann gegen diese Vorlage stimmen würden, wenn sie diese Erhöhung auf 10 Liter beschliessen, so könnte ich dem entgegenhalten, dass alle diejenigen dieser Alkoholvorlage Opposition machen würden, die im Jahre 1901 für die Erhöhung dieses Doppelliters auf 10 Liter gestimmt haben, und deren sind noch viel mehr als Mitglieder der Konsumvereine. Was ich hier aber namentlich zurückweisen möchte, ist das, was uns jetzt Herr Kollega Schär zu verschiedenen Malen gesagt hat: dass die Konsumvereine einen Staat im Staate bilden sollen, und dass man bei jedem Anlass diese Konsumvereine als das Damoklesschwert ausspielt, wenn irgend eine Vorlage in Frage steht. Die Konsumvereine spielen gar keine andere Rolle als alle andern Umsatzstellen auch. Auch sie sollen vollständig gleich gehalten werden, vollständig gleich in Rechten und Pflichten; irgend ein Vorrecht sollen sie vor den andern Umsatzstellen nicht haben. Und ich frage mich, ob die Konsumvereine nicht übel beraten sind, wenn sie glauben,

durch möglichst viel Alkoholvertrieb der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung einen Dienst zu leisten. Ich möchte das Gegenteil behaupten. Herr Schär hat Befürchtungen geäußert, die gar keine innere Berechtigung haben. Da wo es nicht genügt, die Zehnlitergeschäfte zu haben, sind die Kantone befugt, Kleinverkaufsstellen einzurichten. Da können sie sich betten, wie es ihnen beliebt; aber diese Kleinverkaufsstellen stehen dann unter polizeilicher Kontrolle und unter der Bedürfnisklausel, während das hier nicht der Fall ist. Der Artikel, um den es sich hier handelt, ist nicht klar genug gefasst. Gestern hat der Herr Kommissionsreferent gesagt, es ändere am bisherigen Zustande nichts; heute ist mein Freund Obrecht gekommen und hat behauptet: Jawohl, diese Zweilitergeschäfte stehen unter der Bedürfnisklausel. Sie sehen, wie verschieden die Lesart selbst hier im Rat ist. Ich lege den Artikel so aus: Der Schlußsatz ist der frühere Art. 32 bis. Die 2 Liter werden inskünftig den Grossverkauf darstellen. Aber ein Zweiliterverkauf ist kein Grossverkauf, sondern wir müssen ihn mindestens auf 10 Liter hinaufstellen. Nun kommen aber die weinbautreibenden Kantone und ich nehme an, dass Herr Kollega Tanner eine Lanze für die Kantone Wallis, Waadt, Neuenburg, Graubünden, Tessin und Thurgau brechen wollte. Aber auch diese Kantone können ihren Weinbauern, wenn dafür ein Bedürfnis besteht, auf dem Wege des Kleinverkaufes alle Vorteile des Umsatzes sichern, die sie ihnen glauben gewähren zu müssen. Wenn Sie diese 2 Liter auf 10 Liter erhöhen, so werden eine ganze Anzahl solcher Kleinverkaufsstellen, sogenannte Zweiliterwirtschaften — der Name wurde vor mehr als 20 Jahren von mir selbst geprägt — verschwinden. Glauben Sie, dass ich damals, wo ich noch gar keine politische Rolle spielte, zwei Broschüren gegen diesen Artikel geschrieben haben würde, wenn ich die Schädigungen nicht hätte sattam beobachten können, welche dieser Zweiliterartikel, dieser Art. 32 bis angerichtet hat. Nicht nur, dass die Alkoholschankstellen ad libitum errichtet werden können, nicht nur, dass man durch das Nahebringen des Alkohols an das Publikum heran den Alkoholmissbrauch züchtet, sondern auch diejenigen, welche diese Stellen einrichten, gingen vielfach daran zugrunde. Statt dass ein Mittagessen gekocht wurde, nahm man eine oder zwei Flaschen Bier auf den Tisch und ass ein Stück Brot und eine Wurst dazu usw. Ich habe gesehen, dass in sehr vielen Fällen gerade dem betreffenden Zweiliterverkäufer selber sein Umsatz zum Unglück geworden ist. Eben weil ich diese Schädigungen 15 Jahre lang beobachten konnte, habe ich nun auch heute den Mut, zu sagen, man müsse eine radikale Lösung treffen, und diese radikale Lösung besteht nur darin, dass man einen andern Grossverkauf schafft, nicht einen Zweiliter-, sondern mindestens einen Zehnliterverkauf. Erheben Sie den Grossverkauf auf 10 Liter, dann haben Sie daneben einen Kleinverkauf, der von den Kantonen nach der Bedürfnisklausel eingerichtet werden kann, wie es den Kantonen für ihre Verhältnisse passt. Wenn ich nicht die vollendete Ueberzeugung hätte, dass die Erhöhung des Grossverkaufes die einzig richtige Lösung ist, so hätte ich das Wort nicht ergriffen. Mich leiten keine Interessen, weder nach dieser oder jener Seite, sondern ich rede hier wirklich nur als Apostel für das Volkwohl, und ich bin überzeugt, wenn Sie die Er-

höhung auf 10 Liter gutheissen, dienen Sie einer guten Sache.

Ich könnte auch drohen, wie Herr Kollega Schär es getan hat, der eventuell die Konsumvereine gegen die Vorlage führen will. Ich stehe an der Spitze einer Organisation von über 122,000 Mann. Es fällt mir aber gar nicht ein, vom Entscheid des Rates es abhängig zu machen, ob diese Organisation für oder gegen die Verfassungsrevision stimmen soll. Wir wollen alles weitere von einer allseitigen Prüfung abhängig machen, aber jedenfalls wird sie so ausfallen, dass immer das allgemeine Wohl, der Hinblick auf das ganze, unser Tun und Lassen bestimmen wird und nicht irgend ein Interessenpünktchen. (Bravo.)

Burren: Nach dem flammenden Votum des Herrn Kollega Dr. Hoppeler möchte ich mir erlauben, als prinzipieller Freund des Gemeindebestimmungsrechtes immerhin darauf aufmerksam zu machen, dass wir zwei Dinge unterscheiden müssen, einmal die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes überhaupt und die Aufnahme des Gemeindebestimmungsrechtes in die Vorlage, die uns heute beschäftigt. Für das Gemeindebestimmungsrecht lässt sich ohne Zweifel sehr viel anbringen. Dasselbe besteht gemäss dem sogenannten Göttenburgersystem darin, dass einer Gemeinde die Kompetenz verliehen wird, in alkoholpolizeilicher Beziehung weiter zu gehen, als die Landesgesetzgebung, z. B. in bezug auf die Beschränkung der Zahl der Wirtschaften oder hinsichtlich der Polizeistunde, wie wir es ja auch während des Krieges erlebt haben, dass infolge einer Kompetenz, die man den Gemeinden erteilte, in den verschiedenen Gemeinden die Polizeistunde verschieden angesetzt war. Ferner kann sich das Gemeindebestimmungsrecht beziehen auf die Rationierung des Verkaufs und Ausschanks geistiger Getränke, speziell von Schnaps. Nun ist die Initiative gekommen, und sie ist zustande gekommen, und die Räte und das Volk werden dazu Stellung zu nehmen haben. Diese Initiative beschränkt sich auf den Kampf gegen den Schnaps, indem sie die Gemeinden lediglich ermächtigen will, Bestimmungen gegen den Schnaps zu treffen. Dafür sind dann aber diese Bestimmungen radikal gedacht, indem man es abgesehen hat auf ein vollständiges Schnapsverbot, auf das Recht der Gemeinden, ein solches zu erlassen. Man braucht nicht Prohibitionist zu sein, ich bin es nicht, bin auch nicht Abstinenz, und man kann doch für diesen radikalen Bruch mit dem Schnaps eine gewisse Sympathie empfinden. Wenn man an der Spitze einer grossen Armenpflege steht, hat man jahraus, jahrein, Tag für Tag Gelegenheit, die furchtbaren Wirkungen des Alkoholismus im allgemeinen und der Schnapspest im besonderen zu konstatieren, die Wirkungen, die ausgeübt werden auf den einzelnen, auf die Familie und auf ganze Generationen von Familien. Die Initiative richtet also ihre Spitze gegen den Schnapskonsum. Nun sagt man, das sei bloss ein Anfang, es sei nur der Auftakt zu einer allgemeinen Prohibitionsbewegung, wie sie in Amerika zum Durchbruch gekommen ist. Aber ich glaube, wer unser Volk kennt, der weiss, dass eine amerikanische Trockenlegung keineswegs in Sicht steht; die Initianten erklären mit aller Bestimmtheit, dass sie ihre Aktion auf den Schnaps beschränken wollen. Und

auch wenn man ihnen nicht Glauben schenken wollte, handelt es sich ja nicht darum, was die Initianten im Grunde beabsichtigen, sondern darum, wie weit das Schweizervolk ihnen Heerfolge leisten wird.

Man kämpft gegen das Gemeindebestimmungsrecht vom Standpunkt des Staatsgedankens aus, indem man geltend macht, es gehe nicht an, dass in einer Materie, welche eidgenössisch und kantonale geregelt wurde, nun von Gemeinde zu Gemeinde ein verschiedener Rechtszustand bestehe. Aber wir haben uns ja an die Gemeindeautonomie auf andern Gebieten in den letzten Jahren schon wesentlich gewöhnt. Wir kennen sie auf dem Gebiet des Steuerwesens beispielsweise. Es wird in den modernen Steuergesetzgebungen den Gemeinden die Kompetenz verliehen zur Erhebung von besondern Steuern, die ihren Verhältnissen angemessen sind, und von dieser Kompetenz machen hauptsächlich die städtischen Gemeinden und auch andere grössere Gemeinden Gebrauch. Man trägt da eben den Verhältnissen Rechnung. In bezug auf die Alkoholgefahr bestehen nun auch ganz verschiedene Verhältnisse von Gemeinde zu Gemeinde. Es gibt Gemeinden, welche unter dem Schnapsübel nicht zu leiden haben, und andere, welche schwer darunter leiden, welche in besonderem Masse vom Alkoholkapital ausgebeutet werden. Ist es nun so unsinnig, dass man diesen Gemeinden wirksame Waffen in die Hand geben will, um von ihren spezifischen Verhältnissen aus dem Uebel tatsächlich zu begegnen? Die bernische Gesetzgebung kennt Prämien, welche der Staat denjenigen Wirten verabfolgt, die keinen Schnaps auschenken. Auch diese Massnahme liegt eigentlich bis zu einem gewissen Grade schon auf der gleichen Linie wie das Gemeindebestimmungsrecht.

Es ist übrigens der Gedanke des Gemeindebestimmungsrechtes in diesem Rate nicht neu. Er ist vor einem Vierteljahrhundert hier zum erstenmale aufgetaucht. Es waren Männer von der Bedeutung eines Hilty und eines Virgile Rossel, welche die Fahne des Gemeindebestimmungsrechtes hier aufgepflanzt haben. Sie sind unterlegen, und es ist sehr wohl möglich, dass das Prinzip des Gemeindebestimmungsrechtes hier noch einmal unterliegen würde. Es liegt, was das Volk anbetrifft, der Entscheid vor uns, und wir werden sehen, wie das Volk zu der Initiative Stellung nimmt. Hierin liegt für mich der springende Punkt in der andern Frage, nämlich, ob wir das Gemeindebestimmungsrecht in diese Revisionsvorlage aufnehmen sollen oder nicht. Ich fürchte nämlich, wir gefährden mit der Aufnahme des Gemeindebestimmungsrechtes in diese Vorlage die Vorlage als solche. Ich erinnere mich noch sehr gut der Kämpfe von 1885 um das Alkoholmonopol, und weiss, wie damals an die Interessen der Landwirtschaft appelliert wurde, wie man den kleinen Mann zu gewinnen suchte gegen das Monopol mit der Phrase vom Gläschen des kleinen Mannes. Es ist gut gekommen, und es gereicht speziell den Führern der Bauernbewegung, die damals schon auf dem Plane waren, zur Ehre, dass es ihnen gelang, weite Kreise der Landwirtschaft zu gewinnen für das Monopol, das eben auch einen ethischen Gehalt hatte. Aber es war ein heisser Kampf, und ein heisser Kampf wird neuerdings bevorstehen, wenn es sich jetzt um die Ausdehnung des Alkoholmonopols auf die bisher monopolfreien Brennereien handelt. Da wird es sich nicht ganz

von selber verstehen, dass das Volk dieser Vorlage zustimmt.

Nun ist aber diese Ausdehnung des Monopols auf die bisher monopolfreie Brennerei eine Notwendigkeit. Es ist gestern betont worden und ist absolut richtig, dass infolge des Alkoholmonopols die sogenannte Schnapspest in verschiedenen Kantonen beinahe verschwunden war. Bei uns im Kanton Bern ist sie beinahe von der Tagesordnung verschwunden. Es hat aber in den letzten Jahren infolge der vermehrten Mostproduktion die Schnapspest durch eine Hintertüre wieder Eingang gefunden, indem die grossen Mostereigenossenschaften durch die intensive Ausnützung des Produktes, durch das Brennen der Abfälle einen Schnaps erzeugen, der an Qualität, wie man allgemein versichert, weit über dem eidgenössischen Monopolschnaps steht und womit nun ganze Landschaften überschwemmt worden sind und wodurch der ungesunde Schnapskonsum wieder Einzug gehalten hat. Es ist unbedingt notwendig, dass hier Gegenmassnahmen getroffen werden. Das ist ja auch der tiefere Gedanke der gegenwärtigen Revisionsbewegung. Es wird das nicht ohne Widerstände in weiten Schichten unseres Volkes möglich sein, wird nicht ohne Kämpfe abgehen, und wenn Sie nun noch die Frage des Gemeindebestimmungsrechtes damit verquicken, so schaufeln Sie der Revisionsvorlage nach meiner Ueberzeugung das Grab. Ich würde das sehr bedauern, und man müsste es sicher auch vom Standpunkt der Abstinenter aus bedauern. Die Politik des Alles oder Nichts ist ja sehr schön, aber auch die Abstinenter werden Sinn haben für ein schrittweises Vorgehen. Es ist ein sonderbares Verhängnis, dass nun die vermehrte Produktion von Most, also des gesunden und jedenfalls harmlosesten Volksgetränkes, das wir haben können, neuerdings indirekt zur Förderung des Schnapskonsums beigetragen hat. Aber es ist so, und die Vorlage will unter anderm gegen dieses Uebel ankämpfen, und da glaube ich, ist es rationell, dass wir die Vorlage als solche, unvermischt mit andern schwer umstrittenen Positionen, vor die Abstimmung gelangen lassen. Diese Eindämmung der bisher monopolfreien Brennereien ist schon ein wesentlicher Fortschritt, und wenn er fallen sollte, so wäre der tertius gaudens bei der Geschichte gerade das Alkoholkapital, von dem hier gestern behauptet worden ist, dass es gegenwärtig Hunderttausende aufwende, um die Initiative zu Fall zu bringen. Also im Interesse des Gelingens eines bescheidenen, aber sicheren Fortschrittes möchte ich davon abraten, heute nun in diese Vorlage noch das Gemeindebestimmungsrecht aufzunehmen. Wir werden zum Gemeindebestimmungsrecht seinerzeit dann Stellung zu nehmen haben, wenn uns die Initiative vorliegt.

M. Graber: Vous me permettrez quelques mots en ma qualité de vieil antialcoolique. J'ai passé, en effet, de longues années de ma vie à combattre l'alcoolisme et je crois avoir droit à quelque compétence dans ce domaine. J'ai entendu M. Hoppeler, ce matin, et au fond, je suis profondément d'accord avec lui. Sans doute, si l'on pouvait étendre la mesure, préconisée, j'en serais heureux. Je suis de ceux qui voudraient la suppression complète de la fabrication et de la consommation du schnaps, et je serais d'accord qu'on portât la main même sur les boissons

fermentées. Seulement, la pratique m'a enseigné quelque chose: c'est que, lorsqu'on veut dépasser la mesure des possibilités, on finit par tout compromettre. J'ai été par exemple du nombre de ceux qui ont lancé l'initiative contre l'absinthe, et l'un des premiers à en parler. A ce moment-là déjà, on vous a demandé d'englober dans notre initiative, la lutte contre le schnaps. Nous avons répondu que nous étions d'accord en principe: mais si nous avions mis ensemble dans la même initiative la lutte contre l'absinthe et contre le schnaps, nous aurions compromis l'une et l'autre et les deux projets auraient sombré. Il en est à ce moment-ci de même dans la lutte engagée contre le schnaps. Si vous englobez dans cette lutte, la lutte contre les boissons fermentées, ce qui serait désirable, vous entraîneriez contre votre projet tous les partisans des boissons fermentées et vous empêcheriez la réalisation d'un projet qui serait désirable à cette heure, si l'on veut se limiter dans notre action. Vu les expériences faites, je demanderai à M. Hoppeler et à ses collègues de bien vouloir accepter de limiter notre lutte simplement à celle contre le schnaps. Limitons la production du schnaps et par contre-coup la consommation. Si l'on peut assurer ce progrès, il faut s'en réjouir, tout en regrettant que dans notre pays les groupes économiques et politiques et les mœurs nous empêchent d'aller plus loin. L'éducation de notre peuple n'est pas faite pour nous assurer un progrès plus général, plus étendu et nous sommes forcés de compter avec ces forces et de mesurer les réalités.

C'est pour cela, que je combattrai la proposition de M. Tschumi qui demande d'élever à 10 litres la limite du commerce non imposé de vin. Si, par cela, on pouvait restreindre la consommation de l'alcool, j'accepterais encore cette mesure. Mais au lieu de restreindre la consommation, vous allez l'accroître. Que va-t-il se passer? Des quantités de gens qui ne consomment que très peu de vin, qui n'en achètent que pour leur cuisine, quelquefois pour en consommer un peu, à l'occasion d'une visite, qui n'en achètent d'ordinaire qu'un ou deux litres ne pourront plus en acheter une si petite quantité, puisqu'ils devront en acheter 10 litres. Que feront-ils alors? Craignant que ce vin ne tourne, ils se mettront à le boire pour s'en servir. Ainsi donc, vous pousserez ceux qui consomment peu de vin à en boire davantage; telle sera la pratique.

Je le répète, si, avec cette proposition, on pouvait empêcher les gens d'acheter du vin, ce serait une question à examiner. Le résultat pratique de la mesure proposée par M. Tschumi, est de pousser tous ceux — et ils sont nombreux chez nous heureusement — qui consomment très peu de vin, occasionnellement, à en boire régulièrement.

A côté de cette considération, inspirée par le principe de la lutte contre la consommation de l'alcool, il y a une autre préoccupation. En effet, quelles seront les personnes qui pourront consommer du vin? Ce seront celles qui pourront en acheter 10 litres à la fois; tous les petits consommateurs en seront totalement empêchés. Il y a là, me semble-t-il, un côté démocratique qui me paraît blessant. Je ne veux pas que l'on condamne les classes moyennes et plus ou moins aisées, qui, elles, pourraient acheter 10 litres à la fois, à l'alcoolisme par une telle mesure. Je ne vais pas, dans mon opposition à la bourgeoisie

et aux classes moyennes, jusqu'à désirer qu'on les livre à l'alcoolisme en leur donnant une sorte de monopole de droit d'acheter 10 litres de vin. (M. Göttert: Vous ne voulez pas la mort du pêcheur.) Non, je veux qu'il se repente. Je trouve qu'il y a quelque chose de blessant dans ces propositions. M. Tschumi a parlé d'une coopérative; il a dit qu'elles ne devaient pas devenir un état dans l'Etat. D'accord, mais elles ont le droit, me semble-t-il, de se grouper pour défendre des intérêts d'ensemble. A-t-on reproché aux paysans suisses dont M. Tschumi fait partie d'être un Etat dans l'Etat; ils le sont cependant; mais à mon point de vue, ils ont le droit de défendre leurs intérêts et dans ce but de se grouper et par conséquent de constituer une sorte d'Etat dans l'Etat. C'est le groupement d'une force économique. Qui leur reprocherait de s'être groupé? On pourrait leur reprocher seulement d'abuser, avec la complaisance du gouvernement, quelque peu de leurs pouvoirs. Mais personne ne songerait à leur reprocher de s'être organisés et d'avoir institués dans le pays une force qu'on appelle le parti des paysans. On ne saurait de même reprocher aux coopératives de s'être groupées, car elles représentent un élément social, économique et politique. Les coopératives, en tant qu'organisation ont le droit de soutenir tel ou tel point de vue sans qu'on puisse leur reprocher d'être un Etat dans l'Etat. M. Tschumi s'est trompé dans sa critique.

Je vous demanderai donc en ce moment, dans l'intérêt de la lutte contre l'alcoolisme, de ne pas surcharger la barque à tel point qu'elle sombrera d'une façon certaine. En suivant les suggestions de MM. Hoppeler et Tschumi, vous dresserez contre la proposition qui nous permettrait de réaliser un premier progrès, un nombre tel d'adversaires qu'à l'avance la barque coulera et tout le progrès serait compromis.

C'est pour ces raisons que je vous demande d'en rester à la limite fixée dans l'article qui nous est proposé.

M. le conseiller fédéral Musy: La question posée par M. Tschumi est importante et, en même temps, très délicate. Je voudrais prier le conseil de bien suivre l'argumentation que je vais développer pour lui démontrer qu'en réalité ce que M. Tschumi a dit tout à l'heure concernant le projet du Conseil fédéral, n'est pas tout à fait exact. Le danger de l'alcoolisme réside, comme on l'a éloquentement dit, non pas seulement dans la consommation du schnaps, mais encore dans la consommation des boissons fermentées. Les statistiques que nous possédons démontrent d'une façon très certaine que la consommation du schnaps en Suisse a diminué, tandis que la consommation des boissons fermentées est en augmentation. Les tables de mortalité indiquent que la consommation des boissons alcooliques fermentées influe dans une mesure considérable sur l'alcoolisme. Rien d'étonnant dès lors qu'à l'occasion de la motion tendant à la lutte contre l'alcoolisme par la réduction du schnaps on ait en même temps songé à organiser la réduction du danger de l'alcoolisme par la consommation des boissons fermentées.

Le système actuel, en ce qui concerne ces boissons, laisse la liberté au commerce de gros, tandis qu'elle l'enlève au commerce de détail, soit aux auberges. L'art. 31, lettre c dit: «Tout ce qui concerne les auberges et le commerce au détail des boissons spiri-

teuses», disons boissons fermentées, «en ce sens que les cantons ont le droit de soumettre par voie législative, aux restrictions exigées par le bien-être public, l'exercice du métier d'aubergiste et le commerce au détail des boissons spiritueuses.» C'est là une restriction apportée à la liberté du commerce et de l'industrie des boissons alcooliques. L'auberge peut être réglementée par les cantons comme ils l'entendent. En outre, la vente au détail peut également être réglementée par les cantons. Qu'est-ce que la vente au détail? La définition en est donnée à l'art. 32 bis, second alinéa, in fine: on considère comme vente au détail la vente par quantité inférieure à deux litres. Cette vente au détail peut faire l'objet d'une réglementation cantonale, mais pour toute vente par quantité supérieure à deux litres, nous aurons l'application du principe de la liberté du commerce, liberté absolue et sans contrôle, ni fédéral, ni cantonal. Voilà Messieurs, la situation telle qu'elle se présente.

M. Tschumi a complètement raison dans ses observations. Il ne fait d'ailleurs que reprendre la pétition adressée au Conseil fédéral dans le courant de l'année dernière par la Société médicale suisse qui demande qu'on porte le minimum de 2 à 10 litres, c'est-à-dire que la limite pour le commerce de détail soit portée à 10 litres. Quelles en seraient les conséquences. L'application de l'art. 31, lit. c, donnerait aux cantons le droit de réglementer toute la question des auberges et en outre la vente en détail par quantité inférieure à 10 litres.

Je rends hommage à la Société médicale et à M. Tschumi d'avoir compris avec nous le danger du débit à l'emporter. Nous avons actuellement en Suisse 25,072 auberges. Vous savez que dans les cantons où l'on poursuit une lutte rationnelle contre l'alcoolisme, on a cherché à réduire le nombre des auberges. On a constaté qu'au point de vue moralité, au point de vue situation économique, les hameaux où le nombre de ces débits est restreint, ont une situation beaucoup plus prospère que ceux où ils pullulent. Je pourrais vous citer des exemples, je ne le ferai pas, convaincu que je suis que vous attachez toute l'importance nécessaire à cette question. Je ne veux pas croire qu'on s'en désintéresse. Je veux interpréter votre attitude comme une adhésion. Je suis certain, que vous êtes tous convaincus de la nécessité de la lutte contre l'alcoolisme et c'est pour cela que j'espère que la discussion se terminera par un vote unanime adhérent aux propositions du Conseil fédéral.

La limitation du nombre des auberges ne servirait cependant à rien, si l'on pouvait dans toutes les épiceries sans contrôle aucun, vendre du vin à l'emporte.

Je me suis occupé pendant un certain nombre d'années, avec mon collègue M. Perrier, à Fribourg, de la question des débits à l'emporter. Nous avons constaté — et je suis sûr que la constatation faite chez nous, aurait pu être faite partout — que la plupart des débits à l'emporter deviennent en réalité des auberges. Dans une quantité de cas, on consomme sur place. C'est souvent hélas un danger pour la femme qui va à l'épicerie. C'est peut-être là que l'alcoolisme est entré dans le domaine féminin, par les femmes qui vont à l'épicerie. L'alcoolisme n'est pas seulement un danger pour les hommes, mais aussi pour les femmes. Si à l'épicerie on peut acheter du

vin — et quelquefois sur le carnet, comme nous l'avons constaté — le vendeur marque de la chicorée, du riz ou du sucre, alors qu'on achète du vin, on comprend que l'on se soit ému et qu'on veuille arriver à diminuer le danger des débits à l'emporter.

M. Tschumi dit: Il faut porter le chiffre minimum de 2 à 10. Je crois que cela diminuerait le danger, mais pas suffisamment. Le gros inconvénient du débit à l'emporter c'est qu'il n'est pas contrôlé. Si vous portez le chiffre de 2 à 10, on ne pourra vendre que par 10 litres, on chiffrera peut être 10 litres, mais la prise de livraison se fera par fractionnements et il se pourrait que l'on continue à consommer sur place.

Je me souviens d'une quantité de cas où le gendarme a fait un rapport dans les termes suivants: Je suis entré dans le magasin et j'ai constaté qu'on buvait du vin dans l'arrière-magasin. Par conséquent: vente à boire sur place, contravention à la loi sur les auberges. 9 fois sur 10 l'avocat a déclaré: mais l'épicier a offert un verre de vin à quelques-uns de ses amis, vous ne pouvez pas l'empêcher de leur être agréable. Vous aussi, dans votre maison, vous avez offert de temps en temps un verre de vin aux amis, et souvent le juge a été obligé, faute de preuves, d'absoudre le tenancier du débit à l'emporter quand même je suis certain qu'intérieurement il avait la conviction qu'on avait violé la loi sur les auberges.

Ce qu'il faut faire, c'est soumettre le commerce de détail au contrôle des cantons. C'est la solution préconisée par le Conseil fédéral.

On a dit tout à l'heure qu'il n'y avait pas de différence entre la solution du Conseil fédéral et l'état actuel de la constitution. Pardon, la suppression de l'art. 32 signifie que la question du « Doppeliter » disparaît. Lisez la proposition du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral vous dit que l'art. 31 c seul subsiste. Si vous adoptez la solution du Conseil fédéral, tout ce qui concerne l'auberge et le commerce de détail est soumis à la législation cantonale. Nous ne sommes plus limités par une question des deux litres. Je crois que cette solution vaut mieux que de porter selon le désir de M. Tschumi le minimum de 2 à 10 litres. Si j'étais sûr que le peuple accepte, je serais d'accord; mais tout le commerce de détail reste quand même soumis à la législation cantonale pour le contrôle. Par conséquent acceptez le principe de la solution du Conseil fédéral et tout le commerce de détail à l'avenir sera soumis à la législation cantonale. Les cantons diront ce que c'est que le commerce de détail. Chez les uns ce sera une vente au-dessous de 5 ou 6 litres, pour les autres ce sera comme maintenant la liberté complète. Les cantons ne feront pas trop dans ce domaine.

Je pense surtout à la classe ouvrière; dans les grandes villes, elle a l'habitude de boire un peu de vin. Je ne lui en fais aucun reproche. Je crois que M. Graber a dit tout à l'heure quelque chose qui ferait impression dans la campagne; si vous acceptiez la solution de M. Tschumi, on dirait: l'ouvrier ne peut pas acheter 10 litres à la fois, c'est trop, et s'il emportait ces 10 litres chez lui, il devrait les boire très vite, parce qu'il n'a peut-être pas de cave. En outre, nous ne voudrions pas le forcer chaque fois qu'il désire obtenir une quantité inférieure à 10 litres de passer sous les fourches caudines des aubergistes. Pendant la guerre, le vin s'est vendu très cher; tous ceux qui

ont fait le commerce de boissons alcooliques — nous en savons quelque chose, nous pourrions vous faire voir les fiches de l'impôt sur les bénéfices de guerre — ont prélevé des bénéfices considérables. Cet argument de M. Graber aurait une portée dans la lutte qui s'engagera pour savoir si la réforme sera acceptée ou non, et je ne voudrais pas, je suis en cela d'accord avec M. Graber, que pour avoir voulu faire trop bien, nous fassions manquer cette action comprimante que nous voulons exercer sur la consommation des boissons distillées.

Je crois que la solution du Conseil fédéral, qui laisse aux cantons le contrôle, est la vraie solution. Ce matin encore, nous en discutons avec M. Milliet. M. Milliet reste d'avis que la solution présentée par le Conseil fédéral est la meilleure. Les deux rapporteurs de la commission, avec le chef du Département, ont cherché, hier soir, à donner satisfaction aux scrupules de M. Ming, dans une modification que je dirai d'ordre exclusivement rédactionnel. On a voulu dire la même chose dans un texte plus clair. Mais je crois, étant donnée la discussion que j'ai entendue, que la solution la plus simple est celle présentée par le Conseil fédéral: suppression de l'art. 32 bis, et à l'avenir, le commerce de vente des boissons fermentées au détail, ainsi que le commerce de l'auberge, seront soumis à la législation cantonale, c'est-à-dire que les cantons pourront légiférer non seulement sur l'auberge, mais soumettre au contrôle de la police, ce qui est une urgente nécessité, la vente des débits à l'emporter. Par conséquent, je vous recommande la solution du Conseil fédéral en déclarant que les modifications d'ordre rédactionnel suggérées par les rapporteurs, ainsi que celles suggérées par M. Ming, ne sont en réalité que des variantes de la solution qui vous est présentée par le gouvernement.

Schär: Ich muss noch auf die Ausführungen der Herren Kollegen Hoppeler und Tschumi einiges erwidern, in erster Linie Herrn Kollega Dr. Hoppeler gegenüber, der sich darüber aufhält, dass die Konsumvereine sich auch für diese Sache interessieren. Da möchte ich nur betonen, was ich schon eingangs erwähnte: Solange es nicht als eine Verletzung der Bürgerpflicht gilt, dass der Schweizerbürger Bier und Wein trinken darf, so lange das dem gewöhnlichen Ansehen der Bürger nicht schadet, würden Sie es auch den Konsumvereinen nicht verbieten wollen, Wein und Bier zu vermitteln. Die Konsumvereine haben die Aufgabe, ihren Mitgliedern Bedarfsartikel aller Art in guter Qualität und zu billigen Preisen zu verschaffen. So lange nun eben unsere Volksbräuche so sind, werden Sie darin nichts Unehrenhaftes erblicken können. Immerhin möchte ich betonen, dass die Konsumvereine Organe ihrer Mitglieder sind. Wenn die Mitglieder soweit erzogen sind, dass sie weder Wein noch Bier kaufen oder trinken wollen, und dass sie nicht wollen, dass ihre Genossenschaft solche Getränke vertreibt, so wird deren Vertrieb auch von den Konsumvereinen nicht besorgt werden. Es kommt heute schon vor, auch bei grösseren Konsumvereinen, dass auf den Vertrieb des einen oder andern Artikels verzichtet wird. Der Konsumverein Chur z. B. verkauft kein Flaschenbier, weil die Abstinenter im Vorstand das durchgesetzt haben, und es hat kein Mitglied einern andern Genossenschaft etwas dagegen einzuwenden, das ist Sache jeder Genossenschaft für sich.

Andererseits ist zu betonen, dass von den 500 Konsumvereinen vielleicht keine 30 gebrannte Wasser verkaufen, trotzdem die Möglichkeit dazu vorhanden wäre, indem in mehreren Kantonen die Verkaufsbewilligung leicht zu erhalten ist. Hier herrscht schon die Unterscheidung im heutigen Volksempfinden gegenüber gebrannten Wassern und vergorenen Getränken; man betrachtet den Verkauf von gebranntem Wasser schon eher als etwas Schädliches. Das hängt eben alles mit unsern Volksanschauungen zusammen, und solange diese noch so sind, wie wir sie heute bei der Mehrzahl unter uns und im Volk draussen sehen, werden Sie die Alkoholfrage nicht im Sinn des Herrn Hoppeler lösen können. Ich anerkenne immerhin den Grundzug seiner Ausführungen als berechtigt, weil er im Interesse des Volkes wirken will. Aber an seinem Idealismus stossen sich eben die heutigen Volksgewohnheiten, und da kann meines Erachtens nur die Erziehung und das Vorbild helfen.

Herrn Tschumi gegenüber möchte ich betonen: ich will heute nicht wieder auf die Frage des Unterschiedes zwischen Konsumvereinen und Profithandel eintreten und das noch einmal des Näheren auseinandersetzen, es ist hier schon wiederholt von mir geschehen. Auch Herr Kollega Huber hat das einmal bei Anlass der Debatte über die Kriegsgewinnsteuer erläutert, dass die Genossenschaften der Konsumenten und die Unternehmungen des Profithandels zwei vollständig getrennte Wesen sind. Das anerkennt auch die ökonomische Wissenschaft, und Herr Tschumi kann sich bei jedem Professor der Nationalökonomie darüber erkundigen. Aber in der Gesetzgebung der Schweiz hat sich diese Einsicht noch nicht durchgerungen, und darum müssen wir von Zeit zu Zeit, wenn es nötig ist, immer wieder auf diesen Gegensatz aufmerksam machen. Persönlich möchte ich nochmals betonen, dass diese Organisationen der Konsumvereine in vielen Kantonen und Gemeinden schlechter behandelt werden als die Bewerber aus den Kreisen des Profithandels. Das hat in den Kreisen der Konsumvereine eine ungeheure Mißstimmung erweckt. Sie ist vorhanden, ob ich das Ihnen hier erkläre oder nicht. Und es ist doch besser, Sie wissen hier in den Beratungen unseres Rates, mit was für Widerständen Sie in der Oeffentlichkeit nachher zu rechnen haben. Es sind schon viele Vorlagen, die hier einstimmige Zustimmung gefunden haben, nachher in der Volksabstimmung gescheitert, weil man eben solche Volksströmungen ignoriert hat.

Noch eine andere Seite dieser Frage: Kollega Tschumi hat erklärt, diese Zweiliterwirtschaften kann man nicht kontrollieren und auf diese Behauptung hauptsächlich hat er seine Ausführungen aufgebaut. Das ist aber nicht richtig. In einem Kanton mit ausgebauter Lebensmittelkontrolle kann man in jeden Betrieb den Lebensmittelinspektor schicken. Das sollte Herr Tschumi als langjähriger und bewährter Lebensmittelinspektor wissen. Man kann auch die Polizeileute zur Kontrolle schicken, ob an Ort und Stelle die betreffenden Getränke konsumiert werden. Herr Bundesrat Musy hat von solchen Fällen erzählt. In Basel haben früher solche Fälle dutzendweise durch die Polizei konstatiert werden können und die Uebertreter wurden bestraft. Es ist nicht so, dass man diesen Zweiliterwirtschaften vollständig wehrlos preisgegeben wäre. Durch eine richtige Kontrolle ist es wohl möglich, bestimmte Zuwiderhandlungen festzustellen.

Ich bin kein Freund der Zweiliterwirtschaften, persönlich könnte ich mich mit deren Abschaffung einverstanden erklären. Wir Konsumgenossenschaftler betrachten jedoch diese Regelung als eine Art Sicherheitsventil gegen die Willkür kommunaler und kantonalen Behörden, die ohne dieses Ventil im gegebenen Falle immer zu Ungunsten der Konsumvereine entscheiden könnten.

Obrecht: Die Opposition gegen Art. 31 ist nach meinem Gefühle deshalb entstanden, weil über die Fassung der Kommission Unklarheit vorhanden ist. Allerdings steht der Doppelliter auf dem Tische des Hauses. Ob dieser Umstand zur Unklarheit beigetragen hat? — Ich teile die Auffassung, die Herr Bundesrat Musy vertreten hat. Was erreichen wir bei Annahme der Fassung der Kommission? Um das richtig zu erfassen, müssen wir die Begriffe Wirtschaftswesen, Kleinhandel und Grosshandel sezieren. Das Wirtschaftswesen umfasst den Ausschank zur Konsumation an Ort und Stelle, währenddem der Verkauf über die Gasse, der Verkauf in den Keller, den Handel darstellt. Den Handel unterscheidet schon die bisherige Verfassung in Kleinhandel und in Grosshandel. Nach dem Sprachgebrauch ist der Kleinhandel eben der Detailverkauf. Der Grosshandel dagegen ist der Verkauf en gros. Mit diesen Begriffen nach dem Sprachausdruck hat sich die Gesetzgebung nicht zufrieden gegeben. Ueber die gebrannten Wasser sagt das Ausführungsgesetz, Grosshandel sei der Verkauf von Quantitäten über 40 Liter. Kleinhandel der Verkauf von Quantitäten unter 40 Liter. Und mit bezug auf die gegorenen Getränke bestimmt die Verfassung selber in Art. 32 bis, dass als Kleinhandel gegorener Getränke aufzufassen sei der Handel in Quantitäten unter 2 Liter; der Verkauf in Quantitäten über 2 Liter ist frei, er ist der eigentliche Grosshandel. Aber nun ist zu beachten, dass wir eben diesen Art. 32 bis aufheben und damit fällt auch diese Limitierung nach der Zweilitergrenze für die gegorenen Getränke; es tritt die freie sprachliche Auffassung im Sinne von Detailverkauf in ihr Recht. Was wir darunter nach dem Sprachgebrauch verstehen, das ist der Kleinverkauf direkt an den Konsumenten, im Gegensatz zum Weinhandel, zum Verkauf des Bierfabrikanten an den Detaillisten. Die Grenze von 2 Litern fällt mit der Aufhebung des Art. 32 bis. Infolgedessen treffen wir, wenn wir sagen, das Wirtschaftswesen und der Kleinhandel mit geistigen Getränken sei der Gesetzgebung der Kantone vorbehalten, den Kleinhandel nicht mehr im Sinne der Zweiliterbegrenzung, sondern in dem Sinne, was man unter Kleinhandel überhaupt versteht. Wir sagen bloss noch im zweiten Satz, dass der Kleinhandel, soweit er über 2 Liter hinausgeht, nicht fiskalisch belastet werden dürfe. Dieser Kleinhandel von gegorenen Getränken in Quantitäten über 2 Liter fällt aber unter den Oberbegriff Kleinhandel im Sinne von Detailverkauf. Die nähere Umschreibung dieses Oberbegriffes ist der Gesetzgebung der Kantone übertragen mit der einzigen Einschränkung, dass der Kanton für diesen Verkauf soweit er über 2 Liter hinausgeht, keine Patentabgaben erheben darf. Man wollte in der Kommission diesen Verkauf von 2 Litern über die Gasse nicht fiskalisch belasten, weil man berücksichtigen wollte, dass dies die kleinen Leute angeht. Es war eine fiskalische Konzession

an das bisherige System. Aber wir erreichen mit der Fassung der Kommission unbedingt dasselbe, was Herr Ming in seinem Antrage deutlich zum Ausdruck bringt. Herr Ming wiederholt bloss, dass dieser Kleinverkauf über 2 Liter auch beschränkt werden dürfe im Interesse des öffentlichen Wohles, dass also die Bedürfnisfrage aufgeworfen werden könne. Das ist der Brennpunkt. Wir wollen die gesetzgeberische Grundlage schaffen, dass die Kantonsregierungen für den Detailverkauf allgemein die Bedürfnisfrage aufwerfen können; aber das erreicht man mit der Fassung der Kommission wie mit der Fassung des Herrn Ming. Die Fassung des Herrn Ming wiederholt bloss noch einmal, was der Vordersatz bereits enthält. Herr Direktor Milliet hat mir gestern gesagt, er finde die Fassung des Herrn Ming nur zu klar. Herr Ming hängt der Katze die Schelle um. Wir wollten in der Kommission mit der vorsichtigeren Fassung zum gleichen Ziele gelangen. Insbesondere wollen auch wir die Möglichkeit schaffen, dass die Kantonsregierungen die Bedürfnisfrage aufwerfen können. Damit ist auch den Intentionen des Herrn Tschumi in zweckmässiger Weise Rechnung getragen, und ich empfehle diese Lösung, weil ich in der Erhöhung der 2 Liter auf 10 Liter doch eine Gefährdung der Vorlage erblicke. Wir dürfen nicht allzu optimistisch sein mit bezug auf die Aussichten dieser Vorlage. Wohl erklärt uns hier die offizielle Landwirtschaft, sie sei mit der Vorlage einverstanden, ob aber die Bauern auf dem Lande draussen sich ebenfalls lossagen wollen von ihrem Brennhafen, dahinter setze ich ein grosses Fragezeichen. Ich kenne die Stimmung im Volk auch einigermaßen und glaube, dass wir hier ausserordentlich vorsichtig zu Werke gehen müssen, wenn die Vorlage nicht stecken bleiben soll. Wir waren in der Kommission vom guten Willen getragen, in der Bekämpfung gebrannter Wasser einen Schritt vorwärts zu tun. Wenn wir nicht so weit gelangen können, wie es die eigentlichen Alkoholgegner wünschen, so ist es doch klüger, sich mit dem zu begnügen, was zurzeit Aussicht auf Erfolg haben mag. Wir wollen uns daran erinnern, dass erst im Jahre 1903 eine Vorlage zur Erhöhung der Zweilitergrenze auf die Zehnlitergrenze von 21 Kantonen verworfen worden ist und nur von 4 Kantonen angenommen wurde. Das war eine so überwältigende Majorität an Ständestimmen, dass ich Zweifel habe, dass eine Wendung eingetreten sei dergestalt, dass man jetzt schon jede Bedenken unterdrücken könnte. Im Gegenteil. Das Schlagwort gegen die Monopole wird im Kampf gegen diese Vorlage eine Rolle spielen. Die Monopole sind in letzter Zeit unpopulärer geworden denn je, und hier handelt es sich um eine Ausdehnung des Alkoholmonopols; schon deswegen müssen wir mit einer starken Opposition rechnen. Ich halte es deshalb für klüger, gegenüber Herrn Tschumi auf dem Boden der Kommission zu bleiben. Ob wir die deutlichere Fassung des Herrn Ming annehmen wollen oder uns mit der Fassung der Kommission begnügen, ist eine redaktionelle Frage; materiell besteht keine Differenz.

Ming: Es hat sich nun die Diskussion längere Zeit verbreitet über die Frage der 10 Liter, und erst der letzte Redner hat mit etwas Abänderung auch die Vorschläge wiederholt, die sich an meine Gedanken knüpfen. Er hat gesagt, mein Vorschlag sei allerdings

etwas deutlicher, er wolle der Katze die Schelle anhängen, aber der gedruckte Vorschlag der Herren Referenten komme im Grunde auf das gleiche heraus. Ich halte nun gar nicht darauf, der Katze die Schelle anzuhängen, sondern ich vereinige mich recht gerne mit dem Vorschlag der Herren Referenten. Sie sagen wirklich das Gleiche, was ich sagen wollte, nur mit etwas anderen Worten. Was nun diesen Vorschlag im Gegensatz zu dem Vorschlage auf die 10 Liter anbelangt, so muss ich mich vollständig der Meinung meines Herrn Vorredners anschliessen. Auch ich war seinerzeit dabei, als für eine Erhöhung der Literzahl im Volk gekämpft wurde. Ich habe das getan mit meiner vollsten Ueberzeugung. Ich habe es dazumal bedauert, dass z. B. die grossen Konsumvereine, die ja dafür da sind, das Volkswohl zu fördern, so sehr gegen den Artikel der Handelsbeschränkung aufgetreten sind. Ich muss aber nebenbei sagen, ich habe dieses sehr bedauert, als sie damals so stark gegen das Lebensmittelgesetz aufgetreten sind, das wir jetzt doch allgemein als eine Wohltat betrachten. Sie haben es damals getan, wie Sie selbst zugeben, in ihrem eigenen Interesse. Sie sagten sich: wir haben ja für uns eine Lebensmitteluntersuchung, was brauchen wir denn eine eidgenössische. Es ist das ein sehr einseitiger Standpunkt gewesen. Ich muss bekennen, ich vermute auch irgend etwas von einer einseitigen Gewinnsucht der Konsumvereine, wenn sie absolut den freien Handel mit den 2 Litern beibehalten wollen. Und dann der Vorschlag, den die Herren Referenten nun gestellt haben, der sich mit dem meinigen deckt, er will ja absolut diese Konsumvereine nicht ruinieren. Der Kanton Baselstadt, überhaupt jeder Kanton kann in Zukunft die Sache regeln, wie er will, und ich zweifle gar nicht daran, dass die Konsumvereine in Basel und anderseits so mächtig seien, dass sie auch diese ihre Freiheiten durchzwingen können. Wenn man dann aber glaubt, dass diese Bestimmung irgendwie das Gesetz gefährde, so muss ich mich gegen diese Meinung aussprechen. Nicht eine Einschränkung in dem sehr allgemeinen Sinn, in dem Sinne, dass den Kantonen das Recht gegeben wird, eine Kontrolle zu üben über den Zweiliterhandel, gefährdet das Gesetz, sondern das Gesetz wird gefährdet auf der einen Seite, wie von Herrn Obrecht ganz richtig gesagt wurde, weil es das Monopol ausdehnt, anderseits aber durch einen gewissen Aberglauben, der im Volk weitgehend noch herrscht. Sie haben gewiss den Ausdruck Bundesfusel auch schon gehört. Im Volk gilt das, was aus dem Trester und aus dem Bäzi, überhaupt was aus dem Brennhafen kommt, als das Natürliche, als das Beste, als das Gesunde, währenddem der Branntwein, respektive der Alkohol, der vom Bund verkauft wird, allgemein als «der Bundesfusel» bezeichnet wird. Interessant ist allerdings, dass das Volk, wenn es diesen eigenen Branntwein nicht mehr hat, ebenso vergnügt zum Bundesfusel greift. Wahrheit ist auch, dass, wenn man vom Fusel reden muss, in diesen Produkten der Hausbrennereien, zumal in diesen Produkten der mehr als 30,000 Brenneinrichtungen im Lande, viel mehr Fusel enthalten ist als im ganzen Produkt, das der Bund verkauft. Es ist nun einmal Tatsache, dass von diesen Brenneinrichtungen das Produkt auf eine Weise verunreinigt geliefert wird, die den Alkohol noch viel gefährlicher macht, als er im Grunde selbst schon ist. Es ist Gift Alkohol plus Gift Fusel. Dennoch,

man wird sehr schwer gegen die Idee aufkommen, dass der Bauernschnaps gesünder sei als der Monopolkohol. Aber man muss suchen gegen diese aufzukommen, wenn man für den Sieg des revidierten Verfassungsartikels kämpfen will. Das Volk ist vollständig im Irrtum und es geschieht nicht selten, dass sogar seine Führer nicht so viel chemische Kenntnisse haben, dass sie wirklich diesen Irrtum aufklären können. Dann wird ferner noch angeführt das Gläschen des armen Mannes. Der Herr Vertreter des Konsumvereines Basel hat dieses Gläschen des armen Mannes sogar zugunsten der gegorenen Getränke auch angewendet. Von einem gewissen Standpunkte aus sollte er eigentlich dafür sein, dass das Gläschen dem armen Manne entzogen würde, damit er sich nicht vergiftet. Der Arbeiter soll kräftig sein, soll kampffähig sein, aber der Kapitalist, der sollte sich vergiften können. Das wäre von sozialistischer Seite aus der richtige Standpunkt. Es ist aber ein bequemes Kampfmittel. Man braucht dieses Kampfmittel beständig immer und immer wieder, und es kommt mir vor, wenn man dem armen Manne auf diese Weise schmeichelt, obschon man vielleicht sogar überzeugt ist, dass das, was man sagt, nicht Wahrheit ist, so handle man in einer gewissen Art von sozialer Affenliebe. Ja, meine Herren, es gibt auch eine Art soziale Affenliebe. Wenn die Mutter ihr Kind verhätschelt, wenn sie ihm alles gewährt, ob es ihm zuträglich sei oder nicht, so reden wir von einer Affenliebe, und wenn man dem Arbeiter schmeichelt, wenn man, um dem Volke im allgemeinen zu schmeicheln, ihm etwas zukommen lassen will, von dem man zum vorneherein sagen muss, es schadet, so ist das eine soziale Affenliebe. Die spielt eine ganz traurige Rolle auch in diesem Kampfe. Sie hat diese Rolle immer gespielt und sehr wahrscheinlich wird sie dieselbe weiter spielen.

Wir wollen also meiner Ansicht nach nichts von den 10 Litern reden. Wir haben gesehen, dass wir schon zweimal mit denselben gefallen sind, und ich muss selbst sagen, sehr begeistert bin ich nicht mehr dafür. Nicht diese Limite von 10 Litern ist es, die wirklich Nutzen stiften kann, sondern es kann Nutzen stiften, wenn man die wirklich schädlichen, die wirklich gewissenlosen Debits, diese Handlungen, die absolut nicht auf das gemeine Wohl sehen, sondern das Gesetz übertreten, wo und wann sie wollen, die schlechte Produkte haben, die diese Produkte neben andern Lebensmitteln verkaufen, so dass dieselben dadurch sogar Schaden leiden, die dadurch betrügen, dass sie Makkaroni und Reis und Spezereien und dergleichen ins Büchlein schreiben, währenddem die Frau, die Familienmutter und ihre Kinder geistige Getränke beziehen, wenn man solchen Debits entgegengetreten kann. Und das sollen wir durch die Kontrolle, die da vorgesehen ist. Es ist auch ganz richtig betont worden, wir könnten eigentlich auch diesen Artikel fallen lassen, wir könnten es bewenden lassen ganz und gar mit dem Art. 31, und zwar mit dessen lit. c, die da sagt: «Das Wirtschaftswesen und der Kleinhandel mit geistigen Getränken, in dem Sinne, dass die Kantone auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Wirtschaftswesens und des Kleinhandels mit geistigen Getränken den durch das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen unterwerfen dürfe.» Wir könnten uns auch ganz gut damit befreunden. Da wäre dann allerdings nichts gesagt

von den 2 Litern, nichts von den 10 Litern. Es wäre nur gesagt, dass im Interesse des öffentlichen Wohles eine Beschränkung stattfinden könnte. Mit andern Worten: dieser Kleinhandel wäre den Kantonen überlassen, ganz wie das Wirtschaftswesen überhaupt. Man will diese Form nicht. Man will lieber expressis verbis sagen, was die Herren Referenten in diesem Antrage, den sie nun in Ablehnung meines Antrages stellen, gesagt haben. Ich kann mich auch damit einverstanden erklären. Wenn man sich dann streitet darüber, was Kleinhandel, was Detailhandel sei, darf ich mit Ueberzeugung den Begriff annehmen, wie mein verehrter Herr Vorredner ihn angenommen hat. Er sagte, es sei doch der allgemeine Sprachgebrauch, dass man unter Kleinhandel eben den Detailhandel versteht, der da getrieben wird direkt an die Konsumenten vom Händler aus, dass aber keineswegs jener Handel gemeint ist, der fassweise und fässchenweise diese Getränke verkauft. Die Kantone sollen dann selbst in dieser Beziehung den Sprachgebrauch feststellen. Ich glaube, das ist nicht schwer, denn dieser Sprachgebrauch ist so ziemlich in der ganzen Schweiz derselbe. Ich ziehe also den von mir gestellten Antrag zurück und vereinige mich mit dem Antrage der Herren Berichterstatter, die nun noch beifügen wollen, «aus den gleichen Gründen», d. h. aus den Gründen des öffentlichen Wohles. Dieser Ausdruck «Gründe des öffentlichen Wohles» kommt schon im ersten Satz vor, und um ihn nicht zu wiederholen, sagt man nun «aus den gleichen Gründen» können die Kantone den Detailhandel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von 2 und mehr Litern der Kontrolle unterwerfen, aber sie dürfen nicht Abgaben fordern. Das ist ein Entgegenkommen an den Weinbau, an die Getränkehändler, an die Händler von gegorenen Getränken. Wie ich gestern schon gesagt habe, wird dadurch der schweizerische Weinbau kaum betroffen. Wenn nur das schweizerische Produkt gebraucht würde, das wirklich in der Schweiz wächst, und das nach dem Geschmack der Weintrinker auch geniessbar ist, und wenn all diese Kunstgetränke, die trotz Verbot hergestellt waren, diese künstlichen spanischen Weine, die als Naturweine verkauft werden, ausgeschaltet wären, dann würden die gegorenen Getränke in der Schweiz durchaus nicht diesen Schaden anrichten. Ja, ich würde mich vielleicht sogar dazu verpflichten, denjenigen Teil, den es auf jeden der 3½ Millionen Einwohner von diesem Wein, der in der Schweiz wächst, trifft, auch zu trinken, wenn man nur garantieren könnte, dass dann aller Fremd- und Kunstwein ausgeschaltet wäre.

Gamma, Berichterstatter der Kommission: Wir haben uns nun über die Anträge der Herren Ming und Tschumi auszusprechen. Was den Antrag des Herrn Dr. Ming anbetrifft, so muss ich Ihnen eröffnen, dass hier ein Missverständnis vorliegt. Ich kann bestätigen, was Ihnen schon Herr Bundesrat Musy gesagt hat: Der «Antrag der Berichterstatter», der hier im Saal zur Austeilung gekommen, ist eigentlich kein Antrag, sondern eine Redaktion für den Fall, dass Sie den Antrag des Herrn Dr. Ming berücksichtigen wollen. Wir müssen bei der Vorlage bleiben, weil wir die Ansicht haben, dass der Antrag des Herrn Dr. Ming den Handel in unnötiger Weise beunruhigen würde. Die Absicht des Antragstellers kann durch eine kleine Aenderung erreicht werden, indem wir den zweiten

Satz mit dem ersten Satz von lit. c etwas verbinden und damit feststellen, dass der zweite Satz dem ersten Satz untergeordnet ist. Wir empfehlen also, bei der Vorlage zu bleiben und den zweiten Satz so zu fassen: « Jedoch darf der Handel mit nichtgebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Litern mit besonderen Abgaben nicht belegt werden. » Ich möchte wünschen, Herr Dr. Ming könnte sich dieser Auffassung anschliessen.

Was nun den Antrag des Herrn Tschumi anbetrifft, so müssen wir denselben bedauerlicherweise entschieden ablehnen. Ich habe Ihnen schon gestern gesagt, dass der Gedanke, die abgabefreie Verkaufsgrenze von 2 auf 10 Liter heraufzusetzen, im Jahre 1901 vom Volke mit grosser Mehrheit abgelehnt worden ist, trotzdem er damals vom Bundesrat und der Bundesversammlung aufgestellt wurde. Ich habe die Ansicht, dass sich seine Aussichten nicht verbessert haben. Inzwischen hat die Lebensmittelgesetzgebung in verbessernder Weise eingegriffen, und es hat der Bundesrat selbst, wie er in seiner Botschaft erklärt, seine Ansicht geändert. Er hat eingesehen, dass auf diesem Wege dem Uebel nicht beizukommen ist.

Es ist schwer zu berechnen, welche Wirkung eine solche Heraufsetzung mit sich bringt. Auch haben Sie soeben gesehen, dass hier ein Interessenkampf platzgreift. Da haben wir die Zweiliterwirtschaften, dann die Wirte, dann die Konsumvereine, und dieser Kampf wird hinausgetragen in das Volk und wird der Vorlage zum grossen Nachteil gereichen. Ich habe die Auffassung, dass wir gut tun, diese Frage der 2 Liter oder 10 oder 40 Liter einmal einem besonderen Kampfe zu unterstellen und sie nicht mit der Vorlage zu verbinden. Ich empfehle Ihnen das Verbleiben bei der Vorlage.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: Je recommande également au Conseil national de voter la proposition de la majorité de la commission. Les questions qui ont été soulevées dans le débat d'aujourd'hui et hier déjà, par M. Tschumi, sont extrêmement intéressantes. Personnellement et quant au fond je pourrais me déclarer d'accord avec ce qu'il a dit. Toutefois nous avons envisagé dans la commission que ce serait une grande imprudence que de vouloir associer, dans un seul et même arrêté fédéral, deux questions distinctes: une réforme concernant les boissons fermentées et une réforme concernant les boissons distillées. Notre projet est un projet d'extension du monopole de l'alcool, ce n'est pas un projet réglementant le commerce de détail des boissons fermentées. C'est essentiellement pour cette raison, qu'en ce qui me concerne et au nom de la majorité de la commission je m'oppose à un changement de régime dans le sens de l'élévation à 10 litres de la limite de vente en détail des boissons fermentées. Nous avons fait dans ce domaine tout ce que nous pouvions pour améliorer la situation actuelle.

D'accord avec le chef du Département des finances, nous avons arrêté un nouveau texte donnant satisfaction au Dr. Ming et précisant mieux l'interprétation du nouvel article constitutionnel. M. le chef du Département des finances nous a dit ce matin pourquoi il envisageait qu'on pouvait en rester à l'ancien texte, moyennant l'adjonction d'un terme qui établisse une meilleure corrélation entre les deux phrases de

cette lit. c de l'art. 31. Pour ma part, je n'en tourne pas la main. Notre texte et celui qu'on présentait originairement se couvrent complètement. Il est bien entendu qu'à l'avenir, si l'article était adopté, le commerce en détail des boissons fermentées pourra être soumis à des impôts spéciaux jusqu'à la quantité de deux litres et qu'à partir de deux litres il ne devra pas être frappé d'impôts spéciaux. En revanche le contrôle des cantons pourra s'exercer non seulement sur la vente par quantités inférieures à deux litres, mais aussi sur la vente par quantités de plus de deux litres. Nous donnons aussi satisfaction aux adversaires de l'alcoolisme, dont nous sommes tous — du moins en théorie — (hilarité) et en même temps nous laissons subsister le régime des deux litres. C'est une amélioration à mon avis évidente, puisque nous assurerons une meilleure surveillance des cantons sur la vente à l'exporté des boissons fermentées.

J'engage donc le Conseil national à voter premier la proposition de la commission et je retire bien volontiers pour ce qui me concerne, à la demande de M. le chef du Département des finances, l'amendement que nous avons présenté.

Ming: Die Bemerkungen der Herren Berichterstatter bestimmen mich, meinen Antrag doch noch zurückzuziehen. Ich befinde mich da in ähnlicher Stellung der bekannten Bekehrungsanekdote bei Hebel. Auch ich wollte zuerst das Wort « jedoch » einfügen und diesen letzten Satz abhängig machen von dem Inhalt des ersten. Man hat Bedenken dagegen erhoben. Nun bringen in letzter Stunde die Herren Referenten diese Redaktion. Ich finde, das ist die allerbeste Form, aber man hat sie früher nicht annehmen wollen. Ich bin elastisch genug, um alle übrigen Redaktionen zu vergessen und nun dem letzten Antrage der Kommissionsreferenten zuzustimmen.

Präsident: Der Antrag betreffend lit. d zu Art. 31 ist unbestritten. Ebenso ist der Antrag zu lit. c unbestritten. Im zweiten Satz hat die Kommission selber redaktionell den Satz wie folgt gefasst: « Jedoch darf der Handel mit gebrannten geistigen Getränken in Mengen von 2 oder mehr Litern mit besondern Abgaben nicht belegt werden. » Das ist eine rein redaktionelle Aenderung, und wir haben nur diesen Kommissionsantrag vor uns. Da Herr Ming seinen Antrag zurückgezogen hat, bleibt nun noch der Antrag des Herrn Tschumi, der im Antrag der Kommission lediglich das Wort « zwei » durch « zehn » ersetzen will.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Kommissionsantrag	87 Stimmen
Für den Antrag Tschumi	36 Stimmen

Art. 32, Abs. 1 und 2.

Anträge der Kommission

Art. 32 bis wird gestrichen. Art. 32 ter wird 32 bis und der Art. 32 erhält folgende neue Fassung:

Die Gesetzgebung über die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung, den Verkauf und die fiskalische Belastung gebrannter Wasser ist Sache des Bundes.

Die fiskalische Belastung der Herstellung von Spezialitäten erfolgt in Form einer ihrer Eigenart entsprechenden Fabrikationssteuer.

Propositions de la commission

L'art. 32 bis est abrogé; l'art. 32 ter devient l'art. 32 bis et l'art. 32 reçoit la nouvelle teneur suivante:

Le droit de légiférer sur la fabrication, l'importation, la rectification, la vente et l'imposition fiscale des alcools obtenus par distillation appartient à la Confédération.

L'imposition fiscale de la fabrication de spécialités a lieu sous forme d'un impôt de fabrication, correspondant à la nature particulière de ces spécialités.

Abänderungsantrag Chamorel

vom 6. Oktober 1921.

Art. 32, Abs. 2, erhält folgende neue Fassung:

« Indessen ist das Brennen von Steinobst, von Eigengewächs, Weintrester, Weindrüsen, wie auch von Enzianwurzeln der Bundesgesetzgebung nur hinsichtlich der Besteuerung unterstellt. »

Amendement Chamorel

du 6 octobre 1921.

L'al. 2 de l'art. 32:

« L'imposition fiscale de la fabrication, etc. » est supprimé et remplacé comme suit:

Toutefois, la distillation des fruits à noyaux provenant du cru, des marcs de raisins et lies de vin ainsi que celle des racines de gentianes ne sont soumises à la législation fédérale qu'à l'égard de l'impôt.

Abänderungsantrag Tanner

vom 7. Dezember 1921.

Art. 32 Abs. 2.

Die fiskalische Belastung der Herstellung von Spezialitäten. (Brennen von Steinobst aus Eigengewächs, Weintrester, Weindrüsen, Enzianwurzeln, Wachholderbeeren und ähnlichen Stoffen) erfolgt in Form einer ihrer Eigenart entsprechenden Fabrikationssteuer.

Proposition Tanner

du 7 décembre 1921.

Art. 32, 2^e alinéa.

L'imposition fiscale de la fabrication de spécialités (distillation de fruits à noyau provenant du cru, marcs de raisin, lies de vin, racines de gentianes, baies de genièvre et matières analogues) a lieu sous forme d'un impôt de fabrication, correspondant à la nature particulière de ces spécialités.

Gamma, Berichterstatter der Kommission: Im Art. 32 begegnen wir nun zunächst der Bestimmung, dass alle gebrannten Wasser der Bundesgesetzgebung und der fiskalischen Belastung unterworfen werden sollen. Die Abgabefreiheit, wie sie im Jahre 1885 aufgestellt worden ist für das Brennen von Obst, Wein, Enzian, Wachholderbeeren usw., wird beseitigt. Das ist nun der Brennpunkt der ganzen Vorlage. Hierüber habe ich mich im einleitenden Referat sehr ausführlich ausgesprochen und kann vorderhand auf weitere Ausführungen verzichten.

Im zweiten Absatz, der in Behandlung liegt, kommen wir dann zu einer Ausnahme von der Regel. Die Spezialitäten — jedermann weiss, was unter Spezialitäten etwa zu verstehen ist — sollen also einer, ihrer Eigenart entsprechenden, Fabrikationssteuer unterworfen werden. Das sichert diese sogenannten Edelschnäpse zwar nicht gegen Aufsicht und Kontrolle, wohl aber gegen allfällige Kontingentierung oder die Ablieferungspflicht. Ich hätte es meinerseits lieber gesehen, wenn wir in der Verfassung selber gar keine Ausnahmen festgestellt, sondern uns begnügt hätten mit der Beseitigung des alten Privilegs, und es hätte meinem demokratischen Empfinden besser entsprochen, wenn die edlen Herren vom Kirsch, von Enzian usw. vorderhand bei den Träschbauern gelegen hätten. Es liegen aber in der Tat verschiedene Verhältnisse vor. Man muss berücksichtigen, dass diese Spezialitäten überhaupt nicht zu fassen sind ohne einen ausserordentlichen Aufwand von Aufsicht, der uns nicht anständig ist. Die Vorlage kann genügen, und das Entgegenkommen, das hier gegenüber diesen Edelschnäpsen gezeigt wird, ist nicht so weit her und kann nicht als Privileg angesprochen werden, eben weil sie nicht so zu fassen sind wie die andern Schnäpse, die in viel grösserer Menge zur Fabrikation kommen. Und dann will ich berücksichtigen, dass, wer den Zweck will, auch die Mittel wollen muss.

Ich empfehle Ihnen vorläufig die Vorlage. Ueber einen Antrag des Herrn Chamorel, der ausgeteilt ist, werde ich mich aussprechen, sobald derselbe begründet worden ist.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: La première phrase du chiffre 2 se borne à mentionner les modifications architecturales que nous avons fait subir aux dispositions constitutionnelles relatives à l'alcool. Nous nous sommes demandés s'il ne viendrait pas d'introduire dans le nouvel art. 32 le texte de l'art. 32ter relatif à l'interdiction de l'absinthe. A la réflexion, nous avons jugé que cette adjonction allongerait démesurément un article déjà suffisamment long. En outre, cette adjonction pourrait être de nature à induire l'électeur en erreur en lui faisant croire, à tort, que la question de l'interdiction de l'absinthe est remise en question par l'arrêté constitutionnel. C'est pourquoi nous avons pensé qu'il valait mieux laisser à l'article de l'absinthe son autonomie et sa numérotation spéciale. Il deviendra tout naturellement l'art. 32bis.

On remarquera que le mot « monopole » ne figure pas en tête de l'article, ni dans le premier alinéa du nouvel art. 32. La commission et le Conseil fédéral n'ont pas obéi à la pensée puérile d'un pauvre fou qui se couperait le nez pour se faire beau et omis le mot « monopole » parce que les monopoles sont impopulaires en Suisse et que nous espérons faire avaler la chose au peuple plus facilement si nous ne disons pas le mot. Il est bien évident que le droit de légiférer comporte le droit de monopoliser. L'intention du Conseil fédéral est d'étendre le monopole aux eaux-de-vie de fruits à cidre. C'est la grande masse, la grande concurrence au monopole et c'est le grand danger actuel au point de vue du bien-être public et de l'avenir de la race.

Le projet adopté à Bulle prévoit qu'on laissera pour les eaux-de-vie de marc de raisin, le libre choix

aux producteurs. Cette décision a été prise, parce que, dans la Suisse centrale et orientale, les agriculteurs ont l'habitude de mettre dans le même tonneau les marcs de raisin et ceux de fruits à cidre, tandis que dans la Suisse française, les viticulteurs considèrent l'eau-de-vie de marc de raisin comme une eau-de-vie de qualité supérieure, comme une de ces spécialités dont il est parlé à l'alinéa suivant.

Se fondant sur cette particularité, M. Chamorel mentionne dans son amendement l'eau-de-vie de marc de raisin parmi les espèces d'eau-de-vie à exclusion du monopole.

Le deuxième alinéa de l'art. 32 exclut en effet du monopole la fabrication de ce qu'on appelle en allemand « die Spezialitäten », mot qu'on traduit en français par « spécialités ». Je n'aime pas beaucoup ce mot de « spécialités » appliqué aux eaux-de-vie de qualité supérieure, au kirsch, à l'eau-de-vie de prune, à l'eau-de-vie de gentiane, à l'eau-de-vie de genièvre; il rappelle un peu trop les spécialités pharmaceutiques; mais enfin! Comme la production de ces eaux-de-vie supérieures n'est au total que de 5000 hl., si on veut conserver leur diversité et leur qualité, on ne pourrait les monopoliser qu'au prix de difficultés administratives et de frais hors de proportion avec le résultat qu'on obtiendrait. L'Etat ne pourrait surveiller la fabrication raffinée des liqueurs nombreuses et variées que l'on distille en Suisse qu'en instituant un appareil bureaucratique considérable. L'essentiel est que la grande masse des eaux-de-vie de fruits soit soumise au monopole. Quant aux autres eaux-de-vie, elles seront frappées par l'impôt. J'imagine que cet impôt devra être assez fort, sinon la production du kirsch et de l'eau-de-vie de prune par exemple acquerra promptement un développement considérable, peut-être même dangereux. M. Chamorel développera tout à l'heure son amendement tendant à énumérer dans l'article constitutionnel les différentes sortes d'eaux-de-vie qui seront exclues du monopole. Je suis pour ma part d'accord avec lui, mais je m'abstiens de développer ses motifs qu'il fera connaître lui-même.

M. Chamorel: La législation fédérale actuelle sur les alcools a laissé en dehors du domaine de la régie une certaine quantité de liqueurs obtenue par la distillation de produits qui sont indiqués d'une manière précise dans l'article constitutionnel.

C'est ce régime qui a permis qu'une partie de la fabrication des eaux de vie se trouve aujourd'hui entre les mains des petits distillateurs.

Il y a actuellement en Suisse un minimum de 25,000 petits appareils ou alambics qui fonctionnent dans les nombreuses fermes du pays.

La statistique des années 1914—1916 évalue à environ 27,000 hl. la quantité de liqueurs obtenues par ce mode de distillation.

L'eau de cerise figure dans ces chiffres pour 2600 hl; le marc de raisin 3300 hl; l'eau de-vie de prunes 255 hl; celle de pommes et poires 3500 hl et celle des déchets de ces derniers fruits 15,000 hl.

On a laissé aussi au paysan la liberté d'utiliser comme bon lui semble, ses propres produits et on lui reconnaît le droit de distiller ses marcs, ses lies de vin et ses déchets de fruits.

Seuls l'importation et divers alcools industriels ont été monopolisés par la Confédération.

C'est ce système, Messieurs, que le Conseil fédéral a condamné. Pour des raisons sociales et financières, il nous propose aujourd'hui d'étendre le monopole à tous les produits distillés.

Ces mesures permettront de régler et surtout de diminuer la consommation de l'alcool, ce qui sera facile en augmentant les prix de vente des liqueurs.

Une des conséquences de ce projet sera de supprimer la liberté laissée jusqu'à maintenant au paysan d'être maître chez lui en utilisant comme il entend les différentes branches de son exploitation rurale.

Que l'alcoolisme exerce encore chez nous de grands ravages au point de vue de la santé publique et de l'économie nationale, nous ne le doutons pas.

Nous sommes tous d'accord pour que de nouvelles mesures soient prises par nos autorités fédérales pour réprimer les abus et diminuer la consommation des eaux-de-vie dans notre pays.

Les paysans comme les autres classes de la population ne se refuseront pas à collaborer à une réforme sociale d'une si grande importance. Ils ne le feront cependant que si les moyens proposés ne portent pas atteinte à la liberté individuelle du citoyen et à des revenus sur lesquels ils peuvent compter aujourd'hui pour équilibrer leur budget. Malheureusement, j'ai l'impression que le projet du Conseil fédéral qui obligerait nos agriculteurs à livrer tous leurs produits de distillation à l'alambic fédéral ne tient pas suffisamment compte de ces objections et de la situation qui leur a été créée dans ce domaine depuis quelques années.

Nos autorités fédérales et cantonales ont cherché, déjà bien avant et surtout pendant la guerre mondiale à développer la production fruitière en Suisse. Elles ont accordé des subsides pour la création et la bonne tenue des vergers. Des crédits importants ont en outre été accordés pour la culture et la reconstitution de nos vignes. Nul doute, que par ces encouragements la production fruitière a énormément augmenté ces dernières années.

Par des variétés appropriées on est arrivé à faire produire des fruits jusqu'à des altitudes dépassant 1000 m. Les cantons eux-mêmes ont montré l'exemple en plantant des arbres à cidres le long de nos grandes routes.

Avec cette augmentation de production fruitière correspond une diminution des possibilités d'écoulement des fruits.

L'exportation de ceux-ci qui se faisait à l'étranger surtout en Allemagne est devenue impossible par suite de la baisse du change.

Dans le pays même, chaque propriétaire de terrain s'est appliqué à produire des fruits pour son usage domestique, la demande en est devenue ainsi moins forte.

La hausse du prix de transport est encore venue compliquer cette situation. On constate pour certains fruits qui demandent des emballages spéciaux qu'une expédition de Sion à Neuchâtel coûte aussi cher que la marchandise elle-même. Dans ces conditions il ne faut point s'étonner, si l'agriculteur s'est organisé en conséquence pour l'utilisation de ses produits et si les années où il y a de fortes récoltes, il est obligé d'en distiller une grande partie. J'admets que le projet qui nous est soumis, prévoit que la Confédération n'est autorisée à importer des matières à distiller que si la production indigène ne suffit pas.

Mais qui vous dit que les années où la production sera supérieure à la moyenne, la Régie ne sera pas débordée par les offres et qu'elle ne sera pas obligée de contourner et de se réserver l'achat de certaines matières qui seront seules déclarées matières à distiller.

On risque ainsi de laisser perdre de grandes quantités de marchandises et surtout de fruits dont on pourrait tirer profit par la distillerie à domicile.

Ces cas se présenteront encore plus fréquemment dans les régions montagneuses où les transports sont coûteux et difficiles.

Avec le monopole complet, nous aurons également un rouage administratif compliqué, qui sera difficile à faire fonctionner et qui contribuera à augmenter toujours plus le nombre des agents fédéraux.

Pour faire la loi, il faut compter avec ceux qui la votent.

Je crois que présentée sous une forme aussi exclusive ce projet risque d'aller au devant d'un échec lorsqu'il sera soumis à la votation populaire. Il est préférable de procéder par étapes, sans froisser les sentiments d'indépendance qui animent encore notre population de la campagne. — Nous arriverons ainsi plus sûrement au but pour lequel nous sommes tous d'accord.

Ce sont ces raisons qui m'ont engagé à faire l'amendement suivant aux propositions de la commission:

«Toutefois, la distillation des fruits à noyaux provenant du cru, des marcs de raisins et lies de vin ainsi que celles des racines de gentianes ne sont soumises à la législation fédérale qu'à l'égard de l'impôt.»

Ce sera ainsi la liberté pour nos paysans de distiller une partie de leurs produits, moyennant une concession qu'ils auraient l'obligation de demander. La rédaction que je propose remplacerait l'al. 2 de l'art. 32 qui est présenté par la commission et auquel je n'ai pu me rallier parce que je ne le trouve pas suffisamment précis. J'admets que cette question pourra être traitée lors de l'élaboration de la loi d'application, mais je sais par contre que souvent ces lois ont été beaucoup plus loin que la Constitution dans l'interprétation de celle-ci. Si aujourd'hui nous sommes d'accord sur les eaux-de-vie que nous considérons comme de spécialités. Demain, d'autres membres des autorités fédérales pourront en décider autrement. C'est pour ces raisons qu'avant de voter un article constitutionnel les producteurs veulent savoir à quoi s'en tenir et qu'ils vous demandent de désigner d'une manière précise dans la constitution quels sont les produits qu'ils auront le droit de distiller.

Gamma, Berichterstatter der Kommission: Es tut mir leid, aber ich muss gegenüber dem Antrage des Herrn Chamorel bei der Vorlage bleiben. Ich halte es nicht für ratsam, dass schon in der Bundesverfassung die Spezialitäten näher bezeichnet werden, und das ist auch nicht notwendig. Die Frage wird sich genügend und rechtzeitig abklären. Man weiss heute schon ziemlich genau, welche Spezialitäten als solche anerkannt werden und welche nicht. Ich muss aber den Antrag Chamorel bekämpfen, weil er sich an eine ganz bestimmte kleine Zahl von Spezialitäten hält, während wir wissen, dass es deren viel mehr gibt und immer wieder neue gibt. Wir dürfen uns in der Verfassung nicht auf diese einzelnen Spezialitäten festlegen und andere, die unbedingt unter diesen Begriff fallen, ausschliessen. Dann sagt Herr Chamorel in seinem Antrag, dass diese Spezialitäten «nur der Besteuerung» unterliegen sollen. Dieses Wörtchen «nur» ist mir im Weg, es könnte das zu Missverständnissen führen; man könnte daraus schliessen, dass diese Spezialitäten keiner Aufsicht und Kontrolle unterworfen sind. Ich möchte hierüber eine gewisse Klarheit geschützt wissen und vorderhand bei der Vorlage bleiben.

Tanner: Ich habe einen Antrag eingereicht, dahingehend: «Die fiskalische Belastung der Herstellung von Spezialitäten (das Brennen von Steinobst aus Eigengewächs, Weintrester, Weindrüsen, Enzianwurzeln, Wacholderbeeren und ähnlichen Stoffen) erfolgt in der Form einer ihrer Eigenart entsprechenden Fabrikationssteuer.» Diese Fassung deckt sich in allen Teilen mit dem Vorschlage der Kommission, wie er von den beiden Berichtstattern befürwortet ist. Er fügt in Klammern lediglich das bei, was Herr Chamorel will. Er nimmt also aus dem Antrage Chamorel das Wesentliche auf und vervollständigt diesen Antrag, indem Herr Chamorel die Wacholderbeeren, die meines Erachtens unbedingt genannt werden sollen, nicht nennt, und indem in Anlehnung an die alte Redaktion des Verfassungsartikels 31 noch beigefügt wird: «und ähnlichen Stoffen». Der bisherige Art. 32bis lautet im ersten Absatz: «... Das Brennen von Wein, Obst und deren Abfällen, von Enzianwurzeln, Wacholderbeeren und ähnlichen Stoffen...» Die Annahme meines Antrages bedeutet in tatsächlicher Beziehung keinerlei Aenderung gegenüber dem Vorschlage der Kommission, denn technisch ist die Ausführung gar nicht anders möglich, als dass all diese Schnäpse, welche durch das Brennen von Steinobst, Weintrester, Weindrüsen, Enzianwurzeln und Wacholderbeeren und ähnlichen Stoffen geschaffen werden, in anderer Weise behandelt werden, als wie das beim Obstschnaps der Fall ist. Sie können gar nicht anders behandelt werden, als dass sie eben einer Fabrikationssteuer unterworfen werden. Wenn der Bund diese Schnäpse in seinen Monopolhandel einbeziehen wollte, so würde das meines Erachtens einen so gewaltigen Bureau- und Kontrollapparat bedeuten, dass man mit Recht dem Verfassungsartikel Opposition machen müsste.

Ich möchte Ihnen meinen Antrag zur Annahme empfehlen, weil er auf die technischen Bedingungen Rücksicht nimmt. Ich möchte ihn aber auch aus dem Grunde zur Annahme empfehlen, weil er bei der Abstimmungskampagne die Arbeit der Freunde der Vorlage bedeutend erleichtert. Wenn wir auf die Fassung, wie sie in Art. 2 jetzt vorliegt, hinweisen und darlegen werden, dass damit für das Brennen von Steinobst, Weintrester, Weindrüsen, Enzianwurzeln, Wacholderbeeren und dergleichen besondere Bedingungen vorgesehen sind, so wird uns entgegengehalten werden, dass, wenn man hierfür besondere Verhältnisse hätte schaffen wollen, man es auch hätte sagen sollen. Aus technischen Gründen ist eine besondere Behandlung sowieso unbedingt notwendig.

Steiner (Kaltbrunn): Gegen den Antrag des Herrn Chamorel muss ich Stellung nehmen, weil er nichts anderes will, als den Hauptzweck des Gesetzes zu einem Teil verunmöglichen. Der Hauptzweck dieser

Verfassungsänderung besteht darin, dass wir nun einmal alle gebrannten Wasser unter die Gesetzgebung stellen wollen. Das ist der grosse soziale Fortschritt. Nun lautet aber der Antrag Chamorel nicht auf eine besondere Behandlung in fiskalischer Beziehung, sondern er geht dahin, dass er das Brennen bestimmter Produkte nur hinsichtlich der Besteuerung der Bundesgesetzgebung unterwerfen will. Ich fasse die Verfassungsänderung ganz anders auf. Auch die gebrannten Wasser aus den Spezialitäten unterliegen der Bundesgesetzgebung, aber sie unterliegen der fiskalischen Belastung nicht in Form eines Monopols. In den Obstrestern z. B., wo es sich um grosse Quantitäten handelt, kann man den Schnaps leicht erfassen und auch unter die Gesetzgebung stellen. Man will also nur eine andere Form, aber man will sie in der Gesetzgebung unter der Kontrolle behalten. Man müsste der Gesetzgebungsvorlage eine ganz schlechte Prognose in der Abstimmung stellen, wenn man hier die weinbautreibenden Gegenden ausserhalb der Gesetzgebung lassen wollte, den Weintrester der weinbautreibenden Gegenden ausserhalb der Gesetzgebung lassen wollte und das ganze grosse Gebiet der Ostschweiz und der übrigen obstbautreibenden Gegenden in die Gesetzgebung einengen, und zwar in Form eines Monopols hineinnehmen wollte. Ich glaube, das würde dem Gesetze zum vornherein das Genick brechen. Das ist meine feste Ueberzeugung. Ich möchte daher aus diesen Gründen dem Antrage Tanner zustimmen, weil er mir etwas verdaulicher erscheint als die Form der Spezialitäten. Aber unter allen Umständen möchte ich Stellung nehmen gegen den Antrag Chamorel.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Je suis d'accord au fond avec l'interprétation donnée par M. Chamorel à l'article constitutionnel que nous discutons, s'il entend dire que dans la législation, les spécialités, c'est-à-dire les fruits à noyau, gentiane et marc de vin, ainsi que les lies, ne seront soumis à la législation qu'en ce qui concerne l'impôt. Entendons-nous bien sur ce que signifie ce texte, qui à mon avis doit être renvoyé à la législation. Il ne doit pas avoir comme signification que toute disposition est soumise au contrôle de la Confédération, parce que le principe était le contrôle général de la population sur toute la distillation sans exception, et l'idée première, quand même le texte de la constitution ne contient pas le mot monopole, c'était d'étendre le monopole actuel, tel qu'il est exercé aujourd'hui, à toutes les distillations sans exception. Actuellement, en Suisse, nous avons encore 30,000 distilleries, nous voulons réduire ce nombre. On dit que c'est très difficile. A titre d'exemple je dirai que la Norvège en avait 130,000 et qu'elle a réduit ce nombre à 8.

Je crois que nous n'aurons pas le courage d'aller jusque là. D'ailleurs ce n'est pas nécessaire. Mais enfin une certaine réduction est tout de même indispensable.

Maintenant, on nous a fait observer que si nous entendions étendre le monopole de la distillerie à ce que vous appelez les spécialités, nous rencontrerions une opposition irréductible — chez les gens de la montagne, parce qu'ils veulent pouvoir distiller la gentiane à domicile; chez les paysans parce qu'ils entendent continuer à distiller les fruits à noyaux: la cerise, la prune, le pruneau; M. Tanner voulait encore ajouter le genièvre, et autres éléments analogues.

J'ai eu beaucoup de peine à me résigner à ce système. Mais nous voulons atteindre le but. Or, la statistique nous indique que sur 80,000 hl qu'on fabrique actuellement en Suisse, les spécialités — si l'on en exclut le marc —, représentent 5000 hl et que les marcs probablement ne représentent que 2000 à 2500 hl. Encore faut-il dire que dans la Suisse orientale, les agriculteurs ont l'habitude de distiller ensemble les déchets de fruits et les marcs de raisins. Par conséquent, pour eux, la règle générale sera la distillation dans les distilleries concessionnées. Ce n'est que dans la Suisse occidentale qu'on a l'habitude de distiller les marcs de raisins isolément. Nous sommes donc d'accord en principe de faire une exception pour ces spécialités, puisqu'on nous dit qu'on ne peut accepter l'article constitutionnel qu'à cette condition. Je regrette beaucoup de devoir accepter cela, parce qu'on nous dit — avec M. Laur — que l'on rendrait un service énorme à l'agriculteur en arrachant l'alambic de la ferme. Avec la porte ouverte que nous laissons, l'alambic restera à la ferme pour la distillation des fruits à noyaux et de la gentiane. Je me suis consolé en disant qu'à l'avenir, contrairement au système actuel, toutes ces distilleries seraient soumises au contrôle. Celui qui veut distiller ne pourra plus se contenter de mettre son alambic en marche. Il devra demander une autorisation. En second lieu il y aura l'impôt sur le produit de sa distillation. Par ce moyen, nous arriverons déjà à un certain résultat. J'ai pensé que les distilleries qui utilisent les denrées monopolisées, donc les pommes de terre et les grains, distilleraient à l'avenir pour le compte de la Confédération les autres denrées monopolisées, et qu'elles pourraient faire cette opération avec des alambics ambulants qui circuleraient dans tous les villages, et que par conséquent l'on pourrait distiller ses fruits ou sa gentiane sans avoir un alambic chez soi. Je pensais que la Confédération offrirait le rachat de tous les alambics existants à ceux qui consentiraient à s'en séparer contre un prix largement rémunérateur.

Par des moyens pratiques nous voulons tâcher de réduire la distillation, mais je déclare accepter l'exception pour les spécialités; la question est toutefois de savoir si nous voulons énumérer dans l'acte constitutionnel ce que nous entendons par spécialité. Voulons-nous déjà dans l'acte constitutionnel en donner la définition? Je prétends que ce n'est pas nécessaire. Je vous prie de soupeser ce texte constitutionnel. Il est inutile de le charger encore et je crois que la formule proposée par votre commission est suffisante pour donner à l'agriculteur — qu'a représenté avec beaucoup d'habileté M. Chamorel — les garanties que nous lui devons. La Constitution prévoit que les spécialités ne seront pas soumises au monopole. Je crois qu'il est beaucoup plus prudent — au lieu d'accepter la solution de M. Chamorel ou de M. Tanner — d'en rester là. Vous voyez qu'entre M. Tanner et M. Chamorel, il n'y a pas accord. M. Chamorel veut introduire le genièvre et les autres denrées analogues. Vous voyez que cela va très loin.

J'en reste à la solution du Conseil fédéral et vous prie d'accepter la formule préconisée par votre commission, c'est-à-dire que les spécialités ne seront ni énumérées ni définies dans la Constitution. Nous renvoyons cela à la loi.

Obrecht: Ich habe am 8. Dezember 1920 im Namen einer Kommissionsminderheit den Antrag gestellt, folgenden Satz aufzunehmen: «Das Brennen selbstgepflanzter Kirschen und Zwetschgen, sowie von Enzian und Wacholderbeeren unterliegt der Bundesgesetzgebung nur zum Zwecke der fiskalischen Belastung.» Es war der Vorläufer dessen, was heute von Herrn Chamorel beantragt wird, sowie von Herrn Tanner. Nur ging mein Antrag nicht so weit wie derjenige des Herrn Chamorel, indem er die Weinhefe und die Traubentrester nicht einbezogen hat. Ich bin durch die Beratungen in der Kommission zur Ansicht bekehrt worden, dass man besser tut, sich allgemein auszusprechen. Es ist ja sehr nett, wenn wir das Grundgesetz unseres Landes mit Wacholderbeeren schmücken, wenn das Wort Enzian in der Verfassung unseres Landes vorkommt. Mir aber gefällt die Bundesverfassung besser, wenn wir diese Spezialitäten nicht darin aufnehmen, sondern uns allgemeiner Grundsätze bedienen. Und wenn wir nun im Verfassungsartikel sagen, dass die sogenannten Spezialitäten so behandelt werden sollen, dass wir sie nicht monopolisieren, dass wir für sie keinen Ablieferungszwang einführen, dass wir sie bloss besteuern wollen, so darf man sich mit dieser Redaktion abfinden. Mich befriedigt sie, ich habe mich beruhigt erklären können und bin der Meinung, wir sollten den Antrag der Kommission annehmen.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich anerkenne sehr gerne, dass der Antrag Tanner in formeller Beziehung viel besser ist als der Antrag Chamorel. Er vermeidet das Wörtchen «nur», das ich beanstandet habe, und genügt auch in der nähern Bezeichnung der Spezialitäten. Allein auch von ihm wird eine heikle Frage aufgerollt, nämlich die Frage, ob die Weintrester und die Obsttrester einer verschiedenen Behandlung zu unterwerfen seien. Ich möchte es durchaus nicht ablehnen, dass die Weintrester als Spezialitäten behandelt werden, aber ich meine, es sollte diese Frage dem Alkoholgesetz vorbehalten und nicht heute gelöst werden. Es wäre ja möglich, dass im Gebiet der Obsttrester jede Sonderstellung der Weintrester als eine Zurücksetzung, als eine ungleiche Behandlung empfunden würde. Ich möchte Ihnen daher raten, bei der Vorlage zu bleiben.

Abs. 1.

Angenommen. — (*Adopté.*)

Abstimmung. — *Votation.*

Abs. 2.

Eventuell:

Für den Antrag der Kommission	60 Stimmen
Für den Antrag Tanner	40 Stimmen

Definitiv:

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit
-------------------------------	----------

Abs. 3, 4 und 5.

Anträge der Kommission

Abgesehen von Spezialitäten, die in einer dem Bedürfnis entsprechenden Beschaffenheit nur im Ausland hergestellt werden können, ist die Einfuhr bloss soweit zuzulassen, als die inländische Fabrikation zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht.

Die fiskalische Belastung ist so zu gestalten, dass sie die Verwertung einheimischer Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen sichert, zugleich aber in möglichst weitgehendem Masse verbrauchsvermindernd wirkt.

Gebrannte Wasser, die durchgeführt, in verarbeiteter Form ausgeführt oder in einer den Trinkverbrauch ausschliessenden Zubereitung zu gewerblichen oder Haushaltzwecken verwendet werden, dürfen durch die auf dem vorliegenden Artikel beruhende Gesetzgebung keinerlei Belastung unterworfen werden.

Propositions de la commission

Sauf pour les spécialités qui ne peuvent être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondante, l'importation n'est autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins.

L'imposition fiscale doit être établie de manière à assurer l'utilisation des matières distillables indigènes à des prix rationnels, tout en ayant pour effet de diminuer la consommation dans la plus forte mesure possible.

Les alcools obtenus par distillation qui passent en transit ou sont exportés sous forme de produits transformés ou qui, après avoir subi une préparation les rendant impropres à servir de boisson, sont employés à des usages industriels ou domestiques, ne doivent être grevés d'aucune charge par les prescriptions décrétées en vertu du présent article.

Antrag der Kommissionsminderheit

(HH. Obrecht, Antognini, Chamorel, Grobet, Moser, Tschumi)

vom 8. Dezember 1920.

Im Art. 32 nach Vorschlag der Kommission ist zwischen Abs. 2 und 3 folgende Bestimmung als Abs. 3 (neu) einzuschalten.

«Das Brennen selbstgepflanzter Kirschen und Zwetschgen, sowie von Enzian und Wacholderbeeren unterliegt der Bundesgesetzgebung nur zum Zwecke der fiskalischen Belastung.»

Proposition de la minorité de la commission

(MM. Obrecht, Antognini, Chamorel, Grobet, Moser, Tschumi)

du 8 décembre 1920.

Insérer à l'art. 32 (texte de la commission) un al. 2 bis ainsi conçu:

«La distillation de cerises et de prunes par le producteur ainsi que celle de la gentiane et des baies de genièvre ne sont soumises à la législation fédérale qu'à l'égard des charges fiscales.»

Antrag Naine
vom 7. Dezember 1921.

Art. 32, Abs. 3.

« . . . nicht ausreicht oder die Preise dieser inländischen Fabrikation die Weltmarktpreise beträchtlich übersteigen. »

Amendement Naine
du 7 décembre 1921.

Art. 32, al. 3.

« . . . besoins ou si les prix de cette production sont notablement supérieurs aux prix du marché mondial. »

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommissionmehrheit: Nun hat Herr Naine einen Abänderungsantrag eingegeben, der die Inlandsproduktion in gewissen Preisschranken halten will. Er hat die Befürchtung, dass ohne seinen Zusatz der Staat die Inlandsfabrikation zu teuer bezahlen müsste, und ich möchte seine Bedenken nicht kurzweg ablehnen. Es ist ja richtig, dass der Staat durch den dritten Absatz etwas stark gebunden wird und man sollte dem Staate eine gewisse Bewegungsfreiheit lassen. Allein, ich mache darauf aufmerksam, dass es sich jetzt nur darum handelt, den Grundsatz in die Verfassung hineinzulegen und dass es meines Erachtens dem Alkoholgesetz dann frei steht, diesen Grundsatz zu interpretieren. Eine Notwendigkeit, der Bauernsame entgegenzukommen, liegt durchaus vor und ich glaube nicht, dass Sie mit der Annahme der Vorlage etwas Ungesundes beschliessen.

Ich habe über den vierten Absatz einiges beizufügen. Der vierte Absatz enthält zwei ganz wichtige Bestimmungen. Er sagt, dass die Verwertung der einheimischen Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen gesichert werden soll, und er sagt im weitern, dass die Besteuerung oder fiskalische Belastung in möglichst weitgehendem Masse verbrauchvermindernd wirken müsse. Der erste Satz, dass die Rohstoffe eine lohnende Verwertung erfahren, bedeutet ein grosses Entgegenkommen an die Produzenten. Herr Naine, wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat gestern von einer Monopolstellung der Bauernsame gesprochen. Diese Monopolstellung ist nun nicht vorhanden, weil eine Gegenleistung besteht. Wir müssen im Augenblick, wo die Bauernsame verpflichtet wird, ihre Produkte zur Verfügung des Staates zu halten, sozusagen ihr selbstverständlich die Sicherheit geben, diese Produkte beim Staat anzubringen. Ich glaube, es muss hier eine Beruhigung gegenüber den Produzenten geschaffen werden. Die Bestimmung, dass die Belastung verbrauchvermindernd wirke, ist eine starke Konzession an die Mässigkeitsvereine. Wir bieten ihnen diese Konzession auf die Gefahr hin, bei den Schnapskonsumenten sehr stark damit anzustossen. Ich empfehle die unveränderte Annahme dieser drei Absätze.

M. de Dardel, rapporteur français de la majorité de la commission: Comme vous l'a rappelé M. le président de la commission, l'al. 3 est ainsi conçu: « Sauf pour les spécialités qui ne peuvent être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondante

l'importation n'est autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins. »

Cet alinéa commence par statuer une exception nécessaire en faveur des eaux-de-vie qui ne peuvent pas être fabriquées en Suisse dans la même qualité qu'à l'étranger. C'est une disposition en faveur de l'industrie hôtelière. On peut supposer en effet, tout amour-propre mis à part, que les touristes étrangers préféreront toujours à nos fines champagnes, bénédictines, et chartreuses nationales, les liqueurs du même nom qui ont acquis dans leur pays d'origine une célébrité légitime.

Pour le reste, les dispositions de cet alinéa visent à tranquilliser les agriculteurs. L'importation de l'alcool ne sera autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins. Ici je dois dire que je ne suis pas tout-à-fait d'accord avec l'honorable président de la commission. Actuellement la loi prévoit que le quart des besoins doit être couvert par la production indigène; à l'avenir, la production indigène couvrira tous les besoins. Je consentirais peut-être à cette disposition en tant qu'adversaire de l'alcoolisme, parce que j'estime que l'alcool doit être vendu le plus cher possible, mais je dois dire qu'elle me paraît extrêmement dangereuse au point de vue de la couverture de nos besoins en alcool industriel. Les circonstances peuvent devenir telles que la Confédération se trouvera dans l'impossibilité de livrer l'alcool industriel à bon marché comme elle s'y est engagée, si elle est obligée de le vendre à perte. Ensuite cette disposition crée en fait, quoiqu'ait dit le président de la commission, un privilège en faveur des agriculteurs; elle leur octroie un monopole. L'agriculture suisse deviendra à peu près notre seul fournisseur d'alcool et la Confédération sera tenue d'acheter à nos agriculteurs toutes leurs récoltes de pommes et de poires à distiller. La Confédération se lie les mains, d'une manière absolue. Si la fabrication de l'eau-de-vie s'accroît dans les proportions que nous indiquait hier M. Tanner, notre pays risque d'être entièrement, sous le rapport de l'alcool, à la merci de l'agriculture qui pourra lui vendre les matières distillables au prix qu'elle voudra, parce que la Confédération sera liée par un article constitutionnel l'obligeant à acheter à l'agriculteur tous ses produits d'arbres à cidre.

Je suis d'avis qu'il faut favoriser l'agriculture. En compensation du désagrément qui lui sera causé par l'extension du monopole lui enlevant au paysan la liberté de distiller lui-même ses fruits à cidre, on lui doit certains avantages dans l'application du monopole étendu. Il ne faut pourtant pas aller trop loin; il ne faut pas que l'agriculture suisse, en vertu de ce monopole institué à son profit, devienne complètement maîtresse de la situation. Dans ces conditions, je crois qu'en tous cas le texte constitutionnel devrait être amendé, car je ne comprends pas bien le raisonnement qui consiste à dire que la loi atténuera l'obligation inscrite à la Constitution. Cela ne me semble pas possible. L'article constitutionnel doit être appliqué dans son intégralité; il ne faut pas dire: Nous nous réservons de le modifier par la loi; ce serait un trompe-l'œil. Pour cette raison, je me rallie à la proposition de biffer tout simplement l'al. 3.

J'estime que l'al. 4 donne suffisamment satisfaction aux agriculteurs. Il établit le principe que les produits agricoles devront être achetés à des prix rationnels, c'est-à-dire des prix convenables, équitables

pour le producteur. C'est là, me semble-t-il, une garantie suffisante. Il est évident que le Conseil fédéral cherchera à s'entendre avec l'agriculture et à se procurer auprès d'elle le plus possible d'alcool.

L'al. 4, outre le principe que les matières distillables indigènes devront être achetées à des prix rationnels, pose en même temps un autre principe suivant lequel l'utilisation des matières distillables doit avoir pour effet de diminuer la consommation dans la plus forte mesure possible. Ceci établit la tendance anti-alcoolique du projet, mais il est bien entendu que la Confédération n'achètera pas elle-même les matières distillables. Elle achètera l'alcool aux distilleries concessionnées. Celles-ci resteront des entreprises privées qui achèteront les matières distillables aux cultivateurs. Les prix de l'alcool seront fixés par le Conseil fédéral et c'est sur la base des prix payés aux distilleries concessionnées que ces dernières pourront rémunérer les agriculteurs qui leurs apporteront leurs produits.

Tanner: Gestatten Sie mir, dass ich mich zum Antrage Naine ausspreche, gestützt auf die Verhältnisse, wie sie sich tatsächlich darbieten. Zunächst ist zu beachten, dass Art. 32 bis, Abs. 3, eine Bestimmung trifft hinsichtlich der Quantität. Der Absatz sagt ausdrücklich, dass, wenn hinsichtlich der Quantität das Inland nicht genügend zu liefern vermag, Einfuhr stattfinden solle. Eine Preisbestimmung gehört nicht in diesen Absatz.

Die Frage des Preises, die Herr Naine regeln möchte, ist im Abs. 5 geordnet. Abs. 5 sagt: « Gebranntes Wasser, die durchgeführt, in verarbeiteter Form ausgeführt, vom Bund oder in einer den Trinkverbrauch ausschliessenden Zubereitung zu gewerblichen oder Haushaltzwecken verwendet werden, dürfen durch die auf dem vorliegenden Artikel beruhende Gesetzgebung keinerlei Belastung unterworfen werden. » Mit dieser Bestimmung ist klar und deutlich und ausdrücklich genug gesagt, dass der Spirit, der zu gewerblichen oder Haushaltzwecken verwendet werden soll, keinerlei Belastung durch die vorgesehene Gesetzgebung unterstellt werden darf. Wie die Ausführung gedacht ist, möchte ich Ihnen an Hand der Bestimmungen, wie sie bis heute bestehen und wie sie inskünftig vorgesehen sind, kurz darlegen. Art. 13 des Bundesgesetzes über gebranntes Wasser vom 29. Juni 1900 sagt: « Zu gewerblichen Zwecken, mit Ausschluss der flüssigen Parfumerien und der flüssigen kosmetischen Mittel, zur Essigbereitung, zu Reinigungs-, Heizungs-, Koch- oder Beleuchtungszwecken werden die hierfür geeigneten, in der Regel den wohlfeilsten Sorten zu entnehmenden gebrannten Wasser vom Bunde gegen Barzahlung, in Mengen von 150 Litern an, zum Selbstkostenpreis denaturiert, d. h. zum Genusse untauglich gemacht, abgegeben. » Heute wird gesagt, dass dadurch, dass nur das Manko importiert werde, die Gestehungskosten des Bundes über dem Weltmarktpreise stehen werden. Aber nach dieser Richtung bedingt Abs. 5 des Art. 32 bis, dass in den Ausführungsvorschriften konsequenterweise auf den Weltmarktpreis abgestellt werden muss. Der neue Gesetzesartikel, der entsprechend dem bisherigen Art. 13 redigiert werden soll, zeigt noch folgende Beisätze: « Die übrigen Verkaufsbedingungen setzt der Bundesrat fest. Der Bundesrat ist ermächtigt, Kantone, welche den Kleinverkauf von Brenn-

sprit in ihrem Gebiete zu den vom Bundesrat festgesetzten Verkaufspreisen übernehmen, dadurch zu unterstützen, dass er auf den von der Alkoholverwaltung für Rechnung solcher Kantone an die Kleinverkaufsstellen gelieferten Mengen angemessene Rabatte zugesteht. » Und nun die Hauptsache: « Muss die Alkoholverwaltung zu technischen und Haushaltzwecken Ware verwenden, deren Beschaffung sie mehr als die Preise nach dem zweitletzten Alinea des Art. 4 kostet, so hat sie den Mehraufwand zugunsten der Abnehmer von Denaturierungsware aus ihrem Gewinn zu decken. » Was sieht nun dieser Art. 4 in seinem zweitletzten Alinea vor? Dieser Artikel sieht vor: « Für Alkohol aus den unter Art. 2, lit. c, hiervorfallenden Rohstoffen werden für den Hektoliter absoluten Alkohol Preise bewilligt, die für jedes Jahr den mittleren Einstandskosten der von der Alkoholverwaltung eingeführten Alkohole, loco Lagerhaus, entsprechen. Für die Feststellung der mittleren Einstandskosten werden nur die zu den niedrigsten Preisen eingeführten 10,000 Hektoliter ohne Rücksicht auf die Qualität zugrunde gelegt, mit einem im Budget der Alkoholverwaltung festzusetzenden Zolzzuschlag, der jedoch nicht mehr als den Betrag, der in dem Gesetze festgesetzt ist, betragen soll. » Damit ist klar und deutlich gesagt, dass aller dieser Spirit, der zu gewerblichen und Haushaltzwecken abgegeben wird, tatsächlich zu den Einstandskosten der billigsten 10,000 Hektoliter, welche die Alkoholverwaltung importiert hat, zur Abgabe gelangen soll. Ich halte dafür, dass man weiter gar nicht gehen kann. Denn dadurch ist die Gewähr geboten, dass der Konsument von Gewerbesprit und Haushaltssprit nicht nur zu den laufenden Weltmarktengrospreisen bedient wird, sondern dass er zu den billigsten Preisen, welche die Alkoholverwaltung für den Ankauf angelegt hat, bedient ist. Dadurch, dass noch festgesetzt ist, dass diese Preise jeweilen für eine längere Zeit Geltung haben sollen, ist eine erneute Chance dafür geboten, dass der Konsument von Gewerbesprit und Haushaltssprit billig bedient wird. Aus allen diesen Gründen ist der Antrag des Herrn Naine abzulehnen, er gehört nicht zum Abs. 3. Der Abs. 5 ordnet diese Preisfrage erschöpfend, und zwar in einer Art und Weise, dass der Konsument von Gewerbesprit und von Haushaltssprit alle Gewähr hat, dass er zu den billigsten Preisen des Weltmarktes bedient wird.

Jenny (Bern): Die Ausführungen des französischen Berichterstatters der Kommission, de Dardel, und andererseits diejenigen des Herrn Naine veranlassen mich zu einigen Bemerkungen. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Beweisführungen der beiden Herren auf irrigen Voraussetzungen beruhen. Herr Naine beantragt, es sei zu Al. 3 ein Zusatz aufzunehmen, dahingehend, dass die Preise dieser Produktion, der inländischen Produktion, die Weltmarktpreise nicht wesentlich übersteigen dürfen. Es würde das Al. 3, nach dem Antrag des Herrn Naine, folgendermassen lauten: « Abgesehen von Spezialitäten, die in einer den Bedürfnissen entsprechenden Beschaffenheit nur im Ausland hergestellt werden können, ist die Einfuhr so weit zuzulassen, als die inländische Produktion zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht — und nun noch der Zusatz — und soweit die Preise dieser Produktion die Weltmarktkosten nicht wesentlich übersteigen. » Herr Naine hat die Befürchtung

ausgesprochen, und auch Herr de Dardel hat das soeben in seinem Kommissionsbericht getan, es könnten nun die Bauern sich zusammenschliessen, sie könnten sich syndizieren, sie könnten dem Bunde die Preise diktieren. Diese Auffassung ist durchaus unzutreffend, und diese Befürchtungen sind unbegründet. Denn es ist darauf hinzuweisen, dass im nachfolgenden Alinea die Preisfestsetzung bereits einigermaßen geordnet sind. Es heisst dort, dass die fiskalische Belastung so zu gestalten sei, dass die Verwertung einheimischer Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen gesichert sei. Also ist einmal im Al. 3, das von Herrn de Dardel soeben beanstandet worden ist, festgestellt, dass die Brennereirohstoffe, soweit sie verfügbar sind im Lande, zuerst zur Fabrikation von Branntwein herangezogen werden sollen, und erst nachher soll dann die Einfuhr erfolgen. Das ist ein Grundsatz, der in Al. 3 niedergelegt ist. Im weitem ist in Al. 4 gesagt, wie der Preis sich gestalten soll, dass die inländischen Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen vom Bund übernommen werden, bzw. in die Verarbeitung hineinbezogen werden müssen. Im übrigen kann darauf hingewiesen werden, dass, wenn man sich die Ausgestaltung des Alkoholgesetzes vergegenwärtigt, die Befürchtungen des Herrn Naine in dieser Beziehung durchaus unbegründet sind, da ja der Bund ganz gleich wie beim bisherigen Alkoholmonopol den Kartoffelschnaps und auch den Tresterschnaps aus Obst und Traubentrester übernehmen wird. Er wird die Verkaufspreise festsetzen. Und was die Uebernahmspreise anbelangt, so ist in Al. 4 gesagt, dass die Uebernahmspreise so gestaltet sein sollen, dass eine angemessene Verwertung der Rohstoffe der Landwirtschaft möglich ist. Die Sache ist also in aller Klarheit festgestellt. Ich muss daher beantragen, dass hier nichts geändert werde, und dass sowohl der Antrag des Herrn de Dardel, der Al. 3 streichen will, wie der Antrag des Herrn Naine, der den Zusatz machen will zu Al. 3, abgewiesen werden.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Je m'excuse d'intervenir encore. C'est pour vous prier de bien vouloir examiner la signification de la proposition de M. Naine dans le cadre de la nouvelle législation. Actuellement, on peut distiller librement tout ce qui n'est pas monopolisé par la Confédération. A l'avenir, la distillation des spécialités sera seule libre. La Confédération aura l'obligation de prendre livraison de l'alcool fabriqué par les distilleries concessionnées à un prix équitable. Par conséquent, nous sommes limités quant à la quantité d'alcool dont nous aurons à prendre livraison. Le prix seul reste en discussion. La constitution indique que cette rémunération sera équitable. Donc, dans le cadre de la législation nouvelle, la restriction de M. Naine ne signifierait rien, il ne s'agirait plus de savoir si à l'intérieur on peut acheter de l'alcool à meilleur marché qu'à l'étranger, il faudrait savoir si, après avoir pris livraison de tout l'alcool qu'à teneur de la constitution la Confédération doit prendre des paysans, il faut en faire venir encore de l'étranger; ainsi donc, en principe, achat obligatoire qui est en réalité la contre-valeur de l'obligation imposée par la Confédération. Dans ces conditions, et pour qu'il n'y ait pas de confusion, je vous prie, ici encore, de suivre votre commission et d'écarter la proposition de M. Naine.

Weber (Grasswil): Herr Präsident, geehrte Herren! Ich bitte Sie, die Anträge de Dardel und Naine abzulehnen. Damals, als der Art. 32 bis der Bundesverfassung dem Volke zur Annahme empfohlen wurde, es war im Jahr 1885, hat man besonders den Kartoffelbauern gesagt, es diene das neue Gesetz zur Förderung des Kartoffelbaues. Es war das ein Moment, um die Kartoffelbauern dazu zu bringen, zum Gesetz zu stimmen. Es würde dann tatsächlich in dieses neue Gesetz eine Bestimmung aufgenommen, wo gesagt wurde, der Kartoffelbau solle gefördert werden. Was ist nun bis heute geschehen? Leider nichts, aber auch gar nichts in dieser Richtung. Die Alkoholverwaltung ihrerseits hat niemals einen Kurs, einen Vortrag oder einen Versuch subventioniert, oder selbst geleitet. Es wäre doch in dieser Beziehung sehr viel zu machen gewesen. Ich meine, Versuche in bezug auf die Qualität der Kartoffeln wären sehr am Platze gewesen, und es wäre das auch für die Konsumenten von grossem Interesse gewesen. Statt dessen hat die Alkoholverwaltung von sich aus die Brennlosinhaber von Jahr zu Jahr stärker gedrückt, ihnen ungenügende Preise gegeben, und diese ihrerseits waren selbstverständlich gezwungen, den Kartoffelbauern ungenügende Preise zu zahlen für die überschüssigen Kartoffeln. Beweis dafür ist das stetige Zurückgehen der Anbaufläche für Kartoffeln. So ist noch anfangs der 90er Jahre bis zum Jahre 1900 eine Fläche von 81,000 Hektaren Kartoffeln angebaut worden. Diese Fläche ging dann bis 1905 zurück auf 55,000 Hektaren, und in der Periode von 1911 bis 1914 sank die Anbaufläche sogar auf 46,000 Hektaren. Sie sehen also diesen gewaltigen Rückgang des Kartoffelanbaues. Einzig durch die Kriegsmassnahmen ist dann die Anbaufläche wieder auf 59,000 Hektaren gestiegen, bereits seit zwei Jahren aber neuerdings gesunken auf 49,000 Hektaren. Ebenso sehen wir das ganze Verhalten in der Einfuhrziffer. Während in der Periode von 1892 bis 1900 bloss 370,000 q eingeführt wurden, wurden im Jahre 1914 bereits 1,300,000 q Kartoffeln eingeführt. Sie sehen diesen gewaltigen Andrang vom Ausland her und das Zurückgehen der Anbaufläche im Inland. Gleich verhält es sich mit den Preisen in der Periode von 1892 bis 1900. Da waren die Preise für Brennereikartoffeln 4.60 Fr., diejenigen für Speisekartoffeln 5.80 Fr., somit eine Differenz von 1.20 Fr. Schon im Jahre 1905 stieg diese Differenz bereits auf 1.80 Fr., indem für Brennereikartoffeln 5.30 Fr. bezahlt wurde, für Speisekartoffeln aber 7.10 Fr. Im Jahre 1910 stieg diese Differenz sogar auf 5 Fr. per Doppelzentner. Mit diesen Zahlen ist dargelegt, dass die Behauptung des Herrn Naine, die er gestern aufstellte, als hätten die Kartoffelpflanzer ungebührlich viel für ihre Kartoffeln bekommen, unrichtig sind. Er behauptete gestern, die Landwirte bekämen das Zehn- und Zwanzigfache zu viel. Ich meine, wir sollten in bezug auf diese Anbaufläche nicht wieder alles auf eine Karte setzen. Mit dem Kartoffelbau hängt der Getreidebau innig zusammen, und wenn die Alkoholverwaltung von sich aus den Kartoffelbau einschränkt, so schränkt sie zugleich auch den Getreidebau ein, eine Erscheinung, die sicher bedauerlich wäre. Der Krieg hat uns in dieser Beziehung die Augen geöffnet. Ich meine, man sollte sich das auch heute noch zunutze ziehen. Es wäre sicher auch im Interesse der Konsumenten, wenn die Anbaufläche nicht mehr vermindert würde. Denn, wenn es ein Fehljahr gibt und der Anbau stark zurück-

gegangen ist; so hat dann nicht der Bauer allein den Schaden, sondern auch der städtische Konsument, indem er dann genötigt ist, in solchen Jahren teure Kartoffeln aus dem Auslande zu beziehen. Ich meine, die inländischen Brennereien sollten ein Reservoir bilden zur Aufnahme der Kartoffelüberschüsse in guten Jahren. Gibt es dann ein Fehljahr, so schliesst man das Reservoir oder gibt einen andern Rohstoff zur Verarbeitung. Das wollte man leider bis heute, trotzdem es öfters kritisiert und von unserer Seite verlangt wurde, nicht begreifen. Man stellte immer und immer wieder die fiskalischen Interessen in den Vordergrund. Man spricht ja gerne vom Schutz des einheimischen Gewerbes und der Industrie, und ich meine, dieser schöne Grundsatz sollte sicher auch auf den Bauern angewendet werden, und man sollte sich darum etwas bekümmern. Ich möchte Sie deshalb bitten, den Antrag des Herrn de Dardel, wie des Herrn Naine, abzulehnen.

M. Naine: Ma proposition est combattue par deux objections, une de M. Musy qui se fonde sur l'al. 4, déclarant que l'imposition fiscale doit être établie de manière à assurer l'utilisation des matières distillables indigènes à des prix rationnel, tout en ayant pour effet de diminuer la consommation dans la plus forte mesure possible...

Evidemment il est parlé de prix rationnel, mais il vise le taux de vente que la Confédération doit avoir pour les alcools. Cela veut dire: vous Confédération, au point de vue fiscal vous devez vendre assez cher pour payer rationnellement les fabricants et d'autre part pour empêcher par vos prix élevés que la consommation d'alcool augmente. Voilà ce qu'on a dit, on s'est placé au point de vue fiscal: l'imposition doit être faite de manière à utiliser les matières distillables à des prix rationnels.

Mais cela ne veut pas dire du tout que ceux qui vendent ces matières premières utilisables s'en tiendront à des prix rationnels. Nullement. Ceci veut dire que la Confédération doit vendre assez cher son alcool pour qu'on en consomme moins et qu'elle puisse payer les distilleries. Tandis que le paragraphe 3 l'oblige d'une façon absolue à n'acheter que la production suisse sans indiquer de prix à ce sujet. Ces prix rationnels ne sont pas indiqués pour les achats, de telle sorte que MM. les agriculteurs ou les producteurs peuvent faire des prix qui ne seront pas rationnels. La Confédération leur dira: Vos prix ne sont pas rationnels, ils répondront: Nous regrettons beaucoup, ces prix sont les nôtres, nous les faisons et vous n'avez pas le droit, vous, Confédération, d'aller acheter ailleurs parce que l'article constitutionnel est formel. Aussi longtemps que nous avons assez de matières premières à vous fournir, vous n'avez pas le droit d'acheter ailleurs, ce monopole en notre faveur n'est pas subordonné à une question de prix, il est uniquement subordonné à une question de quantité. Le paragraphe 3 dit: Aussi longtemps que la production suisse vous donnera à vous, Confédération, des matières nécessaires, vous n'avez pas le droit d'aller ailleurs. Ah! si la matière manque, oui. Mais la question de prix n'est pas touchée, les vendeurs peuvent dire: voilà nos prix, s'ils ne vous conviennent pas, ne prenez pas notre marchandise. La Confédération ne pouvant pas prendre cette marchandise ne pourra pas distiller, ne pourra pas faire l'alcool nécessaire

et ne pourra pas aller le chercher au-delà des frontières; elle n'en aura pas le droit.

M. Musy disait tout à l'heure: Oui, mais nous ne distillerons pas, puisqu'ils ne voudront pas nous vendre les matières et il n'y aura pas l'alcool nécessaire; nous pourrions dire alors: nous allons l'acheter à l'étranger. Ce serait une violation de la constitution. Je sais bien qu'on n'y regarde pas de si près (rires), mais enfin ce serait une violation de la constitution, parce qu'on pourra vous dire avec raison: la production indigène est là, c'est vous qui ne voulez pas la distiller, qui ne voulez pas la payer, et parce que vous ne voulez pas la payer et la distiller vous n'avez pas d'alcool; mais vous ne pouvez pas dire que la matière manque, elle est sur place.

On peut tâcher de tourner la chose, mais en attendant je prétends que c'est une disposition qui nous lie les mains.

D'autre part, M. Tanner a combattu ma proposition avec un autre alinéa, l'al. 5, qui prévoit que les alcools dénaturés qui après avoir subi une préparation les rendant impropres à servir de boisson, sont employés à des usages industriels ou domestiques ne doivent être grevés d'aucune charge par les prescriptions décrétées en vertu du présent article et M. Tanner me dit: du moment que tout le paragraphe de l'article prévoit que les alcools industriels ne doivent pas être grevés, il n'y a pas de danger que l'agriculture demande des prix exagérés. Mais là encore ce n'est pas résoudre la question, cela ne touche pas la question dont je parle, ni ma proposition. Je suis d'accord que les alcools industriels ne devront pas être grevés et ne devront pas subir la répercussion des hauts prix que l'agriculture pourrait fixer peut-être, mais au détriment de quoi? Si la Confédération doit payer des prix excessifs, le décuple de ce que cela vaut, elle ne fera pas augmenter le prix de l'alcool industriel, mais la différence serait une perte d'autant plus grande pour le Trésor fédéral. Par conséquent le paragraphe 5 dont nous parle M. Tanner et qu'il invoque comme objection à ma proposition prévoit bien qu'on ne pourra pas grever les alcools industriels, mais non pas que les producteurs ne pourront pas augmenter indéfiniment leurs prix et faire subir des pertes en conséquence au Trésor fédéral qui devra, quoi qu'il paye des prix excessifs aux producteurs, vendre cependant les alcools industriels à des prix non grevés. Par conséquent les deux seules objections que vous faites ne tiennent pas et vous courez un danger en adoptant cet article tel qu'il est là.

M. de Dardel, lui, qui sent ce même danger a proposé la suppression pure et simple. Evidemment je pourrais la voter quant à moi, seulement j'estime que puisque nous voulons tâcher de faire aboutir cette réforme et que nous supprimons pour ainsi dire 25,000 distilleries privées qui ont eu des droits jusqu'à présent, il est juste tout de même de donner des compensations à tout ce monde qui a vécu de la distillerie. Ces compensations se trouvent dans le fait que l'on a un droit de préférence dans l'achat de la matière première. Si vous adoptez ma proposition, ce droit de préférence existe, on doit acheter à eux, acheter la production indigène plutôt que la production étrangère, même à un prix supérieur, pourvu qu'il ne soit pas considérablement supérieur. C'est un avantage et une concession que nous faisons

mais si vous ne l'adoptez pas, alors c'est le monopole, ce n'est plus un droit d'achat, un droit de préférence, c'est l'obligation de n'acheter que là à n'importe quel prix. C'est un danger qui, si les gens sont raisonnables, ne se produira pas, mais qui pourra très bien se produire pour peu qu'à certains moments les sentiments s'aigrissent.

On me faisait tout à l'heure une objection: c'est que le marc de fruits, les producteurs devraient s'en défaire et le vendre! C'est une erreur quand on fait grève, quand on recourt à des moyens pareils, on est tout prêt à faire des sacrifices. Les ouvriers font de même que les patrons. Les ouvriers ont besoin des patrons et les patrons des ouvriers; mais quand le patron fait un lockout, il se passe du travail des ouvriers et quand l'ouvrier fait grève il se passe de son travail, qu'il est d'ordinaire bien obligé de vendre. Les marchands de marc peuvent très bien sacrifier une année tout leur marc et dire: nous jetterons au lac notre marc afin d'arriver à obtenir pour l'année prochaine et les années suivantes les prix qui compenseront notre perte. Dans le domaine économique, cela arrive à tout moment et ces faits peuvent se produire également dans ce domaine. Si donc vous conservez l'article constitutionnel tel qu'il est proposé, je prétends que vous courez de gros dangers.

M. de Dardel: Je fais remarquer aux orateurs qui ont combattu ma manière de voir qu'ils n'ont pas réfuté l'objection capitale que j'ai faite, c'est que dans cet article vous instituez l'obligation absolue pour l'Etat d'acheter toute la production indigène pour la transformer en alcool. C'est là un grand danger. Je suis d'accord avec M. Naine qu'il faut favoriser l'agriculture et lui donner un droit de préférence. Seulement, ce sont des mesures qui peuvent être prises par la législation; celle-ci pourra fixer le contingent aussi haut qu'elle voudra, favoriser les agriculteurs autant qu'elle voudra. Mais la constitution ne doit pas mettre la Confédération sous la dépendance de l'agriculture. J'ai donc le regret de ne pouvoir me rallier aux suggestions de MM. Jenni et Weber et je maintiens ma proposition de biffer cet alinéa.

Tanner: Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Naine doch noch einige sachliche Erwiderungen anbringen. Herr Naine hat zugegeben, dass im Abs. 5 des Verfassungsartikels vorgesehen ist, dass der Spirit, der für gewerbliche und Haushaltzwecke dient, keinerlei Belastung unterworfen werden soll. Er hat auch von den von mir gemachten Darlegungen in richtiger Weise Kenntnis genommen. Herr Naine steht nun aber auf dem Boden, dass wir hier ein Monopol schaffen, bei welchem, weil die Voraussetzungen vorhanden sind, dass die Lieferungen ganz aus dem Inland gedeckt werden können, der Weltmarkt vollständig ausgeschaltet sei. Ich habe vorhin auf die Bedeutung des Einkaufspreises der 10,000 Hektoliter, die zu den billigsten Preisen eingeführt werden, hingewiesen. Dieser Preis wird, auch wenn überhaupt nichts eingeführt wird, dennoch Geltung haben. Im Entwurf ist nämlich festgesetzt, dass für feststehende Brennereien, welche, ohne Verbindlichkeit zur Verwendung einheimischer Rohstoffe, Abfälle der Presshefe oder Zuckerfabrikation verarbeiteten oder

andere industrielle Abfallstoffe in- oder ausländischer Herkunft als Rohmaterial zur Alkoholherstellung benützen, nur Preise bewilligt werden sollen, die für jedes Jahr den mittleren Einstandskosten der von der Alkoholverwaltung eingeführten Alkohole entsprechen. Für die Feststellung dieser mittleren Einstandskosten sollen dann aber wieder die 10,000 Hektoliter, die zu den niedrigsten Preisen eingeführt wurden, massgebend sein. Damit ist Sicherheit dafür geboten, dass auch bei vollständiger Belieferung durch die Inlandsproduktion der Weltmarktpreis für den Gewerbesprit und den Haushaltungssprit massgebend sein wird. Herr Naine übersieht, dass Abs. 4 des Verfassungsartikels ausdrücklich nur Spirit von einheimischen Brennereirohstoffen erwähnt. Es gibt nun aber eine ganz bedeutende Brennerei, die Abfallstoffe ausländischer, oder in- und ausländischer Provenienz verwendet. Ich verweise auf die Brennerei in den Brauereien, im grossen Weinhandel, usw., wo mit ausländischen Rohprodukten gebrannt wird. Alle diese Erzeugnisse stehen nach dem Entwurf automatisch unter den Bedingungen des Weltmarktes. Damit ist alle Sicherheit geboten, dass selbst bei einer vollständigen Belieferung des Monopols durch die Inlandsproduktion der Weltmarkt in der Preisbildung nicht ausgeschlossen ist; der Weltmarkt wird vollständig zur Wirkung kommen, gerade wie wenn der Spirit importiert würde.

Ich glaube gezeigt zu haben, dass die Bedenken, die Herr Naine vorgebracht hat, bei genauer Prüfung und bei vollständiger Kenntnis der Materie sich ganz zerstreuen. Es sind weitgehende Garantien geboten, dass der Weltmarkt nicht ausgeschaltet werden kann.

Aus den gleichen Erwägungen heraus muss der Antrag des Herrn de Dardel abgelehnt werden. Er würde die Brennerei mit einheimischen Rohprodukten benachteiligen, er würde diese vollständig dem Weltmarkt ausliefern, ohne dem Konsumenten von Gewerbe- und Haushaltungssprit zu nützen. Das können und dürfen Sie nicht tun, weil Sie damit allen Verarbeitern von einheimischen Rohprodukten ein grosses Unrecht zufügen würden. Das kann nicht unser Wille sein. Ich beantrage Ihnen Ablehnung des Antrages de Dardel. Bemerket sei noch, dass Herr de Dardel hier persönlich gesprochen und nicht etwa als Berichterstatter der Kommission. (**de Dardel:** Ja, ja.)

M. Graber: Je voudrais faire une motion d'ordre. Je ne sais pas si d'autres conseillers partagent la même impression que moi, mais j'ai celle très nette que nous nous trouvons devant une chose très peu nette (rires). On n'y voit pas bien clair. Une grande partie des arguments de M. Naine sont solides. Il n'est pas facile au Conseil de se prononcer en ce moment-ci. Je demande le renvoi de cet article à la commission pour qu'elle revienne avec des propositions plus précises et que ces différents arguments puissent être jugés et confrontés de près. Ceci pour éviter une solution hâtive et des surprises plus tard. M. Musy croit que la question est suffisamment claire, que les garanties sont suffisantes. J'en doute et je suis fortifié dans cette impression par les conversations particulières que j'ai entendues.

Je propose le renvoi pour nouvel examen.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich möchte Ihnen raten, den Ordnungsantrag Graber abzulehnen. Nach meinem Dafürhalten ist die Sache ziemlich klar. Wenn Sie den Antrag Naine akzeptieren, schaffen Sie eine grosse Unruhe bei der Bauernsamer, die sagen würde: Auf der einen Seite gibt man uns die Zusicherung, dass man uns die Rohstoffe abnimmt, und auf der andern Seite will man sie durch die Auslandspreise tief herabdrücken, also bietet man uns nichts. — Das würde sich dann bei der Abstimmung geltend machen. Nehmen Sie aber die Vorlage an, dann haben Sie einen Grundsatz in die Verfassung hineingelegt, der bei der Ausarbeitung des Alkoholgesetzes geschützt werden kann gegen den Missbrauch und die Ausbeutung, die man befürchtet. Ich meine, Sie sollten weiterfahren und die Frage jetzt entscheiden.

Abstimmung. — Votation.

Für den Ordnungsantrag Graber	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

M. le conseiller fédéral **Musy**: Je voudrais cependant répondre quelques mots à M. Naine. Si son argumentation tenait, je serais de son avis. Mais je prétends qu'elle ne tient pas. M. Naine argumente ainsi. Il dit: S'il y a à l'intérieur, c'est-à-dire en Suisse, des matières distillables en quantités suffisantes pour couvrir les besoins de notre pays, la Régie des alcools n'aura plus le droit d'importer. Et alors M. Naine conclut en disant qu'en réalité il dépendra exclusivement de l'agriculture d'empêcher le jeu de l'importation.

Mais Messieurs, relisez le texte qui vous est proposé: «sauf pour les spécialités qui ne peuvent être fabriquées en Suisse, l'importation n'est autorisée que si la production indigène...» ne suffit pas à couvrir les besoins, c'est à dire la production en alcool et non pas la production en matières distillables. Il faut examiner la signification de cet article dans la contexture de l'ensemble des dispositions constitutionnelles. Encore une fois, comment se passeront les choses en pratique? La Confédération interdit à l'avenir la distillation libre de tous les alcools, sauf les spécialités. Par contre, elle accepte l'obligation de prendre livraison, par l'intermédiaire des distilleries concessionnées, à un prix convenable, de toutes les matières distillables. Ainsi donc, la Confédération fixera chaque année le prix à payer aux producteurs de matières distillables, en fixant le prix de l'alcool aux distilleries concessionnées. Une fois que cela sera fait, la Confédération prendra livraison de la totalité des alcools distillés. La question de savoir si elle importera ou si elle n'importera pas dépendra de la question de savoir si la quantité d'alcool mis à sa disposition par les distilleries concessionnées, sur la base des prix fixés d'avance, suffira à couvrir les besoins ou n'y suffira pas. Telle est la signification de cette disposition.

Par conséquent, quand M. Naine dit que la question de l'importation dépendra de la question de savoir s'il y a en Suisse suffisamment de matières premières distillables, je lui réponds que ce raisonnement ne tient pas, parce que M. Naine fait une pétition de principe à côté du texte constitutionnel. S'il y a suffisamment d'alcool distillé, payé au prix

fixé suivant l'art. 32, al. 5, la question est résolue: on n'importe pas.

Par conséquent, dans le cadre de la nouvelle législation, la restriction préconisée par M. Naine ne change rien à la situation actuelle, si ce n'est qu'elle éveillera de la méfiance dans le monde des agriculteurs, et qu'elle pourrait peut-être justement mettre en danger la réforme à laquelle M. Naine tient avec beaucoup de sincérité. D'un autre côté, n'oublions pas que cette restriction de l'importation n'est pas seulement un corollaire de l'obligation de la Confédération de prendre livraison des alcools indigènes, mais elle poursuit aussi un autre but parallèle. Nous aurons déjà suffisamment d'alcool en Suisse. Nous ne voulons pas que la Régie en importe encore, puisque nous voulons que cette réforme aboutisse à une diminution de la consommation de l'alcool dans le pays.

Si je n'avais pas de doutes sur le danger que signale M. Naine, je serais de son avis, mais je suis certain qu'il n'existe pas, et c'est pourquoi je vous recommande de voter la proposition de la commission.

Präsident: Wenn das Wort nicht weiter begehrt wird, können wir zur Abstimmung übergehen. Es liegen folgende Anträge vor: Herr Naine schlägt vor, Al. 3 am Schlusse zu ergänzen nach den Worten «nicht ausreicht» durch die weiteren Worte «oder die Inlandspreise der Inlandfabrikation oder Weltmarktpreise beträchtlich übersteigen». Sodann liegt der Antrag de Dardel vor, es sei der ganze Abs. 3 zu streichen. Wir stimmen nun in der ersten Abstimmung über den Ergänzungsantrag des Herrn Naine ab und nachher folgt die Hauptabstimmung über Annahme oder Verwerfung des Al. 3.

Abstimmung. — Votation.

Al. 3.

Für den Antrag Naine	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Für Antrag der Kommission	Mehrheit
---------------------------	----------

Al. 4 und 5.

Angenommen. — (Adoptés.)

Al. 6–9.

Antrag der Kommission

Die Einnahmen aus der Besteuerung des Ausschanks und des Kleinhandels innerhalb des Kantonsgebietes gehören den Kantonen des Bezugs.

Von den Reineinnahmen aus der fiskalischen Belastung der Fabrikation, der Einfuhr, des Grossverkaufs und des internationalen und interkantonalen Kleinhandels überweist der Bund den Kantonen am Ende jedes Rechnungsjahres die Hälfte. Die Verteilung erfolgt auf Grund der erwarteten Wohnbevölkerung der jeweiligen letzten eidgenössischen Volkszählung; der Kopfanteil darf in keinem Falle weniger als 2 Fr. betragen.

Die Kantone haben von ihrem daherigen Anteil 15% zur Bekämpfung des Alkoholismus, und zwar überwiegend zur Bekämpfung seiner unmittelbaren Ursachen zu verwenden.

Der Bund verwendet seinen Anteil zur Förderung der Sozialversicherung, mit Ausnahme von 5% zur Unterstützung von Institutionen, welche den Kampf gegen den Alkoholismus interkantonal führen.

Proposition de la commission

Les recettes provenant de l'imposition du débit et du commerce en détail dans les limites du territoire cantonal appartiennent au canton qui les perçoit.

La Confédération répartit aux cantons à la fin de chaque exercice la moitié des recettes nettes provenant des charges fiscales qui grèveront la fabrication, l'importation et la vente en gros, ainsi que le commerce en détail international et intercantonal. Cette répartition est basée sur la population de résidence ordinaire établie officiellement par le recensement fédéral le plus récent. Toutefois, la part des cantons ne peut pas être inférieure à deux francs par tête.

Les cantons sont tenus d'affecter à la lutte contre l'alcoolisme et en majeure partie à la lutte contre ses causes 15% de la part de recettes qui leur est dévolue.

La Confédération emploiera sa part au profit des assurances sociales, après prélèvement de 5% en faveur des œuvres antialcooliques qui possèdent un caractère intercantonal.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Wir kommen nun endlich zum Schluss, zum finanziellen Teil der Vorlage. Die Reineinnahmen aus dem Alkoholmonopol sind bisher ganz den Kantonen zugefallen. Sie hätten das ja auch weiterhin nötig, allein mit Rücksicht auf die Defizite und die neuen Aufgaben, die den Bund nun einmal bedrängen, ist es begreiflich, dass sich der Bund als Teilhaber angemeldet hat. Die bundesrätliche Vorlage möchte von den Einnahmen aus der fiskalischen Belastung des Grossverkaufs drei Fünftel den Kantonen und zwei Fünftel dem Bunde zuweisen. Das geschah damals, als man die Berechnungen auf 13½ Millionen Franken feststellte. Nachdem dann die Berechnungen höher gingen, auf 20—25 Millionen, ist auch der Appetit des Bundes gewachsen. Wir haben in der Kommission miteinander gesprochen und uns endlich zusammengefunden, indem wir die Reineinnahmen zu gleichen Hälften zwischen Bund und Kantonen teilten. Immerhin ist den Kantonen die Zusicherung gegeben worden, dass ihr Anteil mindestens 2 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung betragen muss. Es ist das der höchste Betrag, den sie bisher erhalten haben. Unter diesen Umständen glaube ich, dass die Kantone dieser Teilung beistimmen können.

Es wird dann vielleicht ein Streit darüber entstehen, ob der Bund seinen Anteil der Sozialversicherung, wie die Kommission vorschlägt, oder nur der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, wie der Bundesrat seinerzeit selber vorschlug, zuwenden soll. Ich möchte in diesen Kampf keinen Spieß tragen, ich habe nämlich die Auffassung, dass die Alters- und Invalidenversicherung stetsfort dieser Einnahmen aus dem Alkohol bedürfen wird.

Statt des bisherigen Alkoholzehntels stellt die Vorlage den Alkoholfünftel auf, und sie entspricht damit vollständig den Begehren der Mässigkeitsvereine, ja, man kann sagen, dass die Vorlage weiter geht als die Erwartung der Mässigkeitsvereine, weil die Reineinnahmen voraussichtlich grösser sein wer-

den, als man damals angenommen hat. Dabei muss man es als einen Fortschritt betrachten, wenn der Bund von seinem Anteil ebenfalls 5% ausscheidet zum Kampf gegen den Alkoholismus. Er wendet diesen Anteil den Instituten zu, die den Kampf gegen den Alkoholismus interkantonal führen. Ich empfehle Ihnen die Kommissionsanträge.

M. de Dardel: Aujourd'hui toutes les recettes de l'alcool sont distribuées aux cantons. Le Conseil fédéral proposait d'abord de réserver aux cantons les 3/5 des recettes et d'en garder les 2/5 pour la Confédération. A mesure que les calculs du département des finances ont montré que le revenu de l'alcool serait plus fort, l'appétit de la Confédération a augmenté. Elle réclame maintenant 50% des recettes de l'alcool. On remarque encore dans l'al. 4 que la répartition aux cantons ne doit pas être inférieure à 2 fr. par tête de population. C'est la répartition qui a été faite dans les bonnes années 1918, 1919 et 1920.

En outre, la répartition sera basée sur la population de résidence ordinaire et non plus comme actuellement sur la population de fait; ceci pour éviter des inégalités au préjudice ou au profit de certains cantons, si par exemple le recensement fédéral avait lieu en période de mobilisation.

L'al. 8 déclare que les cantons sont tenus d'affecter à la lutte contre l'alcoolisme et en majeure partie à la lutte contre les causes de l'alcoolisme 15% de la part de recettes qui leur est dévolue. Nous prévoyons donc une augmentation de 50% dans l'affectation du produit de l'alcool à la lutte contre l'alcoolisme; en outre, cette somme devra être consacré en majeure partie à combattre les causes de l'alcoolisme tandis qu'actuellement la constitution dit que le dixième de l'alcool doit être consacré à la lutte contre l'alcoolisme dans ses causes et dans ses effets. Nous accentuons le caractère thérapeutique et éducatif que doit revêtir la lutte contre l'alcoolisme.

La Confédération devra employer de son côté 5% de sa part pour combattre les causes de l'alcoolisme en subventionnant des œuvres qui ne sont pas des œuvres strictement cantonales, mais qui exercent leur activité dans toute l'étendue du pays. Je suppose que le secrétariat antialcoolique suisse à Lausanne et des organisations similaires réclameront cette part de recettes. Comme il s'agit de sommes importantes, la Confédération se réservera sans doute un contrôle effectif sur leur emploi.

Le reste de la subvention fédérale devra être versé à des œuvres sociales. Le projet initial disait à l'assurance vieillesse, invalidité et survivants. Nous avons pensé qu'il y avait lieu d'élargir cette notion; il est possible que d'autres assurances sociales seront réalisables avant l'assurance vieillesse, invalidité et des survivants, par exemple l'assurance-maternité.

Frank: Die Kommissionsminderheit beantragt Ihnen, die ursprüngliche Fassung wieder aufzunehmen, wie der Bundesrat sie vorschlug, d. h. der Anteil des Bundes ist ausschliesslich zur Förderung der Alters- und Invalidenversicherung zu verwenden. Vor wenigen Monaten hat der Nationalrat grundsätzlich die Schaffung der Altersversicherung beschlossen. Sie kennen die damalige Stellungnahme unserer Fraktion, wir haben dem Gesetze nicht zugestimmt und konnten

nicht zustimmen, weil wir in der ungenügenden Beschaffung der Mittel die grösste Gefahr erblickten, dass die Altersversicherung auf Jahre hinaus nicht zustande komme. Diese Befürchtungen waren nicht ganz unzutreffend. Das beweist die Stellung der Kommissionsmehrheit zu dem vorliegenden Gesetze. Heute wäre Gelegenheit geboten, das Versprechen einzulösen und die Finanzierung der Altersversicherung auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, d. h. die nötigen Mittel zu gewähren. Die Kommission schlägt Ihnen vor: « Der Bund verwendet seinen Anteil zur Förderung der Sozialversicherung mit Ausnahme von 5 % zur Unterstützung von Institutionen, welche den Kampf gegen den Alkohol interkantonal führen. » Im Grunde genommen würden sich die beiden Anträge decken, aber es steht zu befürchten, dass durch die Fassung der Kommissionsmehrheit die Gelder und Mittel verzettelt werden. Es steht zu erwarten, dass wahrscheinlich eine Reihe von Subventionsgesuchen an den Bund gelangen und dass dann dadurch der Altersversicherung die nötigen Mittel entzogen werden oder ihr nicht in ausreichendem Masse zukommen. Deshalb beantragen wir Ihnen, es sei die ursprüngliche Fassung wieder aufzunehmen, wie der Bundesrat sie vorgeschlagen hat und die Gesamteinnahmen an das Werk zu überweisen, das vom Nationalrat beschlossen worden ist. Wenn wir den Antrag so formulieren, so deshalb, weil das die beste Waffe im Kampfe bei der kommenden Abstimmung sein wird. Täuschen wir uns nicht, die Gegnerschaft gegen diese Gesetzesabänderung ist gross. Es sind sehr viele und einflussreiche Feinde vorhanden, und es würde in weiten Volkskreisen nicht verstanden, wenn heute, wo die Gelegenheit vorhanden ist, das Werk der Altersversicherung auszubauen und zu finanzieren, das Versprechen nicht eingelöst, und diesem Werk die Mittel nicht zufließen würden. Was den Sprechenden ganz besonders veranlasst hat, in der Kommission schon diesen Antrag wieder aufzugreifen, ist folgender Umstand: Die Abänderung des Gesetzes, wie sie nun heute vorliegt, ist mehr fiskalischer Natur, denn der Zweck, den die Alkoholgegner zu erreichen glaubten, wird nicht erreicht werden, und zwar deswegen, weil man hier das Uebel nicht an der Wurzel fasst. Den Löwenanteil an diesem neuen Gesetz, an der Neuordnung der Dinge, wird die Landwirtschaft erhalten. Wir vergönnen ihr diesen Anteil nicht, aber was wir verlangen ist das, dass auch einmal den untern Volksklassen in den Tagen der Armut und der Not geholfen und dass das Sozialwerk der Altersversicherung nun endlich gefördert wird. Wir empfehlen deshalb, den Antrag des Bundesrates wieder aufzunehmen und den Anteil des Bundes so, wie er vorschlägt, zu verwenden.

Bopp: Es ist wohl richtig, wass Herr Frank sagt, dass das finanzielle Moment das Hauptmoment der Vorlage sei. Es wäre nicht notwendig gewesen, dass Herr Gamma uns eine Rede von so hohem idealen Schwung gehalten hätte, lediglich um uns klar zu machen, dass der eidgenössische Finanzdirektor und die kantonalen Finanzdirektoren eben Geld möchten. Das wissen wir ohne weiteres. Entkleiden wir die Vorlage alles unnötigen Idealismus, auch etwa der Uebertreibungen, die bei den Darstellungen der Alkoholgegner zutage getreten sind, sehr viele Einseitigkeiten und Uebertreibungen, auf die ich heute nicht weiter

zurückkommen will. Aber diese Vorbemerkungen sollen immerhin die Anträge erklärlich machen, die ich heute zu stellen habe. Sie beziehen sich ausschliesslich auf zwei Absätze, den drittletzten und den letzten Absatz. Im drittletzten Absatz beantrage ich Ihnen, den Passus zu streichen, der ein Minimum der kantonalen Bezüge festsetzt, einen Betrag von 2 Fr. per Kopf. Das ist mir unverständlich, wie man zum vornherein in diesem Artikel einen Minimalbetrag für die Alkoholverwaltung gewissermassen garantieren will, allerdings nur insoweit, als diese Garantie den Kantonen zukommt; eventuell, wenn der Gesamtertrag nicht 16 Millionen Franken wäre, so müsste natürlich der Bund um so eher schwitzen, damit das kantonale Kontingent vollständig wird. Ich glaube nicht, dass die Festsetzung eines solchen Minimums geschäftlich gerechtfertigt sei, sie steht auch nicht in Uebereinstimmung mit demjenigen, was man vom Zweck der ganzen Vorlage gesprochen hat, nach keiner Richtung. Entweder tritt die Befürchtung jener ins Recht, die glauben, dass die Fabrikate allzusehr, sei es zu diesem oder jenem Zweck verteuert werden, oder aber die Befürchtung der Bauern, dass ein allzu starker Preisdruck ausgeübt wird bei der Annahme ihrer Produkte, um überhaupt dieses gezwungene Reinerträgnis herauszubringen. Geschäftlich kann ich es nie und nimmer verstehen, da weder ein privates noch ein staatliches Unternehmen jemals den Reingewinn von vornherein festsetzen wird, einen Gewinn, der doch von ganz verschiedenen, nicht voraussehbaren Faktoren abhängig ist. Ich fürchte starke Komplikationen und Missdeutungen gerade aus diesem Minimum, das man den Kantonen garantiert hat. Es könnte sehr stark den Verdacht nähren, als ob wirklich die ganze Zustimmung, die nun erreicht worden ist, gegenüber der offenkundigen Opposition eines grossen Teiles der Bevölkerung, die voraussichtlich eintreten wird, nur erkaufte worden wäre durch die Zusicherung an die kantonalen Finanzen. Das möchte ich nicht. Ich möchte die Vorlage ehrlich vertreten, so dass ich allzu grosse Widersprüche nicht in den Kauf nehmen muss. Das ist das eine.

Wenn ich Herrn Frank richtig verstanden habe, möchte ich seinen Antrag unterstützen. Ich habe ihn bereits für mich vorbereitet, in der Meinung, dass auch der Schlußsatz des letzten Absatzes gestrichen werde, der sagt: « mit Ausnahme von 5% zur Unterstützung von Institutionen, welche den Kampf gegen den Alkoholismus interkantonal führen », nachdem der Bund den Kantonen nun gegenüber 10% 15% auferlegt hat zur Verwendung im Kampf gegen den Alkoholismus, und dabei richtigerweise nun in den Vordergrund setzt die Verwendung zur Bekämpfung der Ursachen statt nur der Wirkungen wie bis anhin. Die Ausführung kann ja gleichwohl differieren, wie sie bis jetzt differiert hat vom verfassungsmässigen Wortlaut. Aber nachdem das geschehen ist, kann ich mir nicht vorstellen, warum wir auch hier wieder einen bestimmten, so grossen Betrag zur Unterstützung von Institutionen bestimmen sollen, die gar nicht feststehen und von denen wir gar nicht wissen, in welchem Umfange sie in Zukunft bestehen und welche Wirksamkeit sie entfalten werden. Jedenfalls gehört so etwas nicht in eine Verfassungsbestimmung hinein, sondern eventuell in ein Ausführungsgesetz oder einen Ausführungsbeschluss. Ich möchte durchaus vermeiden, dass etwa solche Institutionen glauben

würden, diese 5%, oder was davon in Frage kommt, beanspruchen zu können, um, wie « der Geist über den Wassern schwebt », nach Amerika zu gehen, um dort diesem oder jenem Kongress beizuwohnen, für den der Bund vielleicht auf diesem Wege die Fahrtkosten aufzubringen hätte.

Obrecht: In erster Linie will ich die Kommissionsvorlage darin verteidigen, dass sie den Kantonen eine Minimalleistung pro Jahr von 2 Fr. pro Kopf der Bevölkerung garantiert. Um diese Bestimmung zu verstehen, müssen wir uns klar vor Augen halten, dass bis jetzt der Ertrag des Alkoholmonopols ausschliesslich den Kantonen zugefallen ist. Der Bund war in keiner Weise beteiligt am Ertrag des Alkoholmonopols. Er hat das eidgenössische Monopol durchgeführt, aber der Reinertrag ging ausschliesslich bis auf den letzten Franken in die Taschen der Kantone. Deshalb kann es den Kantonen nicht gleichgültig sein, was mit diesem Alkoholmonopol in der Zukunft geschehen wird. Der Bund meldet sich als Mitsprecher am Gewinn, den die Alkoholverwaltung erzielt. Wie präsentiert sich nun das Geschäft nach dem neuen Verfassungsartikel? Nach diesem Artikel verpflichtet sich der Bund, der Landwirtschaft allen Alkohol, den sie erzeugt aus Obst oder Obstabfällen, abzunehmen. Der Bund wird sich in einem grosszügigen Geschäftsverhältnis befinden gegenüber der Landwirtschaft. Er wird jedes Jahr die Preise festzusetzen haben, um die er diesen Alkohol, der von der Landwirtschaft aus Obst und Obstabfällen erzeugt worden ist, erwerben will. Auf der andern Seite muss er aber darauf sehen, dass er aus dem Alkoholmonopol doch einen Reinertrag herausbringt. Es ist also die Höhe des Ertrages ganz in die Hand der Bundesbehörden gelegt. Die Kantone haben darauf keinen Einfluss. Insbesondere hängt von den Bundesorganen ab, wie sie das Geschäft mit der Landwirtschaft abschliessen. Darum ist es ganz logisch, dass man den Kantonen wenigstens das garantiert, was sie bis dahin aus dem Alkoholmonopol bezogen haben, sonst sind letztes Endes die Kantone die geleiteten. Wenn Sie diese Garantie nicht schaffen, dann ist es sehr leicht möglich, dass Opposition entstehen kann, weil sich die Kantone gegenwärtig in einer wenig beneidenswerten Finanzlage befinden, auf der ganzen Linie, ohne Ausnahme. Wenn Sie nun in dem Moment den Kantonen etwas in Frage stellen, was ihnen bisher gesichert war, dann schaffen Sie keinen guten Boden für das Referendum. Wollen Sie sich also wohl vergegenwärtigen, dass hier eine Garantie geschaffen werden muss, damit die Kantone wenigstens das bekommen, was sie bisher bezogen haben. Die 2 Fr. pro Kopf machen zirka 7,5 Millionen aus. Das war der normale Ertrag, mit Ausnahme im laufenden Jahr, wo er zurückgegangen ist.

Wenn nun das Monopol mehr abwirft, sagen wir beispielsweise 12 Millionen Franken, dann ist den Kantonen vorweg das Minimum von 2 Fr. pro Kopf zu leisten. Sie werden also die 7,5 Millionen Franken erhalten. Das übrige bekommt der Bund, also in diesem Falle weniger als die Hälfte. Ist aber der Ertrag 15 Millionen Franken, so wird halbiert, denn die Kantone kommen mit dieser Hälfte auf das Minimum von 2 Fr. pro Kopf der Bevölkerung. Macht der Ertrag 20 Millionen Franken aus, dann wird auch halbiert, denn die Hälfte von 10 Millionen Franken

macht mehr aus als die 2 Fr. pro Kopf der Bevölkerung. So ist die Sache aufzufassen.

Wenn man berücksichtigt, dass bisher der Ertrag des Alkoholmonopols ganz ausschliesslich in die Taschen der Kantone geflossen ist, so versteht man es ohne weiteres, dass hier eine Garantie geschaffen werden muss, damit die Kantone nicht zu kurz kommen. Es ist etwas auffällig, dass Herr Bopp, als typischer Landwirtschaftsvertreter, sofort an dieser Garantie gegenüber den Kantonen Anstoss nimmt und dass sich bereits auch Herr Kollega Jenny zum Wort gemeldet hat, um offenbar in das gleiche Horn zu stossen. Ich entnehme daraus nur, dass wir in der Kommission gut daran getan haben, den Kantonen eine Sicherheit zu geben, dass sie jedenfalls gegenüber den bisherigen Verhältnissen nicht verkürzt werden. Dies zum einen Teil des Antrages des Herrn Bopp.

Der Antrag des Herrn Frank betrifft zwei Punkte, die man auseinanderhalten muss. Herr Frank nimmt einmal Anstoss daran, dass man nicht mehr, wie nach dem ursprünglichen Antrage des Bundesrates, spricht von der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sondern den allgemeinen Ausdruck der Sozialversicherung gebraucht. Das entspricht den bisherigen Schlussnahmen beim Verfassungsartikel betreffend die Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Man hat dort vorgesehen, dass man den Ertrag der Erbschaftssteuer zum Teil dem Bunde zuwenden will und dass der Ertrag ausschliesslich für Sozialversicherung verwendet werden soll. Das gleiche ist der Fall mit bezug auf den Ertrag der Tabaksteuer. Nun wollen wir uns hier auf dem gleichen Boden bewegen und uns des allgemeinen Begriffes der Sozialversicherung bedienen. Ich glaube nicht, dass deswegen Herr Frank Bedenken zu haben braucht. Herr Frank sagte in der Kommission, es wäre denkbar, dass man diesen Ertrag des Alkoholmonopols, soweit er dem Bunde zukommt, für Arbeitslosenversicherung verwendet. An das ist nicht zu denken, sondern man hat das gleiche im Auge, nur benutzt man den allgemeineren Ausdruck. Ueber den andern Punkt, dass 5% vorweggenommen werden sollen zur Unterstützung von Institutionen, die den Kampf gegen den Alkoholismus interkantonal führen, will ich mich nicht aussprechen. Es werden sich andere Verteidiger und Gegner zum Wort melden.

Bopp: Ich war durchaus nicht im Zweifel, dass ich mit meinem Antrag auf Aufhebung des Minimums, das den Kantonen garantiert werden soll, die Opposition der amtierenden oder nicht mehr amtierenden kantonalen Finanzdirektoren heraufbeschwören werde. Das war mir kein Geheimnis. Ich stelle aber die Frage: Ist einer derjenigen Gründe, die ich verwandte zur Opposition gegenüber dieser Bestimmung, im Ernst bestritten worden? Man hat gesprochen davon, dass jetzt schon die Kantone beteiligt gewesen seien und selbstverständlich eine Zusage für diese Beteiligung haben. Diese Sicherung ist von keiner Seite bestritten worden und sie wird auch nicht bestritten, wenn Sie meinen Antrag annehmen und das Minimum streichen. Aber dieses Minimum ist bis jetzt den Kantonen nicht garantiert worden. Zugestanden! Herr Gamma selbst hat erklärt, dass die Kantone mit dem Betrage, der ihnen jetzt garantiert werde, mehr erhalten werden als jemals bisher. Das ist Tatsache. Nun ist für mich doch die Frage, ist es

überhaupt richtig und hat jemand diese Frage beantwortet, ob bei irgend einer geschäftlichen Unternehmung zum vornherein in den Statuten oder im Reglement oder in der Verfassung der Reinertrag festgelegt und gebunden wird. Das kann nicht sein, nie und niemals. Das ist nicht richtig. Dieser Bedarf der Kantone, der Grundsatz des Rechts für ihre Beteiligung ist gar nicht in Frage gestellt; für mich wiegt nur das Interesse des gegenwärtigen Unternehmens, das über der Beteiligung der Kantone stehen muss. Wenn die Kantone einen solchen Hunger haben (Zuruf: Durst!), so begreife ich, dass sie sich irgendwo decken müssen; aber wir werden dessen auch sicher sein können, dass, wenn diese Betätigung in den Kantonen vorherrschend wird, wie sie so nackt jetzt zum Vorschein gekommen ist, die schöne Hoffnung mindestens, dass von den Kantonen der Alkoholverbrauch durch selbständige Massnahmen weiter eingeschränkt werde, gewiss zu Wasser werden muss. Das Gefühl werden Sie nicht aus der Welt schaffen, dass diese Begehren in der Form, wie sie hier eben herausgebildet worden ist, strikte widersprechen dem idealen Gehalte der Vorlage, von dem Sie so viel Wesen gemacht haben. Ich halte an meinem Antrage fest. Vorläufig ist nur dieser bestritten und ich glaube, dass uns die Erfahrung des bisherigen Alkoholmonopols noch ein weiteres Recht zu diesem Antrage und zu dessen Vertretung gibt. Es ist kein Geheimnis und sozusagen alle 14 Tage in der Presse zu lesen, dass entweder das Fabrikat, auch dasjenige zu technischen Zwecken, verschlechtert worden sei, oder dass sonstwie die idealen Massnahmen, die im Vordergrund eines solchen Unternehmens stehen könnten, vernachlässigt worden seien, um den Ertrag zu steigern im Interesse der Kantone. Tatsache ist ferner, dass gerade die Ausführung der verfassungsmässigen Zusicherung, die seinerzeit bei Schaffung des Alkoholmonopols der Landwirtschaft gegeben worden ist, dass unter allen Umständen ein Viertel des Gesamtbedarfes der inländischen Produktion zu entnehmen sei, durch das Drängen der Kantone verhindert wurde. Diese inländische Produktion war natürlich dann teurer, und man hat um so viel mehr ausländische Fabrikate oder Rohstoffe bezogen, um den Reinertrag der Kantone zu steigern. Und übrigens hätten die Kantone doch etwas wenig Grund, allzu spitzfindig zu sein in der Wahrung der Vorteile, wenn man weiss, wie wenig sie eigentlich dem Zwecke der ganzen Unternehmung gedient haben in der Verwendung der ihnen zu bestimmten Zwecken zugewiesenen Anteile. Ich war ein einziges Mal in der Kommission, die die Prüfung der üblichen Jahresberichte über die Verwendung der kantonalen Alkoholzehntel vorzunehmen hatte; aber es hat mir geekelt vor dieser Art der Verwendung. Es ist Tatsache, dass jahrzehntelang, Jahr um Jahr, diese Verwendungsart als nicht der Verfassung entsprechend angefochten wurde; aber sie ist eben bis heute geblieben und hat in der Hauptsache zur Entlastung der kantonalen Finanzen gedient, aber nicht zur Erfüllung von Zweckbestimmungen, die verfassungsmässig vorgeschrieben waren. Um so weniger sollten wir auf dieser Bestimmung beharren, welche die Kommission vorschlägt. Die Opposition könnte andererseits, wenn Herr Obrecht glaubt, das Fallenlassen gefährde die Vorlage, sich lediglich wandeln und in einem andern Lager auftauchen.

Mächler: Ich werde sehr kurz sein, da ich nur eine Aufklärung haben möchte aus Besorgnis über das Schicksal der Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Ich sehe nicht recht ein, warum wir nicht bei dem klaren, ein grosses Ziel verfolgenden Vorschlag des Bundesrates, wie er im Schlussalinéa enthalten ist, festbleiben und da etwas Verschwommenes, Zweiteiliges einschleichen wollen. Im bundesrätlichen Antrag heisst es, der Bundesanteil werde verwendet für die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Jetzt heisst es, er werde verwendet für die Sozialversicherung. Umsonst habe ich vom Vorredner aus Solothurn eine Erklärung über diese Verschiebung erwartet. Wenn er eine kommende Altersversicherung im Auge hat, so hat es keinen Zweck, einen dunkleren Ausdruck zu wählen; wenn er aber etwas anderes im Auge hat, dann soll man es sagen, damit man weiss, was man meint, und ich habe Angst, nach der Geschichte der Altersversicherung, die ich mitgemacht habe, dass es sich in der Tat doch um eine Abschwächung zuungunsten der Altersversicherung handelt.

Es ist irrig, wenn man behaupten will, es gebe keine andere Sozialversicherung als die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Warum nicht gar! Die Arbeitslosenversicherung ist selbstverständlich eine Sozialversicherung so gut wie die andere; sie kommt als soziale Hilfe des Ganzen einer Gruppe im Elend entgegen, und ich weiss noch nicht recht, ob nicht im stillen der Hintergedanke da ist, zwar bei niemand ganz an der Oberfläche des Bewusstseins, sondern im sogenannten Unterbewusstsein, der Fonds, aus dem man bis jetzt für die Arbeitslosen geschöpft hatte, gehe nach und nach der Neige entgegen, und es wäre gut, wenn man auf irgend einem Wege ein anderes Reservoir bekäme. Nun ist auch die künftige Aufgabe der Arbeitslosenversicherung sicherlich etwas Gutes und Schönes. Aber wenn man zwei Fliegen treffen will mit einem Schlag, so geht es gewöhnlich so, dass man in die Mitte fährt, und die Fliegen fliegen fort. Das könnte auch hier so sein.

Uebrigens gibt es noch eine andere Versicherung, die nun nicht ganz ausser Gefahrweite zu stehen scheint. Wir studieren gegenwärtig die Verbesserung der Krankenversicherung, das Obligatorium usw. Warum soll nicht die gemeint sein, dass sie auch da ein bisschen schöpfen könne? Das sind alles gute und schöne Dinge, und es fällt mir nicht ein, dagegen aufzutreten; aber es war immer die Absicht, dass dieses Geld hier die schwierige Arbeit der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu einem Ende bringen solle, und niemand weiss besser als Herr Bundesrat Musy, welche Schwierigkeiten wir dort zu überwinden haben, um das Geld zusammenzubringen. In meinen Augen muss es weite Kreise enttäuschen, wenn wir in diesem Stadium nun einen Beschluss fassen, der nicht klar und deutlich ist. Gibt uns der hohe Bundesrat in Uebereinstimmung mit der Kommission die Erklärung ab, dass nach seiner Wissenschaft Sozialversicherung und Altersversicherung sich decken, dann bin ich beruhigt, und gebe zu, dass meine Wissenschaft die mangelhaftere ist. Aber wenn er das nicht tut, so möchte ich bitten, mit uns dabei zu bleiben, dass dieses Geld für diese Institution bereiterhalten wird. Aber man könnte auf den andern Gedanken kommen, in der Meinung, jene Versicherung komme nicht zustande, und man wolle die Sache für etwas anderes aufrechterhalten. Ich denke nicht,

dass das die Idee des Herrn Bundesrat Musy ist, aber wir wollen uns nicht in diesem Moment schwach zeigen und so etwas durchblicken lassen; denn, wenn der Gegner mit Recht wittert, es sei die Möglichkeit vorhanden, die ganze Geschichte zu beseitigen, wird er es versuchen. Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich nach vielen Jahren der Arbeit auf diesem Gebiete hier Besorgnisse habe, und ich möchte bitten, bei dem klaren Ausdruck des Bundesrates zu bleiben.

Nun die zweite Frage, die wir nicht ohne gewisse Bedenken behandeln, ist die des Abzuges der 5% zugunsten der Alkoholkämpfung. Ich nehme an, ich irre mich nicht, wenn gemeint ist, 5% vom Anteil des Bundes, also 2½% vom Ganzen. Es ist doch so gemeint? Ganz deutlich ist es grammatikalisch nicht ausgedrückt, da aber der Herr Präsident der Kommission mir zunickt, so genügt mir das vollständig. Ich frage, ist es wirklich nötig, hier noch einmal etwas für die Alkoholkämpfung zu reservieren? Nach dem Ausdrucke, der hier steht, will man helfen, wo eine interkantonale Arbeit gegen den Alkohol besteht, und nicht nur eine kantonale. Ich muss Ihnen gestehen, dass viele Kantone jedenfalls es nicht gerne sehen, wenn man sie hindert, frei über ihren Anteil zu verfügen. Es gibt zweifellos Kantone, die es gerne sehen, wenn sie die Sache auf den Bund hinausschieben und sagen können, es ist mehr oder weniger alles interkantonale, und da soll der Bund mit den 250,000 Fr., die ihm bleiben, helfen. Aber ich glaube doch, dass, wenn man festsetzt, dass nach dem neuen Gesetz die Kantone mehr erhalten als bis jetzt, so dürfte das denn doch genügen. Die Kantone mussten bis jetzt natürlich an die interkantonale Arbeit, was Sekretariate usw. sind, auch beitragen, und wo sie es noch nicht getan haben, werden sie es in Zukunft tun müssen. Aber noch einmal: neben dem vielen Geld, das man den Kantonen für die Alkoholkämpfung zur Verfügung stellt, noch 5% von dem grossen Ziel der Alters- und Hinterbliebenenversicherung abzuziehen, scheint mir etwas zu viel. Die Herren haben hier wunderschöne Reden gegen den Alkohol gehalten. Auch ich wurde gerührt und werde mich in meinem Privatleben zusammennehmen, um künftig keinen Zweifel in dieser Beziehung aufkommen zu lassen. Aber wenn wir vergleichen, wie das Geld in der Bekämpfung des Alkohols tatsächlich verwendet wird auf der einen Seite und wie eine Alters- und Invalidenversicherung dem Volke helfen könnte auf der andern Seite, so erlaube ich mir doch zu sagen, dass das letztere ungleich wichtiger ist. Ich stehe an einem Ort, wo die Wasserverteilung vor sich geht an Leselokale ohne Alkohol, sie sind durch eine Wand oder eine Tür vom Alkohollokal getrennt, an allerlei schöne Vereine, die erklären, sie haben ein Lesezimmer, in dem man nicht trinke — wenn man eine Treppe höher geht kann man das nachholen, was man beim Lesen versäumt hat usw. Wenn ich alle diese Dinge ins Auge fasse, erlaube ich mir zu behaupten: es ist schade, wenn Sie 5% und mehr hingeben und nicht für die Alters- und Invalidenversicherung reservieren. Es gibt halt doch nichts Traurigeres als das, was man jetzt erleben muss: dass in den heutigen Tagen die Arbeitslosen in der Vollkraft der Jahre unterstützt werden, während die alten Leute in fast allen Kantonen nicht unterstützt werden können, weil man sie von einem Ort zum andern schiebt. Die Arbeitslosenfürsorge sagt: Ihr seid nicht mehr arbeitsfähig, daher können wir euch nicht

aus der Arbeitslosenunterstützung etwas bezahlen; und die Gemeinden sagen: Wir haben keine Altersversicherung, wir können auch nichts tun. Und so müssen diese alten Leute jetzt zuschauen.

Ich bitte also, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich mit Herrn Frank und andern Herren Sie ersuche, beim ersten Antrag des Bundesrates zu bleiben. Es würde mir grosses Vergnügen machen, wenn der h. Bundesrat zeigen würde, dass er schon das erstemal seinen Antrag ernsthaft überlegt hat, so dass er keinen Grund hat, von demselben abzugehen.

Callisch: Was ich zu sagen habe, bezieht sich auf die verfassungsmässige Garantie des Kopfteiles. Niemand in Saal weiss zu sagen, wie es mit der Bekämpfung des Alkoholismus in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten gehen wird und deswegen kann auch niemand eine Garantie übernehmen für ein bestimmtes Quantum von Alkohol, das konsumiert wird, und für einen bestimmten Geschäftsgewinn, der im eidgenössischen Alkoholamt gemacht werden wird. Und deswegen schon meine ich, hat Herr Bopp nicht unrecht, wenn er sagt, es könne dieser Kopfteile keine verfassungsmässige Sanktion im Verfassungsartikel finden, der zur Volksabstimmung gelangen wird. Hievon abgesehen macht es einen durchaus schlechten Eindruck, wenn mit Recht gesagt werden kann: Die Schweizerische Eidgenossenschaft garantiert in der Verfassung eine gewisse Mindesteinnahme aus dem Alkoholverbrauch, sie garantiert eine solche, statt sie zu bekämpfen. Der Gegensatz ist ohne weiteres klar. Diese Bestimmung «der Kopfteile darf in keinem Fall weniger als 2 Fr. betragen», ist nicht nur unschön, sie ist sogar hässlich. Die Bundesverfassung darf nicht auf dem Trinkbedürfnis der Bewohner der Schweiz beruhen. Man kann darüber allerdings eine pessimistische oder eine optimistische Auffassung haben. Wenn man eine optimistische Auffassung hat punkto Einnahmen, dann muss man sich auf den Bericht stützen, der uns jedes Jahr auf den Tisch gelegt wird von seite der Alkoholverwaltung, woraus sich auf Seite 40 des letzten Berichtes ergibt, dass 402 Millionen Franken Bruttoeinnahmen in den letzten 30 Jahren dagewesen sind, also 13 Millionen Franken Einnahmen pro Jahr. Allerdings hat man davon für Ausgaben 185 Millionen Franken gebraucht. Aber es bleiben immer noch mehr als 6 Millionen Franken pro Jahr, während der ersten 30 Jahre der Existenz der Alkoholverwaltung. Und wenn man nun nicht ein absoluter Pessimist sein will, so müsste man sagen: Dieser neue Verfassungsartikel garantiert eine Einnahme, die mindestens das Doppelte beträgt. Item, man kann darüber verschiedener Meinung sein. Aber eine Befürchtung nach der Richtung, dass die Kantone in den nächsten Jahren nicht mehr als 2 Fr. pro Kopf bekommen werden, ist absolut haltlos und nicht zu begründen. Man kann nicht sagen, das Alkoholamt könne nun verfahren wie es wolle und für den Bund und sich selber reservieren was es wolle, sondern es ist Sache der Bundesversammlung, die Rechnung und das Budget so aufzustellen, dass diese 2 Fr. im Minimum herauskommen werden. Aus allen diesen Gründen sage ich, es ist unsere Pflicht, dieses Ueberbein zu streichen, diesen Pferdefuss zu beseitigen; er gehört nicht in die Bundesverfassung.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Je désirerais beaucoup renoncer aussi à la parole, mais je crois que M. Mächler ne serait pas satisfait de cette manière de lui répondre. En ce qui concerne le partage entre les cantons et la Confédération, j'ai demandé à M. Milliet de revoir toute la construction législative au point de vue fiscal, de façon que l'on aboutisse à un résultat supérieur à celui qui avait d'abord été fixé. On nous avait parlé de 12 millions au total, mais il faut prévoir 20 à 25 millions. C'est le chiffre auquel nous devons arriver, et c'est pourquoi la répartition pourra se faire en deux parts égales au lieu de se faire en $\frac{3}{5}$ aux cantons et $\frac{2}{5}$ à la Confédération. J'espère que le conseil acceptera cette solution en considérant qu'elle se justifie par l'augmentation de la recette à répartir.

Quant à la fameuse question des deux francs, les cantons, par l'intermédiaire d'un représentant qui a très bien défendu leurs intérêts au sein de la commission, ont fait la proposition de se baser sur une norme de deux francs par tête pour la répartition aux cantons, mais je tiens à insister sur le fait que la répartition de l'année prochaine, si par exemple nous restons dans le cadre actuel, ne dépasserait pas 1.30 fr.; le Département des finances a proposé 1.25 fr. La commission des deux conseils réunie à Zurich — je regrette de n'avoir pu assister à cette séance — a décidé de porter ce chiffre de 1.25 à 1.50 fr.

Inutile de vous dire que cette proposition d'assurer un minimum de deux francs ne vient pas du chef du Département des finances. Je préférerais qu'elle disparût parce qu'enfin raisonnablement, dans tout ce qu'a dit M. Bopp, il y a tout de même un fond de vérité. Nous assurons une somme que nous ne sommes pas mathématiquement certains de pouvoir verser, je crois que nous pourrions le faire. Je dois dire qu'à moins de nous être trompés énormément dans les calculs de probabilités, nous arriverons à ces deux francs sans dépasser la moitié de la somme totale qui restera comme bénéfice de l'exploitation de la régie, mais je n'en suis pas absolument certain, parce que je n'ai pas encore ces résultats. Par conséquent, en disant qu'il fallait se contenter de poser le principe du partage, je crois avoir indiqué une solution satisfaisante. On nous a proposé ce système de deux francs par tête. J'abandonne au conseil le soin de trancher définitivement cette question.

Maintenant, l'autre grosse question consiste dans l'utilisation de la part de la Confédération. Il y a bientôt trois ans — c'était le 27 mai 1919 — que le Conseil fédéral décidait de présenter aux Chambres un projet dans lequel il proposait d'affecter la totalité de cette recette exclusivement à subventionner l'assurance vieillesse-invalidité. Depuis, on a modifié la formule. Au lieu de dire « assurance vieillesse-invalidité », on a utilisé le terme générique de « assurances sociales ». Je suis d'accord avec M. Mächler que ce terme très large peut signifier beaucoup de choses, quoiqu'il n'ait jamais été dans l'intention du Conseil fédéral — je dois le dire — et surtout pas dans l'intention du chef du Département des finances, de comprendre dans ces assurances sociales l'assurance chômage. Par contre, il était dans mes intentions et dans celles du Conseil fédéral de comprendre dans ces assurances sociales l'assurance maladie et l'assurance contre les accidents.

Voilà la raison pour laquelle nous avons substitué au terme « assurance vieillesse-invalidité » le vocable de « assurances sociales ». J'aurais désiré avoir une expression moins large, moins élastique, qui m'aurait permis de préciser qu'il s'agit bien de l'assurance vieillesse-invalidité, l'assurance maladie et l'assurance accidents qui seules peuvent être subventionnées par l'appoint venant de la régie des alcools. Si vous désirez que nous disions cela clairement dans le texte, je suis prêt à accepter une proposition dans ce sens.

Je voudrais simplement justifier cette modification. Le Conseil fédéral a cru de bonne foi en 1919 que l'on pouvait immédiatement réserver la totalité de cette recette à constituer un fonds pour plus tard. Avec M. Mächler, je suis convaincu qu'il s'agit là d'une œuvre utile et je continuerai à faire les efforts pour arriver à mettre sous toit l'assurance vieillesse-invalidité. Mais reconnaissez avec moi que depuis 1919, la situation financière de la Confédération, les besoins pécuniaires financiers nés de modifications profondes au point de vue économique, ont complètement changé la face des choses.

Additionnez — je me permets de reprendre ces chiffres — avec la dette de mobilisation, disons de 1100 à 1200 millions, les déficits des comptes annuels — cette année-ci ce sera de 150 millions et encore 100 millions pour l'année prochaine —; ajoutez à cela les 400 millions qu'a coûtés l'office de l'alimentation pour tâcher de réduire le prix des aliments nécessaires à la vie pendant la période de guerre et d'après guerre, et vous arrivez à plus de deux milliards. Comptez encore les 200 millions de subvention pour combattre le chômage. Le total va bien au-delà de 2 milliards. Cela signifie que, au 6% c'est 100 millions qui grèvent le budget de l'Etat. Je dois en assumer la responsabilité, car il y a une responsabilité individuelle à côté de la responsabilité collective du Conseil fédéral. Je dois dire que très souvent maintenant, quand je vois ce que coûte le chômage, quand je vois toutes les dépenses de plus en plus grossissantes, la responsabilité me paraît écrasante. C'est pourquoi dans le cas particulier, j'ai la conviction que le Conseil national, conscient de l'obligation qu'il a de partager cette responsabilité, comprendra que, momentanément, une partie de cette recette doit pouvoir être affectée aux assurances sociales, vieillesse-invalidité et maladies et accidents. Si M. Mächler craint que ce terme trop générique ne manque de précision je propose de remplacer les mots « assurances sociales », par « assurance vieillesse et invalidité », « assurance accidents et maladies ». Vous êtes au clair sur les intentions du Conseil fédéral, nous ne jouons pas à cache-cache. Je tenais à vous dire pourquoi nous avons modifié cette disposition; c'est pour alléger le budget de la Confédération.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich habe erklärt, dass ich in den Kampf um die Frage, ob der Anteil des Bundes der Alters- und Hinterbliebenenversicherung oder aber der Sozialversicherung, diesem weitem Begriffe, zukommen kann, keinen Spieß tragen wolle. Dagegen muss ich in den andern aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen im Sinne der Vorlage.

Herr Bopp hat zuerst den Idealismus etwas leicht gemacht und im weitem Verlauf seiner Rede ist er zu einem Idealismus gekommen, der zwar nicht von der

Liebe, aber von der Luft lebt, und der es verabscheut, dass die Kantone 2 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung für sich vorwegnehmen wollen. Die Kantone müssen das haben. Die Kantone waren die ersten auf dem Platze, sie haben bisher die Einnahmen aus dem Alkoholmonopol allein bezogen, sie sind auf diese Einnahme durchaus angewiesen. Und in dem Augenblick, da der Bund kommt und sich als Teilhaber anmeldet und die Hälfte beansprucht, ist es nicht ganz ohne, den Kantonen die bisherige Höchstsumme von 2 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung festzuhalten. Ich glaube, wenn Sie daran nicht festhalten, so wird wahrscheinlich der Ständerat diese Bestimmung wieder aufstellen.

Dann sehe ich auch nichts Ungesundes und Ueberflüssiges darin, dass 5% von den Einnahmen des Bundes für Institute weggegeben werden, die den Kampf gegen den Alkoholismus interkantonal führen. Es sind solche Institute schon vorhanden und ein weiterer Teil wird sich melden. Wir haben da mit den Trinkerheilanstalten zu rechnen, das sind alles Institute, die den Kampf direkt und interkantonal führen. Dann haben wir die Zentralstelle der Mässigkeitsvereine auch in etwas zu berücksichtigen. Im weitern werden wir die Bestrebungen für eine rationelle Volksverpflegung zu unterstützen haben. Ich bin überzeugt, dass es an Bedürfnissen und an Meldungen für diese 5% nicht fehlen wird.

Ich halte also fest an den Bestimmungen der Vorlage mit der Ausnahme, von der ich gesprochen habe.

Abstimmung. — Votation.

Al. 7.

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit.
Für den Antrag Bopp	Minderheit.

Al. 8.

Angenommen. — (Adopté.)

Al. 9.

Eventuell:

1. Für den Antrag der Kommission	Mehrheit.
Für den Antrag Bopp	Minderheit.
2. Für den Antrag Musy	Mehrheit.
Für den Antrag der Kommission	Minderheit.

Definitiv:

Für den Antrag Musy	Mehrheit.
Für den Antrag Frank	Minderheit.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Sitzung vom 8. Dezember 1921, 8 ¼ Uhr.

Séance du 8 décembre 1921, à 8 ¼ heures.

Vorsitz: } Hr. Klöti.
Présidence: }

1078. Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Revision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 475 hievor. — Voir page 475 ci-devant.)

Ziff. 3 nach Bundesrat.

Antrag der Kommission:

Streichen.

Proposition de la commission:

Biffer.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich habe Ihnen nur zu sagen, dass Ziff. 3 im Einverständnis mit dem Bundesrate gestrichen worden ist, aus der Erwägung heraus, dass diese Bestimmungen nicht in die Verfassung hinein gehören, sondern Sache der Gesetzgebung sind.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: Ce chiffre a été biffé parce que le Conseil fédéral et la commission considèrent qu'il n'appartient pas à la constitution et que cette question doit être réglée par voie législative.

Gestrichen. — (Biffé.)

Ziff. 3 des Kommissionsantrages.

Antrag der Kommission:

Art. 6 der Uebergangsbestimmungen wird gestrichen.

Proposition de la commission:

L'art. 6 de dispositions transitoires de la constitution fédérale est abrogé.

Angenommen. — (Adopté.)

II.

Antrag der Kommission:

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission:

Adhésion au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — (Adopté.)

Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1921
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.12.1921
Date	
Data	
Seite	475-506
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 239

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Liebe, aber von der Luft lebt, und der es verabscheut, dass die Kantone 2 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung für sich vorwegnehmen wollen. Die Kantone müssen das haben. Die Kantone waren die ersten auf dem Platze, sie haben bisher die Einnahmen aus dem Alkoholmonopol allein bezogen, sie sind auf diese Einnahme durchaus angewiesen. Und in dem Augenblick, da der Bund kommt und sich als Teilhaber anmeldet und die Hälfte beansprucht, ist es nicht ganz ohne, den Kantonen die bisherige Höchstsumme von 2 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung festzuhalten. Ich glaube, wenn Sie daran nicht festhalten, so wird wahrscheinlich der Ständerat diese Bestimmung wieder aufstellen.

Dann sehe ich auch nichts Ungesundes und Ueberflüssiges darin, dass 5% von den Einnahmen des Bundes für Institute weggegeben werden, die den Kampf gegen den Alkoholismus interkantonal führen. Es sind solche Institute schon vorhanden und ein weiterer Teil wird sich melden. Wir haben da mit den Trinkerheilanstalten zu rechnen, das sind alles Institute, die den Kampf direkt und interkantonal führen. Dann haben wir die Zentralstelle der Mässigkeitsvereine auch in etwas zu berücksichtigen. Im weitern werden wir die Bestrebungen für eine rationelle Volksverpflegung zu unterstützen haben. Ich bin überzeugt, dass es an Bedürfnissen und an Meldungen für diese 5% nicht fehlen wird.

Ich halte also fest an den Bestimmungen der Vorlage mit der Ausnahme, von der ich gesprochen habe.

Abstimmung. — Votation.

Al. 7.

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit.
Für den Antrag Bopp	Minderheit.

Al. 8.

Angenommen. — (Adopté.)

Al. 9.

Eventuell:

1. Für den Antrag der Kommission	Mehrheit.
Für den Antrag Bopp	Minderheit.
2. Für den Antrag Musy	Mehrheit.
Für den Antrag der Kommission	Minderheit.

Definitiv:

Für den Antrag Musy	Mehrheit.
Für den Antrag Frank	Minderheit.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Sitzung vom 8. Dezember 1921, 8 ¼ Uhr.

Séance du 8 décembre 1921, à 8 ¼ heures.

Vorsitz: } Hr. Klöti.
Présidence: }

1078. Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Revision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 475 hievor. — Voir page 475 ci-devant.)

Ziff. 3 nach Bundesrat.

Antrag der Kommission:

Streichen.

Proposition de la commission:

Biffer.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich habe Ihnen nur zu sagen, dass Ziff. 3 im Einverständnis mit dem Bundesrate gestrichen worden ist, aus der Erwägung heraus, dass diese Bestimmungen nicht in die Verfassung hinein gehören, sondern Sache der Gesetzgebung sind.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: Ce chiffre a été biffé parce que le Conseil fédéral et la commission considèrent qu'il n'appartient pas à la constitution et que cette question doit être réglée par voie législative.

Gestrichen. — (Biffé.)

Ziff. 3 des Kommissionsantrages.

Antrag der Kommission:

Art. 6 der Uebergangsbestimmungen wird gestrichen.

Proposition de la commission:

L'art. 6 de dispositions transitoires de la constitution fédérale est abrogé.

Angenommen. — (Adopté.)

II.

Antrag der Kommission:

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission:

Adhésion au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — (Adopté.)

III.

Antrag der Kommission:

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission:

Adhésion au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — (*Adopté.*)Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlusses-	63 Stimmen
entwurfes	
Dagegen	1 Stimme

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats).

Sitzung vom 12. Dezember 1921,
18 Uhr.

Séance du 12 décembre 1921, à 18 heures.

Vorsitz: } Hr. Klöti.
Présidence: }

1408. Revision des Bundesstrafrechts.
Revision du code pénal fédéral.

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 11. April 1921 (Bundesblatt II, 249). — Message et projet de loi du 11 avril 1921 (Feuille fédérale II, 497).

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Antrag der Kommissionsmehrheit:

(HH. Keller, Antognini, Fehr, Joss, Minger, Perrier, Ringger, Seiler (Liestal), Walser, Walther, Zurburg)

Eintreten.

Proposition de la majorité de la commission:

(MM. Keller, Antognini, Fehr, Joss, Minger, Perrier, Ringger, Seiler (Liestal), Walser, Walther, Zurburg)

Entrer en matière.

Antrag der Kommissionsminderheit:

(HH. Greulich, Huber, de Rabours, Schmid (Olten), Stössel, Viret)

Nichteintreten.

Proposition de la minorité de la commission:

(MM. Greulich, Huber, de Rabours, Schmid (Olten), Stössel, Viret)

Ne pas entrer en matière.

Keller, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich habe Ihnen zu referieren über die Vorlage des Bundesrates vom 11. April 1921, welche die Abänderung des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht vom 4. Dezember 1883 zum Zweck hat und welche durch die Demonstrationen von gestern und heute hier in Bern besonders aktuelle Bedeutung erlangt hat. Der Ständerat hat die Vorlage in der verflochtenen Junisession behandelt und hat sie mit wenigen Abänderungen einhellig angenommen.

Die Vorlage beschränkt sich auf die Revision des dritten Titels des zweiten Abschnittes des Bundesstrafgesetzes. Die Güter, welche durch die hier enthaltenen Strafbestimmungen geschützt werden sollen, sind die verfassungsmässige Ordnung und die innere Sicherheit. Kein Staat, der etwas auf sich hält und sich nicht selbst aufgeben will, kann auf diesen strafrechtlichen Schutz seiner wesentlichsten Grundlagen verzichten. Das gilt von der Monarchie nicht weniger wie von der demokratischen Republik und der Staatsform, die gegenwärtig in Russland besteht. Als Deutschland sich nach dem Waffenstillstande als Republik konstituierte, war seine Sorge um den Schutz ihrer verfassungsmässigen Grundlage nicht weniger gross, als vorher zur Zeit der Monarchie. Und mit welcher blutigen Mitteln der Sovietstaat Russland, das Vorbild vieler roter Schwärmer, seine Herrschaft schützt und stützt und alle ihm unbequemen Regierungen kurzerhand unterdrückt, ist genugsam bekannt.

In der Kommission ist denn auch die Notwendigkeit eines Schutzes der staatlichen Ordnung und der innern Sicherheit von keiner Seite grundsätzlich bestritten worden. Die Ansichten gingen lediglich auseinander in bezug auf das Mass des Schutzes und darüber, wie dieser Schutz im einzelnen ausgestaltet werden soll. Einige der Linken angehörenden Mitglieder der Kommission wollten es bei der gegenwärtigen Ordnung der Dinge bewenden lassen. Sie wollten von der gegenwärtigen Vorlage des Bundesrates nichts wissen und stimmten in der Kommission gegen Eintreten in die Beratung. Die Mehrheit der Kommission aber ist mit dem Bundesrate und dem Ständerate der Ansicht, dass eine zeitgemässe Umgestaltung des Bundesstrafrechtes und insbesondere eine Anpassung seiner zum Schutz der staatlichen Ordnung erlassenen Strafbestimmungen an die veränderten Verhältnisse der heutigen Zeit nicht nur wünschenswert, sondern unumgänglich notwendig sei.

Auch darin stimmt die Mehrheit der Kommission mit dem Bundesrate und dem Ständerate überein, dass die vorgeschlagene Revision des Bundesstrafrechtes als eine Angelegenheit für sich, losgelöst vom allgemeinen Strafrecht, behandelt und verwirklicht werden solle.

Es sind die heutigen Verhältnisse, namentlich auf politischem Gebiet, welche dieses Vorgehen rechtfertigen und verlangen. Die ruhigen, friedlichen Zeiten, welche die Bestimmungen des Bundesstrafrechtes zum Schutz der staatlichen Ordnung beinahe in Vergessenheit geraten liessen, sind vorbei. Der gesunde Sinn unseres Volkes, auf den man sonst zu vertrauen pflegte und an dem schon so viele volks- und staatsfeindliche Bestrebungen und Bewegungen zerschellt sind, ist da und dort ins Wanken geraten.

Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1921
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.12.1921
Date	
Data	
Seite	506-507
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 240

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

sere Ersparnisse an Zeit und Geld durch eine Revision der ganzen Militärversicherungsgesetzgebung erzielt werden könnten. Auf die Einzelheiten kann hier nicht eingetreten werden. Dagegen möchte ich wünschen, dass die massgebenden Behörden sich mit dem Versicherungsgericht nach dieser Richtung hin in Verbindung setzen. Sie erinnern sich, dass wir schon anlässlich der Behandlung des Geschäftsberichtes vom letzten Jahr auf die Revision der Militärversicherungsgesetzgebung zu sprechen gekommen sind. Wir haben festgestellt, dass so viele verschiedene Bestimmungen bestehen, die wieder frühere aufheben, dass kaum der Jurist, geschweige denn der Laie in der Lage ist, sich in diesen Rechtsmaterialien zurechtzufinden. Wir haben den Wunsch ausgesprochen, dass schon nach dieser formellen Richtung hin Remedur geschaffen werde. Es sind aber auch materielle Punkte der Revision bedürftig und es ist mir bekannt, dass ein Entwurf zu einer Revision der Militärversicherungsgesetzgebung bereits vorliegt, dass dieser Entwurf wieder der Ueberprüfung unterliegt und dass bereits Vorbesprechungen stattgefunden haben. Ich möchte den Wunsch unterstreichen, dass die Revision des Militärversicherungsgesetzes mit Beschleunigung an die Hand genommen werden möge.

Angenommen. — Adopté.

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 3. Oktober 1922.
Séance du matin du 3 octobre 1922.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Klöti.

1078. Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Revision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

Differenzen. — Divergences.

(Siehe Seite 447 ff. des Jahrganges 1921.)
(Voir page 447 et suiv. de l'année 1921.)

Titel, Ingress und I, 1, Art. 31, lit. a. — Titre, préambule et I, 1, art. 31, lettre a.

Antrag der Kommission
vom 31. August 1922.

Bundesbeschluss

betreffend

die Revision der Art. 31 und 32 bis (Alkoholwesen) der Bundesverfassung.

(Rest festhalten nach Beschluss des Nationalrates vom 8. Dezember 1921.)

Proposition de la commission
du 31 août 1922.

Arrêté fédéral

concernant

la revision des art. 31 et 32 bis (régime des alcools) de la Constitution.

(Le reste est maintenu d'après la décision du 31 août 1921.)

Gamma, Berichterstatter der Kommission: Endlich ist Ihre Kommission in der Lage, über die Differenzen, wie sie sich aus der Beratung des Nationalrates vom 8. Dezember 1921 und der des Ständerates vom 6. April 1922 ergeben haben, zu berichten.

In der Zwischenzeit sind wir an Erfahrungen reicher geworden. Ein Volksentscheid im europäischen Norden mag uns zeigen, dass unsre Bestrebungen auf dem richtigen Wege sind. Und dann sprechen die Alkoholrechnung 1921 und der überreiche Obstsegen dieses Jahres laut von der Haltlosigkeit der Reform von 1885 und der Dringlichkeit, den freien Branntwein zu unterwerfen. Ueberzeugt, dass es aller Anstrengungen bedarf, um die Vorlage durchzubringen, möchte ich alles vermieden wissen, was ihr Schaden bringen kann. Und Schaden kann ihr bringen das viele Gerede von einer allgemeinen Getränkesteuer. Ich glaube, in der Eintretensdebatte nachgewiesen zu haben, wie unendlich schwer es hält, unsere gegorenen Getränke der fiskalischen Belastung zu unterwerfen. Die Verhältnisse sind seither nicht besser geworden, und es lässt sich wohl sagen, dass das Projekt einer Getränkesteuer auf absehbare Zeit zu den frommen Wünschen gehört und heute nur geeignet ist, unsrer Vorlage im Volke zu schaden.

Eine grössere Gefahr zeigt uns der Kampf um die Zweiliterbestimmung. Der Ständerat hat diese Bestimmung einfach gestrichen in Uebereinstimmung mit dem ursprünglichen Antrag des Bundesrates, und wir könnten das vielleicht als das Richtige ansehen, wenn wir noch am Anfang unsrer Beratungen stünden. Heute aber stehen sich die Kampfparteien schon gerüstet gegenüber. Die Konsumvereine verlangen kategorisch die Aufrechterhaltung des Zweiliterartikels, die Wirte aber nicht minder entschieden dessen Beseitigung. So steht zu befürchten, dass in der Volksabstimmung die Nebensache zur Hauptsache gemacht und das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Bei Ihrer Kommission befestigte sich angesichts dieser Sachlage die Meinung, dass nun von einer einfachen Beseitigung der Zweiliterbestimmung nicht mehr die Rede sein könne. Ein Ausweg wurde gesucht, und er wurde gefunden in der Teilung der Materie für die Volksabstimmung. Das Volk soll die Bestimmungen über die gebrannten Wasser und die Bestimmungen über die nicht gebrannten Wasser getrennt beurteilen. Damit hofft man, der Hauptaufgabe eine sachlichere Behandlung zu sichern.

Der Bundesrat hat nun über diese Zweiteilung der Vorlage einen Antrag gestellt, und da dieser Antrag eine Neuerung bedeutet, muss hier auf den Art. 5, Abs. 2, des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr der eidgenössischen Räte Rücksicht ge-

nommen werden. Dieser Absatz lautet: « Die weitere Beratung hat sich ausschliesslich auf die Punkte zu beschränken, über welche eine Einigung nicht zustande gekommen ist, es wäre denn, dass ein neues Eintreten durch beschlossene Aenderungen erforderlich wäre, oder dass die Kommissionen beider Räte übereinstimmend einen bezüglichen Antrag stellen. »

Dieser Forderung ist Genüge geleistet. Die beiden Kommissionen haben den Antrag des Bundesrates auf Trennung der Vorlage mit voller Einstimmigkeit angenommen. Wie getrennt werden soll, darüber gibt Ihnen die kleine Beilage Aufschluss. Ich nehme nun an, dass Sie zunächst die Differenzen behandeln und erst am Schluss dann über diese Zweiteilung beschliessen wollen.

In bezug auf den Titel habe ich nichts zu bemerken, dagegen über die redaktionelle Differenz bei Art. 31, lit. a. Der Ständerat glaubte hervorheben zu müssen, dass die Worte « das Salz- und Pulverregal und die eidgenössischen Zölle » noch aufrecht bleiben. Die nationalrätliche Kommission sieht die Notwendigkeit, die Vorlage unschön, gleichsam mit Pulver und Blei zu eröffnen, nicht ein, da im Titel der Vorlage schon deutlich gesagt ist, dass sie sich nur auf das Alkoholwesen bezieht und unmöglich auch die Regale und Zölle betreffen kann. Wir ersuchen daher, an der Fassung des Nationalrates festzuhalten.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: M. le président de la commission a introduit la question en disant que nous avons à traiter tout d'abord les divergences, quitte à passer ensuite aux autres questions qui doivent être vous être soumises par décision des commissions des deux conseils. J'aurais cependant quelque chose à dire au sujet du préambule qui porte d'après la décision du Conseil national: « Arrêté concernant la revision des art. 31, 32, 32bis de la constitution. » Après entente avec la commission du conseil des Etats et à la demande de M. le chef du département fédéral des finances, nous avons décidé de vous proposer de supprimer l'art. 32 dans l'intitulé du préambule, ceci pour ne pas compliquer la votation. L'art. 32 d'ailleurs n'est plus applicable, il est périmé, et n'aurait plus rien à faire dans la constitution. C'est une branche de bois sec sur l'arbre constitutionnel. Néanmoins, pour que les électeurs ne risquent pas d'embrouiller la question, on a pensé qu'il valait peut-être mieux ne pas y toucher. C'est pour la même raison que nous vous demandons de maintenir la décision du Conseil national au sujet de l'art. 31, litt. a, dont le Conseil des Etats avait éliminé les mots se rapportant à l'application de l'art. 32. Ces deux branches mortes resteront donc, si vous êtes d'accord, jusqu'à nouvel ordre dans la constitution.

J'arrive à la première divergence de fond. Le Conseil des Etats a jugé qu'il y avait lieu de supprimer de l'art. 31bis, lettre c, la disposition relative au système des deux litres. Aujourd'hui, c'est la constitution fédérale qui règle la question du commerce à l'exporté des boissons fermentées. A l'avenir cette réglementation sera de la compétence des cantons. Mais le Conseil national a ajouté, conformément aux dispositions en vigueur, que le commerce des boissons fermentées en quantités inférieures à deux litres ne devait pas être soumis à des impôts spéciaux. Le Conseil des Etats a jugé préférable de

biffer cette dernière disposition revenant ainsi au projet initial du Conseil fédéral. La majorité de votre commission est persuadée au contraire que si l'on touche peu ou prou au commerce en détail des boissons fermentées et si l'on donne au peuple le sentiment que le litre de vin que l'ouvrier va chercher à l'épicerie pourra être frappé d'un impôt cantonal spécial, le projet sera repoussé. Nous vous proposons, pour cette raison, de maintenir notre précédente décision.

Angenommen. — Adopté.

Lit. b.

Antrag der Kommission.

Lit. b wird durch folgende Bestimmung ersetzt:
« Die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung und der Verkauf gebrannter Wasser nach Massgabe des Art. 32bis. »

Proposition de la commission.

La lettre b est remplacée par la disposition suivante:
« La fabrication, l'importation, la rectification et la vente des alcools obtenus par distillation, en conformité de l'art. 32bis. »

Angenommen. — Adopté.

Lit. c und Art. 32bis, Abs. 2. -- Lett. c et art. 32bis, al. 2.

Antrag der Kommission.

Lit. c und Art. 32bis, Abs. 2, werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Art. 31, lit. c. Das Wirtschaftswesen und der Kleinhandel mit geistigen Getränken, in dem Sinne, dass die Kantone auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Wirtschaftsgewerbes und des Kleinhandels mit geistigen Getränken den durch das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen unterwerfen können. Jedoch darf der Handel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Liter mit besonderen Abgaben nicht belegt werden.

Proposition de la Commission.

La lettre c et l'art. 32bis, al. 2, sont remplacés par la disposition suivante:

« Art. 31, lettre c: Tout ce qui concerne les auberges et les commerces en détail des boissons spiritueuses en ce sens, que les cantons ont le droit de soumettre, par voix législative aux restrictions exigées par le bien-être public l'exercice du métier d'aubergiste et le commerce en détail des boissons spiritueuses. Toutefois, le commerce, en quantité de deux litres ou plus des boissons fermentées ne doit pas être soumis à des impôts spéciaux. »

Gamma, Berichterstatter der Kommission: Der Ständerat hat das Wort Wirtschaftswesen in der vierten Zeile in « Wirtschaftsgewerbe » umgewandelt. Dieser Ausdruck ist richtiger; wir stimmen bei. Den zweiten Satz von lit. c, die sogenannte Zweiliterbestimmung, hat der Ständerat gestrichen. Seine Kommission ist aber damit einverstanden, dass er

aufrecht bleibt in der Voraussetzung, dass dann die Zweiteilung beschlossen wird. Er soll also vorderhand aufrechterhalten werden.

Angenommen. — Adopté.

Ziff. 2, Ingress und Art. 32bis, Abs. 1—6.

Antrag der Kommission.

2. Art. 32bis, Abs. 1, 3 und 4, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Art. 32bis. 1. Die Gesetzgebung . . . (Rest Zustimmung zum Beschluss des Ständerates vom 6. April 1922).

Proposition de la commission.

2. L'art. 32bis, al. 1, 3 et 4, est remplacé par la disposition suivante:

« Art. 32bis. 1. Le droit de légiférer . . . (pour le reste adhésion à la décision du Conseil des Etats du 6 avril 1922).

Angenommen. — Adopté.

Abs. 7, Al. 7.

Antrag der Kommissionsmehrheit.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Proposition de la majorité de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Antrag der Kommissionsminderheit

(HH. Bucher, Frank, Naine).

Festhalten am Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la minorité de la commission

(MM. Bucher, Frank, Naine).

Maintenir la décision du Conseil national.

Gamma, Berichtstatter der Kommission: Artikel 32bis, Abs. 7, befasst sich mit der Verteilung des Reingewinnes. Die Kommission teilt sich hier in eine Mehrheit und Minderheit. Die Mehrheit, in deren Namen ich spreche, beantragt redaktionell und materiell Zustimmung zum Beschluss des Ständerates, der den ursprünglichen Antrag des Bundesrates, drei Fünftel den Kantonen und zwei Fünftel dem Bunde zuzuweisen, wieder aufgenommen hat. Die Minderheit der Kommission beantragt Festhalten am Beschluss vom 8. Dezember 1921, wonach der Gewinn zu gleichen Hälften zwischen Bund und Kantonen zu teilen ist, unter Beifügung der Klausel, dass der Anteil der Kantone mindestens zwei Franken auf den Kopf der Bevölkerung betragen müsse.

Diese Mindestklausel bedeutet eine Sicherstellung der bisherigen Einnahme der Kantone und ist für diese nicht ganz ohne Wert. Andererseits wird dem Umstand, dass die Kantone bisher allein berechtigt waren, im Dreifünftelanteil gebührend Rechnung getragen. Es muss im weitem eingestanden werden, dass ein Vorrecht der Kantone bis auf zwei Franken pro Kopf auch seine unbequeme Seite haben kann. Es können vorübergehend Störungen in der Rechnung

eintreten oder sogar Zeiten kommen, welche die gewohnten Ziffern umstürzen, und da scheint eine einfache Festlegung der Anteile, ohne einen beschwerenden Zusatz, doch das Richtigere zu sein. Wenn wir vorschreiben, dass die fiskalische Belastung verbrauchsvermindernd wirken muss und wir dabei den zukünftigen Reingewinn auf das Dreifache des bisherigen einschätzen, so würden sich die Kantone doch erheblich besser stellen. Es wäre daher nicht unbillig, dass sie auch ein Risiko tragen helfen. Die Kommissionsmehrheit glaubt also, dass die Kantone sich in diese Rechnung finden sollten und beantragt Zustimmung zum Ständerat.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: Au sujet de la répartition du produit du monopole de l'alcool le Conseil des Etats est revenu au projet initial du Conseil fédéral. Nous proposons, nous, de répartir les recettes moitié entre la Confédération et les cantons. Nous vous demandons aujourd'hui d'adhérer sur ce point aux décisions des Etats et d'attribuer $\frac{3}{5}$ aux cantons et $\frac{2}{5}$ à la Confédération, ceci vu les difficultés actuelles des finances cantonales et la peine que les cantons ont à se procurer de nouvelles ressources. Cependant une minorité de la commission propose de maintenir l'ancienne décision du Conseil national.

Frank: Die Kommissionsminderheit stellt den Antrag, am Beschluss des Nationalrates vom 8. Dezember 1921 festzuhalten, in der Meinung, dass dem Bund aus dem Reingewinn des Alkoholmonopols die Hälfte zugeschoben werden soll, anstatt der zwei Fünftel, wie sie vom Ständerat beschlossen und von der Mehrheit Ihrer Kommission beantragt worden sind. Dabei halten wir es nicht für eine Sache von grundsätzlicher Bedeutung, ob der Schlusssatz bei Abs. 2 gestrichen werde oder nicht. Wir sind nicht unglücklich, wenn dieser Schlusssatz gestrichen wird, weil er ohnehin belanglos ist, da durch die erhöhten Einnahmen ein Kopfanteil von zwei Franken ohnehin gesichert ist. Wir meinen also, der Schlusssatz hat keine grosse praktische Bedeutung.

Dagegen sind andere Gründe massgebend für unsern Antrag, es sei am Beschluss des Nationalrates festzuhalten. Massgebend ist vor allem einmal die Höhe und die Verwendung des Reingewinnes. Gemäss Abs. 9 von Art. 32bis ist der Bund verpflichtet, seinen Anteil vom Reingewinn aus dem Monopol zu verwenden: zu 95 % für die Zwecke der Finanzierung der Altersversicherung und der Kranken- und Unfallversicherung, und zu 5 % für die Bekämpfung des Alkoholismus. Wir bedauern es heute noch, dass der Nationalrat damals nicht dem Bundesrat gefolgt ist und nicht den gesamten Anteil aus dem Alkoholmonopol verwenden will für die Zwecke der Durchführung der Altersversicherung. Um so mehr glauben wir, dass es Pflicht des Rates sei, nicht noch mehr Abstriche am Anteil des Bundes zu machen, der seinen Anteil für soziale Zwecke verwenden muss.

Mit dem Beschluss des Ständerates wird der Bund in seinen Mitteln abermals gekürzt und beschränkt in der Ausführung der Sozialvorlagen und der Versicherungen. Bei diesem Anlass könnte auch die Motion des Herrn Nobs angeführt werden und ihre Beantwortung durch Herrn Bundesrat Schulthess.

Wir haben bei jenem Anlass gehört, dass keine Mittel vorhanden seien für die Alters- und Invalidenversicherung. Hier wären nun Mittel vorhanden, wenn auch nicht in grossem Umfange, dadurch, dass der Bund die Hälfte des Reingewinnes erhält für soziale Zwecke, anstatt nur $\frac{2}{5}$. Es ist deshalb unverständlich, warum man dem Bund diese Mittel noch beschneiden will, während doch keine Veranlassung vorliegt, von dem früher als richtig erkannten Grundsatz abzuweichen.

Dann ist noch ein anderer Grund für uns massgebend. Aus der Vorlage und den Wandlungen, die sie in den Kommissionsberatungen gemacht hat, geht deutlich hervor, dass man das Uebel nicht an der Wurzel fassen will, wie anfänglich betont wurde, ich meine das Uebel der Schnapspest, über die bekanntlich soviel gejammert und lamentiert wird. Wohl der beste Kenner der Materie ist der gewesene Alkoholdirektor Milliet. Er hat in der Kommission immer den Standpunkt eingenommen, dass eine Bekämpfung der Schnapspest nur dann möglich sei, wenn die bisher dem Alkoholgesetz nicht unterstellten Branntweine unter die Kontrolle des Bundes kämen; aber nicht bloss dies, sondern dass auch eine Kontingentierung mit bezug auf die Verwertung der Rohstoffe platzgreifen müsse. In seinem ersten Diskussionsentwurf zum neuen Alkoholgesetz hat er festgelegt, dass auf den Kopf der Bevölkerung nur 1,2 Liter Obstbranntwein erzeugt werden dürfe. Knapp vier Wochen nach dem ersten Entwurf kam ein zweiter heraus, der diese Bestimmung nicht mehr enthielt. Der Alkoholdirektor musste dem Druck von gewisser Seite nachgeben, die verlangt hatte, dass sämtliche Rohstoffe restlos zur Verwendung gelangen sollen.

Diese Seite ist selbstverständlich die Landwirtschaft, die stets verlangt hat, dass die Obstabfälle, Weintrester usw. restlos zur Verwendung gelangen müssen. Es wurde auch gefordert, dass der Bund sich verpflichten müsse, jedes Quantum Alkohol abzunehmen und zwar zu Preisen, die der Landwirtschaft eine angemessene Verwertung sichert. Den Löwenanteil aus der Revision der Verfassungsartikel des Alkoholgesetzes sollen also die Landwirtschaft und die Kantone erhalten. Ich möchte ausdrücklich feststellen, dass wir der Landwirtschaft eine angemessene Verwertung ihrer Rohstoffe nicht missgönnen halten aber dafür, dass dem Bund ebenfalls die Mittel gegeben werden sollen zur Finanzierung der Sozialversicherung. Der Alkoholdirektor hat immer erklärt, solange Branntwein gebrannt wird, wird er auch getrunken. Die Schnapspest lässt sich nach wie vor nicht eindämmen, solange einer Kontingentierung der Alkoholflut Opposition gemacht wird. Deshalb ist es unverständlich für uns, dass man dem Bund die Mittel noch mehr schmälern und dass man nichts dazu beitragen will, um aus diesem Sündengeld, man darf das wohl sagen, etwas beizusteuern für die Armen und die notleidenden Volksklassen. Wir sind deshalb der Ansicht, dass der Nationalrat gut beraten war bei der Fassung seines ersten Beschlusses, als er den Reingewinn aus dem erweiterten Monopol zu gleichen Teilen dem Bund und den Kantonen zuteilen wollte, um so dem Bunde die Möglichkeit zu geben, seine Aufgaben zu erfüllen. Es waren hauptsächlich Gründe referendumpolitischer Natur, als man der Landwirtschaft so weit entgegenkam. Man

befürchtete die Verwerfung des Gesetzes und deshalb wurden Konzessionen gemacht. Die Frage stellt sich aber nun doch so: Ist der Wille vorhanden, dem Bunde die Mittel zu gewähren zur Erfüllung seiner Aufgaben oder nicht? Ist dieser Wille vorhanden, dann müssen Sie am Beschluss des Nationalrates vom 8. Dezember festhalten. Wenn Sie aber dem Beschlusse des Ständerates und dem Antrage der Kommissionsmehrheit folgen, wenn der Bund in seinen Mitteln noch mehr gekürzt werden soll, dann wird die Arbeiterschaft auch ein Wort mitsprechen am Tage der Abstimmung; dann hat sie keine Veranlassung, diesem Gesetze zuzustimmen, das wiederum nichts anderes bedeutet als eine Verschleppung der sozialen Postulate. Ich empfehle Ihnen deshalb Festhalten am bisherigen Beschluss des Nationalrates.

Obrecht: Herr Frank hat Ihnen erklärt, es gehe nicht wohl an, dass den Kantonen hinterher eine grössere Quote zuerkannt werde, als ursprünglich vorgesehen sei. Wenn wir auf den Ursprung zurückgehen wollen, so bildet die bundesrätliche Vorlage vom Jahre 1919 den Ursprung. In dieser Vorlage war bereits das Verteilungsverhältnis 40 zu 60 % vorgesehen. Wenn der Bundesrat schon damals auf dieses Verteilungsverhältnis: $\frac{3}{5}$ den Kantonen und $\frac{2}{5}$ dem Bunde gelangt ist, so geschah es deshalb, weil auch der Bundesrat sich sagen musste: Bis jetzt hat das Alkoholmonopol in seinem Ertrag ausschliesslich den Kantonen gehört und der Bund hatte daran gar keinen Anteil. Wenn nun der Ertrag des Monopols zufolge einer Erweiterung desselben gesteigert werden kann, so ist es recht und billig, dass der Bund sich am Ertrag auch beteiligt, aber in einem Verhältnis, das doch immerhin der Tatsache Rechnung trägt, dass bis jetzt die Kantone die einzigen Nutzniesser des Monopoles waren. Wir im Nationalrat haben dann das Verhältnis zuungunsten der Kantone verändert. Wir gingen vom Verhältnis 60 % den Kantonen und 40 % dem Bunde über zu einer Verteilung zu je 50 %, aber mit dem Zusatz, dass den Kantonen eine Minimalquote von Fr. 2 pro Kopf gesichert sei. Damit konnten sich die Kantone sehr wohl einverstanden erklären, denn in dieser Minimalgarantie liegt eine effektive Sicherstellung zum mindesten des bisherigen Ertragnisses. Sie haben gestern oder heute in der Presse den bundesrätlichen Verhandlungen entnehmen können, dass der Ertrag des jetzigen Monopoles zusammengeschrumpft ist auf unter 2 Millionen Franken, währenddem jahre-, ja eigentlich jahrzehntelang der Durchschnitt 6—7 Millionen Franken betrug. Sie sehen, dass es Zeiten geben kann, wo der Ertrag des Monopols sehr zweifelhaft ist, und in diesen schlechten Jahren müsste nach dem Beschluss des Nationalrates der Bund Fr. 2 pro Kopf der Bevölkerung an die Kantone auszahlen. Der Ständerat kam zu der Ansicht, es sei besser, diese Minimalgarantie auszuschalten und einfach das Verhältnis wieder herzustellen, wie es in der bundesrätlichen Vorlage von Anfang an vorausgesehen war. Und für uns handelt es sich heute darum, entweder diesem ursprünglichen Verhältnis zuzustimmen oder festzuhalten am Beschluss des Nationalrates mit der Minimalgarantie von Fr. 2 pro Kopf der Bevölkerung. Vom Standpunkt der Kantone aus wäre der Antrag des Nationalrates

eher vorteilhaft, aber weil man nun einmal an dieser Minimalgarantie Anstoss genommen hat, so soll man sie beseitigen, aber indem man das ursprüngliche Verhältnis 60 und 40 % wieder herstellt.

Herr Frank sagte, wir nähmen dem Bunde etwas weg von dem Ertrag, der der Alters- und Invalidenversicherung zugute käme und gäben dementsprechend den Kantonen mehr. Ich kann mir die Verwirklichung der Alters- und Invalidenversicherung nicht vorstellen in Gestalt einer zentralen Bundesanstalt, sondern ich glaube, wir werden unter allen Umständen zu einer Lösung kommen, wo das Schwergewicht der Organisation und Verwaltung bei den Kantonen liegt. Die Kantone werden dabei auch finanziell beitragen müssen. Es haben bereits eine grosse Reihe von Kantonen Vorbereitungen getroffen durch Anlage von Fonds. Der Kanton Glarus hat sogar eine Alters- und Invalidenversicherung in bescheidenem Rahmen bereits eingeführt. Darüber, dass das Schwergewicht der Verwaltung und der Organisation der Alters- und Invalidenversicherung bei den Kantonen liegen wird, werden wir nicht hinwegkommen. Wenn aber die Kantone mitarbeiten und beitragen müssen, haben wir auch ein grosses Interesse daran, dass die Kantone möglichst bald wieder aus ihrer Finanzmisere herauskommen. Wenn Herr Frank auf der einen Seite befürchtet, die Kantone bekämen zuviel und die Alters- und Invalidenversicherung zu wenig, so ist diese Befürchtung absolut unbegründet.

Wenn er ferner sagt, referendumpolitisch sei es ein Nachteil, wenn wir zurückkriechen, so haben wir auf der andern Seite einen enormen Vorteil bei der Vertretung dieses Verfassungsartikels vor dem Volk, wenn wir sagen können, die Kantone kommen zu einer ganz beträchtlichen Mehreinnahme, die vorderhand dazu dienen kann, die missliche Finanzlage wieder zu verbessern, ihre gestörten Gleichgewichte wieder herzustellen. Mit der sukzessiven Verbesserung der Finanzlage der Kantone würde es wieder möglich, die Kantone finanziell heranzuziehen an die Verwirklichung der Alters- und Invalidenversicherung. Vom referendumpolitischen Standpunkt aus oder vom Interessenstandpunkt für die Alters- und Invalidenversicherung kommt es deshalb ziemlich auf dasselbe heraus, ob wir mehr da oder mehr dort helfen, aber die Billigkeit erfordert es, dass wir mit Rücksicht auf die Tatsache, dass bis jetzt der gesamte Ertrag des Alkoholmonopols ausschliesslich den Kantonen gehörte, den Kantonen eine kleine Vorrangstellung zuerkennen und diese darin ausdrücken, dass wir den Kantonen 60 und nicht bloss 50 % und 40 % der Bundeskasse. Ich empfehle Ihnen deshalb, im Sinne des Mehrheitsantrages, Zustimmung zum Ständerat.

Steiner (Kaltbrunn): Die Ausführungen des Herrn Frank nötigen mich zu einer Bemerkung. Er hat behauptet, man habe das Gesetz aus referendumpolitischen Gründen so gefasst, damit die Landwirte eine Garantie hätten für den Absatz der Abfallprodukte aus der Obstproduktion. Das ist nicht ganz richtig, aber richtig ist, dass aus referendumpolitischen Gründen die Forderung der Landwirtschaft, die Biersteuer zu gleicher Zeit zu bringen, also alle alkoholischen Getränke zu besteuern, abgelehnt wurde. Das waren referendumpolitische Gründe gegenüber einer andern Gruppe.

Ich möchte den Vorwurf zurückweisen, als ob man eine erhebliche Begünstigung der Landwirtschaft aus referendumpolitischen Gründen vorgesehen habe; es ist gewiss eine Begünstigung der Landwirtschaft, dass man gesagt hat, die Produkte müssen der Landwirtschaft abgenommen werden, aber nicht aus referendumpolitischen Gründen. Wenn man einem Produzenten in der Verwertung der Produkte die Zwangsjacke anlegt und sagt, du wirst monopolisiert, die Verwendungsmöglichkeit der Produkte wird beschränkt, so hat er ein Recht darauf, zu verlangen, dass ihm ein Entgelt dafür gegeben werde, das dem normalen Arbeitslohn entspricht. Wenn man ihm diese Zwangsjacke nicht anlegt, hat er die Freiheit jedes andern Produzenten, die schlechten und guten Zeiten auszunützen, wenn man ihm die Produktion einschränkt durch Zwangsbestimmungen. In der Monopolisierung ist die Berechtigung gegeben, dass man dem Landwirte eine gewisse Garantie gibt, diese monopolisierten Artikel auch absetzen zu können.

Und nun die folgende Behauptung. Herr Frank behauptete, die drei Fünftel, die den Kantonen zukommen sollen, kommen doch nicht den Kantonen zu, sondern müssen bei dieser Erhöhung der Garantie der Abnahme der Tresterabfälle den Bauern zugute kommen. Das ist nun nicht richtig. Diese Verteuerung des Sprites durch Abnahmepflicht von Obsttrester wird bedingen, dass der Trinksprit auf einen hohen Verkaufspreis steigen muss. Ich frage Herrn Frank, ist es ein Landesunglück, wenn der Schnaps teuer wird? Im Gegenteil, ein grosses Landesunglück ist es, wenn der Schnaps recht viel billiger wird. Dann ist er eine um so grössere Gefahr für das Volkswohl. Und eine Verteuerung des Gewerbesprites und des Industriesprites ist sowieso durch den Wortlaut des Artikels vollständig ausgeschlossen. Im übrigen hatte ich keine Bemerkungen zu machen. Mein Herr Vorredner, Herr Obrecht, hat bereits die übrigen Punkte widerlegt.

Brodbeck: Die Bemerkungen des Herrn Obrecht haben mich dazu bestimmt, das Wort zu verlangen. Ich anerkenne durchaus die objektiven Ausführungen meines Herrn Vorredners. Aber ich glaube, Herr Obrecht befindet sich in einem Punkte im Irrtum. Er sagt nämlich, die zukünftige Invalidenversicherung, wie wir sie der Kürze halber nennen wollen, werde in der Hauptsache den Kantonen zur Ausführung überwiesen werden. Ich persönlich erkläre mich einverstanden mit dieser Auffassung, denn ich bin persönlich auch kein Freund der Bundesbureaukratie und glaube, dass auf dem Wege der Dezentralisation diese für unser Volk wohl wichtigste Frage am besten gelöst wird.

Aber Herr Obrecht vergisst, dass es sich nicht darum handelt, die Betriebsrechnung für die zukünftige Invalidenversicherung aufzustellen, sondern den Fonds zu äpfeln, welcher die wichtigste Voraussetzung der Einführung dieser Versicherung überhaupt bildet. Wir müssen aber den Bundesanteil derart äpfeln, dass diese wichtigste Voraussetzung der Versicherung auch tatsächlich geschaffen wird. Und da ist es nicht gleichgültig, ob die Hälfte dem Bunde zugewiesen werden soll mit der Auflage, dass 95 % in den Fonds eingeworfen werden, oder bloss 40 %, oder ob wir das Geld schon im voraus an die Kantone

verplempern. Wenn wir dieses Geld an die Kantone überweisen, dann werden die Kantone es nicht benützen für die Fundierung der Invalidenversicherung, sondern sie werden es zur Deckung ihrer Staatsausgaben verwenden bis zu dem Moment, wo endlich einmal die Versicherung in Kraft tritt. Ich glaube auch, es sei referendumpolitisch von grösster Bedeutung, dass wir dem Volke klar machen und namentlich dem Bauern, dass dieses Geld, das der Bund zur Hälfte erhält, zu 95 % für diesen Spezialzweck verwendet wird und nicht für allgemeine Staatszwecke. Denn auch ich erkläre ganz offen, dass, wenn das Geld zu allgemeinen Bundeszwecken verwendet würde, ich für das Alkoholmonopol nicht zu haben wäre, weil ich von dem grössten Misstrauen erfüllt bin gegenüber der Art und Weise, wie gegenwärtig im Bunde gewirtschaftet wird (Unruhe, Zuruf von Bundesrat Musy!). Es tut mir leid, Herr Bundesrat, ich muss das erklären, gemäss meiner Ueberzeugung. Wenn aber die Zusicherung gegeben ist, dass das Geld in einen Spezialfonds hineinkommt, dann werden die Bauern und auch die Arbeiter Ja dazu sagen. Ich rede auch von den Bauern, aus ganz bestimmten Wahrnehmungen heraus. Ich habe gelesen, dass am letzten Sonntag der Basellandschaftliche Landwirtschaftliche Verein, dessen Präsident, der Nationalratskandidat Ast, ein zielbewusster Bauernführer ist, sich einstimmig gegen das Gesetz ausgesprochen hat. Man scheint also dort nicht so begeistert zu sein von der ganzen Alkoholgeschichte. Ich glaube daher, es sei referendumpolitisch sehr klug, wenn den Bauern, die an dieser Versammlung ganz nur von privaten, von Standes- und Klasseninteressen geleitet waren, gesagt wird, sie werden sich eine gewisse Beschränkung gefallen lassen müssen in bezug auf die so beliebte Hausbrennerei — das ist ja der Hauptpunkt des ganzen Widerstandes, wie ich die Sache verstehe, wenigstens in meinem Heimatkanton —, weil ja die ganze Hälfte des Monopolertrags an den Bund abgeführt wird, mit der Auflage, dass er 95 % davon in den Versicherungsfonds hineinwerfe. Und ich glaube, es ist vom Ständerate unklug gewesen, dass er wiederum den Kantonen mehr zuhalten will, statt den ursprünglichen Beschluss des Nationalrates zu respektieren.

Ich möchte daher darauf dringen, und zwar nicht nur vom Parteistandpunkte aus, sondern vom Standpunkte der sozialen Wichtigkeit der Invaliditätsvorlage aus, dass der ursprüngliche Beschluss des Nationalrates wieder aufgenommen werde. Wenn Sie diesen Widerstand nicht überwinden, so werden Sie das Gefühl auslösen, man hintertreibe die Invalidenversicherung.

Nun ein Wort an die Freisinnige Partei. Ich habe in den Zeitungen gelesen von der letzten Delegierten-tagung der freisinnigen Partei, da hiess es bezüglich der Alters- usw. Versicherung: Man wolle hier ein Ehrenwort einlösen. Ich betrachte es deshalb als selbstverständlich, dass die Herren Kollegen dieser Partei ebenfalls zum alten Beschluss des Nationalrates stehen werden, um dieses Ehrenwort einzulösen. Denn wenn Sie zum ständerätlichen Beschlusse stehen, so werden wir daraus ersehen müssen, dass es Ihnen nicht ernst ist mit Ihrem Ausspruch.

Bopp: Die erste Beratung der Vorlage fand hier vor etwas mehr als $\frac{3}{4}$ Jahren statt. Ich habe damals

zu den Ziffern 7 bis 9 Abänderungsanträge gestellt. Sie sind vom Nationalrate nicht angenommen worden. Dagegen hat der Ständerat in Ziff. 7 den einen derselben berücksichtigt, als ich nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern im Interesse der Gesetzgebung und ihrer Klarheit überhaupt, die Festsetzung des Kopfanteiles, der abzugeben sei aus dem Gewinn, d. h. die zum voraus erfolgte Feststellung des Gewinnes und eines Minimums des Anteils, angefochten habe. Jenen Streichungsantrag hat der Ständerat heute angenommen.

Nun aber muss ich Ihnen offen gestehen, ich hatte damals Voraussetzungen gehegt, die mir heute nicht mehr zu bestehen scheinen, und es will mir vorkommen, dass der Streit, der Hauptstreit, an dem sich auch die Sozialdemokraten beteiligen, um Ziff. 7, ein Streit um des Kaisers Bart sei: nämlich der Streit um die künftige Versicherung, die dann erst in Ziff. 9 festgelegt werden soll. Nun muss ich Ihnen schon erklären, dass ich, wenn Ziff. 9 angenommen wird, das Gesetz verwerfen werde. Es will mir scheinen, es gehe nicht wohl an, dass wir zum vornherein in einer sozusagen nebensächlichen Bestimmung über die Verteilung des Reingewinnes irgend einer Unternehmung schon erklären, so und soviel davon fällt dem und dem Zwecke zu, der noch gar nicht realisiert ist. Wir wissen noch gar nicht, wird diese Versicherung unser Volk oder unser Rat überhaupt gutheissen. Kommt sie zustande oder nicht? Davon habe ich keine Ahnung. Es ist kein Vorbehalt geschaffen dafür, dass nur für den Fall, als diese Versicherung zustande komme, diese Beträge an sie zu fallen haben.

Aber was mich am meisten stört, ist, dass in einer Gesetzgebung, die eine ganz andere Materie beschlägt, in Tat und Wahrheit diese nebensächliche Bestimmung eigentlich den Entscheid für etwas ganz anderes fällen soll, das eine Materie zum mindesten für sich ist. Abgesehen davon, dass es sich je länger je mehr und speziell jetzt bei der gegenwärtigen Hoffnungslosigkeit unserer Finanzlage, wie sie gestern von Herrn Dr. Schär sehr richtig gezeichnet worden ist, als unangänglich, erweist — Sie mögen da von Reaktion sprechen oder nicht, es ist mir gleichgültig — zu Separatzwecken irgend welcher Art, Stiftungen und Fonds zu gründen, bevor wir einmal eine gesündere Finanzlage für den Bund geschaffen haben. Ich meinerseits erkläre grundsätzlich, dass ich keinerlei grossen Fondsanlagen zustimme und keiner Schaffung von Separatfonds für diesen oder jenen Zweck, er möge noch so schön sein, so lange der Bund sich in der Misère befindet, wie dies gegenwärtig der Fall ist.

Was würden wir von einem Privaten sagen, der Geldanlagen auf einer Sparkasse für diesen oder jenen zukünftigen Zweck machen würde, der aber seine Schulden auflaufen und hängen liesse, ohne sie irgendwie zu berichtigen. — Dem kann ich nicht zustimmen. Ich kann keinen Antrag stellen, denn ich habe mich mit dem Herrn Präsidenten zuvor darüber besprochen, ob ein Streichungsantrag zu Ziff. 9 heute noch zulässig sei. Nach meiner eigenen Meinung ist das nicht der Fall. Ich gestehe das, und der Herr Präsident hat diese meine Auffassung bestätigt. Angesichts dessen bleibt mir nichts anderes übrig, als das Gesetz zu verwerfen, und ich spreche das ausdrücklich aus, nicht im Hinblick auf die Wahl,

Gott bewahre, sondern im Hinblick darauf, dass unsere Fraktion die Sache, wie mir scheint, etwas obenhin und oberflächlich behandelt hat und weil ich mich unabhängig von meiner Fraktion erkläre, sei es für jetzt oder für die Zukunft, aber den Glauben allerdings habe, dass der Entscheid auch über die jetzt zur Behandlung stehende Frage der Verteilung unter Bund und Kantonen usw., der Bestimmung eines Minimums von Gewinnanteil, selbstverständlich beeinflusst wird von der Haltung zu Ziff. 9. Ich glaube, es seien grössere Grundsätze im Spiele als nur kleinliche Interessen, die sich etwa in rein wirtschaftlicher Art geltend machen könnten bei diesem oder jenem Stande oder aber Bedenken rein föderalistischer oder zentralistischer Art. Für mich steht viel Höheres auf dem Spiel, namentlich aber auch — ich nehme das Wort seit dem 24. September nicht mehr gerne in den Mund, aber es soll doch noch einmal gesagt werden — demokratische Rücksichten. Es ist in der Tat unzulässig, dass die Bundesversammlung sich festlegen soll für etwas, das sie noch nicht definitiv angenommen hat, das vom Volke noch nicht bestätigt und dessen Existenz für die Zukunft keineswegs gesichert ist. Da kann man nicht zugestehen, dass man sich jetzt schon darauf festlege, in einer Materie ganz anderer Art. Damit will ich zum vornherein heute einen Antrag auf Verwerfung nicht stellen; aber ich fühle mich in der Zwangslage — ich mache kein Hehl daraus — jetzt schon dem Herrn Präsidenten den Verwerfungsantrag anzumelden für den Fall, dass es hier zur Abstimmung kommt.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Voulez-vous me permettre quelques observations au sujet des remarques faites par MM. Bopp, Brodtbeck et Obrecht.

M. Brodtbeck nous dit que si la recette de l'alcool était réservée aux dépenses générales de l'Etat, il ne ferait pas opposition. Nous ne voulons pas engager un débat à fond sur la question. Je me contenterai de répéter à M. Brodtbeck que ce sont les dépenses extraordinaires votées par les Chambres qui ont mis la Confédération dans la situation financière où elle se débat aujourd'hui. Or, le parti socialiste a voté toutes ces dépenses, par conséquent il a sa part de responsabilité. Il partage la nôtre. Le seul moyen d'arriver à trouver une situation meilleure, c'est de diminuer les dépenses et d'apporter des ressources nouvelles. Mais lorsque je demande des ressources nouvelles, vous les refusez. (M. **Graber**: Et l'impôt direct?)

On vous demande la possibilité de couvrir les dépenses par une recette nouvelle dont aucune ne s'impose avec autant de nécessité que celle-là. 5 fr. par tête de population comme impôt sur l'alcool en Suisse alors que partout ailleurs cet élément fiscal produit le double, le triple, le quintuple, 40 fr., 50 fr. par tête comme en France et en Angleterre. Je le répète, cette recette-là s'impose de la façon la plus urgente. Mais vous nous dites que vous la refusez et, d'autre part, on vote toutes les dépenses!

Je voudrais une fois encore attirer l'attention de ce conseil sur cette profonde et irréductible contradiction qui résulte de la politique financière que préconise et que représente M. Brodtbeck.

Une autre question. M. Brodtbeck nous dit que le partage des recettes n'est pas fait dans des con-

ditions favorables à la Confédération. Ici, on peut discuter. M. Obrecht prétend que la solution qui vous est présentée répond à la situation historique. M. Brodtbeck, lui, voudrait garder la moitié pour la Confédération et la moitié pour les cantons.

Vous vous rappelez, Messieurs, il me semble presque inutile d'y insister, qu'en réalité le monopole de l'alcool a été institué en 1880, au moment où l'on a décidé la suppression de l'ohmgeld. Comme les cantons tiraient de l'ohmgeld une recette assez importante, on n'a pas pu abattre ces frontières douanières intercantionales, sans fournir aux cantons une compensation pour la perte importante qui résultait pour eux de la suppression de l'ohmgeld. Cette compensation, on la leur a fournie, en leur attribuant la totalité des recettes du monopole de l'alcool. Ainsi, par une sorte d'arrangement d'ordre économique les cantons ont reçu la compensation qui leur revenait. Le peuple suisse s'est prononcé simultanément sur ces deux questions.

Aujourd'hui, après une trentaine d'années, nous constatons que le régime des alcools qui a été fixé par la constitution et par les lois de 1880 et 1881, ne répond plus du tout aux exigences de la situation actuelle. On propose d'élargir ce monopole. M. Brodtbeck estime que les agriculteurs ont tort de s'opposer à l'extension du monopole de l'alcool et ici je suis parfaitement de son avis et je me permettrai de dire pourquoi en quelques mots.

En ce qui concerne cette répartition, le Conseil fédéral avait proposé dans son projet de 1919 une répartition sur la base de $\frac{1}{3}$ à la Confédération et deux tiers aux cantons. A ce moment-là, l'auteur du projet M. Milliet estimait que le bénéfice de la régie sur la base du monopole élargi aboutirait probablement à une moyenne de 13 à 14 millions. Et alors les cantons qui évidemment entendaient conserver ce qui leur était donné jusqu'ici n'auraient peut-être pas trouvé leur compte si on avait fait le partage sur la base de moitié, moitié. C'est pourquoi le Conseil fédéral a proposé $\frac{2}{3}$ et $\frac{1}{3}$ ou plutôt $\frac{3}{5}$ et $\frac{2}{5}$.

Actuellement, les bénéfices de la régie des alcools sont complètement différents de ce qu'ils ont été dans les années 1915 à 1918. Malheureusement, en 1922, il n'a pu être distribué aux cantons comme part aux bénéfices de la régie des alcools que 50 cts. par tête de population et non plus 2 fr. selon la moyenne de répartition des 15 ou 20 dernières années. J'attire l'attention du Conseil fédéral sur le fait que pour distribuer ce demi-franc par tête de population, il a fallu prélever sauf erreur 800,000 fr. sur les réserves. Le bénéfice de la régie, l'année dernière, n'a pas été de huit millions, il a atteint environ un million. Il y a donc là un risque pour la Confédération à faire un partage sur la base proposée, en assumant la responsabilité de cette garantie. C'est la raison pour laquelle vous ferez bien d'adhérer à la conclusion du Conseil des Etats qui a adopté la solution du Conseil fédéral.

Maintenant, M. Brodtbeck nous dit être contre cette recette fiscale nouvelle si elle devait servir à améliorer la situation financière de la Confédération, qui est pourtant très mauvaise. M. Bopp nous dit, par contre, avoir la conviction que le fait de prévoir que le bénéfice de cette recette sera affecté à l'assurance vieillesse-invalidité est un illogisme, parce que

cette œuvre n'est pas encore réalisée et qu'on anticipe en attribuant une affectation à un fonds qui n'a pas de base constitutionnelle. Je le reconnais. Il y a là une certaine part d'illogisme. Personnellement, je suis partisan de l'œuvre des assurances, à la condition qu'elle soit réalisée sur la base d'une plateforme financière solide. Ici encore je ne peux pas m'empêcher d'attirer l'attention de M. Brodtbeck sur ce qu'il y a d'illogisme, dans la Vermögensabgabe, à vouloir prendre un milliard, mais ne rien prévoir pour équilibrer les déficits annuels. Hier soir, M. Hauser disait encore que la situation financière de la Confédération l'effrayait. Mais si vous continuez à voter les dépenses et que chaque fois qu'on vous demande des recettes vous les refusez, vous tombez dans l'illogisme. C'est contre cet illogisme que je m'élèverai chaque fois que j'en aurai l'occasion.

L'œuvre des assurances est prévue. Il est prévu en effet que cette œuvre bénéficiera de la part de la recette de la Confédération au régime de l'alcool.

Je suis tout à fait d'accord. Seulement je voudrais attirer votre attention sur le fait qu'il n'y a pas seulement l'assurance vieillesse et invalidité, mais encore les assurances accident qui nous coûteront cette année 11 millions. C'est la somme prévue dans le budget. On dit toujours qu'on ne fait rien pour les œuvres de politique sociale. Cette création nous coûte 11 millions. Avec 11 millions pour le personnel, cela fait 22 millions. On dépense 200 millions pour l'instruction en général. Enfin dans les subventions de la Confédération, qui s'élèvent à 44 millions, sans compter la subvention à l'assurance accident de Lucerne, il y a de grosses sommes affectées à des buts sociaux.

Tout cela doit être dit afin que l'on ne fasse pas croire au peuple que la politique financière et sociale du Conseil fédéral est complètement en contradiction avec ce que doit être la politique financière et sociale d'un gouvernement progressiste.

Que sera le bénéfice de la régie des alcools? Il est extrêmement difficile de le dire, étant donné l'obligation que nous assumons à teneur de la clause constitutionnelle d'assurer à tous les producteurs de matières distillables la possibilité d'une réalisation à des conditions équitables.

Il n'est pas question de faire une exploitation de la régie au profit des producteurs de matières distillables. Mais tout de même est-il que nous devons à l'agriculture de lui donner la possibilité d'une réalisation à des conditions équitables de sa production en matières distillables. J'entends par là surtout les fruits et aussi dans une certaine mesure, où cela sera indispensable, les pommes de terre.

Mais, Messieurs, actuellement, en 1922, la régie s'est imposée des sacrifices énormes en faveur des producteurs de matières distillables. Nous avons acheté 40,000 hl d'alcool qui nous coûteront environ 250 fr. l'hecto, soit une dépense d'une dizaine de millions, alors que nous aurions pu acheter cet alcool à 150 fr. en moyenne l'hecto. C'est donc un sacrifice de plus de 7 millions que la régie des alcools fait en faveur des producteurs de fruits. A côté de cela le Conseil fédéral a décidé hier matin que la régie des alcools affecterait une somme importante à couvrir les frais de transport des pommes de terre des centres producteurs où il y a des disponibilités

vers les contrées alpestres qui manquent de pommes de terre, cela à la fois pour procurer aux producteurs la possibilité de vendre leurs pommes de terre et pour donner à d'autres la faculté d'en acheter à des conditions favorables, puisque la régie des alcools prend sur elle la presque totalité des frais de transport.

Croyez-vous qu'une politique aussi coûteuse que cela pourra être poursuivie par la régie des alcools avec le système fiscal actuel? Cela est absolument exclu. Il faut que les agriculteurs comprennent que si quelqu'un a intérêt à l'existence du contrôle de l'alcool, ce sont bien les producteurs, les agriculteurs eux-mêmes. Dans une réunion qui a eu lieu récemment près d'ici, on a dit: suppression du monopole de l'alcool?

Eh bien, Messieurs, quelle serait la conséquence de cette suppression? La Confédération peut acheter de l'alcool à fr. 28.50 rendu à Bâle. Nous pourrions le livrer à l'intérieur avec un bénéfice encore important à 150 fr. l'hectolitre. Or, la production — la fermentation, la distillation et la rectification — reviennent aux distillateurs en Suisse à 150 fr.

Par conséquent, il est certain que la Suisse ne peut pas produire dans des conditions aussi avantageuses qu'un pays comme la Hollande où l'hiver est moins long que chez nous et où le sol donne un rendement supérieur au sol suisse. En outre, il y a la possibilité de fabriquer de l'alcool avec du sucre. Cet alcool à fr. 28.50 a été fabriqué en Amérique avec des déchets de sucre. Il est donc absolument exclu que la production de l'alcool en Suisse puisse faire concurrence à la production dans les pays étrangers.

La Confédération avec le monopole de l'importation a la possibilité de ruiner complètement la distillation indigène. Elle n'a pas fait cela. Elle a fait preuve cette année envers l'agriculture d'une large sollicitude et nous attendons que les agriculteurs comprennent que ce sont eux qui ont un intérêt matériel à l'extension du contrôle des alcools. Il faudra que les chefs du groupe agricole aient le courage de dire cela à l'ensemble des agriculteurs. Il se fait actuellement une campagne énorme contre les mesures proposées par le Conseil fédéral. J'ai eu l'occasion de lire dans un certain bulletin des attaques très violentes à l'égard du chef du département des finances concernant l'attitude qu'il a prise dans la question du régime des alcools.

Dans ce bulletin on prétend qu'aux Etats-Unis il se fait actuellement une consommation d'alcool aussi considérable qu'avant la prohibition. Demandez aux hôteliers qui ont l'habitude de recevoir des hôtes venant des Etats-Unis. Il vous donneront sur ce point des renseignements très précis. Les informations ont été également apportées par un Suisse qui a fait une enquête toute spéciale. Evidemment il y a de la contrebande, c'est certain. Mais en Suisse aussi, j'ai entendu dire que l'on boit autant d'absinthe qu'avant l'interdiction. Cela est-il vrai? Il y a peut-être certaines auberges où l'on en vend autant qu'avant l'interdiction, mais la consommation en Suisse n'est peut-être pas d'un dixième de ce qu'elle était auparavant.

La quantité d'alcool que nous buvons en Suisse n'est plus en proportion avec nos possibilités économiques. Je ne suis pas un prohibitionniste et je crois que le peuple suisse qui a toujours bu son verre de vin est resté un peuple solide et intelligent. Mais je

crois qu'il est guetté par le danger du schnaps. Ceux qui publient le bulletin dont je viens de parler et qui disent que le schnaps n'est pas un danger parce qu'on n'en boit pas beaucoup, ceux-là même ont fait dernièrement à la Confédération une offre pour la distillation de 100,000 hl de schnaps.

Ils ont abusé de la politique des prix de la régie. Au moment où la régie achetait à 200 fr. ou à 160 fr., les distillateurs indigènes, certains grands fabricants d'alcool ont pu réaliser de gros bénéfices. Il faut que le peuple ouvre les yeux, qu'il ne se laisse pas égarer par ceux qui font actuellement une campagne contre l'extension du contrôle de la Confédération, uniquement afin de pouvoir continuer à favoriser aux dépens de la santé publique et des intérêts financiers de la régie, leurs intérêts privés. Voilà, Messieurs, ce que je voulais dire ici. Il faut espérer que l'application du contrat concernant les 40,000 hl ouvrira les yeux aux agriculteurs sur la politique financière de ceux qui ont servi d'intermédiaire entre les fournisseurs de matières premières et les fabricants d'alcool.

Je n'insisterai pas davantage, mais ces déclarations étaient nécessaires après les remarques faites par M. Brodtbeck. Les agriculteurs ont un intérêt puissant à nous aider dans le cas particulier et à obtenir du peuple suisse un vote affirmatif dans le sens du projet du Conseil fédéral. Cette mesure s'impose à tous les points de vue, aussi bien au point de vue économique qu'au point de vue social. Ce n'est que dans la régie que les agriculteurs retrouveront l'équivalence des sacrifices qu'ils ont consentis cette année.

Telles sont les explications que j'avais à fournir.

Brodtbeck: Herr Bundesrat Musy nötigt mich zu einer kurzen Bemerkung. Herr Bundesrat Musy sagt nun zum xten Male, was er gestern ganz besonders ausgeführt hat gegenüber meinem Kollegen Hauser: Die Sozialdemokratie stimme allen Vorlagen zu, welche den Bundesfiskus belasten. Das ist nun tatsächlich nicht ganz richtig. Es ist nur insofern richtig, dass die Sozialdemokratie allen Vorlagen zustimmt, welche den Bundesfiskus belasten zugunsten der Lösung sozialer Probleme. Dafür stehen wir ein; das andere überlassen wir ruhig denjenigen, welche die Mehrheit und damit die Verantwortlichkeit übernommen haben.

Herr Bundesrat Musy sagt dann weiter, dagegen begingen wir den Illogismus, dass wir alles, was uns offeriert werde, um diese Ausgaben zu decken, zurückweisen. Das ist wiederum nur bedingt richtig. Wir weisen das zurück, was uns präsentiert wird zu angeblicher Deckung dieses Defizites, einmal wo es nach unserer Auffassung nicht zum Ziele führt, oder aber wo es nur darauf hinausläuft, die grosse Masse zugunsten weniger Besitzender zu belasten. Ich möchte nun gerade Herrn Bundesrat Musy eines in Erinnerung rufen: Die sozialdemokratische Partei hat zu einer Zeit — und das ist massgebend, das hat man gestern zu unterstreichen vergessen — wo etwas herauszuschlagen war, die progressive direkte Bundessteuer verlangt. Ich bin überzeugt, und auch meine Parteifreunde durchs Band weg sind davon überzeugt, dass, wenn damals der Vorsteher des Finanzdepartementes diese direkte progressive Bundessteuer angenommen hätte, wir nun nicht vor der enormen Schuldenlast stünden, vor der wir uns heute befinden.

Wenn wir unser Budget ansehen und unsere Abrechnung von gestern mit 380 Millionen Bundeseinnahmen, welchen gegenüberstehen 116 Millionen Auslagen rein nur zum Zinsendienste, zur Deckung der Zinsen und Amortisationen, und zwar nur der laufenden, so muss jedem vernünftigen Menschen die Frage auftauchen: Ist das noch ein Finanzhaushalt? Ein Drittel unserer regelmässigen Bundeseinnahmen muss Jahr für Jahr verwendet werden zur blossen Zinsendeckung. Wenn ein Privatmann oder ein Kanton derart fuhrwerke würde, so würde der Private bevogtet, und eine kantonale Regierung würde abgesetzt werden, Herr Bundesrat Musy. Das würde in einem Kanton nicht gestattet werden, dass ein Drittel des Staatsbudgets verwendet werden muss zur Deckung von Schulden, die man deswegen aufnehmen muss — weil man nicht den Mut hat, oder weil man aus andern Gründen das nicht will — weil man nicht die Aktion in die Wege leitet, um sofort die Unmöglichkeit eines derartigen Zinsdienstes herbeizuführen, um sofort diese enormen Kapitalien, die infolge dieses unglücklichen Krieges aufgenommen werden mussten, wieder zu amortisieren. Wir haben Ihnen das offeriert in der direkten progressiven Bundessteuer, und ich muss Ihnen schon sagen, Herr Bundesrat Musy, wenn ich an Ihrer Stelle gestanden hätte, auch von Ihrem parteipolitischen Standpunkte aus, hätte ich gesagt: Gottlob und Dank, dass jemand mir zu Hilfe kommt und mir ein Mittel präsentiert, damit ich aus dieser Misere herauskomme, damit ich den Bund freimachen kann von einem Jahreszinsendienst von 116 Millionen Franken pro Jahr, welcher jedes vernünftige Haushalten für die Zukunft verunmöglicht, welcher die sozialen Aufgaben verunmöglicht, welcher im Laufe der Zeit dazu führen muss, dass der Bundeshaushalt diskreditiert wird im In- und Ausland. Das ist unsere Stellung. Es ist also nicht richtig und auch nicht loyal, wenn der Sozialdemokratie konstant der Vorwurf gemacht wird, sie lehne alles ab, was zur Deckung der Staatsschulden diene. Nein, wir offerieren Ihnen Vorlagen, und Sie lehnen Sie unbesprochen glatt ab. Heute wieder die Vermögensabgabevorlage. Das ist nun eine Vorlage, über die man ruhig diskutieren kann. Man kann über die Details diskutieren, man kann über den Grundsatz diskutieren. Was machen Sie? Sie bringen uns eine Botschaft, welche nicht die Botschaft eines Bundesrates ist, sondern die Botschaft eines Parteimannes, der ein Plaidoyer hält, ich will nicht den eigenen Stand diskreditieren, sonst müsste ich sagen, eines Advokaten, der für eine faule Sache plaidiert. Hätten Sie in Ihrer Vorlage, in der Sie glatt und in nicht eleganter Weise diese Vermögensabgabeinitiative abweisend erledigen, uns einen Gegenvorschlag unterbreitet! Sie waren verpflichtet dazu, dafür zu sorgen, dass die gesunden Ideen, welche dieser Initiative zugrunde liegen, realisiert werden. Ich bin überzeugt, die Sozialdemokratie hätte mit sich reden lassen, wie sie überhaupt mit sich reden lässt, wenn man praktisch, loyal mit ihr spricht. Denn wir haben noch nie geglaubt, wir hätten die Weisheit allein gepachtet; wenn wir einen Vorschlag machen, so stellen wir ihn zur Diskussion. Was machen Sie aber? Ich will nicht an den letzten Sonntag und was vorangig erinnern. Sie lehnen einfach glatt alles ab, weil es von unserer Seite kommt. In den kantonalen Parlamenten ist

man weiter gekommen. Da redet man miteinander, da sucht man einen Mittelweg, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Das machen Sie nicht. Sie verneinen und bringen Vorschläge von Sparmassnahmen, mit denen wir durchaus einverstanden sind, die aber, wie gestern treffend gesagt wurde, nur einen Tropfen auf einen heissen Stein bedeuten. Wenn Sie 2—3 Millionen Franken einsparen, so schaffen Sie für einen Zinsendienst von 120 Millionen Franken in keiner Weise Deckung. Sparmassnahmen sind Sachen, über die wir einig sind, welche aber das Wesen der Dinge nicht berühren. Das tun unsere Vorlagen: Direkte Bundessteuer, Tabakmonopol, Vermögensabgabe und dergleichen. Ich muss es dennoch mit aller Energie zurückweisen, dass man uns konstant vorwirft, wir brächten keine positiven Vorschläge. Wir haben sie gebracht. Aber der Herr Finanzminister hat den ausserordentlich glänzenden Vorschlag der progressiven direkten Bundessteuer unter den Tisch gewischt. Was sagen Ihnen heute Herr Schär und andere Kollegen? Wir müssen diese progressive direkte Bundessteuer doch haben auf dem Umwege, dass wir die Kriegssteuer ausbauen, revidieren usw. Also Sie sehen, der Gedanke war vernünftig, man hätte darüber diskutieren sollen, und wenn ich als Finanzminister dagestanden, wäre ich dankbar gewesen, und hätte mit beiden Händen darnach gegriffen, wie vorhin Herr Bundespräsident Haab, der die 40 Millionen Franken Abschreibungen auf dem Bundesbahnbudget dankend quittiert zu Lasten der allgemeinen Bundeskasse.

Herr Bundesrat Musy, das alles ist eine Auffassung, die durchaus keine persönliche Spitze hat. Es ist einzig und allein das Bedauern eines Mannes, der heute vor Bundesbudgets und Abrechnungen steht, die jedem Geschäftsmann und jedem Politiker sagen: So kann es nicht weitergehen, wir müssen von Grund aus revidieren. Das aber lehnen Sie ab und das bedaure ich.

Und nun der verehrte Herr Kollega Bopp, mein Mitdemokrat. Ich glaube nebenbei: Wir sind nicht nur mit bezug auf die Demokratie einer Ansicht, sondern auch etwas mit bezug auf das angeborene Temperament. Aber heute glaube ich, befindet sich Kollega Bop in einem wesentlichen Irrtum, wenn er das demokratische Bedenken gegen diese Vorlage aufruft. Haben Sie denn vergessen, mit welcher immensen Majorität das Schweizervolk vor Jahren beschloss, diese Invalidenversicherung durchzuführen? Wir befinden uns also auf einem verfassungsmässigen Boden; das Volk will das, was Sie heute ablehnten. Es verlangt vielmehr, dass wir ihm die Mittel und Wege zeigen zur Durchführung der Versicherung. Und das ist nun ein Weg dazu, das ist nun der Beginn. Ich bin einverstanden, damit allein werden wir die Invalidenversicherung nicht finanzieren, namentlich nicht, wenn die Rechnung so miserabel ausfällt bei der Alkoholverwaltung wie dieses Jahr. Aber wenn es besser ausfällt, wird etwas daran geleistet werden. Und das Volk wird einverstanden sein mit unserer Einlage und auch unsere Bauern werden einverstanden sein. Ich glaube, die Bauern sind nicht gegen das Gesetz als solches nach meiner Erfahrung, sondern sie sind gegen die ewigen Schikanen, welche das frühere revidierte Alkoholgesetz ausgelöst hat. In meinem Kanton beispielsweise gibt es Bauern, die erklären seit der letzten Alkoholabstimmung:

Alles was von Bern kommt, wird bachab geschickt; sie machen in Bern ein schönes Gesetz, versprechen alles mögliche Schöne und Gute und nachher kommt die Vollziehungsverordnung, welche das direkte Gegenteil dieser Versprechungen ist; wir werden schikaniert von Bern aus, von der Kantonsregierung, von der Polizei. Deshalb diese Einmütigkeit gegen das Alkoholmonopol, die im basellandschaftlichen landwirtschaftlichen Verein zu konstatieren gewesen ist.

Ich glaube, wenn wir in dieser Richtung auch Kautelen schaffen und die Vollziehungsverordnung dem Verfassungsartikel anpassen, sollten die Bauern damit einverstanden sein, den sie sollen wissen, dass auch sie ein Bestandteil derjenigen sind, welche an der Invalidenversicherung teilnehmen, dem grössten Werk, das wenigstens wir jetzt Lebenden schaffen können.

Präsident: Ich bitte die übrigen Redner, nicht allzu weit auszuholen. Wir stehen bei Art. 32 bis, Ziff. 7.

Frank: Wenn sich Herr Obrecht auf den ursprünglichen Antrag des Bundesrates beruft, der die Verteilung des Reingewinnes in der gleichen Weise vornehmen wollte, wie sie die Kommissionsmehrheit vorschlägt, so ist dies richtig. Aber der Bundesrat hatte damals vorgesehen, dass die Kantone 20 % ihres Anteiles verwenden müssen für die Bekämpfung des Alkoholismus. Heute sollen sie trotz der erhöhten Einnahmen, nach Ständeratsbeschluss, nur 10 % an die Bekämpfung des Alkoholismus beitragen. Mit andern Worten: Der alte Alkoholzehntel soll wieder hergestellt werden, trotz der vermehrten Einnahmen, die den Kantonen zufließen. Wir stehen also vor einer wesentlich andern Situation als im Zeitpunkte der Beschlussfassung des Bundesrates. Wenn nun Herr Dr. Steiner sagt, ich hätte erklärt, dass die Bauern das Geld erhalten, statt die Kantone, so stimmt das nicht ganz. Ich habe nur erklärt, den Löwenanteil aus dem neuen Alkoholgesetz, infolge der Revision dieser beiden Artikel, werde die Landwirtschaft erhalten, indem sie eine bessere Verwendung der Rohstoffe erzielen kann und der Bund sich verpflichtet muss, ihnen alles, was gebrannt wird, zu sehr annehmbaren Preisen abzunehmen, während die jetzigen Brennereihaber, soweit sie keine Konzessionen mehr erhalten, ebenso annehmbare Entschädigungen erhalten werden.

Wir missgönnen der Landwirtschaft die Vorteile nicht, sind aber nach wie vor der Auffassung, dass andererseits die vorhandenen Mittel bereitgestellt werden sollen zu sozialen Zwecken. Das ist ein billiges und gerechtes Verlangen. Wenn Sie dem Ständerat folgen und hier die paar Millionen noch wegnehmen, dann bekunden Sie genau wie der Ständerat, dass der Wille nicht vorhanden ist, einmal ernst zu machen mit der Sozialgesetzgebung.

Dann noch ein Wort an Herrn Nationalrat Bopp. Herr Nationalrat Bopp hat sich in letzter Zeit als ein ausserordentlich erfolgreicher Politiker erwiesen. Er hat durch seine brutale Offenheit, mit der er den eigentlichen Zweck der Lex Häberlin darlegte, sein möglichstes zur Verwerfung jenes Gesetzes beigetragen; durch die brutale Offenheit, mit der er die Alters- und Invalidenversicherung heute bekämpft, wird er auch dem vorliegenden Gesetze, beziehungsweise der Revision der Art. 32 bis und 31 das Grab schaufeln helfen, zum Schaden seiner eigenen Klassengenossen.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Deux mots seulement de réponse à M. Brodtbeck qui prétend que nous n'avons pas fait suffisamment dans le domaine des impôts depuis quelques années. Vous aimez les chiffres, M. Brodtbeck. Constatez alors que d'après nos statistiques les recettes fiscales de la Confédération et des communes ont passé depuis 1913 de 200,000,000 fr. à environ 800,000,000 fr. en 1922. Or, l'impôt direct représente le 80 % de ce chiffre.

Votre collègue, M. Hauser de Bâle, déclarait dans un écrit publié sous son nom qu'en 1913 déjà, les impôts en Suisse étaient arrivés à un point tel qu'ils poussaient les contribuables à la fraude. D'après lui, on était arrivé à l'extrême de ce qui était possible de demander comme impôt. Depuis, on a triplé les impôts directs. Par conséquent, M. Brodtbeck, tout ce que vous venez de dire ne tient pas en présence de la réalité telle qu'elle ressort des chiffres.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit

Mehrheit

Abs. 8.

Antrag der Kommissionsmehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Proposition de la majorité de la commission

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Antrag der Kommissionsminderheit

(HH. Bucher, Frank, Naine).

Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Proposition de la minorité de la commission

(MM. Bucher, Frank, Naine).

Maintenir la décision du Conseil national.

Abs. 9.

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschlusse des Ständerates.

Proposition de la commission

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Gamma, Berichterstatter der Kommission: Die Abs. 8 und 9 von Art. 32 bis behandeln die Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus. Die Kommission stimmt den redaktionellen Abänderungen des Ständerates in beiden Absätzen zu. In bezug auf die Leistung des Bundes an den Kampf gegen den Alkoholismus besteht materiell keine Differenz. Dagegen hat der Ständerat die Leistung der Kantone von 15 auf 10 % des Anteiles herabgesetzt, also wiederum den Alkoholzehntel aufgestellt. Die Minderheit der nationalrätlichen Kommission beharrt auf den 15 %, die Mehrheit beantragt Zustimmung zum Ständerat.

Diese Mehrheit ist sich wohl bewusst, dass der Kampf gegen den Alkoholismus mit weit ausgreifendern Mitteln geführt werden muss und dass der Staat den Mässigkeitsbestrebungen in hohem Grade verpflichtet ist. Sie hält aber auch dafür, es sollten

die 10 % des Ständerates, mit Beizug der 5 %, die der Bund ausrichtet, dem Zwecke genügen, weil eben diese Prozentsätze in Zukunft viel reichlichere Ziffern ergeben werden, als es beim bisherigen Alkoholzehntel der Kantone der Fall war. Bisher stellten die Kantone dem Kampf gegen den Alkoholismus im Alkoholzehntel annähernd 800,000 Fr. jährlich zur Verfügung. Angenommen, der Reingewinn werde sich inskünftig auf 25 Millionen Franken erhöhen, so ergibt das einen Alkoholzehntel der Kantone von 1½ Millionen Franken, wozu dann noch die Leistungen des Bundes mit einer halben Million Franken kommen. Es würden also für den guten Zweck in Zukunft mindestens 2 Millionen Franken fließen; das ist für normale Jahre anzunehmen. Dabei ist nicht ausser acht zu lassen, dass wir nicht die vollen Ziele der Mässigkeitsbewegung unterstützen können, sondern nur den Kampf gegen den Missbrauch. Ich glaube, aus diesen Gründen im Namen der Kommission die Zustimmung zum Ständerat empfehlen zu können.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: En ce qui concerne la part de la recette de l'alcool consacrée à la lutte contre l'alcoolisme, le Conseil national avait décidé que les cantons devraient consacrer à cette lutte 15 % de leur part. Le Conseil des Etats a abaissé ce pourcentage à 10 %. La majorité de votre commission nous propose d'adhérer au Conseil des Etats qui est d'ailleurs d'accord pour que le 5 % de la part de la Confédération soit réservé également à la lutte contre l'alcoolisme. Il faut remarquer que si la proposition de la majorité de la commission est adoptée, les cantons devront néanmoins consacrer à l'avenir une somme beaucoup plus forte à la lutte contre l'alcoolisme. Le Département des finances suppute en effet le produit de la régie des alcools, sous le régime du monopole étendu aux eaux de vie de fruits, à 25 millions par an, dont 15 millions reviendront aux cantons et 10 millions à la Confédération. C'est donc à l'avenir 1,500,000 fr. que les cantons devront employer à combattre les effets et surtout les causes de l'alcoolisme. La Confédération, elle, devra fournir 500,000 fr. dans le même but. Il est évident que cette dernière somme devra être employée surtout à subventionner des institutions intercantoniales et non pas cantonales. Nous le disions expressément dans notre première décision. Le Conseil des Etats a préféré dire d'une manière générale que ce 5 % de la recette fédérale serait consacré à la lutte contre l'alcoolisme. Il n'y a là, à notre avis, qu'une différence de forme qui ne doit pas nous arrêter.

Frank: Die Differenz zwischen Nationalrat und Ständerat und dem Antrag der Kommissionsmehrheit liegt in den 5 %. Es ist nun ausserordentlich interessant, dass man erst nach drei Jahren zu der Erkenntnis gekommen ist, dass die Kantone zu viel Geld auslegen müssen zur Bekämpfung des Alkoholismus. Vor drei Jahren hat in der Kommission die Auffassung vorgeherrscht, dass diese 15 % das Minimum dessen sein sollen, was den Kantonen zugemutet werden dürfe, nachdem der Antrag des Bundesrates auf 20 % nicht beliebte. Heute will man die Beitragsleistung der Kantone an die Bekämpfung des Alkoholismus auf 10 % herunterdrücken. Wenn gesagt werden will, dass die Einnahmen aus dem erweiterten Alkoholmonopol höhere seien und den Kantonen demzufolge

höhere Beiträge zufallen und dementsprechend auch der Alkoholzehntel sich steigere, so darf doch gesagt werden, dass jedenfalls noch genug Elend vorhanden ist, und dass den Kantonen nicht zu viel zugemutet wird, wenn man von ihnen verlangt, dass sie 5 % mehr als bis anhin für die furchtbaren Folgen des Alkoholmissbrauches auslegen.

Bei der Beratung im Dezember 1921 hat der Nationalrat bedauerlicherweise — das muss immer gesagt werden — dem Antrag des Bundesrates nicht zu folgen vermocht, als er den Gesamtanteil des Bundes ausschliesslich zur Förderung der Altersversicherung verwenden wollte. Heute nun verlangt man vom Bund, dass er noch 5 % für die Bekämpfung des Alkoholismus ausgeben solle und 95 % für die Sozialversicherung. Also muss nun der Bund das leisten, was die Kantone verweigern. Wenn es angängig wäre, so würde ich den Antrag des Bundesrates vom Dezember 1919 wieder aufnehmen, es sei der Anteil des Bundes vollständig für die Versicherungszwecke zu verwenden. Da dies aber nicht zulässig ist, enthalte ich mich eines solchen Antrages.

Es muss noch einmal darauf hingewiesen werden, wenn man das Uebel nicht an der Wurzel packen und die Schnapspest nicht einschränken will, so geht es nicht an, sich der Pflicht zu entziehen, für die Opfer des Alkoholismus zu sorgen. Das vorliegende Gesetz verfolgt rein fiskalische Zwecke, es bringt den Kantonen erhebliche Mehreinnahmen und es ist deshalb unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Kantone zu einer angemessenen Beitragsleistung zur Bekämpfung des Alkoholismus verhalten werden.

Wir empfehlen Ihnen deshalb den Antrag der Kommissionsminderheit, es sei am Beschlusse des Nationalrates vom 8. Dezember 1921 festzuhalten, zur Annahme.

M. Naine: Au sujet de la lutte contre l'alcoolisme, je crois que les propositions faites par la majorité de la commission ne sont pas suffisantes et qu'elles reposent sur une erreur qui vient d'être répétée par MM. les rapporteurs, entre autres par M. de Dardel qui estime que les recettes s'élèveront à 25 millions quand le monopole sera complet. Je crois que c'est une grosse erreur. Vous oubliez que le monopole ainsi institué prévoit l'obligation pour la Confédération de se pourvoir des matières nécessaires dans le pays même. Ce monopole institue un privilège en faveur des agriculteurs, des producteurs suisses. Ce sont eux qui retireront, comme c'est le cas déjà maintenant, les gros bénéfices du monopole.

Encore une fois, je répète que nous sommes d'accord en principe avec ce point de vue-là, par ce que nous nous disons que mieux vaut un pareil monopole que de laisser la liberté dans le domaine de l'alcool.

C'est dans cet esprit: la lutte contre l'alcoolisme et contre ses ravages, que nous admettons à la rigueur et par nécessité que ce soient les paysans, les producteurs suisses, qui tirent de gros profits de ce monopole.

Il s'agit du paragraphe 3 de l'article révisé. M. le chef du département des finances vous a déjà exposé qu'il pourrait acheter actuellement des alcools à fr. 28.50 et qu'au lieu de cela il les achète à 200 et quelques francs. Il faut ensuite le rectifier, ce qui fait 80 fr. et les dénaturer, ce qui coûte encore 54 fr. et dans ces conditions l'alcool que l'on achète en Suisse

coûte au moins douze fois plus que celui que l'on achèterait à l'étranger.

Mais à l'heure actuelle la Confédération n'est pas obligée de faire cela. Elle le fait par solidarité nationale à l'égard des paysans, par une sorte de protectionnisme — que nous appuyons dans la circonstance pour que les paysans appuient, eux, le monopole et la lutte contre l'alcoolisme. Ce que la Confédération fait actuellement, elle le fait par bon vouloir.

Par contre, quand vous aurez voté définitivement ce projet et que le peuple l'aura accepté, ce sera obligatoire. Les paysans pourront vous dire: «Aussi longtemps que nous vous donnons une production suffisante, vous n'avez pas le droit d'aller chercher de l'alcool à l'étranger.» C'est la situation que crée ce paragraphe:

«Sauf pour les spécialités qui ne peuvent pas être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondant à la demande, l'importation n'est autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir la consommation du pays.»

Demain donc, M. Musy n'aura plus le droit d'acheter cet alcool à fr. 28.50; aussi longtemps que le pays produira assez d'alcool, il sera tenu d'acheter celui du pays. Et vous comprenez que les producteurs ne vont pas faire des prix de fr. 28.50. Ils feront les prix qu'ils prétendent être forcés de faire pour pouvoir s'en tirer. Cela permet de dire que ce système ne donnera pas de profit ou très peu de profit.

M. Musy a fait des calculs qu'il a exposés à la commission. Il prévoit qu'il y aura un déficit de 7 millions. Ce déficit sera compensé peut-être dans une légère mesure par certaines ventes. S'il achète de l'alcool à trois francs qu'il dénature et doit vendre à 80 cts., ce sera sans doute une grande perte, en revanche il aura des alcools fins, en particulier pour la pharmacie, des spécialités, qu'il vendra peut-être 6 fr. S'il n'y a pas cette compensation, c'est un déficit probable de 7 millions.

Ce monopole institué en faveur des agriculteurs — et que nous trouvons trop absolu — est là, il existe. C'est un énorme avantage pour les campagnards. Mais il ne faut pas compter qu'il va rapporter 25 millions à la Confédération, d'autant plus qu'en somme on l'a institué surtout pour diminuer la consommation de l'alcool.

Si le monopole réussit dans le sens que vous entendez, ce sont les paysans qui en tireront profit et la consommation augmentera. Mais j'espère bien qu'il réussira en ce sens que la consommation de l'alcool diminuera et que vous n'aurez pas les recettes que vous prévoyez.

Mais alors il ne faut pas dire que le dix pour cent qui reviendra aux Cantons constituera une somme importante. Je prétends au contraire que ce dix pour cent risque d'être insuffisant.

Il faudrait des millions pour lutter contre l'alcool et les dangers de l'alcoolisme. Il faut, aux besoins que l'alcool satisfait, répondre par d'autres moyens de satisfaction. On ne supprime bien que ce que l'on remplace. Il faut remplacer ces besoins d'alcool par d'autres besoins. Il faut tâcher de développer la population moralement, intellectuellement et au point de vue sportif. Il faut remplacer en particulier aussi les logements malsains, les logements qui n'ont aucun attrait par des logements modernes, plus attrayants. On a dit et on le répète encore: le cabaret est le salon

du pauvre, mais il faut que le pauvre ait chez lui autre chose, il faut qu'il trouve chez lui vraiment la lumière et un logis où il puisse rester avec plaisir, de telle sorte que le cabaret ne soit plus son salon. Pour cela, il faut démolir dans les villes ces endroits que sont les quartiers pouilleux, véritables nids de vermine. Il faut faire disparaître tout cela le plus tôt possible pour remplacer ces taudis par des locaux convenables où l'on puisse causer, discuter, s'instruire et se développer. Il faut installer des bibliothèques, etc. Pour tout cela il faut des millions et des millions.

Que l'on ne vienne pas alors enlever de ces recettes ce qu'on pourrait nous donner; que l'on ne vienne pas supprimer ce que l'on pourrait attribuer à la lutte contre l'alcoolisme. Voyez ce que font les autres pays: ils suppriment l'alcool complètement par des mesures coercitives. Si vous ne voulez pas entrer dans cette voie là — et je pense que dans une certaine mesure on pourrait ne pas y entrer, du moins pour les boissons fermentées —, il faut employer d'autres moyens et agir par la persuasion. Mais les moyens que j'indiquais tout à l'heure, vous ne voulez pas les prendre non plus et vous renoncez à des mesures coercitives qui supprimeraient l'alcool définitivement. Encore une fois, je suis en partie d'accord avec vous, mais au moins, employez les autres moyens. Recourez aux mesures utiles dans d'autres domaines, ne les marchandez pas. Vous lésinez. Vous nous supprimez sur le 15%, le 5% de participation et cela sur des chiffres absolument problématiques qui peuvent être bien inférieurs à ceux que nous connaissons maintenant. C'est là une grosse erreur au point de vue sociologique, au point de vue moral et pour l'avenir de la population. Non seulement vous devriez maintenir le 15%, mais voter le 20% au lieu de vous en tenir au 10 comme vous avez la tendance à vouloir le faire. J'ai dit.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Une simple déclaration. J'ai soutenu devant la commission que nous devrions réserver le 15% des recettes pour la lutte contre l'alcoolisme. Les arguments donnés par M. Naine sont solides. C'est vrai: si nous voulons arriver à diminuer la consommation de l'alcool en Suisse, il faut soutenir les œuvres qui travaillent dans ce sens. Nous avons entendu ici un excellent discours sur les dangers de l'alcoolisme et nous avons l'obligation de tâcher par la persuasion à entraîner petit à petit nos populations dans la voie nouvelle vers laquelle M. Naine veut l'orienter. Je crois que les subsides qui sont donnés aux sociétés de jeunes gens tels que les boy-scouts qui sont maintenant nombreux en Suisse et qui s'abstiennent de toute boisson alcoolique, sont une dépense très bien placée. Ces sociétés méritent d'être encouragées et nous devons élever ceux qui travaillent pour développer dans le peuple la conviction que l'on doit se modérer dans la consommation des boissons alcooliques. Nous devons prévoir que les 15% de cette recette seront réservés à la prophylaxie sociale.

Dans le cas particulier, je vous recommande la proposition de la minorité. J'ai été battu devant la commission en soutenant le 15%. J'espère que le Conseil acceptera le 15% car c'est une dépense nécessaire faite dans une bonne direction.

Burren: Ich empfehle Ihnen im Interesse eines wirksamen Kampfes gegen den Alkoholismus den Antrag der Kommissionsminderheit. Ich freute mich seinerzeit über den Vorschlag des Bundesrates, wonach vom Reinertragnis der Alkoholverwaltung 20% zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet werden sollten. Der Nationalrat hat in seiner ersten Beratung diesem Vorschlag eigentlich zugestimmt, mit dem einzigen Unterschied, dass er von diesen 20% 5% dem Bunde überband, sodass die Kantone aus ihrem Anteil an dem Reingewinn bloss 15% aufzubringen hätten. Der Ständerat ist dann einen Schritt weiter gegangen und hat diese Verpflichtung der Kantone, 15% zu verwenden, reduziert auf 10%. Ich glaube, dass der Ständerat über die Bedürfnisfrage hinsichtlich der Bekämpfung des Alkoholismus doch nicht ganz richtig informiert war und dass wir an unserer ursprünglichen Fassung festhalten sollten, also 15% von seite der Kantone und 5% von seite des Bundes, im gesamten demnach 20%. Der bisherige Alkoholzehntel würde also in einen Alkoholfünftel um- und ausgestaltet. Es ist uns freilich von den Herren Referenten der Kommissionsmehrheit gesagt worden, dass die Einnahmen aus dem Monopol nach den neuen Bestimmungen derart hoch seien, dass wir für die Bekämpfung des Alkoholismus auch bei einem Ansatz von 10% noch genügend Mittel finden werden. Ich will das gerne annehmen, aber ich möchte auf der andern Seite darauf hinweisen, dass die Alkoholnot in den letzten Jahren ganz entschieden gestiegen ist in einer Reihe von Kantonen, und dass deshalb auch die Bekämpfung dieser Alkoholnot vermehrte Mittel erfordert. Die Zwecke, zu denen der Alkoholzehntel bis jetzt verwendet wurde, sind ja sehr vielseitig. Ich erinnere nur daran, dass er auch für die Unterstützung der Erziehungsanstalten zur Verwendung kam. Wir wissen aber, dass eine ganze Reihe privater Erziehungsanstalten in unserem Lande zurzeit schwer notleidend sind und dass man ihnen ganz anders als bisher sollte unter die Arme greifen können. Auch die Abstinenzvereine, die den Kampf gegen den Alkoholismus ganz direkt führen, bedürfen wesentlich vermehrter Mittel; sie beklagen sich ja beständig, dass sie bei der Verteilung zu kurz kämen, dass ihnen die Hände gebunden seien. Ich fürchte also gar nicht, dass wir zuviel Mittel zur Verfügung haben werden, wenn wir den Kantonen 15% und dem Bunde 5% von den Reineinnahmen überbinden zum Zwecke der Bekämpfung des Alkoholismus; im Gegenteil, ich bin überzeugt, dass wir diese Mittel werden brauchen können und dass sie ihre gute Verwendung finden werden. Ich empfehle Ihnen also den Antrag der Kommissionsminderheit.

Obrecht: Es ist richtig, dass der Bundesrat den Alkoholzehntel zu einem Alkoholfünftel erweitern wollte, aber das war bei der erstmaligen Vorlage, wo man mit einem mutmasslichen Ertrag aus dem Monopol von 13,5 Millionen gerechnet hat. Wenn Sie von diesen 13,5 Millionen 60% berechnen, die an die Kantone fallen, so macht das 8,1 Million Franken aus, und 20% davon ergeben 1,62 Millionen Franken. Das war die ungefähre Summe, die der Bundesrat in der ursprünglichen Vorlage für die Bekämpfung des Alkoholismus sichern wollte. Er ging damit wesentlich weiter, als die bisherige Finanzierung der Bekämpfung des Alkoholismus, denn die bisherige

macht eben nur 10 % aus und der bisherige durchschnittliche Jahresertrag war 7 Millionen Franken, sodass die Kantone etwa 700,000 Fr. für die Bekämpfung des Alkoholismus aufwenden mussten. Der Bundesrat wollte die 700,000 Fr. auf 1,6 Millionen Franken erhöhen. Es muss Ihnen auffallen, dass man von den 20 % zuerst auf 15 % hinunterging und der Ständerat sodann auf 10 %, allerdings, ich hebe das speziell hervor, nur im Sinne eines Minimums. Es steht in der ständerätlichen Fassung, dass mindestens 10 % zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet werden müssen. Wieso ging man von diesen 20 % schrittweise zurück auf 15 und nachher auf 10 %? Einfach deshalb, weil die nähere Prüfung und Untersuchung der Folgen einer Ausdehnung des Alkoholmonopols in finanzpolitischer Hinsicht ergeben haben, dass man mit 13,5 Millionen viel zu tief rechnete und dass man statt dessen mit einem durchschnittlichen Jahresertrag von 25 Millionen wird rechnen können, wenn diese Ausdehnung des Alkoholmonopols verwirklicht wird. Herr Milliet wollte eher noch weiter gehen, aber wir wollten nicht zu optimistisch sein. Das wäre mir nun doch sonderbar, wenn der Bund, nachdem er den ganzen Schnapshandel in der Hand hätte, daraus nicht einmal 25 Millionen rein herausbringen würde. Die Situation wird ganz anders sein als bisher. Bisher spielte der monopolfreie Schnaps eher eine wichtigere Rolle als der Monopolschnaps. Das Bundesmonopol wurde immer mehr an die Wand gedrückt und daraus ergab sich ja auch die Notwendigkeit einer Reform, einer Ausdehnung des Monopols. In Zukunft werden bloss noch die sogenannten Edelschnäpse, Kirsch, Enzian, Wachholder, nicht unter das Monopol fallen, sie werden aber der Besteuerung unterworfen sein. Der Bund kann auch da die Preise beeinflussen, indem er Steuerauflagen macht. Alle übrigen gebrannten Wasser sind als Geschäft in die Hand des Bundes gelegt. Es ist ja ganz richtig, was Herr Naine gesagt hat, der Bund muss dann den Landwirten ihre Produkte abkaufen und die Landwirte werden sich zu wehren wissen, dass sie einen guten Preis bezahlt bekommen. Aber auf der andern Seite ist der Bund frei in der Gestaltung des Verkaufspreises. Wir wünschen ja alle, dass der Schnaps teuer zu stehen komme, dass er nicht als billiges Getränk abgegeben werde, sondern möglichst teuer. Wenn es der Bund dabei nicht fertig bringt, zwischen dem, was er den Landwirten bezahlen muss für die Produkte und zwischen dem, was er als Verkaufspreis erhält, 25 Millionen Benefice herauszubringen, so wäre das schon eine merkwürdige Wirtschaft. Ich gebe zu, dass das Ergebnis schwankend sein wird; es wird nicht jedes Jahr 25 Millionen betragen, sondern im einen Jahr vielleicht 15 Millionen und im andern 40 Millionen. Aber mit einem durchschnittlichen Jahresertrag von 25 Millionen Franken können wir ganz sicher rechnen. Wenn Sie nun 60 % davon nehmen für die Kantone, so macht das 15 Millionen Franken aus, und wenn die Kantone 10 % zur Bekämpfung des Alkoholismus verwenden, so ergibt das 1,5 Millionen Franken. Ausserdem muss der Bund von seinen 10 Millionen Franken 5 % für die Bekämpfung des Alkoholismus auslegen, was wiederum 500,000 Fr. ausmacht, sodass man auch nach dem ständerätlichen Beschluss auf 2 Millionen Franken pro Jahr gelangt als Summe für die Bekämpfung des Alkoholismus, und bisher

hatten wir 700,000 Fr. im Durchschnitt. Wir fanden in der Kommission, dass die dreifache Summe ausreichen sollte. Es wurde uns gesagt — und ich weiss das auch von Mitgliedern kantonaler Regierungen — dass man in den Kantonen schon jetzt verschiedentlich in Verlegenheit war, wie diese Mittel zweckmässig zu verwenden seien. Wenn man die Mittel verdreifacht, so wird diese Verlegenheit in der zweckmässigen Verwendung der Mittel sicher in Erscheinung treten. Und wenn Sie gar den Antrag des Herrn Frank, den Minderheitsantrag annehmen, dann würden 15 % des Ertrages der Kantone für diese Bekämpfung des Alkoholismus, d. h. 2,25 Millionen und mit dem Bundesbeitrag 2,75 Millionen Franken verwendet werden müssen. Es würde also die vierfache Summe gegenüber bisher zur Verfügung stehen. Da scheint es mir, man gehe über das Nötige hinaus. Wir wollen doch berücksichtigen, dass es sich hier um die Kantone handelt, nicht um einen Widerstreit zwischen Bund und Kantonen, auch nicht um einen Interessenstreit zwischen Alters- und Invalidenversicherung und den Kantonen wie vorhin, sondern einfach darum, inwieweit wollen wir die Kantone binden, in der Verwendung der 60 %, die sie aus dem Alkoholmonopol zu erwarten haben. Wenn wir als Minimum 10 % festlegen, was im Minimum effektiv 1,5 Millionen ausmachen wird, nebst den 5 %, die der Bund von seinem Anteil also mit Fr. 500,000 verwenden muss, so ist das mehr als genügend. Wenn Sie weiter gehen, so legen Sie den kantonalen Finanzdirektoren, den kantonalen Regierungen und Parlamenten, Fesseln an, die absolut nicht nötig sind. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Huber: Die bisherige Diskussion berührt etwas eigentümlich. Nach den Reden für den Antrag der Mehrheit könnte man meinen, dass man für die Bekämpfung des Alkoholismus nur ein gewisses Minimum verwenden dürfe. Es ist mir schon aufgefallen, dass fast zur Entschuldigung angeführt wurde, man müsse ja nicht Angst haben, dass man zu weit gehe. Man wolle nicht die Abstinenz unterstützen, sondern nur die Bekämpfung des Missbrauchs des Alkohols. Man kann in guten Treuen die Auffassung vertreten, dass es überhaupt keinen richtigen Gebrauch des Alkohols gebe, sobald er getrunken wird. Ich gehöre, um kein Missverständnis zu wecken, keinesfalls zu den eingeschriebenen Abstinenten, aber ich gehöre zu denjenigen Leuten, die glauben, dass der Staat viel zu wenig tue zur Bekämpfung des Alkoholismus. Wenn die Vertreter des Mehrheitsantrages Berechnungen aufstellen, wonach für die Bekämpfung des Alkoholismus mehr herauschaue, als angenommen werde, so kann man die Berechnung auch umgekehrt machen. Nach der ursprünglichen Aufstellung mit einem Ertrag von 12 Millionen ergäben die 80 % davon für die übrigen Zwecke 9,6 Millionen, nach der neueren Berechnung aber volle 20 Millionen, nämlich 80 % von 25 Millionen.

Ist es nun angesichts dieser Zahlen notwendig, den Standpunkt zu vertreten, man wolle nur das Minimum zur Bekämpfung des Alkoholismus verwenden und alles übrige für andere Zwecke reservieren? Wenn man rein fiskalisch denkt, kann man diesen Standpunkt einnehmen. Aber wenn man sich, wie Herr Naine, auf den Standpunkt stellt, dass der Alkoholismus eine der gefährlichsten Volksseuchen ist,

dann wird man anders denken. Ich glaube, wir können von dem Gelde aus dem Alkoholmonopol keine Verwendung machen, die sich besser rentiert für das Volksganze, als wenn wir möglichst viel verwenden zur Bekämpfung des Alkoholismus. Ich will keine Abstinenzrede halten, sondern möchte die Herren Abstinenzler bitten, dies selber zu besorgen. Aber Sie können die Statistiken, die Berechnungen der Psychiater, die Feststellungen der Aerzte, die Feststellungen der Kriminalisten nehmen, sie werden Ihnen überall den Nachweis liefern, dass, wenn der Alkoholismus aus dem Volksleben ausscheidet, Sie soundso viel Zuchthäuser, Krankenhäuser und Irrenhäuser weniger nötig haben, als wenn der Alkoholismus besteht. Wenn man das umrechnet in Zahlen und Geld, so stellen wir gleichzeitig fest, dass wir unsern Staat, unsere Kantone, unsere Gemeinden und den Bund mit enormen Ausgaben belasten, die nur davon herrühren, weil wir zu wenig verwenden für die Bekämpfung des Alkoholismus.

Herr Obrecht sagte, die Kantone seien schon in Verlegenheit gekommen, was sie mit dem vielen Gelde anfangen sollen. Ich weiss nicht, ob nicht vielmehr die Abneigung gegen den Zweck im allgemeinen diese Verlegenheit verursacht als das Uebermass der Mittel. Bis jetzt haben Leute, die den Alkoholismus wirklich bekämpfen möchten gefunden, dass manche Kantone zum grossen Teil die Mittel missbrauchten und nicht verwendet haben zum Zwecke der Bekämpfung des Alkoholismus. Ich weiss nicht, ob es nur ein schlechter Witz ist oder eine Tatsache, dass ein Kanton auch für eine Feuerspritze einen Beitrag gegeben hat aus dem Alkoholzehntel, weil da auch eine Art Brand damit bekämpft werde (Heiterkeit). Aber es sind Missbräuche zutage getreten. Ich erinnere an diejenigen im Rate, die immer und immer wieder gefordert haben, dass den Kantonen auch Vorschriften gemacht werden, welche die richtige und zweckmässige Verwendung der Gelder sichern. In unserem Kanton haben wir die Beobachtung gemacht, dass wir nicht zu viel, wohl aber immer zu wenig Geld haben zur Bekämpfung des Alkoholismus. Man sollte den Kreis der Bekämpfung noch weiter spannen, wie Herr Naine ausgeführt hat. Man ist an die wirklichen Ursachen des Alkoholismus herangetreten, an die Ursachen, welche die Leute aus dem Hause in die Wirtshäuser hineintreiben, an die Ursachen, welche ihnen die Fähigkeit, andere Genüsse zu würdigen und zu schätzen, raubt. Diese Ursachen hat man erkannt und geht darauf aus, nun den Leuten ihr Heim behaglicher zu machen, ihnen die Möglichkeit zu geben, in alkoholfreie Lokale zu gehen. Aber, haben wir nicht in allen Gemeinden und Kantonen den gleichen Notstand, dass man fast keine Versammlung einberufen kann, ohne dass man die Leute zum Saufen einladen muss. Nur eine beschränkte Zahl von Gemeinden haben Versammlungslokale, bei denen man nicht gleich zum Bier oder zum Wein oder zum Schnaps greifen muss. Solange wir noch solche Zustände haben, kann man nicht behaupten, dass man zu viel Geld hätte und der Bund zu viel gebe. Ich verweise auf die Organisation, welche sogenannte Gemeindehäuser und Gemeindestuben organisieren und schaffen will. Diese Organisation hat viel zu wenig Geld und kann viel zu wenig ausrichten, weil den Kantonen viel zu wenig Geld zur Verfügung steht.

Ich glaube, diese Debatte wird einmal da und dort geradezu als Charakteristikum aufgefasst werden, dass eine Volksvertretung in solcher Art und Weise markten konnte, wo sie die Gelegenheit bekommen hätte, ohne irgendwelches ernsthaftes Opfer eine Krankheit, ein schweres Volksleiden, ich will nicht sagen zu heilen, aber einigermaßen ernsthafter zu bekämpfen, als dies bis jetzt geschehen ist, und wo sie das nicht tut, und warum? Lediglich aus gewissen kantonal-fiskalischen Erwägungen heraus. Ich glaube, wir könnten die Verantwortung hierfür kaum übernehmen, und ich persönlich glaube, dass, wenn Sie zu dem Beschluss, den Sie vorhin gefasst haben, nun auch noch den von der Mehrheit gewünschten hinzufügen, dass Sie dann sicher sind, dass Sie keine grosse Volksmehrheit für eine derartige Vorlage finden werden, sondern dass diese verworfen werden wird.

Hoppeler: Nur eine ganz kurze Bemerkung. (Grosse Unruhe!) Ich möchte dem Rate eine geschäftliche Mitteilung machen, d. h. über ein mich selber betreffendes Geschäft. Ich gedenke nämlich auf 1. November eine Beratungsstelle zu eröffnen für Regierungen, welche nicht wissen, was sie mit dem Alkoholzehntel anfangen sollen. Ich stelle mich ihnen bereitwillig zur Verfügung. (Zuruf: Gratis!) Gratis, jawohl! Es ist in der Debatte nicht genau gesagt worden, wozu das Geld gebraucht wird. Herr von Matt hat eine Motion eingereicht zugunsten der Anstalten für Epileptische und Gefährdete, die zu wenig Geld haben. Solche Defizite würden wir mit diesem Gelde stopfen! Vor allem würden wir auch vorbeugend zu wirken suchen, z. B. indem wir mehr Agenten anstellen, welche zu den Gefährdeten und zu den Trinkern gehen. Durch Rettung eines einzigen Gefährdeten können vielleicht 3—4 Kinder vor den Folgen des Alkoholismus bewahrt werden. Unsere Agenten — es sind deren viel zu wenig — werden mit der Arbeit kaum fertig. Sie wirken weniger durch Vorträge, als vielmehr durch Besuche bei den Gefährdeten. Aber die Vereine haben zu wenig Geld, um mehr Agenten anzustellen. Wenn wir nun in jedem Kanton einen einzigen Agenten mehr anstellen könnten, so wäre das schon eine grosse Sache. Sie sehen, es wird Gelegenheiten genug geben, um einen Alkoholfünftel nützlich und segensbringend anzuwenden, weshalb ich den Antrag der Minderheit zur Annahme empfehle.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	45 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	76 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Revision der Art. 32bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des art. 32bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.10.1922
Date	
Data	
Seite	714-728
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 408

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 4. Oktober 1922.
Séance du matin du 4 octobre 1922.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Klöti.

**1078. Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundes-
 verfassung (Alkoholwesen).**

Revision des articles 32 bis et 31 de la constitution (régime
 des alcools).

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 714 hievor. — Voir page 714 ci-devant.)

Ziff. 3.

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Supprimer.

Gestrichen, — *Supprimé.*

Ziff. II.

Antrag der Kommission.

Diese Aenderung wird dem Volke und den Ständen
 getrennt zur Abstimmung unterbreitet.

Proposition de la commission.

Ces modifications seront soumises séparément à
 la votation du peuple et à celle des Etats.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kom-
 mission: Sie werden nun entscheiden, ob die Vorlage
 in der Volksabstimmung getrennt oder samthaft be-
 urteilt werden soll. Der grosse Wurf unserer Vorlage
 ist die Unterwerfung aller gebrannten Wasser unter
 die Bundesgesetzgebung. Er erscheint vom ethischen
 und fiskalischen Standpunkt aus so notwendig und
 so dringlich; er hat für sich allein auch so viel Gegner-
 schaft, dass wir uns taktischen Erwägungen nicht
 verschliessen können. Es darf die Hauptsache durch
 Nebenfragen nicht beeinträchtigt werden. Nun haben
 sich beim Zweiliter-Artikel schon starke Kampf-
 gruppen gebildet, und diese Tatsache ganz besonders
 rät zu einer Trennung der Vorlage für die Volks-
 abstimmung. Die kleine Beilage zeigt, wie getrennt
 werden soll. Die allgemeinen Grundsätze und die Vor-
 schriften über die gebrannten Wasser bilden die erste,
 die Vorschriften betreffend die nicht gebrannten
 Wasser, dabei die Zweiliterbestimmung, bilden die
 zweite Frage an das Volk. So hofft man dem wichtigen
 Teile der Vorlage die ihm gebührende ruhige und
 sachliche Behandlung zu sichern. Wie ich gestern
 mitteilte, haben beide Kommissionen in gemeinsamer

Nationalrat. — Conseil national. 1922.

Beratung einstimmig beschlossen, diesen Zweiteilungs-
 antrag des Bundesrates zu empfehlen.

Diese Zweiteilungsfrage kann freilich noch in ein
 anderes Licht gerückt werden. Es gibt offenbar
 Bürger, welche die Zweiliterfrage als die Hauptfrage
 ansehen und nun finden, dass es diese Bestimmung sei,
 welche in der Volksabstimmung unter der Ausdehnung
 des Monopols zu leiden hätte. Diesen Bürgern ist
 aber durch die Trennung der Vorlage auch geholfen.
 Man kann sich nur noch fragen, ob nicht auch noch
 eine zeitliche Trennung vorgenommen werden soll,
 um so noch mehr zu verhindern, dass die eine Frage
 die andere im Volke benachteiligt. Es erscheint mir
 aber etwas fremd, neu und auch etwas künstlich,
 die eine Vorlage in zwei Volksabstimmungen zu
 trennen. Wir haben jetzt Volksabstimmungen genug,
 ich empfehle daher den Antrag des Bundesrates und
 der Kommission.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission:
 Les commissions des deux Conseils se sont mises
 d'accord sur une question de procédure très importante,
 la question de savoir de quelle manière l'arrêté fédéral
 sera soumis au peuple et aux cantons. Nous vous
 proposons de soumettre au peuple séparément la
 question relative au commerce en détail des boissons
 fermentées, la question dite des deux litres, et la
 question de l'extension du monopole des boissons
 distillées. De cette manière le peuple pourra se pro-
 noncer d'une manière plus nette que si on lui demandait
 une seule réponse à ces deux questions. Il y aurait
 donc, si nos propositions sont admises, deux consul-
 tations populaires distinctes, l'une relative aux bois-
 sons fermentées, l'autre relative aux boissons dis-
 tillées. Nous ne pensons pas cependant que l'on doive
 fixer à des dates différentes les deux votations se
 rapportant au régime de l'alcool. Les deux questions
 doivent être résolues le même jour. La nécessité
 de séparer les deux votations nous est apparue à
 mesure que dans le peuple le régime des deux litres
 a ses adversaires et ses partisans qui ne sont pas les
 mêmes que les adversaires et les partisans de l'ex-
 tension du monopole des boissons distillées.

La procédure que nous avons adoptée nous a été
 suggérée par le Conseil fédéral, ce dont j'ai été person-
 nellement d'autant plus heureux que déjà en 1920
 j'avais fait une proposition analogue à la commission
 du Conseil national.

On vous a distribué un projet d'arrêté fédéral
 qui tient compte de notre décision. Ce projet devra
 être revu avec le plus grand soin par la commission
 de rédaction. Préparé par les soins du département
 des finances et de fonctionnaires du département
 fédéral de justice et police, il procède un peu trop
 de l'idée que les électeurs ont une parfaite connaissance
 de la Constitution. Il y aurait lieu de l'améliorer
 dans ce sens que le peuple n'ait pas besoin de recourir
 au texte actuel de la Constitution pour comprendre
 exactement ce qu'on lui demande. Je pense que la
 commission de rédaction, qui aura à arrêter la forme
 définitive de l'arrêté, tiendra compte de ce desideratum.

Schär: Es ist mit Recht bemerkt worden, dass
 die hier vorgeschlagenen Aenderungen zwei ver-
 schiedene Klassen von Gegnern haben. Gegen die
 Ausdehnung des Alkoholmonopols werden sich haupt-

sächlich landwirtschaftliche Kreise wenden und gegen die Abschaffung des Zweiliterartikels hauptsächlich die Konsumvereine. Nun ist ganz gut möglich, dass diejenigen Volkskreise, die die Ausdehnung des Alkoholmonopols bekämpfen, andererseits Sympathien haben für die Aufhebung des Zweiliterartikels und umgekehrt. Wenn man beide Fragen im gleichen Beschluss zur Abstimmung bringen würde, würden sich die Gegner aus beiden Lagern vereinigen und voraussichtlich die ganze Revisionsvorlage zu Fall bringen. Darum ist es entschieden zu begrüßen, dass man diese beiden Materien auseinanderhält und getrennt zur Abstimmung bringt. Nur möchte ich mich gegen eine Auffassung wenden, die der französische Kommissionsreferent vertreten hat. Er vertritt den Standpunkt, es sei absolut notwendig, dass am gleichen Tage beide Aenderungen zur Abstimmung kommen. Da habe ich Bedenken. Ich sage offen, ich bin Gegner der einen Revision, der Revision des Zweiliterartikels. Für die Ausdehnung des Alkoholmonopols werde ich stimmen. Ich kann unterscheiden. Aber ich habe schon wiederholt gehört, dass bei Volksabstimmungen die Gegnerschaft gegen die eine Vorlage unter Umständen auch andere Vorlagen mit ins Verderben zieht, dass nicht immer so genau unterschieden wird. Es kommt sehr oft auch auf die allgemeine Stimmung des Souveräns an. Ich persönlich habe Bedenken, dass, wenn beide Revisionsabteilungen zu gleicher Zeit zur Abstimmung gelangen, beide verworfen werden. Darum möchte ich nicht, dass hier die Frage präjudiziert wird. Die Vollziehung des Beschlusses ist Sache des Bundesrates und wir haben uns gewöhnlich in die Ansetzung von Volksabstimmungen nicht eingemischt. Aber ich glaube, wenn der Bundesrat im Laufe der nächsten Wochen finden sollte, eine zeitlich getrennte Abstimmung sei vorzuziehen, soll er dazu berechtigt sein, entgegen den Ausführungen des Herrn de Dardel.

Hoppeler: Auch ich möchte diese Anregung des Herrn Schär unterstützen, dass die beiden Artikel zeitlich getrennt zur Abstimmung gelangen. Wir wollen nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wir haben uns nun entschlossen zur Trennung, zu dem Zwecke, dass nicht eine Verquickung stattfinde und damit da, wo der eine für den ersten Teil ein Ja schreibt, er doch auch ein Nein für den zweiten Teil schreiben kann. Wir wissen, dass das oft passiert. Ich habe oft gelesen dieses Jahr, dass es vorkam, dass alle Vorlagen, die zusammen vorgelegt wurden, miteinander mit einem Nein bedacht wurden. Ich habe oft gehört: «Und dann schrieb man beim zweiten und dritten Gesetz auch gleich Nein, es ging ja im gleichen.» So meine ich, wenn wir am gleichen Tag die beiden Sachen zur Abstimmung bringen, so bleiben wir tatsächlich auf halbem Wege stehen. Warum nicht den Schritt auch noch tun und sagen, wir wollen die Vorlagen auch zeitlich getrennt zur Abstimmung bringen? Ich möchte Ihnen das beantragen, weil wirklich die Feinde verschieden sind. Leider sind die Konsumvereine gegen die Abschaffung des Zweiliterartikels. Die Konsumvereine, welche dem kleinen Manne und dem Volkswohl dienen wollen, stellen sich nun in den Dienst dessen, was Volkswohl bedeutet; und die Bauern leider auch, in Verkennung dessen, was dem ganzen Volke zum Wohle dient, denken sie nur an sich. Wenn wir so weiterfahren, wird allerdings der

Ruin das Ende der Schweiz und das Ende der Welt sein, wenn wir jetzt noch nicht gelernt haben, nicht nur bloss an uns, sondern auch an das Ganze zu denken. Ich bitte Sie, diese beiden Vorlagen getrennt zur Abstimmung zu bringen.

M. le conseiller fédéral Musy: C'est une question de tactique. Nous avons pensé qu'en tout cas les deux questions devraient être posées d'une façon séparée. Le projet qui a été fait en 1919 prévoyait donc que le peuple serait appelé à se prononcer sur l'ensemble de la question comportant à la fois, l'extension du monopole et la régularisation de la vente au détail des boissons fermentées. J'ai eu la conviction tout de suite qu'il était imprudent de coaliser ici — et sur ce point je suis d'accord avec ce qu'a dit M. Schär — tous les opposants à l'extension du monopole et à la modification du régime de la vente des boissons fermentées. C'est donc pour donner aux électeurs la possibilité de se prononcer séparément que j'ai demandé au Conseil fédéral d'autoriser le département à proposer aux deux commissions réunies de décider que ces deux questions seront posées séparément, mais non pas nécessairement quant au temps, afin que les électeurs aient la possibilité de se prononcer sur l'extension du monopole par oui ou par non, sans avoir en même temps à répondre sur l'autre question. Si nous arrivons au moins à sauver cette première question, ce sera déjà un progrès très considérable sur le terrain de la lutte contre l'alcoolisme, parce que, incontestablement, le très grand danger qui nous guette maintenant, ce n'est pas la consommation des boissons fermentées, mais c'est surtout la consommation des boissons distillées.

Les renseignements que nous avons sur les quantités de schnaps fait cette année sont très inquiétants pour tous ceux qui ont le souci de la santé morale et physique de notre peuple.

Je connais des petits villages où l'on a distillé 3000 litres, seulement pour ce qui concerne le kirsch. Et après cela il y a la prune, le pruneau, la distillation des pommes et des poires, de tous les fruits dont on n'a pas tiré parti autrement. On m'a dit que dans un petit village, on distillera pour plus de 20,000 litres de schnaps. Sans doute, cette quantité ne sera pas consommée tout entière par la population de ce village, mais il est certain qu'il y a là un danger très considérable qui crée l'obligation stricte pour tous ceux qui ont le souci du bien-être de notre peuple de voter dans le sens du projet approuvé par les Chambres, en tout cas sur ce point: le contrôle des boissons distillées.

Nous avons pensé que nous diminuerions les chances du projet si nous obligeons les électeurs à voter par un oui ou par un non sur les deux questions à la fois.

Maintenant, M. Schär nous dit: «Vous devriez augmenter les chances du projet en faisant une séparation non seulement en ce qui concerne la matière, mais aussi dans le temps, c'est-à-dire en faisant deux votations à deux dates différentes.»

Je ne veux pas me prononcer définitivement sur cette question. Si l'on peut faire ces deux votations le même jour, j'en serai heureux, car on ne doit pas fatiguer les électeurs. D'un autre côté, si cela devait augmenter beaucoup les chances du projet, il vaudrait la peine de faire deux votations.

Je vais en référer au Conseil fédéral, et après avoir examiné le pour et le contre, nous prendrons une décision dans le sens des intérêts que nous défendons ici, c'est-à-dire que nous chercherons à donner au projet le maximum de chances.

M. de Dardel, rapporteur français de la commission: Il s'agit d'une question de tactique. Je crois que le Conseil national serait bien inspiré en se contentant d'accepter la suggestion de M. Schär, et en repoussant la proposition ferme de M. Hoppeler.

Il y a ici du pour et du contre. Je crains beaucoup que si l'on décide de faire les deux votations à des dates différentes, cela n'indispose le peuple et que les électeurs, mécontents d'être appelés trop fréquemment au scrutin, ne manifestent leur mécontentement en votant non les deux fois. Les électeurs penseront que l'on fait des frais inutiles en organisant ces votations à des dates différentes, alors qu'on pourrait les fixer au même jour; ils diront: « Nous allons donner une leçon au Conseil fédéral et aux Chambres en repoussant les deux parties du projet. » Voilà ce qui pourrait arriver.

Par conséquent, sans vouloir m'opposer d'une manière absolue à la manière de voir de M. Hoppeler, j'estime qu'il vaudrait beaucoup mieux ne pas prendre une décision définitive à ce sujet et laisser cette affaire à l'examen du Conseil fédéral qui a tout intérêt à présenter la question aux électeurs de manière qu'elle soit résolue dans le sens du projet d'arrêté. C'est la proposition que je me permets de faire.

Gamma, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich bestätige, was soeben Herr de Dardel gesagt hat. Wir könnten den Antrag Schär-Hoppeler annehmen, wenn er als Wunsch, als Anregung an den Bundesrat gehen soll; wir müssen ihn ablehnen, wenn er als definitiver Antrag heute zur Entscheidung kommen soll. Denn dieser Antrag ist noch zu wenig geprüft und steht auch in Widerspruch mit den Abmachungen der beiden Kommissionen. Ich bitte, wenn der Antrag als solcher aufrechterhalten werden sollte, denselben abzulehnen.

Hoppeler: Ich kann mich damit einverstanden erklären, dass die Sache an den Bundesrat geleitet wird, und schenke ihm das Zutrauen, dass er hier das Richtige finden werde. Denn es sprechen ja auch Gründe dagegen. Ich ziehe also meinen Antrag zurück.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 5. Oktober 1922. Séance du matin du 5 octobre 1922.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Klöti.

1625. Einmalige Vermögensabgabe. Begutachtung des Volksbegehrens.

Impôt unique sur la fortune. Préavis sur l'initiative.

Bericht des Bundesrates vom 1. August 1922 (Bundesblatt II, 917). — Rapport du Conseil fédéral du 1^{er} août 1922 (Feuille fédérale II, 941).

Antrag der Kommissionmehrheit
vom 29. September 1922.

Bundesbeschluss

über das

Volksbegehren betreffend Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe (Art. 42 bis der Bundesverfassung).

(vom 5. Oktober 1922).

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht eines Berichtes des Bundesrates
vom 1. August 1922;

gestützt auf Art. 121 ff. der Bundesverfassung
und Art. 8 ff. des Bundesgesetzes vom 27. Januar
1892 über das Verfahren bei Volksbegehren und
Abstimmungen betreffend die Revision der Bundes-
verfassung,

beschliesst:

Einziger Artikel. Die Bundesversammlung stimmt dem vorliegenden Volksbegehren nicht zu und empfiehlt dem Volk und den Ständen seine Verwerfung.

Antrag der Kommissionminderheit.

(Huber, Naine, Nobs, Schmid [Oberentfelden].)

Dem Volksbegehren betreffend die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe (Art. 42 bis der Bundesverfassung) wird zugestimmt, und das Begehren wird dem Volk und den Ständen zur Annahme empfohlen.

Proposition de la majorité de la commission
du 29 septembre 1922.

Arrêté fédéral

sur

l'initiative populaire concernant le prélèvement
d'un impôt unique sur la fortune (art. 42 bis
de la Constitution).

(du 5 octobre 1922.)

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

Vu le rapport du Conseil fédéral du 1^{er} août 1922,
Vu les art. 121 et suivants de la Constitution et les
art. 8 et suivants de la loi fédérale concernant le

Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des articles 32bis et 31 de la constitution (régime des alcools)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1922
Date	
Data	
Seite	729-731
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 409

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

tout à fait satisfaisante pour la Suisse et qu'avec la garantie de la déclaration de Londres au sujet de notre neutralité militaire et avec le Pacte révisé, la Suisse reste et vit dans la Société des nations dans les meilleures conditions possibles, meilleures que celles qu'elle a eues jusqu'ici. C'est pourquoi nous vous proposons d'adopter cette modification.

Le Conseil des Etats a légèrement modifié la forme, non pas le fond de l'arrêté fédéral. Il a séparé les différents amendements et a pris des décisions spéciales pour les amendements 4, 6, 12, 13, 15, 16 et 26. Nous vous proposons de suivre en ce point la décision du Conseil des Etats.

Vous remarquerez que dans la proposition du Conseil national il y a, non pas une divergence avec celle du Conseil des Etats, mais une petite modification de rédaction. Cela a échappé probablement au Conseil de la Société à l'occasion de la révision de l'art. 16. Mais ce n'est pas du tout une question de fond; c'est une pure question de forme que l'Assemblée de la Société des nations mettra au point lorsque l'ensemble ou du moins la majorité des Etats, membres de la Société, auront accepté cette révision.

Arrivé à ce point de mon exposé, je pourrais dire deux mots de certaines clauses qui devraient figurer peut être aux articles révisés, mais qui n'y figurent pas. Il y a notamment deux articles qui ont fait l'objet d'une longue discussion, celui qui a donné lieu à ce qu'on a appelé la proposition canadienne. C'est l'article qui vise la garantie de l'intégrité territoriale des Etats composant la Société des nations. Il est un autre article très intéressant également qui concerne l'enregistrement des traités. Mais, comme le temps dont je dispose est mesuré et que ces deux articles ne sont pas pour le moment en révision, je puis me dispenser de vous parler de ces deux amendements au Pacte qui seraient cependant très intéressants à amorcer.

Dans ces conditions, nous vous proposons, à part une très légère modification, soit l'introduction d'un paragraphe qui a été simplement omis dans le texte du Conseil des Etats, nous vous proposons d'accepter la révision des articles du Pacte qui vous est soumise.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 13. Oktober 1922.
Séance du matin du 13 octobre 1922.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Klöti.

1078. Revision der Art. 32bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Revision des articles 32bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

Schlussabstimmung. — Votation finale.

(Siehe Seite 729 hievor. — Voir page 729 ci-devant.)

Stuber: Ich möchte nur das Wort wünschen zu einer kurzen Feststellung vor der Schlussabstimmung. Es scheint mir angezeigt im Interesse der Ehrlichkeit, und in Würdigung der Tatsachen notwendig zu sein, vor der endgültigen Stellungnahme zu der vorliegenden Verfassungsrevision vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Vertreter aus eine kurze Feststellung zu machen und eine kurze Reserve anzubringen.

Die Meinung und Stellungnahme der schweizerischen Landwirtschaft zur vorliegenden Verfassungsrevision ist zur Stunde noch nicht ganz abgeklärt. Immerhin hat sich seit der Beratung der Verfassungsartikel in den eidgenössischen Räten gezeigt, dass grosse Teile unserer Landwirtschaft stark beunruhigt sind über die Vorlage. Sie haben auf Grund der Erfahrungen mit der bisherigen Alkoholgesetzgebung und ihrer Auswirkung auf die landwirtschaftliche Produktverwertung das Zutrauen in die Erfüllung der gemachten Versprechen in der Alkoholgesetzgebung verloren. Sie empfinden die projektierte Ausdehnung des Alkoholmonopols als einen schweren Eingriff in die persönlichen Freiheiten der Selbstbestimmung ihrer Betriebe; sie fürchten sich vor einer Bundeskontrolle. Aus gelegentlichen Äusserungen in der landwirtschaftlichen Presse und aus Resolutionen verschiedener Bauernversammlungen geht deutlich hervor, dass in verschiedenen Gegenden unseres Landes eine organisierte Opposition gegen die Verfassungsrevision bereits eingesetzt hat. Es ergibt sich daher heute kurz folgendes Bild: . . .

Präsident: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass nach dem Reglement eigentlich vor der Schlussabstimmung gar keine Diskussion mehr zulässig ist. Ich habe Ihnen das Wort nicht entziehen wollen, im Glauben, es handle sich um eine ganz kurze Erklärung.

Stuber: Ich möchte also nur ganz kurz erklären, dass die Situation wahrscheinlich die folgende sein wird: Die landwirtschaftlichen Führer werden hier im Nationalrat für die Vorlage eintreten. Dagegen möchten wir uns den Vorwurf ersparen, wenn später über unsere Köpfe hinweg in der breiten Landwirt-

schaft gegen das Gesetz eine organisierte Opposition einsetzt. Gegen diesen Vorwurf möchte ich diese Feststellung machen. Wir werden für die Vorlage eintreten, dagegen wird unsere Landwirtschaft derselben wahrscheinlich Opposition machen.

Schlussabstimmung — *Votation finale.*

Für Annahme des Beschlusses- entwurfes:	91 Stimmen
Dagegen:	1 Stimme

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

1126. Telegraphen- und Telephonverkehrsgesetz. Loi sur les relations télégraphiques et téléphoniques.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe Seite 228 hiervor. — Voir page 228 ci-devant.)

Antrag der Kommission.

Zustimmung zu den Beschlüssen des Ständerates vom 11. Oktober 1922.

Proposition de la commission.

Adhésion aux décisions du Conseil des Etats du 11 octobre 1922.

M. Grobet-Roussy, rapporteur français de la commission: La loi sur les relations télégraphiques et téléphoniques que vous avez adoptée dans la précédente session nous revient du Conseil des Etats avec une série de divergences qui n'ont aucune importance matérielle. Ce sont plutôt des modifications de rédaction.

Par exemple on a introduit à l'art. 1^{er} un nouveau terme et l'on a dit: «... transmission électrique ou radio-électrique de signaux, d'images ou de sons.»

Il y a toute une série de corrections de rédaction, notamment aux art. 2, 3, 4, etc.

A deux articles, à l'art. 6 et à l'art. 40, on a prévu une extension de l'obligation au secret télégraphique et téléphonique. Le texte que vous aviez adopté était ainsi conçu: à l'art. 6 il était dit: «il est interdit aux fonctionnaires et employés des télégraphes de faire à des tiers des communications quelconques sur le contenu des télégrammes confiés à l'administration et des conversations téléphoniques transmises par elle ou sur les relations télégraphiques ou téléphoniques de certaines personnes...», à l'art. 40 il était dit: «Est puni de l'emprisonnement tout fonctionnaire du télégraphe et du téléphone a) Qui viole le secret téléphonique ou télégraphique...»

On a changé ces termes en disant «Toute personne chargée d'assurer un service télégraphique ou téléphonique»; cela afin de prévoir les cas où le service est fait par des employés d'hôtels. On a voulu pour cette raison adoucir les peines prévues en cas d'infraction au secret télégraphique ou téléphonique.

Au premier paragraphe la peine prévue est l'emprisonnement. On a ajouté un alinéa disant: «S'ils sont peu graves, notamment... s'ils sont imputables à la négligence, les délits mentionnés à l'al. 1^{er} peuvent être punis disciplinairement.»

La seule divergence un peu importante — c'est une modification en faveur du public — est prévue à l'art. 45bis. L'article que vous aviez adopté disait: «Les taxes et distances stipulées peuvent être modifiées par le Conseil fédéral avec l'agrément de l'Assemblée fédérale.»

Le Conseil des Etats a estimé que l'on pouvait admettre cette procédure lorsqu'il s'agissait d'améliorations en faveur du public, c'est-à-dire d'abaissements des taxes ou d'extensions de la zone gratuite. Par contre, lorsqu'il s'agirait d'élever les taxes ou de diminuer cette distance gratuite, cela ne pourrait se faire qu'en modifiant la loi. Le Conseil des Etats a donc ajouté un alinéa disant: «Par décision du Conseil fédéral les taxes prévues par la présente loi peuvent être réduites et les distances augmentées. L'opération inverse ne pourrait être réalisée que par une modification de la présente loi.»

Ce sont toutes les divergences qu'il y a et votre commission unanime vous propose d'adhérer sans autre aux décisions du Conseil des Etats.

Joss, deutscher Berichterstatter der Kommission: Der Nationalrat hat das Telephon- und Telegraphenverkehrsgesetz am 7. Juni durchberaten. Der Ständerat hat darüber am 11. Oktober Beschluss gefasst, und es hat sich ergeben, dass die Beratungen des Ständerates zum Nationalrat nur geringe Differenzen geschaffen haben. Die meisten Differenzen sind rein redaktioneller Natur. So im Art. 1, wo der Ständerat gefunden hat, es bedürfe zur grösseren Klarheit neben der elektrischen noch der radio-elektrischen Zeichen-, Bild- oder Lautübertragung. Es ergibt sich daraus in den folgenden Artikeln überall eine entsprechende Korrektur.

In Art. 40 ergibt sich eine materielle Differenz, indem hier eine Ziff. 2 beigefügt worden ist, die eine gewisse Linderung in den Strafen bedeutet. Diese Ziffer hat folgenden Wortlaut erhalten: «Leichte Fälle der unter Abs. 1 erwähnten Vergehen, insbesondere deren fahrlässige Begehung, können disziplinarisch geahndet werden.» Eine weitere materielle Differenz besteht in Art. 45, indem bei Art. 45bis, der auch vom Nationalrat aufgenommen worden ist, vom Ständerat eine gewisse Aenderung getroffen worden ist in der Weise, dass der Bundesrat nur die Befugnis erhält, die Taxen im Sinne einer Ermässigung zu korrigieren, dass aber jede Taxerhöhung ohne weiteres eine Gesetzesrevision bedingt. Die Kommission des Nationalrates stimmt bei allen diesbezüglichen Differenzen einstimmig der Auffassung des Ständerates zu und beantragt Ihnen, auch in diesem Sinne zu beschliessen.

M. de Rabours: Je ne viens pas ici apporter une opinion différente que celle qui a déjà été exprimée. Je tiens seulement à souligner une circonstance particulièrement importante, à savoir que pour la première fois on fait figurer dans un texte de loi le mot «radio-électrique». La question s'est posée de savoir si les ondes électriques étaient de

Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des articles 32bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.10.1922
Date	
Data	
Seite	814-815
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 416

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**Sitzung vom 6. April 1922,
9 Uhr.**

Séance du 6 avril 1922, à 9 heures.

Vorsitz: } Hr. Räder.
Présidence: }

**1078. Revision der Art 32 bis und 31 der Bundes-
verfassung (Alkoholwesen).**

*Revision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime
des alcools).*

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 26. Mai 1919
(Bundesblatt III, 396). — Message et projet d'arrêté du
26 mai 1919 (Feuille fédérale III, 597).

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Entrer en matière.

von Arx: Mit Botschaft vom 27. Mai 1919, also bereits vor drei Jahren, unterbreitete der Bundesrat der Bundesversammlung den Vorschlag, es seien die Art. 31, 32 und 32 bis der Bundesverfassung in dem Sinne zu revidieren, dass die Gesetzgebung über die Fabrikation und die Einfuhr, die Reinigung und den Verkauf auf die fiskalische Belastung gebrannter Wasser ausschliesslich Sache des Bundes sei.

Nach dem bisherigen Art. 32 bis betreffend das Alkoholmonopol wird gesagt, dass der Bund befugt sei, im Wege der Gesetzgebung Vorschriften über die Fabrikation und den Verkauf gebrannter Wasser zu erlassen. Bei dieser Gesetzgebung sollen aber diejenigen Erzeugnisse, welche entweder ausgeführt werden oder eine den Genuss ausschliessende Zubereitung erfahren haben, keiner Besteuerung unterworfen sein. Das Brennen von Wein, Obst und deren Abfällen, von Enzianwurzeln, Wacholderbeeren und ähnlichen Stoffen falle betreffend die Fabrikation und Besteuerung nicht unter die Bundesgesetzgebung. Letztere Ausnahme hat indessen laut Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1887 nur Geltung, soweit es sich um Erzeugnisse inländischer Herkunft handelt.

Nach den vorliegenden Anträgen des Bundesrates sollen auch die dormalen geltenden Bestimmungen erweitert und das Alkoholmonopol auf alle gebrannten Wasser ausgedehnt werden.

Die Herstellung und der Genuss von hochgradigem Alkohol war in den hinter uns liegenden früheren Jahrhunderten von keiner grossen Bedeutung. Die ältesten Aufzeichnungen datieren aus dem dreizehnten Jahrhundert. Damals kannte man nur den Branntwein mit niedrigem Alkoholgehalt, hergestellt durch das Destillieren von Wein, später von Kirschen, Pflaumen, Zwetschgen und andern Früchten. Alle diese älteren Branntweine wurden fast ausschliesslich in den Apotheken hergestellt und als Medikamente verkauft. Später machten die Benediktiner- und Karthäuserklöster den Apotheken Konkurrenz und schlugen dieselben mit ihren vorzüglichen Produkten aus dem Felde. Diese harmlosen Anfänge des Alkoholgenusses dauerten bis gegen Ende des achtzehnten

Jahrhunderts und erst damals kamen hochgradige Sprite unter den Namen «eau de vie de mare», «eau de vie de lie» und «alcool trois six» in den Verkehr. Unsere Vorfahren, die Eidgenossen zur Zeit der Burgunder- und Schwabenkriege und der italienischen Feldzüge, auch die Schweizerregimenter in fremden Diensten, kannten also den Alkoholgenuss noch nicht. Aufsehererregende Bedeutung erlangte die Branntweinfabrikation eigentlich erst durch das Brennen von Getreide und Kartoffeln, beide durch die Transformation von Stärkemehl in Zucker, respektive Melasse und des Zuckers in Alkohol. In der Schweiz trat diese Fabrikation in die Erscheinung durch Gründung der Spritfabriken in Angenstein, Bern, Pruntrut, Hindelbank, Liestal und Basel in den Jahren 1870 bis 1880. Bedenklicher als diese Gründungen war aber die Ausdehnung, welche die Spritfabrikation aus Getreide und Kartoffeln im Auslande angenommen hatte, und die billigen Offerten, mit welchen unser Land förmlich überschwemmt wurde. Der Alkoholgenuss, dadurch angeregt, nahm immer bedenklichere Dimensionen an. Nur die Aelteren unter uns werden sich der Zustände erinnern, welche der Einführung des beschränkten Alkoholmonopols vorausgegangen sind. Früher, da man noch auf die Erzeugnisse des eigenen Landes angewiesen war und die Rohstoffe wie Kartoffeln, Getreide, Obst usw. verhältnismässig teuer bezahlt werden mussten, stunden auch die gebrannten Wasser entsprechend hoch im Preise. Allein nach und nach trat nun das Ausland in immer schärfere Konkurrenz mit der Inlandproduktion. Namentlich der deutsche Osten, dann auch Galizien, Böhmen, Mähren, Ungarn usw., Länder, welche sich für die Kartoffelkultur besonders günstig eigneten, traten mit Offerten auf, welche alle bisherigen Notierungen weit hinter sich liessen. Es wurden jahrelang Offerten gestellt à 25—40 Fr. per Meterzentner exklusive Zoll, aber franko Schweizergrenze, welche selbst bei einem Kartoffelpreis in den Produktionsländern von 1.50—2 Fr. per Meterzentner doch nur möglich waren, weil die Regierungen der betreffenden Länder, um die notleidende Landwirtschaft zu unterstützen, hohe Ausfuhrprämien bewilligten. Wenn man nun bedenkt, dass es sich bei den erwähnten Preisen um 95- bis 96-gradigen Spirit gehandelt hat, aus welchem durch Beimischung von Wasser ein wenigstens doppelt so grosses Quantum Trinkbranntwein hergestellt werden kann, der Liter somit, trotz hohem Eingangszoll, auf 30 bis höchstens 40 Rp. zu stehen kam, so kann man sich vorstellen, welcher Anreiz zum Alkoholgenuss in diesem Umstand gelegen hat und wie sehr die Volksgesundheit in unserem Lande bedroht gewesen ist.

Darf man sich unter diesen Umständen verwundern, wenn einsichtige und weitblickende Volkskreise immer dringender das Einschreiten des Staates verlangten, um dieser Gefahr entgegenzutreten? Ihren Bemühungen ist es schliesslich gelungen, dass der Bund nach langem Sträuben für diese Sache gewonnen wurde und nach jahrelangen Vorbereitungen endlich Verfassungsbestimmungen und ein Ausführungsgesetz zustande kamen, welche in der Hauptsache heute noch zu Recht bestehen. Es würde zu weit führen, wenn ich Sie mit allen Phasen vertraut machen wollte, welche durchzumachen waren, um zu diesem Resultat zu gelangen. Leicht wurde die Sache dem Bundesrate und der Bundesversammlung nicht gemacht.

Schwere Bedenken gegen die Vorlage wurden schon bei der Beratung der Verfassungsartikel; namentlich von Seite der Landwirtschaft vorgebracht. Sie befürchtete, dass es ihr in Zukunft unmöglich gemacht werde, die von ihr gewonnenen Bodenprodukte in rationeller und möglichst vorteilhafter Weise zu verwenden, so namentlich die Ueberschüsse an Obst, Obstabfällen, Trester usw. Die kartoffelreichen Landesgegenden glaubten in guten, ertragreichen Jahren, wenn sie das Brennen aufgeben müssten, ihre Ernte nicht mehr an den Mann bringen zu können. Man hat nun allen diesen Befürchtungen dadurch Rechnung getragen, dass man in der Hauptsache nur den aus Kartoffeln und Körnerfrüchten hergestellten Spirit unter das Monopol stellte und das Brennen der übrigen, die Landwirtschaft interessierenden Rohstoffe, soweit sie schweizerischen Ursprungs sind, weiter gestattete. Damit war den kleinen bäuerlichen Betrieben — es handelt sich um zirka 30,000 sogenannte Brennhäfen — das Leben weiter erhalten, aber doch gleichzeitig die Einfuhr von Branntwein aller Art und die zur Zubereitung von Alkohol geeigneten ausländischen Rohstoffe unter das Monopol gestellt.

Um auch die Kartoffeln produzierenden Landesgegenden zu beschwichtigen, wurde ferner vorgesehen, dass der vierte Teil des Landesbedarfes an gebranntem Wasser der inländischen Produktion zuzuweisen sei, welcher das Brennen von Kartoffeln und Körnerfrüchten gestattet war. Später wurde dann dieses Quantum auf jährlich 30,000 hl im Maximum begrenzt. Und da man mit dem verteuerten Monopolsprit für den übermässigen Alkoholgenuss entgegenzutreten wollte, wurde im weitern beschlossen, dass Spirit zu Haushaltungszwecken oder zur Verwendung in zum Trinkgenuss untauglichem Zustande zum Selbstkostenpreis abzugeben und den billigsten Vorräten zu entnehmen sei. Dass die früheren Spiritfabriken, die einzugehen hatten, entschädigt werden sollten, ist wohl selbstverständlich.

Endlich musste auch bei den Kantonen das Interesse an der einschneidenden Neuordnung geweckt und insbesondere die sogenannten Ohmgeldkantone für die ihnen drohenden Einnahmeausfälle entschädigt werden. Mit dem Alkoholmonopol wurden nämlich auch die Schlagbäume abgeschafft, welche die Kantone unter- und gegeneinander für die Einfuhr von Wein und andern geistigen Getränken mit dem sogenannten Ohmgeld errichtet hatten. Auch die Erhebung von Oktroibühren, wie sie in den Städten Genf und Carouge bestanden hatten, fiel unter das gleiche Verbot.

Im übrigen erachte ich es nicht als notwendig, auf die weniger wichtigen Bestimmungen der bestehenden Alkoholgesetzgebung weiter einzutreten.

Sechsendreissig Jahre sind nun seit der Einführung des Alkoholmonopols ins Land gegangen und man wird wohl heute von keiner Seite her bestreiten wollen, dass dasselbe dem Lande im ganzen genommen zum Segen gereichte, denn es unterliegt keinem Zweifel, dass im Verlaufe dieser verhältnismässig kurzen Zeit der Alkoholgenuss zunächst erheblich zurückgegangen ist. Ich erinnere mich aus meiner Jugendzeit, wie sehr gewisse Länderteile noch in den 70er und 80er Jahren des verfloßenen Jahrhunderts unter der Alkoholpest zu leiden hatten, Länderteile, in denen heute der Genuss von Branntwein sozusagen

gänzlich verschwunden ist. Es mag das zum Teil der verfeinerten Lebenshaltung, wie nicht minder der Verteuerung dieses schädlichen Genussmittels zuzuschreiben sein. Als ein weiterer Grund für diese erfreuliche Erscheinung darf aber auch ganz gewiss der Umstand dienen, dass der Kampf gegen die Brantweinpest doch bei vielen Trinkern Gefühle der Beschämung, dass sie diesem Uebel huldigen, ausgelöst hat.

Also vom Standpunkt der Volksgesundheit aus betrachtet, hat die Einführung des Alkoholmonopols den gehegten Erwartungen durchaus entsprochen und auch die den Kantonen in Aussicht gestellten finanziellen Vorteile sind bis dahin nicht ausgeblieben. Nach dem Bericht des Bundesrates betreffend die Geschäftsführung und die Rechnung der Alkoholverwaltung für das Jahr 1920 erzeigen die Betriebsergebnisse der Jahre 1887—1920 einen Einnahmenüberschuss von 215,788,192 Fr., woraus die Expropriationsentschädigungen an die aufgehobenen Spiritfabriken, die Erstellungskosten des Verwaltungs- und Chemiegebäudes in Bern, die Kosten für den Bau der verschiedenen Lagerhäuser samt Ausrüstung bezahlt worden sind. Es wurde ferner ein Betriebsfonds in der Höhe von 2 Millionen, ein Reservefonds von 3 Millionen Franken gespeist und zudem den Kantonen und den Oktroigemeinden im ganzen die Summe von 204,012,350 Fr., oder im Mittel alljährlich zirka 2 Fr. pro Kopf der Bevölkerung ausgeschüttet.

Also im Durchschnitt der Jahre 1886—1920 sind die Ergebnisse des Alkoholmonopols in ethischer wie in finanzieller Beziehung befriedigende. Ich betone ausdrücklich die Worte im Durchschnitt der Jahre 1886—1920, denn die in letzter Zeit sich vollziehenden Wandlungen in der Versorgung des Landes mit gebranntem Weinen sind dazu angetan, die mit der Einführung des Alkoholmonopols angestrebten Ziele wieder illusorisch zu machen. Wohl wird in den offiziellen Berichten mit Genugtuung darauf hingewiesen, wie der Trinkverbrauch an monopolisierten gebranntem Wassern für das Jahr 1920 mit nur 1,247 l pro Kopf der Bevölkerung eingeschätzt werden darf gegenüber fünf und mehr Litern in früheren Jahrzehnten. Allein die tiefliegende Zahl des Jahres 1920 trifft offenbar mit der enormen Steigerung des Verbrauches von monopolfreier Ware zusammen, welche den Monopolsprit immer mehr zu verdrängen sucht. Uebrigens soll nach den zuletzt gemachten Erfahrungen der Spiritkonsum in den Jahren 1919—1921 auf mehr als 10 l pro Kopf der Bevölkerung angewachsen sein.

Noch vor wenigen Jahren beschränkten sich die monopolfreien, ausschliesslich kleinen inländischen Betriebe auf die Fabrikation von schwachgradigem Branntwein, in letzter Zeit wird aber die Fabrikation von hochgradigem Spirit (95—96°), und zwar in grossem Maßstab, also fabrikmässig, betrieben. Es wird vielfach angenommen, die scharfe Konkurrenzierung des Monopols durch die monopolfreien Betriebe sei namentlich auf die reichen Obsternten der letzten Jahre zurückzuführen und auf den weiteren Umstand, dass die früher so ergiebige Ausfuhr von Obst nach Deutschland und auch nach Nordfrankreich infolge der bekannten Valutaverhältnisse fast ganz aufgehört habe. In Nordfrankreich sind früher erhebliche Quantitäten Schweizerobst zur Zubereitung von Cidre abgesetzt worden. Ich habe indessen für mich die Empfindung, eine der hauptsächlichsten

Ursachen der sprungweisen Entwicklung der monopolfreien Betriebe sei in den exorbitanten Verkaufspreisen der Alkoholverwaltung, wie sie sich während dem hinter uns liegenden Kriege nach und nach herausgebildet haben, zu suchen.

Zu einer Zeit, da aus Nordamerika Sprit zu 100 bis 150 Fr. per Meterzentner franko Schweizergrenze angekauft werden konnte, verlangte die Alkoholverwaltung für ihre Produkte 7—800 Fr., ja sogar für gewisse Sorten 1000 Fr. per Meterzentner. Im Budget pro 1922 ist noch ein mittlerer Preis von 500 Fr. in Aussicht genommen, währenddem bei Aufstellung desselben 9 Monaten des Jahres 1921, verglichen mit den entsprechenden Perioden der Jahre 1917—1920, in den folgenden Ziffern:

Absatz pro 1917	50,086 q
» » 1918	20,418 q
» » 1919	15,243 q
» » 1920	9,660 q

um » 1921 auf 4,113 q herabzusinken.

Der Absatz pro 1921 ist also mehr als zwölfmal geringer als derjenige des Jahres 1917. Von letzterem Jahre an haben die Verkäufe der Alkoholverwaltung beständig abgenommen und sind auf einem Tiefstand angelangt, welcher die Wirkungen des Monopols nach seinen verschiedenen Richtungen einfach illusorisch macht. Es liegt klar auf der Hand, dass das Emporschiessen an allen Ecken und Enden von monopolfreien Brennereien dem Alkoholgenuss förderlich ist und dass andererseits bei der scharfen und erfolgreichen Konkurrenzierung des Monopols der Gewinnanteil der Kantone auf ein bedenkliches Minimum herabgehen werden.

Der vorläufige Rechnungsabschluss der Alkoholverwaltung pro 1921 erzielt einen Ertrag von 27½ Rp. pro Kopf der Bevölkerung statt 2 Fr., und wenn gleichwohl vorgeschlagen werden will, 50 Rp. zu verteilen, so wird das nur möglich sein, wenn dem Reservefonds 875,000 Fr. entnommen werden. Es ist dies ein bedenkliches Resultat. Es muss ja allerdings zugegeben werden, dass eines der Hauptziele der Verfassungsrevision von 1885 die Herbeiführung einer Verminderung des als besonders gesundheitsschädlich angesehenen Branntweins und als Ersatz die Förderung des Konsums der weniger schädlichen gegorenen Getränke gewesen ist. Dieser Zweck ist nun zwar nicht erreicht worden, indem der Konsum von monopolisiertem Branntwein seither, wie bereits erwähnt, erheblich zurückgegangen ist, währenddem der Konsum von gegorenen Getränken zugenommen hat, und zwar: an Traubenweinen um zirka 17 %, an Obstweinen um zirka 20 %, an Bier sogar um zirka 73 %.

Allein parallel damit traten aber nach und nach und immer intensiver die industriellen Grossbrenne-

reien und das Wiederaufleben der bauerlichen, unkontrollierbaren Brennereien in die Erscheinung, welche eine stetige Zunahme der Herstellung und des Verbrauches von Obstbranntwein zur Folge hatte.

Die Menge erzeugten Obstbranntweins wurde in Hektoliter absoluten Alkohols geschätzt: Im Jahresdurchschnitt der Perioden 1880—1884 auf 10,000 hl, 1893—1902 auf 15,000 hl, 1903—1912 auf 19,000 hl. Für das Brennjahr 1914/15 auf 24,558 hl, 1915/16 auf 31,750 hl.

Es ist verständlich, wenn unter diesen Umständen immer dringender der Ruf erhoben wird, es möchte dem bedenklichen Umsichgreifen des Alkoholgenusses durch Unterstellung aller gebrannten Wasser unter das Monopol entgegengearbeitet werden.

Der Bundesrat hat die bezüglichen Anregungen freundlich entgegengenommen. Ob dabei in der Hauptsache ästhetische Gründe massgebend gewesen sind, oder ob die Aussicht, eine neue Einnahmequelle für den Bund zu schaffen, stimulierend gewirkt hat, lasse ich dahingestellt. Sicher ist, dass der Bund eine solche wohl brauchen könnte. Es darf zur Erwahrung dieser Behauptung keiner Beweise und darf ich mich wohl enthalten, bei diesem Anlass die Finanzlage des Bundes vor Ihnen aufzurollen. Herr Bundesrat Musy wird mich wohl nach dieser Richtung ergänzen. Ich beschränke mich also darauf, auf die Einnahmeföglichkeiten hinzuweisen, welche nach der Meinung des Bundesrates sowohl den Kantonen als auch dem Bunde aus der Ausdehnung des Monopols zufallen können. Dabei ist selbstverständlich, dass, wenn man später keinen Enttäuschungen rufen will, ein vorsichtiges Mass von Zurückhaltung am Platze ist.

Das bestehende Monopol hat im Jahrzehnt 1903 bis 1912 im Jahresmittel einen Betriebsüberschuss von 5,704,296 Fr. erbracht. Für das gleiche Jahrzehnt beläuft sich der jahresdurchschnittliche Verbrauch an monopolpflichtigen gebrannten Wassern zum Trinkverbrauch auf 74,000 hl; es entfiel demnach auf jeden Hektoliter monopolisierten Alkohols ein Ueberschuss von 89,63 oder rund 90 Fr. Steht dem Bund die Verfügung über alle gebrannten Wasser zu und hat er nicht mehr die Konkurrenzierung der monopolfreien Betriebe zu befürchten, so hat er es in der Hand, das Erträgnis auf jeden Hektoliter beliebig zu steigern. Der Bundesrat glaubt nun in seiner Botschaft diesbezüglich das richtige Mass nicht zu überschreiten, wenn er für die schon monopolisierten gebrannten Wasser und die neu hinzutretenden Obstbranntweine, über eine Zollentschädigung an den Bund hinaus, einen künftigen Fiskalüberschuss von 225 Fr. per Hektoliter bei einem Konsumrückgang um ⅓ des jetzigen zugrunde lege. Der Verbrauch im Jahrzehnt 1903—1912 belief sich: für die schon bundessteuerpflichtigen gebrannten Wasser wie angegeben auf 74,000 hl, für die Obstbranntweine auf 18,200 hl (gering geschätzt), total 93,000 hl.

Die Reduktion um ein Drittel würde den Verbrauch auf 62,000 hl herabsetzen und man käme so zu einem Ertrag von 6200 × 285 Fr. = 13,950,000 Fr., welche zur Verfügung des Bundes und der Kantone stehen würden. Wie den Ausführungen des Herrn Bundesrates Musy im Schosse Ihrer Kommission zu entnehmen war, hat das eidgenössische Finanzdepartement in letzter Zeit auf Grund bedeutend erhöhter Verkaufspreise und Verkaufsmengen eine neue Gewinnberechnung aufgestellt, wonach sich der

künftige Reinertrag des Monopols auf nicht nur 13—14 Millionen, sondern auf zirka 25 Millionen stellen würde. Dabei wird angenommen, dass der Verkauf von Trinksprit nicht nur 62,000 sondern 70,000 hl betragen dürfte und dass ein Monopolgewinn von 400 Fr. per hl keineswegs übersetzt sei. Ein Gewinn von 400 Fr. per Hektoliter ergibt also 28,000,000 Fr., dazu kommt der Ertrag der Steuern von 11,000 hl \times 425 Fr. = 4,675,000 Fr., Bruttoeinnahmen = 32,675,000 Fr., von denen abzuziehen sind: die allgemeinen Unkosten mit 2,300,000 Fr., Rückerstattungen bei der Ausfuhr 6000 hl à 530 Fr. = 3,175,000 Fr., Verlust auf dem denaturalisierten Alkohol zu Haushaltungs- und industriellen Zwecken, um denselben auf den Preis der Auslandshöhe zurückführen zu können 56,000 hl à 40 Fr. = 2,240,000 Fr., total Abzüge 7,715,000 Fr., bleiben netto 24,960,000 oder rund 25,000,000 Fr., welche dem Bund und den Kantonen zur Verfügung stehen würden.

Gegenüber dem jetzigen gesetzlichen Maximum des Monopolverkaufspreises von 210 Fr. per Hektoliter wäre also in der Folge mit einem ziemlich höheren Verkaufspreis für den Trinksprit zu rechnen, was aber vom hygienischen Standpunkt aus nur zu begrüßen wäre. Genaue Berechnungen sind übrigens nicht möglich, indem der Reingewinn aus dem Alkoholmonopol nicht nur von den Verkaufspreisen abhängig ist, sondern ebenso sehr von den Konjunkturen des ausländischen Spritmarktes, von der Frage, welche Menge Sprit inskünftig durch die inländischen Brennereien gedeckt werden soll und zu welchen Preisen, und von der Bedeutung, welche die inländische Erzeugung von sogenanntem synthetischen Alkohol aus Kalziumkarbid, Sulfitlauge, Holzabfällen usw. mit der Zeit erhalten wird. Sicher scheint nur zu sein, dass das gesetzliche Maximum von 210 Fr. per Hektoliter dermalen nicht mehr haltbar ist und dass man überhaupt gut daran tun wird, jedes gesetzliche Maximum in Zukunft wegzulassen. Der Bundesrat hat während dem Kriege auf Grund seiner ausserordentlichen Vollmachten die Abgabepreise der Alkoholverwaltung um ein Mehrfaches gesteigert, und dermalen noch — also $3\frac{1}{2}$ Jahre nach dem Kriege, und nachdem erst vor wenigen Tagen ein beträchtlicher Preisabbau beschlossen worden ist — stellt sich derselbe auf beinahe den doppelten Betrag des gesetzlichen Maximalansatzes.

Auf alle Fälle ist mit einem Reingewinn des erweiterten Alkoholmonopols von 13 bis 14 Millionen Franken laut Botschaft des Bundesrates so vorsichtig gerechnet worden, dass unangenehme Enttäuschungen für die Folge ausgeschlossen sind. Selbst die letzten Berechnungen des Chefs des Finanzdepartementes sind keine Phantasiegebilde, sofern man annimmt, dass die in Aussicht genommenen enorm hohen Trinkspritpreise der gesetzwidrigen Fabrikation von Alkohol nicht eigentlich rufen werden.

Ich gehe nun über zu den Abänderungsanträgen zu den dermalen zu Recht bestehenden Verfassungsbestimmungen, wie sie uns vom Bundesrat vorgeschlagen werden und wie sie aus den Verhandlungen des Nationalrates, welchem für das vorliegende Geschäft die Priorität zugewiesen worden ist, hervorgegangen sind.

Bundesrat und Nationalrat sind darin einig, dass die Gesetzgebung über die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung, den Verkauf und die fiskalische Be-

lastung aller gebrannten Wasser Sache des Bundes sein soll. Ebenso herrscht Einverständnis darüber, dass gebrannte Wasser, die durchgeführt oder in einer den Trinkverbrauch ausschliessenden Zubereitung zu gewerblichen oder Haushaltungszwecken verwendet werden, keiner Belastung unterworfen werden dürfen. Man ist auch darüber einig, dass das Wirtschaftswesen und der Kleinhandel mit geistigen Getränken der Gesetzgebung der Kantone unterliegen und dass die Einnahmen aus der Besteuerung des Ausschanks und des Kleinhandels innerhalb des Kantonsgebietes den Kantonen des Bezugs zufallen sollen. Nach Beschluss des Nationalrates soll der Handel mit nichtgebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Litern mit besonderen Abgaben nicht belegt werden dürfen. Der Bundesrat will dagegen die Begrenzung des freien Handels der künftigen Gesetzgebung überlassen und Ihre Kommission steht mehrheitlich ebenfalls auf diesem Standpunkte.

Bezüglich der Fabrikation und der Einfuhr von Spezialitäten (Edelbranntweinen) sieht der Nationalrat bereits in der Verfassung eine Fabrikationssteuer vor und stellt überhaupt die Grundsätze auf, nach welchen in der Folge diese Spezialitäten behandelt werden sollen.

Veranlassung zu einer längeren und lebhaften Debatte hat im Schosse Ihrer Kommission der Umstand gegeben, dass, abgesehen von Spezialitäten, die in einer dem Bedürfnis entsprechenden Beschaffenheit nur im Ausland hergestellt werden können, die Einfuhr gebrannter Wasser bloss soweit zuzulassen sei, als die inländische Fabrikation zur Bestreitung des Bedarfes nicht ausreicht. Andererseits wird gesagt, dass gebrannte Wasser, die zu gewerblichen oder Haushaltungszwecken verwendet werden, durch die auf dem vorliegenden Artikel beruhende Gesetzgebung keinerlei Belastung unterworfen werden dürfe. Sie sind also den billigsten Vorräten zu entnehmen. Nun besteht aber ein ungeheurer Preisunterschied zwischen dem im Inland hergestellten und vom Ausland eingeführten Sprit, 50 bis 60 Fr. inklusive Zoll für Auslandssprit gegen 2—300 Fr. per Hektoliter für Inlandsprit. Namentlich die Industrie wird im Interesse der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande einen Abgabepreis verlangen, welcher den Preisen des Weltmarktes entspricht. In welche missliche Lage kommen wir mit unserem Monopol, wenn die inländische Produktion, namentlich durch das Brennen von Most, den Landesbedarf übersteigt? Ihre Kommission stellt mehrheitlich den Antrag: Immerhin kann die Umwandlung der zum Trinkgenuss geeigneten Obstweine in gebrannte Wasser im Interesse der Volksgesundheit untersagt werden. Ich will dem Referenten der Kommission nicht vorgreifen, es wird dann bei der Detailberatung einlässlich über diese Frage zu sprechen sein.

Was nun die Reineinnahmen aus der fiskalischen Belastung der Fabrikation, der Einfuhr und des Grossverkaufs gebrannter Wasser anbelangt, so sollen nach Bundesrat $\frac{3}{5}$ den Kantonen und $\frac{2}{5}$ dem Bunde, nach Antrag des Nationalrates den beiden Interessenten je die Hälfte, den Kantonen unter allen Umständen aber nicht unter 2 Fr. per Kopf der Bevölkerung jährlich zugewiesen werden. Der Gewinnanteil des Bundes soll nach Beschluss des Bundesrates ausschliesslich zur Förderung der Alters-, Invaliditäts-

und Hinterbliebenenversicherung verwendet werden, währenddem der Nationalrat überdies noch der Kranken- und Unfallversicherung einen Teil davon ausschütten möchte, vorher aber 5 % zur Unterstützung von Institutionen verwendet wissen will, welche interkantonal den Kampf gegen den Alkoholismus führen.

Ihre Kommission gelangt bezüglich der Verteilung und der Verwendung des Reingewinnes zu etwelchen Abweichungen von den Beschlüssen des Nationalrates. Um Sie nicht mit Wiederholungen zu belästigen, trete ich auch hier nicht näher darauf ein, indem bei der Detailberatung die vorgeschlagenen Abänderungen begründet werden sollen.

Endlich beantragt der Bundesrat eine Uebergangsbestimmung 7 zur Bundesverfassung folgenden Inhaltes anzunehmen: «Soweit die Gesetzgebung die Einfuhr gebrannter Wasser als ausschliessliches Recht des Bundes erklärt, verzichtet dieser für seine Einfuhren auf die Erhebung von Eingangszöllen. Als Entgelt wird ihm in diesem Falle vorgängig der Verteilung nach Art. 32 c, Al. 3, ein Betrag überwiesen, welcher der jahresdurchschnittlichen Einnahme aus Zöllen auf den vom Bunde eingeführten gebrannten Wassern in den dem Erlasse des bezüglichen Gesetzes vorangegangenen drei Jahren entspricht.» Der Nationalrat hat beschlossen, es sei die vorgeschlagene Uebergangsbestimmung zu streichen. Ihre Kommission stimmt diesem Antrag selbstverständlich zu; dieser bundesrätliche Vorschlag sieht einem kleinen Beutezug auf die kantonalen Finanzen gleich. Man schreibt in den neuen Verfassungsartikeln vor, dass der Landesbedarf an gebrannten Wassern möglichst durch die Inlandproduktion gedeckt werden soll, aber man wollte dem Bunde die hohen Eingangszölle, die früher von dem Auslandsprit erhoben wurden, gleichwohl für alle Zukunft sichern. Gleichzeitig mit dieser Streichung soll nach den Beschlüssen des Nationalrates auch die zu Recht bestehende Uebergangsbestimmung Art. 6 aus der Bundesverfassung ausgemerzt werden. Diese Uebergangsbestimmung Art. 6 betrifft den sukzessiven Vollzug der einzelnen Teile von Art. 31 bis, lit. a und Art. 32 der Bundesverfassung und einzelner Teile des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1886, die, weil längst dahingefallen, heute sowieso ausser Kraft gesetzt sind. Es sind nun Ihrer Kommission aus allen Gegenden des Landes zahlreiche Eingaben zugegangen, welche zu der Vorlage Stellung nehmen, so von der schweizerischen Aerztekommision, vom Verband der Irrenärzte, von Krankenkassen, von Vereinen zur Hebung der Sittlichkeit, von Vereinen für Frauen- und Kinderschutz usw. Bemerkenswert ist namentlich eine ausführliche Eingabe der schweizerischen Zentralstelle für Bekämpfung des Alkoholismus in Lausanne. Fast alle diese Eingaben verlangen die Aufhebung der freien Brennereien und Unterwerfung aller gebrannten Wasser unter die Bundesgesetzgebung, Erhöhung des Alkoholzehntels, Erhebung einer wirksamen Biersteuer und namentlich auch Erteilung des Rechtes an die Gemeinden, den Alkoholausschank auf ihrem Gebiete ganz oder teilweise zu verbieten. Ich lege alle diese Eingaben auf dem Kanzleisch zu Ihrer Einsicht auf. Interessant ist auch, dass nicht nur die alkoholgegnerischen Vereine sich zu zahlreichen Kundgebungen zuhänden Ihrer Kommission veranlasst sahen, sondern dass auch der Verband schweizerischer Likör- und Spiri-

tuosenhändler mit verschiedenen Begehren an dieselbe herangetreten ist. Er verlangt unter anderem:

1. Für den Handel mit Spirituosen und Likören die Schaffung eines einheitlichen eidgenössischen Patentes für das ganze Gebiet der Schweiz.

2. Dass die Gesetzgebung über die Fabrikation die Einfuhr, den Verkauf und die Besteuerung von Getränken überhaupt Sache des Bundes werde.

3. Dass auf gebrannten Wassern aus Trauben, Wein, Weintrester, Weinhefe, Kern- und Steinobst, Beeren und anderen Früchten, Enzian- und andern Wurzeln, Obst, Obstabfällen usw. nur eine Fabrikations- oder Verkaufssteuer vorzusehen sei. Im übrigen bemerken die Petenten, die Revision der Art. 31 und Art. 32bis der Bundesverfassung sei für sie derart wichtig, dass ihr Verband verlangen müsse, bei den Gesetzesberatungen mitarbeiten zu können und sie sehen sich daher genötigt, schon jetzt das Gesuch zu stellen, zu den Beratungen des der Aenderung der Bundesverfassung nachfolgenden Gesetzes beigezogen zu werden. Darüber werden später andere und nicht wir entscheiden.

Ich glaube, Sie mit meinen Auseinandersetzungen über den Stand der uns zugewiesenen Frage der Revision der Alkoholgesetzgebung ziemlich erschöpfend orientiert zu haben. Was wir damit anstreben, ist vor allem aus ein Zurückdrängen des Alkoholgenusses, und erst in zweiter Linie fallen die fiskalischen Interessen des Bundes und der Kantone in Betracht, die aber allerdings bei der gegenwärtigen prekären Finanzlage, in der sich dieselben befinden, ebenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Um aber mit diesen Fundamentalzwecken zu einem praktischen Ziele zu gelangen, wird es notwendig sein, dass wir die Vorlage so einfach und so verständlich als möglich gestalten und dieselbe von allem unserem Volksempfinden widerstrebenden Ballast entlasten. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Vorlage unter allen Umständen in den weitesten Volkskreisen wenig freundlich aufgenommen werden dürfte. Man ist im allgemeinen auf die eidgenössischen Monopole nicht gut zu sprechen, vielerorts hat man davor einen eigentlichen «Horror» und es wird sowieso grosser Anstrengungen bedürfen, um gegen diesen Widerwillen aufzukommen und bei der Abstimmung der Vorlage zum Durchbruch zu verhelfen.

Es kann darum von der Einführung einer Biersteuer keine Rede sein; eine solche Neuerung würde in unserem trinkfreudigen Lande Hunderttausende von Bürgern zu Gegnern der Vorlage machen und auch die mächtige Gilde der Wirte und ihren Anhang ins feindliche Lager treiben. Ebenso wenig kann den Gemeinden das Recht eingeräumt werden, den Alkoholausschank auf ihrem Gebiete ganz oder teilweise zu verbieten. Wie Sie wissen, ist gegenwärtig ein diesbezügliches eidgenössisches Initiativbegehren im Gange und es sollen bereits 146,510 Unterschriften beisammen sein. Ich glaube, man dürfe sich wegen dieses scheinbaren Erfolges nicht täuschen lassen und es wird der Annahme unserer Vorlage nur förderlich sein, wenn wir in derselben der Anregung keine Folge geben. Von der allergrössten Bedeutung wird dagegen sein, wenn wir in der Vorlage alles zu verhindern suchen, was die Landwirtschaft in ihren vitalsten Interessen zu schädigen und dieselbe so vor den Kopf zu stossen geeignet wäre. Wir dürfen es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, um unsere Bauern für

die Vorlage zu gewinnen. Andererseits möchte ich aber doch der Landwirtschaft empfehlen, in ihrem eigenen Interesse keine unannehmbaren Forderungen aufzustellen und derselben namentlich zu bedenken geben, dass, wenn die Verfassungsrevision verworfen wird, die Verwertung der inländischen Rohstoffe zu Brennzwecken von selbst aufhört und daraus der Landwirtschaft unter Umständen unermesslicher Schaden erwachsen könnte. In diesem Falle würde nämlich die gegenwärtige Rechtslage weiter bestehen: Die inländische Brennerei würde der Alkoholverwaltung die ihr zugewiesene Menge — also 30,000 hl Kartoffelsprit — weiter abliefern und auch das Brennen von monopolfreien Stoffen würde weiter gestattet, aber die Produzenten wären nicht mehr imstande, die Konkurrenz mit dem Auslande auszuhalten. Die Herstellung von Sprit zum Preise von 32.50 Fr. franko Schweizergrenze, wie in den letzten Wochen Abschlüsse gemacht worden sind, ist rein unmöglich, selbst in den zur Spritfabrikation geeigneten Ländern, denn solche Ansätze sind nur möglich, wenn den Produzenten ansehnliche Exportprämien zugebilligt werden.

Am liebsten hätte es die Landwirtschaft gesehen, wenn ihr gleichzeitig mit den neuen Verfassungsartikeln das verbindliche Projekt eines Ausführungsgesetzes hätte vorgelegt werden können. Das geht aber nicht an. Wir können uns dermalen zu keiner verbindlichen Offerte verpflichten, welche vielleicht erst nach Jahr und Tag den eidgenössischen Räten vorgelegt werden könnte, wiewohl letztere unter Umständen aus ganz anderen Volksvertretern sich zusammensetzen werden, als das heute der Fall ist.

An Gesetzesprojekten hat es gleichwohl in letzter Zeit nicht gefehlt und ich betrachte als das Beste, was diesbezüglich bekannt geworden ist, den Entwurf des Herrn Direktor Milliet vom 23. August 1921. Ich kann Sie natürlich nicht mit allen Details dieses Entwurfes bekannt machen, aber es wird doch allgemein interessieren, zu vernehmen, wie man sich massgebenden Ortes die Stellung der inländischen Brennerei zu der Ausdehnung des Monopols auf alle gebrannten Wasser denkt. Nach Herrn Milliet sollen Konzessionen nur erteilt werden mit Ablieferungszwang für den erzeugten Alkohol an:

a) Feststehende Brennereien, welche inländische Kartoffeln oder unter Wahrung des Grundsatzes der Verwendung einheimischer Rohstoffe, Abfälle der Presshefefabrikation zu verarbeiten in der Lage sind;

b) Feststehende oder fahrbare Brennereien, welche folgende einheimische Rohstoffe verwenden: Äpfel, Birnen, Obstweihenefe, Obsttrester, verdorbene Trauben oder Obstweine, Traubentrester und Weihenefe;

c) Feststehende Brennereien, welche Abfälle der Presshefe- oder Zuckerrfabrikation inländischer Herkunft verarbeiten. (Herr Milliet möchte diesbezüglich auch ausländische Rohstoffe zulassen, worauf man aber nicht eingehen sollte.)

Endlich sollen noch Konzessionen mit Ablieferungszwang erteilt werden:

d) An Fabriken, die synthetischen Alkohol erzeugen, wie die Lonza in Visp, die Holzstofffabrik Sieber in Attisholz usw.

Konzessionen ohne Ablieferungszwang, aber mit Steuerzwang sollen erteilt werden:

1. An Feststehende oder fahrbare Brennereien, welche jährlich mindestens 300 l absoluten Alkohol

aus folgenden einheimischen Rohstoffen herstellen: Kernobst (ausser Äpfel und Birnen), Steinobst, Enzianwurzeln und dergleichen;

2. An feststehende Brennereien in bäuerlichen Anwesen, deren Inhaber jährlich höchstens 300 l absoluten Alkohol aus den unter Ziff. 1 genannten Rohstoffen herstellen, die sie auf eigenem oder gepachtetem Boden erzeugt haben. Innerhalb der Höchstgrenze von 300 l pro Jahr ist den Hausbrennern gestattet, derartige Rohstoffe auch von Drittpersonen der Wohngemeinde oder der daran angrenzenden Gemeinden zu beziehen.

Um die gegenwärtig bestehenden Brennereien zu vermindern, wird dann vorgeschlagen, dass die Eigentümer der Gebäude und Einrichtungen, die bis dahin zur Herstellung von Alkohol dienten, für den Fall, dass sie eine Konzession nicht mehr erhalten sollten, das Anrecht auf eine einmalige Entschädigung für den Minderwert ihrer Anlagen erhalten sollen. Sie haben überdies, sofern der Eigentümer auf das Brennen ausdrücklich verzichtet, Anspruch auf eine einmalige Entschädigung vom fünffachen Betrag des auf dem Brennen innerhalb der vorausgegangenen drei Jahre im Durchschnitt erzielten Reingewinnes.

Ich betrachte die Vorschläge des Herrn Direktor Milliet keineswegs etwa als der Weisheit letzten Schluss und ich möchte mit der Kenntnissgabe derselben nur angedeutet haben, wie die vorgeschlagenen neuen Verfassungsartikel nach Annahme durch das Volk praktisch verwirklicht werden können. Auf alle Fälle scheinen mir dieselben eine brauchbare Basis für die in der Folge zu treffenden Massnahmen darzustellen und sie scheinen mir auch geeignet zu sein, um zur Beruhigung weiterer Volkskreise, welche sich von der Ausdehnung des Alkoholmonopols in ihren Interessen bedroht fühlten; beizutragen. Ueber verschiedene, die vorliegende Materie beschlagende Fragen, wie insbesondere die Verteilung des Monopolertrages zwischen dem Bund und den Kantonen, sowie die Zuwendung ihres Anteils zu bestimmten Zwecken, wird dann, wie bereits ausgedrückt, bei der Detailberatung noch eingehend zu sprechen sein.

Nach all dem Gesagten nähere ich mich nun dem Schlusse meiner Betrachtungen.

Im Namen der vorberatenden Kommission beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage. Dabei verstehe ich mich gerne zu dem Bekenntnis, dass ich immer weniger ein Freund eidgenössischer Monopole bin, dass aber die Ausdehnung des bestehenden Alkoholmonopols, das sich bis dahin als segensreich für unser Land erwiesen hat, auf alle gebrannten Wasser zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden ist, wenn wir nicht wollen, dass diese Institution an ihren eigenen Auswüchsen zugrunde gehe, und wenn wir nicht wollen, dass die Branntweinpest, die wir in den letzten 35 Jahren mit sichtbarem Erfolg bekämpft haben, nicht neuerdings zu einer eigentlichen Landplage sich nach und nach entwickle.

Durch die vorgeschlagene Verfassungsrevision wird die Fabrikation, die Einfuhr und der Verkauf gebrannter Wasser der Fürsorge des Bundes unterstellt, die in letzter Zeit so verhängnisvolle Konkurrenzierung des Monopols durch die monopolfreien Betriebe kommt in Wegfall und der wieder zunehmenden Verbilligung des Alkoholgenusses kann in Zukunft durch eine zielbewusste und verständige Preisregulierung gesteuert werden. Die schweizerische Land-

wirtschaft bekommt für einen wichtigen Teil ihrer Bodenprodukte einen gesicherten, zuverlässigen und zahlungsfähigen Abnehmer; die von allen Seiten verlangte und dem Volk versprochene Einführung der Alters- und Invalidenversicherung erhält, wenn Sie den Anträgen des Bundesrates und des Nationalrates zustimmen, durch Zuwendung des Anteiles des Bundes an Monopolgewinn eine erfreuliche Befestigung ihrer finanziellen Grundlage, und dass die Kantone eine bescheidene Vermehrung ihrer Einnahmen mit grosser Genugtuung entgegennehmen werden, bedarf keiner weiteren Begründung.

Die projektierte Revision ist also ein weiterer wichtiger Schritt in dem Kampfe gegen den die Volksgesundheit und damit im Zusammenhang eine glückliche und gedeihliche Zukunft unseres Landes untergrabenden Alkoholismus, ein Kampf, der mit der Verfassungsrevision von 1886 eingeleitet wurde und welchen die besten Elemente unseres Volkes seither mit so viel Aufopferung und zäher Beharrlichkeit weiter geführt haben.

Ich beantrage Ihnen, wie gesagt, namens der Kommission, diesen weitem Schritt zu wagen und auf die Vorlage einzutreten.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Je considère que la question posée devant vous est peut-être l'un des problèmes de politique intérieure les plus importants de l'heure actuelle, et la décision prise hier par le Club agricole fait entrevoir dans le peuple une très sérieuse opposition.

C'est donc une raison de plus pour moi de compter sur votre concours pour faire triompher cette œuvre. Il faut employer dès à présent tous les moyens possibles pour faire comprendre au peuple la nécessité de réformer le régime adopté depuis un certain nombre d'années concernant la régie des alcools.

Je tâcherai de ne pas être trop long. Pourtant, il est certains points sur lesquels j'estime devoir insister. Je ne vous donnerai pas d'autres chiffres que ceux qui ont été indiqués. Je tâcherai de faire une synthèse des points qui me paraissent des plus importants de façon que j'aie le sentiment personnel d'avoir couvert toute ma responsabilité.

Vous avez entendu l'autre jour M. le conseiller aux Etats Dind, qui est un très bon médecin, vous faire un exposé relatif à l'agriculture. Je suis très heureux de le savoir ici aujourd'hui et de pouvoir à ce sujet m'appuyer également sur les considérations qui ont été émises à l'égard de l'alcoolisme par le corps médical.

Messieurs, les travaux des médecins, la chimie alimentaire et tout spécialement la statistique des asiles d'aliénés de même que la statistique tenue dans notre pays depuis un certain nombre d'années sur les entrées dans les pénitenciers sont une preuve incontestable que l'abus de l'alcool nuit au système nerveux, qu'il augmente la morbidité et que par conséquent il accentue la mortalité.

Il me semble que dans ces conditions l'Etat qui a la responsabilité du peuple qu'il gouverne, a également l'obligation de contrôler la fabrication et la consommation de l'alcool.

Quel est le régime sous lequel nous vivons depuis 1885? Dans ce domaine, la compétence est partagée entre la Confédération et les cantons. Il est important de se rappeler que les articles 31 et 32 de la constitution,

ainsi que la loi de 1866 prévoient: primo, que la Confédération a le droit de contrôle sur la fabrication, mais à l'exception malheureusement de tous les alcools de fruits; secundo, que le principe de la liberté du commerce des boissons alcooliques, vin, bière, cidre, c'est-à-dire les boissons fermentées est maintenu avec cette seule exception qu'en ce qui concerne la vente de quantités inférieures à deux litres et réglementation des auberges, les cantons resteront compétents pour légiférer.

Par conséquent, tout ce que nous avons, c'est la législation sur les auberges et la vente des boissons fermentées par quantités inférieures à deux litres au cantonal, et, dans le domaine fédéral, le droit de la Confédération de surveiller les eaux de vie, en excluant complètement les eaux de vie de fruits.

Messieurs, quels sont les résultats auxquels ce régime a abouti? Si les chiffres publiés par le message — que vous aurez sans doute lu et médité — sont exacts, nous aurions consommé dans la période de 1880 à 1884 en alcool pur — c'est-à-dire de l'alcool à 95 degrés — une quantité de 21 litres par tête. Sans doute cet alcool n'a pas été bu sous cette forme, on l'a bu dilué dans de la bière, du vin ou du cidre ou sous forme d'eau de vie à 40 ou 45 degrés. Mais au total, il y aurait bien eu de 1880 à 1884 une consommation d'alcool à 95 degrés de 21 litres par tête. Dans la période de 1882 à 1892 ce chiffre est monté à 22 litres. Par conséquent sous le régime en vigueur, et même en admettant que la consommation d'eau de vie ait diminué, l'alcool absorbé sous ses différentes formes, boisson alcoolique fermentée et boisson alcoolique distillée est en augmentation d'un litre.

Eh bien! Messieurs, avec ces 22 litres, nous avons obtenu le second rang dans la classification des Etats groupés suivant la quantité de boissons alcooliques qu'ils consomment. Il n'y a qu'un seul Etat qui consomme davantage que nous, et c'est parce que dans ce pays, qui est essentiellement viticole, la quantité d'alcool consommé au total se boit surtout sous forme de vin et non pas sous la forme beaucoup plus dangereuse de l'eau de vie.

Maintenant, ce chiffre de 22 litres est-il bien exact? L'honorable M. Milliet qui a rendu certainement de grands services à la régie, a adressé ses rapports en 1918. Les chiffres auxquels il aboutit sont donc basés sur des statistiques qui remontent à une époque antérieure. La question étant très importante, je me suis permis de faire une enquête supplémentaire. Je me suis en particulier adressé aux inspecteurs de la régie qui connaissent tout spécialement cette question. Je les ai priés de revoir ces chiffres et en particulier de tâcher de me donner des indications précises concernant la consommation actuelle, non pas celle de 1918, mais celle de 1921. J'avais en effet la conviction que dans l'espace de ces 4 dernières années la consommation de l'eau de vie avait considérablement augmenté, au moins dans certains régions de notre pays. Et, Messieurs, les chiffres auxquels on arrive par la voie de ces divers contrôles sont en ce qui concerne l'eau de vie sensiblement différents, en effet, de ceux donnés dans le rapport du Conseil fédéral; malheureusement, ce n'est pas une différence avantageuse, puisqu'en réalité la consommation de l'eau de vie est très sensiblement supérieure au chiffre indiqué dans le message.

Pourquoi cela ? M. Ming, auquel nous devons être très reconnaissant de l'activité qu'il déploie dans sa lutte contre l'alcoolisme, a attiré l'attention du Conseil fédéral sur le danger de l'extension du verger en Suisse. On a très souvent répété dans les régions où l'agriculture est aujourd'hui florissante : « Wächst der Raum, pflanzt den Baum. » Je crois qu'en développant la culture des fruits à cidre on a contribué à aboutir à la situation dans laquelle nous nous trouvons. Je ne fais pas de reproche aux arbres ni à ceux qui les ont plantés. Mais mon reproche porte sur l'utilisation que l'on fait de ces fruits. Les cidreries se sont développées depuis quelques années dans une proportion considérable. Nous nous sommes inquiétés de savoir ce qu'était devenue cette production. Nous nous sommes adressés à la Zentralstelle du Bauernbund, qui nous a fourni les renseignements demandés. Autrefois la fabrication du cidre était presque inconnue. Ce que l'on appelle l'Obstwein, que l'on nous présente maintenant sous une forme très agréable est une chose récente. En 1915, la production totale, d'après les indications que nous avons reçues de Brugg, était de 230,000 hectolitres. En 1905 elle a été de 240,000. Mais en 1917, nous arrivons à 500,000 et en 1919 à 1,100,000.

D'après les indications qui me sont fournies par les inspecteurs des cidreries, qui visitent également les distilleries concessionnées où l'on fabrique de l'alcool fédéral — car nos inspecteurs ne s'occupent pas seulement de la fabrication de l'alcool monopolisé, mais également de ce qui se fait dans les autres fabriques d'alcool — les quantités de drèches dont on a relevé la présence dans les distilleries restées libres semblent indiquer que la production totale de cidre a dû être très supérieure à ces chiffres. On me disait même que je resterais dans la vérité en affirmant que, dans les bonnes années, la production peut osciller entre 1 million et 2 millions d'hectolitres. Si vous rapprochez ces chiffres de celui indiqué dans le message, en particulier en ce qui concerne la période de 1880—1884, et même dans la période de 1893 à 1912, vous constatez qu'en ce qui concerne l'alcool absorbé sous forme de cidre, il y a un écart considérable, et que cette différence doit être reportée sur le total où elle aura comme conséquence d'augmenter ce chiffre de 22 litres par tête dont je vous ai parlé tout à l'heure. La cidrerie en elle-même n'est rien, mais c'est ce qui en est devenu l'annexe nécessaire et indispensable : la distillerie. La distillerie devient extrêmement inquiétante, car elle fait de l'alcool avec les déchets de fruits. On a trouvé des moyens nouveaux au point de vue économique pour faire du schnaps avec la drèche ; le rendement financier est des plus intéressants, même lorsque le prix de l'alcool recule. On a maintenant non seulement une cidrerie, mais partout des fabriques d'alcool non monopolisées. Ainsi sur les 3600 communes de Suisse, plus de 500 ont des fabriques d'eau de vie, c'est-à-dire que sur 3600 communes, 3000 au moins ont leur distillerie. Il est évident que toutes ces distilleries n'ont pas une très grande importance, mais s'il y en a de petites, il y en a aussi de moyennes et d'importantes, je dirai même qu'il y en a de très importantes. Au point de vue de l'alcoolisme, la distillation des déchets de fruits a eu pour résultat incontestable d'augmenter la consommation de l'alcool. Nous pouvons donc affirmer sans aucune crainte que les chiffres que nous indiquons ici sont inférieurs à la réalité.

J'ai demandé des chiffres nouveaux. On a établi une nouvelle statistique de la façon suivante. Comme on avait constaté la fabrication d'alcool en distillant du cidre, on a commencé par chercher à savoir quelle était la quantité d'alcool qui avait été fabriquée l'année dernière par la distillation du cidre. Et ici un détail intéressant est à noter — il faut avoir le courage de dire les choses telles qu'elles sont et de regarder la situation en face. Il existe tout près d'ici une distillerie où, l'année dernière, on a distillé 1600 wagons de cidre. La preuve en a été faite à la gare par un contrôle spécial. Ces 1600 wagons de cidre transformés en alcool ont vraisemblablement donné 120 à 130 wagons d'alcool. Cette distillerie privée à elle seule a donc fabriqué et vendu davantage d'alcool que la régie. A côté de cette fabrique où l'on a distillé du cidre en utilisant un rectificateur qui, à mon avis, est en contradiction avec l'esprit de la loi et constitue une violation de la Constitution, il y a dix-neuf autres distilleries en Suisse où, avec des appareils rectificateurs, on a transformé du cidre en alcool à 95°. Nous pouvons donc sans crainte de nous tromper évaluer à 1500 hectolitres la quantité d'alcool fabriqué et mis à la disposition du public, introduit dans la circulation, imposé à la consommation, uniquement par les distilleries fabriquant de l'eau de vie avec du cidre. A côté de cette rectification d'un genre spécial, il y a la distillerie qui, comme je le disais tout à l'heure, est l'annexe de la cidrerie. Si je n'avais pas peur de vous fatiguer, je vous donnerais connaissance d'une statistique que j'ai sous les yeux — je la tiens à la disposition de ceux d'entre vous que cela pourrait intéresser. Cette statistique prouve que ces distilleries sont extrêmement nombreuses, et je ne parle ici que de celles que je considère comme importantes. On a évalué à 80,000 hectolitres d'eau de vie la fabrication de l'an dernier. Et quand je parle ici d'eau de vie, je ne considère que le schnaps à 45 degrés. Ce n'est pas de l'alcool calculé sur les mêmes bases qu'à la régie, à 95 degrés ; tandis que les 30,000 hectolitres dont j'ai parlé tout à l'heure se rapportent à de l'alcool à 95 degrés. En ramenant les 80,000 hectolitres d'eau de vie à cette teneur, je constate que les distilleries annexées aux fabriques de cidre ont dû l'année dernière fabriquer 40,000 hectolitres d'alcool. Si j'ajoute ces 40,000 hectolitres aux 30,000 déjà cités, j'arrive à 70,000. Il y a en outre 35,000 distilleries dont la production n'est pas comprise dans ces chiffres. L'évaluation de cette production est très difficile ; je me suis laissé dire qu'il fallait compter 20 à 30,000 hectolitres. Par conséquent, 30 plus 40 plus encore 30, cela fait 100,000 hectolitres d'alcool pur. Et si vous ajoutez à ce chiffre celui de la vente par la régie, vous constatez d'abord que la vente totale d'alcool en Suisse l'année dernière a dépassé 100,000 hectolitres. La seconde constatation est que la distillerie libre déverse sur notre pays chaque année un torrent d'alcool.

Je m'en voudrais de ne pas souligner en passant les inconvénients de la distillerie libre, la « Hausbrennerei ». Dans certaines contrées, suivant les indications fournies par les inspecteurs, la distillation a envahi toutes les fermes. On m'a indiqué quelques chiffres approximatifs de ce qu'on distille dans certaines contrées du pays : 700, 800, 1000, 1500 litres qui sont régulièrement distillés chaque année et réservés exclusivement à la consommation domestique.

On m'a affirmé que dans certaines fermes il y a sur la table de la chambre de ménage une espèce d'urne qui contient toujours de l'alcool et tous ceux qui viennent peuvent s'en administrer le nombre de verres qu'ils veulent. On a constaté en outre que la mauvaise habitude qui consiste à étendre le café noir de schnaps se développe de plus en plus et, dans certains cas, on peut se demander si c'est du café noir dans du schnaps ou du schnaps dans du café noir que l'on boit. Ce qui est plus triste encore, c'est de constater que cette boisson pernicieuse n'est pas seulement réservée aux adultes, mais que quelquefois, Messieurs, les enfants en boivent. Ce sont là des faits que j'ai le devoir de signaler à votre attention et je croirais ne pas couvrir suffisamment ma responsabilité si je n'y insistais pas. Par conséquent, la distillation restée libre menace dangereusement notre pays, elle menace de devenir un danger public et la distillation domestique est devenue un fléau qui conduit à toute espèce de conséquences terribles.

La conclusion, Messieurs, c'est que la consommation moyenne de l'alcool actuellement, surtout de l'alcool absorbé sous forme de schnaps doit être sensiblement supérieure aux chiffres qui ont été indiqués. Faut-il vous donner quelques renseignements sur la consommation du vin et du cidre? Je serai extrêmement bref.

La consommation du vin en 1885 était approximativement — l'alcool étant compté à 95 degrés — de 9,80 litres par tête. J'ai demandé à la statistique du commerce, au département des douanes de me donner les chiffres des importations en vins et en même temps de me renseigner sur l'importance de la production indigène. Je constate, Messieurs, et je dois dire que cela me fait beaucoup de peine, que notre production est en recul notamment depuis 1885. Nous n'avons pas antérieurement à 1885 des renseignements bien précis sur la culture indigène et la production annuelle des vignes suisses, mais nous constatons que, dans la période de 1890 à 1900, c'est-à-dire pendant la dernière décennie du XIX^e siècle, la production était très sensiblement au-dessus de 1 million d'hectolitres. Elle a atteint même, dans certaines années, 2 millions d'hectolitres, tandis que, pour la dernière période de 10 ans, la production est considérablement tombée, puisqu'elle n'atteint même pas 500,000 hectolitres. On a arraché des vignes, beaucoup ont disparu et n'ont pas été reconstituées, d'où une diminution très considérable de la production. Je dois malheureusement constater, au point de vue économique, que ce déchet sur la production intérieure est compensé par une augmentation très sensible des importations. Dans une certaine mesure, cela influence aussi défavorablement notre balance commerciale, puisque dans la période où le vignoble suisse produisait davantage, nous exportions, sur ce poste, un nombre important de millions, très supérieur à la somme exprimant ce que nous importions. La consommation du vin en Suisse n'a pas augmenté depuis 20 ou 30 ans. Je crois que le peuple suisse a toujours été un assez fort consommateur de vin.

Le cidre et la bière, par contre, sont-ils en augmentation très considérable?

La consommation de la bière qui, d'après les indications du message, était une boisson dont on faisait un usage extrêmement réduit, dans la première période qui sert de comparaison, s'est trouvée considérable-

ment développée. On avait en 1880 à peine 900,000 hectolitres de bière pour représenter la production et l'importation, tandis que nous sommes arrivés en 1913 à 3 millions d'hectolitres. Le chiffre a donc triplé, surtout en ce qui concerne la production indigène, l'importation est restée assez sensiblement la même. Pendant la guerre, il y a eu une diminution considérable de la consommation. Je n'insiste pas sur les raisons qui sont à l'origine de cette diminution, vous les connaissez, Messieurs. En 1921, par contre, l'année dernière, alors que la réduction était de 50 % de ce qu'elle était en 1910 — moyenne 1910/1920 — elle est de 50 % de la moyenne précédente, mais en augmentation encore sensible par rapport à la période considérée.

Quant au cidre, je vous ai dit dans quelles proportions l'augmentation s'était produite.

Conclusion: Sur le vin, pas d'augmentation; sur le cidre et la bière, forte augmentation; sur l'alcool, malheureusement, considérable augmentation. Il en résulte que le chiffre indiqué comme moyenne de consommation est incontestablement inférieur à la réalité.

Maintenant, Messieurs, je ne veux pas insister sur les conséquences de l'abus de l'alcool, mais je puis tout de même prétendre qu'elles doivent être exactement les mêmes chez nous que dans les autres pays. L'alcoolisme, chez nous comme dans les autres pays où il sévit, est une force destructive du foyer! Les statistiques nous ont permis de constater que c'est l'alcoolisme qui alimente les asiles d'aliénés et les prisons et qu'avec la tuberculose, il reste incontestablement le grand pourvoyeur des cimetières! Un exposé détaillé des chiffres nous conduirait beaucoup trop loin, il dépasserait le cadre de ce modeste exposé. Je voudrais cependant vous dire, Messieurs, qu'en Suisse les différentes sociétés pour la protection de l'enfant et de la femme attribuent à l'alcoolisme seul le 25 % des cas dont elles ont à s'occuper. On a constaté, en ce qui concerne l'influence exercée par l'alcoolisme sur la famille que dans une certaine ville suisse, sur 1812 divorces prononcés dans la période décennale de 1902 à 1912, 676 avaient leur origine dans l'abus de l'alcool. 20 % des admissions dans les hospices d'aliénés sont également attribuées à l'alcool. Quant à l'alcoolisme en fonction de la criminalité, on constate que 42 % des condamnations criminelles, correctionnelles, contraventionnelles sont prononcées pour des faits attribuables à l'abus de l'alcool. M. Favre, directeur du pénitencier de Lausanne depuis 30 ans, a présenté à l'occasion du dernier congrès anti-alcoolique tenu dans cette ville, un très intéressant rapport dans lequel il déclare, en s'appuyant sur les expériences qu'il a eu l'occasion de faire dans l'établissement qu'il dirige, que 30 % des délinquants sont des victimes directes ou indirectes de l'abus de l'alcool!

Messieurs, on peut penser des statistiques ce que l'on veut. De temps en temps, il y a des erreurs, les statistiques ne répondent pas toujours mathématiquement et d'une façon absolue à la réalité, mais elles nous donnent pourtant des indications précieuses, et, en face de ces chiffres, nous sommes bien obligés de nous rendre compte du danger que constitue pour notre pays l'abus de l'alcool. D'un autre côté, si nous consultons les tables de mortalité, bien qu'il soit extrêmement difficile de déterminer toujours exactement les causes de décès, nous voyons que la statistique

fédérale attribue à l'abus de l'alcool encore 10 % des cas de mort entre 30 et 40 ans, 20 % entre 40 et 50 ans (c'est la période la plus dangereuse paraît-il) et enfin, pour la catégorie comprise entre 50 et 60 ans cette moyenne diminue et retombe à 16 %.

Une constatation très intéressante, Messieurs, c'est que la mortalité alcoolique est beaucoup plus forte à la campagne que dans les villes. C'est ainsi qu'en particulier je veux vous citer le chiffre de Bâle qui a comme mortalité alcoolique 7 %, tandis que dans certains cantons agricoles que je ne veux pas citer la mortalité alcoolique oscille entre 10 et 14 %.

Dans certaines contrées, en particulier dans celles où se pratique « la Hausbrennerei », on constate que le pourcentage est très supérieur à 14. Je puis donc exprimer l'impression que me laisse cette constatation, en disant que la carte de la mortalité coïncide avec celle de l'alcool. Nous avons fait dresser des cartes, qui sont extrêmement suggestives, et sur lesquelles, si besoin est, nous attirerons l'attention de ceux qui s'obstinent à faire dans les milieux agricoles une campagne contre la réforme que nous vous proposons.

Si je n'avais pas peur d'abuser de votre temps, je vous donnerais lecture de ce qu'a dit de l'alcool un professeur qui fut un grand savant, M. le professeur Bunge, mort à Bâle. Vous savez qu'il était connu comme spécialiste de la chimie alimentaire. M. Bunge dit que le lait — et non pas l'alcool — est la plus grande merveille de la nature. Ses études sur la composition du lait provenant des différentes espèces d'animaux et l'effet qui peut en résulter sur la structure physique de chaque espèce ont fait sensation. Ce professeur a établi de façon péremptoire que l'allaitement artificiel est une cause fatale de déchéance physiologique et que si à notre époque les dentistes ont beaucoup de travail, si les sanatoriums antialcooliques sont bondés, cela tient à l'abandon de plus en plus répandu de l'allaitement maternel. Parmi les causes de cette diminution de l'allaitement naturel M. Bunge dénonce l'influence prépondérante de l'alcool. Là, dit-il, est la cause fondamentale de la dégénérescence de la race.

Tous ceux qui, comme moi, sont nés à la campagne, qui y ont vécu, savent que l'allaitement naturel a presque complètement disparu. Je ne veux pas en attribuer exclusivement la cause à l'alcoolisme, mais je veux faire confiance à ce savant devant lequel tout le monde s'incline et croire avec lui que l'abus de l'alcool, en particulier à la campagne où il est plus considérable qu'en ville, a contribué, dans une certaine mesure, à la diminution de l'allaitement naturel.

Pour tous ceux qui ne veulent pas croire aux dangers de l'alcool, il semble que l'exemple donné par les Etats belligérants est une démonstration convaincante. Au moment où la guerre a éclaté, au moment où tous les Etats belligérants ont senti le besoin de galvaniser toute leur volonté et de tendre toutes leurs énergies, qu'ont-ils fait? Tous les Etats belligérants ont pris des mesures extrêmement énergiques, qu'on n'avait jamais eu le courage d'appliquer jusqu'ici. L'Angleterre réduisit à 5 heures le temps pendant lequel l'alcool pouvait être vendu. La Belgique interdit la consommation sur place. L'Amérique eut le courage de prendre, par une mesure extraordinaire, la décision de la prohibition qui a été consacrée, comme vous le savez, par le vote du peuple américain du 16 juin. On a dit toute espèce de choses

sur la prohibition américaine. On a prétendu qu'actuellement on boit beaucoup plus d'alcool qu'avant la prohibition. Je suis convaincu que là-bas, comme chez nous, on arrive très souvent à tourner la loi fiscale et à commettre des fraudes, mais les renseignements que nous avons et que nous tenons du bureau antialcoolique de Lausanne prouvent que tout ce qu'on a dit dans les journaux est en partie le résultat d'une propagande organisée par ceux qui s'opposent en Europe, et en particulier en Suisse, à la lutte contre l'alcoolisme.

Vous avez entendu dire aussi, j'en suis certain, qu'en Suisse on boit autant d'absinthe aujourd'hui qu'on en buvait autrefois. On en conclut que la prohibition ne sert à rien. On nous dit que dans les auberges des différentes villes on boit aujourd'hui autant d'absinthe qu'auparavant. C'est une sottise de le prétendre. Évidemment, on boit encore de l'absinthe, mais je suis certain qu'on n'en boit pas le dixième de ce qu'on en consommait autrefois. Quand on dit que la prohibition américaine n'a eu aucun résultat, en se basant seulement sur certaines constatations de fraudes, je dis qu'on exagère singulièrement et qu'on diminue considérablement le mérite du geste américain.

Et la Norvège. Dans ce pays, l'on buvait 10 litres d'alcool par tête d'habitant; on y comptait 150,000 distilleries. On a eu le courage de réduire progressivement la consommation à deux litres et de fixer à 6 le nombre des distilleries.

Au Danemark, on buvait 16 litres d'alcool par tête d'habitant. Par une série de mesures successives, en particulier pendant la guerre, on a réduit cette consommation à $\frac{1}{2}$ litre par tête. Quels ont été les effets de ces mesures restrictives? Je n'insiste pas. Ils ont été publiés dans un rapport très intéressant qui résumait les délibérations du congrès de Lausanne: diminution de la criminalité, diminution des condamnations pour ivresse, diminution des désordres dans la rue et surtout augmentation de l'épargne.

Qu'avons-nous fait en Suisse pour la lutte contre l'alcool? (Une voix: Rien.) On a affirmé, il n'y a pas très longtemps, ici, au Conseil des Etats, que pendant la guerre la Suisse avait fait tout son devoir en ce qui concerne l'alcool. Je dois déclarer que je ne m'associe pas à cette affirmation, et je dois constater à la lumière des chiffres que je viens de vous indiquer que, non seulement nous n'avons rien fait, mais que la production et la consommation du schnaps ont augmenté. C'est exactement l'inverse de ce qui a été fait dans tous les Etats belligérants et dans la plupart des pays neutres. Avant la guerre, l'alcool se vendait 160, 170, 180; en 1914, il se vendait 181. On est monté progressivement jusqu'à 820 l'hectolitre. Tout cela eût été très bien si la régie des alcools avait eu le monopole de vente sur le schnaps. Tel n'était pas le cas. On a gagné beaucoup d'argent pendant la guerre et dans des milieux ouvriers en particulier, la consommation de l'alcool n'a pas diminué. A la faveur du régime actuel, il y a toujours eu pour la production privée, la possibilité de faire concurrence à l'alcool de la régie. La conséquence de cette politique de hausse des prix a été une prime donnée à la production, et, en réalité, tous les chiffres que je viens de vous indiquer sont le résultat d'une intensification de la production, provoquée justement par l'augmentation incessante des prix. Avec 100 litres de cidre on arrive

à faire 7 ou 8 litres de schnaps qui se vend 8 fr. le litre, tandis que le cidre ne se vend que 20 fr. l'hectolitre. Faites le calcul: 8 litres à 8 fr. donnent 64 fr. Il est facile d'en tirer la conséquence: en transformant le cidre en schnaps, on arrive à lui faire rendre 3 ou 4 fois plus que ce qu'il peut rapporter à celui qui en était détenteur et qui le vendait sous forme de boisson non distillée. Voilà la politique à laquelle on a abouti. La régie des alcools, en constatant qu'elle avait affaire à des concurrents qui pouvaient baisser les prix, a compris qu'il n'y avait qu'une chose à faire: diminuer elle-même les prix. C'est ce que le Conseil fédéral a décidé en ramenant le prix de l'alcool à 95 degrés à 430 fr. l'hectolitre par l'arrêté que vous connaissez. Quatre jours après, toutes les grandes distilleries fabriquant l'alcool dont je viens de vous parler en violation de la Constitution et de la loi, ont immédiatement fait parvenir à leur clientèle une circulaire — j'en ai un exemplaire sous les yeux — annonçant qu'elles vendaient leur alcool au-dessous du prix fixé par la Confédération. Qu'allons-nous faire? Allons-nous réduire encore les prix? Alors, grâce aux moyens très perfectionnés que je vous indiquais tout à l'heure, on arrivera à faire de l'alcool de drêche à des conditions fort avantageuses; ce sera donc la concurrence à la baisse. Comme la régie — l'honorable rapporteur a indiqué qu'elle pouvait importer à 36 fr. l'hectolitre — a la possibilité de revendre avec bénéfice son alcool à 120 fr. ou à 150 comme avant la guerre, ce qui ramène le litre à 70 centimes, elle peut en venir à cette mesure. Elle doit le faire pour sauver sa situation financière. La conséquence en sera immédiatement une diminution des prix et, par conséquent, la possibilité d'une augmentation de consommation. Voilà, Messieurs, les effets du système actuel, du régime sous lequel nous vivons par rapport à l'alcool. Je veux immédiatement attirer l'attention des agriculteurs sur le fait suivant: la régie a, en Suisse, le monopole de l'importation. Personne, sauf la régie, ne peut importer de l'alcool chez nous. Or, les pays étrangers, comme l'a très bien dit dans son rapport M. von Arx, peuvent produire des pommes de terre à des conditions infiniment plus favorables que la Suisse. C'est le cas, par exemple, de la Hollande. La Hollande vendait dernièrement ses pommes de terre à raison de 4 ou 5 francs les 100 kg. Les conditions climatériques, dans ce pays, sont bien différentes des nôtres, et beaucoup plus favorables à la production de la pomme de terre. Aussi la production y est-elle abondante, et l'on peut faire de l'alcool de pommes de terre à un prix bien inférieur à celui que nous pouvons obtenir en Suisse. La régie achètera, réduira ses prix, les ramènera de 430 fr. à 150 et à ce moment-là les producteurs indigènes seront à la limite où la fabrication de l'alcool ne leur laissera plus aucun bénéfice. Finalement la régie aura le dernier mot, mais à la condition de jeter sur le marché de l'alcool concentré qui permettra de faire du schnaps à 60 centimes le litre. Voilà la situation! Je me demande si, après l'avoir examinée telle qu'elle ressort de chiffres, de constatations qui sont des réalités, on peut encore prétendre que la modification ne s'en impose pas comme une urgente nécessité.

La réforme ne s'impose pas seulement pour des motifs d'ordre hygiénique, elle s'impose pour d'autres raisons encore. Vous savez, Messieurs, qu'on parle beaucoup de reconstruction économique. La guerre

a ruiné les peuples, elle a pris le meilleur de leur sang, elle a coûté mille milliards, Messieurs, ce qui représente, au 5 %, 50 milliards annuellement. Des statisticiens qui disent être des mieux renseignés affirment que l'économie totale que l'Allemagne avait pu faire avant la guerre n'a jamais dépassé 5 milliards et il est certain qu'à ce moment-là l'augmentation de fortune qui s'était cristallisée en Allemagne représentait plus de 10 % de l'économie totale des possibilités européennes. Par conséquent, la guerre par ses conséquences économiques va nous coûter annuellement, en intérêts, en pertes financières causées par le conflit européen, une somme égale à la totalité de l'économie que l'Europe pouvait faire avant la guerre. Je ne suis pas de ceux qui croient que le salut de l'Europe et la reconstitution de son économie peuvent être attendus d'un coup de baguette magique donné à la table verte autour de laquelle discutent les diplomates. Plus on réfléchit, plus on compare la situation économique des différents Etats, plus on étudie le problème de la valuta, et plus on doit constater qu'en réalité le salut de tous réside dans l'effort individuel, dans l'effort de chacun, et que chaque Etat doit être le propre artisan de sa résurrection. Il faut que chaque Etat s'efforce d'améliorer sa situation économique. Comment? Par l'augmentation des forces productives et par la diminution des dépenses inutiles. Quant à l'augmentation des forces productives, il faut remarquer que ces forces ne sont pas seulement d'ordre matériel, et je crois qu'on oublie là un facteur important. On s'imagine que les seules questions intéressantes et importantes à résoudre pour reconstituer l'économie consistent à trouver la solution du problème des changes, à trouver des moyens d'échange, à rouvrir les frontières. Il y a une force à laquelle on ne songe pas assez. C'est la force morale qui restera incontestablement la condition sine qua non de l'ordre et de la prospérité dans les Etats. Augmentons donc nos forces morales et, par ce moyen, nous arriverons à augmenter aussi nos forces productives. Pour cela, ce qui s'impose en premier lieu dans notre pays, c'est la diminution de la consommation de l'alcool, en particulier sous la forme de schnaps; cela est nécessaire aussi pour des motifs d'ordre fiscal.

Vous connaissez, Messieurs, notre situation financière. J'ai eu l'occasion hier soir au Conseil national de dire, à propos d'un crédit demandé en faveur de l'association des exportateurs de fromages, ce que j'en pensais.

La situation financière actuelle est la conséquence de la dette de mobilisation, des déficits des années de guerre et surtout — on n'y songe pas assez — des dépenses extra-budgétaires qui ont été votées par les Chambres à l'occasion de chacune des sessions. On pense que, lorsqu'on aura payé, couvert la dette de mobilisation et les déficits des années de guerre, ce sera tout. Eh bien . . . non, Messieurs, ce ne sera pas tout. Nous avons dépensé, en dehors des dépenses budgétaires et de mobilisation, environ 700,000,000, à la suite de votes épars sur les années de guerre, émis par les Chambres. Le détail nous entraînerait trop loin. Qu'il me suffise de dire que si j'ajoute ces dépenses extraordinaires — qui sont encore dans des comptes spéciaux, pour une partie, qui ne filtrent donc pas par le compte d'Etat pour aller ensuite dans le bilan, et qui devront être portées directement en augmentation de la dette publique — la dette totale

de la Confédération, après déduction du produit de l'impôt de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre sera, Messieurs, à la fin de cette année de deux milliards six cents millions!

En 1913, la dette de la Confédération était de cent millions, et l'intérêt de cette dette, ce que nous devons inscrire au budget pour en faire le service, était de 4,500,000 fr., tandis que pour l'année 1922, au lieu de 4,500,000 fr. le service de la dette coûtera à la Confédération 131 millions. Par conséquent le déficit chronique de cent millions dont on a souvent parlé sera porté à 130 millions en tenant compte d'une recette douanière de 130 millions.

La question ne se pose donc plus de savoir s'il y aura augmentation des impôts directs ou des impôts indirects. On ne pourra plus dire: Consentons à des augmentations des impôts de consommation pour échapper aux impôts directs.

Si je tiens compte de la situation financière des cantons et de la Confédération, j'arrive à cette conclusion: la Suisse — Confédération et cantons — pour sortir de la situation dans laquelle elle se trouve devra consentir de nouveaux impôts directs et une augmentation des impôts indirects. Tout cela, ce sont des chiffres. Ce n'est pas moi qui parle, mais ce sont les chiffres, les chiffres que nous avons recueillis et qui résultent de notre comptabilité.

Evidemment qu'au point de vue fiscal, politique et économique, la première conséquence qui découle de cette constatation, c'est que la consommation de luxe doit être réduite. En Suisse, on dépense encore actuellement, d'après les chiffres fournis par M. Laur, à peu près 700 millions de francs en boissons alcooliques, alors que le pain et le lait ne coûtent pas une somme supérieure. C'est une marge de taxation importante et c'est de ce côté qu'il faut arriver à trouver des recettes complémentaires importantes. Nous ne recueillerons pas toutes les recettes réglementaires qui nous sont nécessaires, mais nous avons l'obligation de prendre là une partie de ce qui nous manque.

Quand je considère la taxe que représentent les divers impôts sur l'alcool en Suisse — taxe sur les auberges, taxe sur les débits à l'exporter — si j'y ajoute ce que nous percevons en droits de douane sur les spiritueux, je constate que pour 1920 la taxe totale par tête de population ne dépasse pas 5 fr. 50 alors qu'en Angleterre elle est de 75 fr. et en France de 40 fr. Comparez ces chiffres, et vous constaterez immédiatement que la marge de taxation qui nous reste est très importante.

Maintenant, Messieurs, que doit être le système nouveau? Je répète que pour moi l'alcool est beaucoup moins un objet fiscal qu'un danger public et que par conséquent, en ce qui concerne tout au moins le schnaps, nous devons avoir le courage d'établir un système qui nous permettra de comprimer la consommation tout en augmentant en même temps nos recettes.

Nos recettes! Je n'ose plus vous parler de la recette de la Régie pour 1921. Vingt-six centimes par tête! Et je crois que pour 1922, si la situation des premiers mois devait se prolonger, ces vingt-six centimes par tête courraient un sérieux danger d'être réduits.

Par conséquent, il faut que les cantons se souviennent qu'au point de vue fiscal notre solution

leur offre des possibilités très sérieuses d'augmentation des recettes de la Régie fédérale. Nous voulons étendre la surveillance de la Confédération à toute la production d'alcool. Il faut que cette production, restée libre, soit placée sous la surveillance de l'inspection officielle. Il ne s'agit pas, comme l'a très bien dit M. von Arx, de l'organisation d'un monopole. Nous ne voulons pas faire diriger les distilleries par des fonctionnaires. La distillation restera dans le domaine privé, mais ce que nous voulons, c'est permettre aux inspecteurs de contrôler la totalité de la consommation. Nous voulons donner à la Confédération le contrôle de la fabrication.

Evidemment, il y a de très sérieux obstacles. L'obstacle principal que nous rencontrons, réside dans l'opposition de l'agriculture. J'ai appris avec une profonde amertume la décision prise hier par le Club agricole, mais je dois dire que, malgré toute la sympathie que j'ai pour l'agriculture et précisément en raison de la sympathie que j'ai pour le peuple des paysans, cette décision ne désarmera pas la volonté que j'ai de faire triompher cette réforme. En effet, elle est une nécessité absolue, et les agriculteurs qui s'y opposent ne comprennent pas que, dans le cas particulier, il y va de leur santé morale, et aussi, d'ailleurs, de leurs intérêts matériels, puisque nous leur offrons de prendre la totalité des matières distillables qu'ils ont à fournir, tandis qu'avec le système actuel, grâce aux possibilités de concurrence dont j'ai parlé, nous pouvons ruiner toute la distillation privée.

Mais encore une fois, j'insiste sur la nécessité de limiter le danger de l'alcoolisme dans l'intérêt supérieur du pays et en particulier dans l'intérêt de l'agriculture.

Nous demandons le contrôle et nous proposons aux agriculteurs comme contre-valeur l'obligation pour la Confédération, suivant la formule trouvée par votre commission, de prendre livraison pour une rémunération convenable de la totalité des matières distillables dont ils ne peuvent pas tirer parti autrement.

Quand je pense qu'aujourd'hui, sur le marché, on vendait les pommes 120 fr. les 100 kg, on ne me fera pas croire qu'il n'est pas possible de réserver pour une consommation utile une partie des fruits dont on fait du cidre et ensuite du schnaps.

Et sur ce point je ne veux pas trop insister, parce que j'aurais peur — si je soulignais cette nécessité de tirer parti d'une partie des fruits sous une autre forme qu'en en faisant de l'alcool — que les agriculteurs ne s'imaginent que nous voulons les empêcher de tirer parti de leurs drèches. Pas du tout. Nous prendrons livraison de la totalité, c'est-à-dire que les distilleries concessionnées pourront faire de l'alcool — et quand je dis distilleries concessionnées, j'entends par là les distilleries placées sous la surveillance du contrôle fédéral — elles pourront le faire par exemple en utilisant les distillatrices circulantes, mais il y aura un contrôle et nous connaissons la totalité de la production. C'est là une condition sine qua non.

Maintenant, il y a la question des spécialités. Il ne s'agit pas d'une quantité très importante. On entend par là le kirsch, la prune, le pruneau, la gentiane et le genièvre. Il s'agit de 7 à 8000 hectolitres par an. On nous a dit: Si vous nous obligez à distiller ces spécialités dans des distilleries concessionnées,

nous voterons contre l'extension du contrôle de la Confédération.

Eh bien, je crois qu'il faudra se résigner à faire une concession sur ce point. Je le regrette infiniment, mais comme il ne s'agit que de 7000 hectolitres, alors qu'actuellement la quantité qui nous échappe c'est 100,000 hectolitres, je crois que pour avoir les 93,000 hectolitres sur lesquels on nous permettrait d'exercer un contrôle, il faudrait se résigner à cette concession. Toutefois, il n'est pas question de laisser distiller sans aucun contrôle. Ceux qui voudraient faire ces spécialités devraient être au bénéfice de concessions qui ne pourraient pas leur être refusées. En outre, ils payeraient un droit sur la quantité fabriquée.

En résumé, je crois qu'avec ce système nous arriverons à une compression générale et aussi à une augmentation considérable de la recette fiscale.

Ce qui préoccupe surtout la Régie de l'alcool, c'est la trop grande quantité de celui-ci. On nous dit d'une part: « Vous voulez que nous prenions livraison de la totalité de l'alcool fabriqué par les distilleries concessionnées. Ainsi donc, à toutes les réserves que nous avons déjà, viendraient encore s'ajouter les produits de la distillation privée! » C'est vrai, mais peut-être à l'avenir la production sera-t-elle diminuée du fait que l'on recourra davantage à d'autres utilisations des fruits. En outre, cet alcool pourra peut-être servir comme alcool industriel; évidemment, cela signifierait actuellement une perte, mais je ne désespère pas de voir brûler cet alcool non plus dans le tube digestif humain, mais dans les moteurs, en joignant l'alcool aux carburants qui servent actuellement sous forme de benzine et de benzol. Il y a des possibilités sur lesquelles je ne veux pas insister. Je crois que l'on pourra, tout en diminuant la consommation de l'alcool, arriver très simplement à une recette importante.

Encore une conclusion. Permettez-moi de répondre à ceux qui prétendent que le peuple suisse a bu pas mal de vin jusqu'ici et qu'il est aussi intelligent, aussi solide et aussi résistant que les autres, que par conséquent on a singulièrement exagéré les dangers de l'alcool. Il est essentiel de remarquer que ce produit, dilué dans le vin, dans la bière et dans le cidre, pour une quantité égale, n'a pas du tout le même effet sur le corps humain que lorsqu'il est absorbé sous forme d'eau-de-vie. Le phénomène de la dilution au point de vue de la chimie alimentaire a démontré que la consommation de l'alcool sous forme de schnaps est une adaptation extrêmement pernicieuse au corps humain. On a, je l'ai dit à votre commission, fait des expériences. On a, par exemple, fait absorber à des dactylographes la même quantité d'alcool sous forme de whisky ou dans du vin. Immédiatement après, on a procédé à des dictées et constaté que le nombre des fautes faites dans le premier cas est toujours beaucoup plus considérable que dans le second. Cette démonstration est-elle concluante? Je ne me prononce pas, elle démontre toutefois que l'alcool concentré est plus dangereux que l'alcool dilué. Je tiens encore à répondre à l'objection disant que la consommation du schnaps n'a pas eu de graves conséquences en Suisse. Ce n'est guère que depuis 1870 que les grosses distilleries de pommes de terre et de grains ont été installées. Quant à la distillation de la drêche, elle ne remonte qu'à quelques années. Nous ne savons donc pas encore

quels seront à la longue les effets de l'augmentation de cette production et de cette consommation d'eau-de-vie. A ceux qui prétendent que le peuple suisse restera aussi puissant que les autres, je voudrais dire que l'intoxication d'une race même robuste se fait toujours avec lenteur. N'oublions pas que, si l'alcool ne réussit pas à tuer son homme, il trouve sa tâche singulièrement facilitée dans la descendance, rendue plus sensible à son influence délétère.

On me disait, pas plus tard que hier, que dans cette période d'insécurité, de troubles, entraînés que nous sommes vers un avenir des plus mystérieux, le meilleur héritage que des parents puissent laisser à leurs enfants, c'est la santé morale et physique. Cela est vrai. C'est un capital qui ne diminue pas, même par la chute des changes. Nous avons l'obligation, si nous voulons faire de nos enfants une race moralement saine et physiquement robuste, de diminuer la consommation du schnaps. J'oppose à tous ceux qui prétendent que la consommation du schnaps n'est pas un danger la pétition des 400 associations philanthropiques qui se sont adressées au Conseil fédéral pour demander qu'enfin le régime actuel soit modifié; je leur oppose les avertissements du corps médical; je pourrais leur opposer également les dossiers des lettres extrêmement touchantes que le Département des finances a reçu des mères de famille dont le bonheur a été ruiné par l'alcool. Nous ne pouvons pas rester sourds à l'immense plainte qui s'élève de toutes parts, nous ne pouvons pas rester indifférents aux dangers qui menacent le peuple suisse. Je considère le problème qui se pose comme l'un des plus importants de notre politique intérieure.

Malgré les obstacles que nous rencontrerons sur notre route, je fais confiance à la clairvoyance du peuple suisse; j'ai confiance dans le patriotisme des paysans qui réfléchiront aux conséquences du prolongement du système actuel. Ils se rappelleront que la Régie a la possibilité de ruiner leurs distilleries privées; ils se rappelleront surtout que la distillation à domicile est un danger d'ordre moral et économique autrement plus considérable que la diminution éventuelle des bénéfices réalisés jusqu'ici par cette distillation. Je compte aussi, Messieurs, sur la collaboration de tous les membres du Conseil des Etats pour faire triompher une réforme dont dépend, disons-le bien, en bonne partie l'avenir de notre pays.

Ce sont là, Messieurs, les quelques observations dont je voulais faire suivre l'exposé de M. le rapporteur de la commission.

Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
(L'entrée en matière est décidée tacitement.)

Artikelweise Beratung. — *Discussion des articles.*

Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Baumann, Berichterstatter der Kommission: Unser Kollege und langjähriger Präsident der Alkoholkommission, Herr Ständerat von Arx, hat in seinem einlässlichen, auf reicher Erfahrung beruhenden Eintretensvotum die hauptsächlichsten Gründe erwähnt, die zu einer Revision der Bestimmungen unserer Bundesverfassung drängen und die für die Antragstellung der Kommission wegleitend waren. Ebenso hat der verehrte Vertreter des Bundesrates die geplante Revision als Ganzes erläutert und gekennzeichnet. Unser Kommissionspräsident hat einigen seiner Kollegen den Auftrag erteilt, die einzelnen Bestimmungen vor Ihrem Rate zu vertreten. Dem Sprechenden ist das Mandat übertragen worden, zum Titel, zum Ingress und zu Ziff. 1 zu reden.

Was den Titel und Ingress anbetrifft, so stimmt die Kommission der Beschlussfassung des Nationalrates zu. Während der Bundesrat nur die revisionsbedürftigen Sätze geändert und sich im übrigen an die bisherige Reihenfolge gehalten hat, hat der Nationalrat die Materie neu geordnet, und dasjenige zusammengestellt, was zusammengehört. Die Einzelheiten dieser Neuordnung werden wohl noch bei der Besprechung von Ziff. 2 unserer Vorlage Erwähnung finden. In der Annahme, dass auch unser Rat sich dieser neuen Gruppierung anschliessen werde, beantrage ich Ihnen namens der Kommission, Titel und Ingress in Zustimmung zum Nationalrat zu erledigen.

Angenommen. — (Adopté.)

Ziff. 1.

Antrag der Kommission.

Art. 31:

Lit. b wird durch folgende Bestimmung ersetzt: «Die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung und der Verkauf gebrannter Wasser nach Massgabe des Art. 32.»

Lit. c soll lauten:

«Das Wirtschaftsgewerbe und der Kleinhandel mit geistigen Getränken, in dem Sinne, dass die Kantone auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Wirtschaftsgewerbes und des Kleinhandels mit geistigen Getränken den durch das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen unterwerfen können.»
Schlußsatz streichen.

Proposition de la commission.

Art. 31:

La lettre b est remplacée par la disposition suivante: «La fabrication, l'importation, la rectification et la vente des alcools obtenus par distillation, en conformité de l'art. 32.»

La lettre c reçoit la teneur suivante:

«Tout ce qui concerne les auberges et le commerce en détail des boissons spiritueuses, en ce sens que les cantons ont le droit de soumettre, par voie législative, aux restrictions exigées par le bien-être public l'exercice du métier d'aubergiste et le commerce en détail des boissons spiritueuses.»

Supprimer le reste de l'alinéa. . .

Baumann, Berichterstatter der Kommission: Ich darf Sie vielleicht vorgängig weiterer Ausführungen auf einen Druckfehler aufmerksam machen, auf den unser Herr Vizepräsident mich hingewiesen hat. Es

sollte in dem Text, den der Nationalrat angenommen hat, bei lit. c heissen: «Das Wirtschaftsgewerbe und der Kleinhandel mit geistigen Getränken, in dem Sinne, dass die Kantone auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Wirtschaftsgewerbes (statt Wirtschaftswesens) . . . »

Ziff. 1 unserer Vorlage nimmt am bisherigen Art. 31 gewisse Aenderungen vor, greift aber auch hinüber in das Gebiet des bisherigen Art. 31bis. Art. 31 der Bundesverfassung enthält den für unser ganzes Rechts- und Wirtschaftsleben so bedeutsamen Grundsatz der Gewährleistung der Freiheit des Handels und des Gewerbes im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft. Er nennt zugleich auch die Ausnahmen, welche von diesem Grundsatz gemacht werden. Zu diesen Ausnahmen gehörte schon bisher in lit. b die Fabrikation und der Verkauf gebrannter Wasser. Der Bundesrat hat der Vollständigkeit halber noch das Wort «Einfuhr» aufgenommen und der Nationalrat hat vermutlich auf fachmännischen Rat hin auch noch die «Reinigung» gebrannter Wasser beigefügt. Es soll darunter die Reinigung des Alkohols von fremden Bestandteilen, wie Fuselöl und dergleichen verstanden sein und dieser Reinigungsprozess soll so wichtig sein, dass er, schon um missbräuchliche Anwendungen zu vermeiden, ausdrücklich der Bundesgesetzgebung zu unterstellen sei. Auch lit. c unserer Vorlage als weitere Ausnahme von der Handels- und Gewerbefreiheit ist nicht neu. Sie gibt den Kantonen das Recht, das Wirtschaftswesen und den Kleinhandel mit geistigen Getränken den durch das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen zu unterwerfen. Von diesem Rechte haben die Kantone in den letzten 10 Jahren in zunehmendem Masse Gebrauch gemacht, namentlich dadurch, dass sie in ihren neuen Wirtschaftsgesetzen die Bewilligung zum Betriebe einer Wirtschaft oder zur Ausübung des Kleinhandels mit geistigen Getränken von gewissen persönlichen Bedingungen, wie Besitz der bürgerlichen Ehren und Rechte, Vorhandensein eines unbescholtenen Leumundes usw. abhängig machten und bei der Erteilung neuer Bewilligungen die Bedürfnisfrage aufwarfen. Nur durch die Anwendung der Bedürfnisklausel ist es in einigen Kantonen möglich geworden, ein weiteres ganz ungesundes Anwachsen der Zahl der Wirtschaften zu verhindern. Im Kanton Appenzell A.-Rh., den ich in diesem Rat zu vertreten die Ehre habe, ist es so weit gekommen, dass auf 85 Einwohner, Kinder und Frauen inbegriffen, eine Wirtschaft entfiel. Das kantonale Wirtschaftsgesetz vom Jahre 1908 hat dann durch Aufnahme des Bedürfnisgrundsatzes eine weitere Zunahme der Zahl der Wirtschaften verhindert. Es enthält unser Gesetz aber noch eine weitere, originelle Bestimmung, die ich hier mitteilen und zur Nachahmung empfehlen möchte; es schreibt nämlich vor, dass die Hälfte des Ertrages der Wirtschaftssteuern zur Verminderung der Zahl der bestehenden Wirtschaften auf dem Wege der freiwilligen Ablösung von Wirtschaften verwendet werden müsse. Mit diesen verfügbaren Mitteln haben wir in unserem Kanton seit Bestehen des erwähnten Wirtschaftsgesetzes nicht weniger als 94 Wirtschaften abgelöst und damit zu der so notwendigen Sanierung der Verhältnisse auf diesem Gebiete beitragen können. Der Nationalrat hat nun unter Streichung des bisherigen Art. 32bis den dort enthaltenen Satz von der Zweilitergrenze in diesen Art. 31 hinübergenommen, indem er dem bereits erwähnten Passus über das Wirt-

schaftsgewerbe und den Kleinhandel mit geistigen Getränken einen zweiten Satz folgen liess, lautend: « Jedoch darf der Handel mit nichtgebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Litern mit besondern Abgaben nicht belegt werden. » Diesen Satz nun beantragt Ihre Kommission zu streichen; sie unternimmt es, bei diesem Anlass den vielgenannten und vielumstrittenen sog. Doppelliterartikel aus der Bundesverfassung zu entfernen. Dabei ist zunächst darauf aufmerksam zu machen, dass schon der Nationalrat an dieser Zweiliterbestimmung gerüttelt und aus ihr etwas anderes gemacht hat, als sie bis jetzt war. Denn bis jetzt konnte die Bestimmung in Art. 32bis nicht anders ausgelegt werden, als dass der Handel mit vergorenen geistigen Getränken, also Wein, Bier, Most, in Quantitäten über zwei Liter als Grosshandel, d. h. als freies Gewerbe zu betrachten sei, das der kantonalen Gesetzgebung nicht unterstellt sei und daher auch nicht den für das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen unterworfen werden könne. Die Fassung des Nationalrates sagt nun aber etwas ganz anderes. Sie erklärt lediglich, dass eine Belastung mit besondern Abgaben, also eine rein fiskalische Belastung, dem Handel mit nichtgebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Litern nicht auferlegt werden dürfe. Im übrigen behandelt die nationalrätliche Fassung auch diesen Handel durchaus als Kleinhandel, soweit nicht ein wirklicher Grosshandel in Frage kommt. Es ist das Verdienst des Herrn Nationalrates Obrecht, das in den Beratungen des andern Rates mit aller Schärfe hervorgehoben zu haben, indem er sagte, dass die Kommission des Nationalrates mit ihrem Antrag den Kleinhandel von zwei und mehr Litern über die Gasse nur der fiskalischen Belastung entziehen wolle, aber zugleich feststellte, dass auch der Kleinverkauf über zwei Liter künftig im Interesse des öffentlichen Wohles beschränkt werden dürfe, dass also auch hier die Bedürfnisfrage aufgeworfen werden könne. Das ist der grosse fundamentale Unterschied zwischen dem jetzigen geltenden Rechte und der Beschlussfassung des Nationalrates. Wenn nun Ihre Kommission noch ein Schritchen weitergeht, und beantragt, die Zweiliterbestimmung der Bundesverfassung überhaupt zu streichen, so tut sie es, weil sie findet, dass auch für die nach dem Beschlusse des Nationalrates noch übriggebliebene fiskalische Privilegierung der sog. Zweiliterwirtschaften sich keine triftigen Gründe ins Feld führen lassen.

Wie kam diese Doppelliterbestimmung eigentlich in die Bundesverfassung hinein? Bei den Beratungen über die Schaffung des Alkoholmonopols in den Achtzigerjahren kam immer wieder der Gedanke zum Ausdruck, dass die gebrannten Wasser, also der Schnaps, gesundheitsschädlich seien, dass man es aber bei den nichtgebrannten geistigen Getränken, wie Wein, Bier, Most usw. mit gesunden, zuträglichen Getränken zu tun habe. Wenn man den bösen Schnaps bekämpfen wolle, müsse man, so wurde argumentiert, die nichtgebrannten geistigen Getränke dem Volke recht zugänglich machen. Das war nun eine Auffassung, die sich vor mehr als 30 Jahren noch vertreten liess, die sich aber heute im Wandel der Zeiten und auf Grund der gemachten Erfahrungen kaum mehr aufrechterhalten lässt. Man hat einsehen gelernt, dass der Alkoholmissbrauch nicht bloss in der derben Form des Schnapsgenusses, sondern auch in

dem etwas feinem Kleide des übermässigen Genusses von Wein und Bier einerschreiten kann und dass sich unter den Alkoholikern vielleicht ebenso viele unmässige Konsumenten dieser genannten geistigen Getränke befinden als Schnapstrinker. War sonach diese merkwürdige Doppelliterbestimmung vor 30 und mehr Jahren aus der damaligen Anschauungsweise heraus noch verständlich, so ist sie es heute nicht mehr. Ich unterlasse es, hier auf alle Nachteile hinzuweisen, die die sog. Zweiliterwirtschaften, welche auf Grund der Verfassungsbestimmungen entstanden, mit sich bringen, näher einzutreten. Es sind diese Nachteile auch nicht in allen Kantonen gleich gross. Der Kanton Basel-Stadt z. B. soll diese Zweiliterschankstellen gar nicht kennen, vielleicht deshalb, weil er in der Erteilung von Kleinhandelsbewilligungen sich sehr liberal zeigte und dort eben alle Konsumvereine oder Privathändler, welche geistige Getränke verkaufen wollen, sich Kleinhandelspatente verschaffen. Dagegen wurde und wird heute noch in vielen Kantonen über diese jeder Kontrolle entzogenen Zweiliterwirtschaften geklagt, weil sie es seien, die den Verkauf von Alkohol auf Baustellen und in die Familien hinein erleichtern und befördern. Bekanntlich ist dieser Doppelliterartikel der Verfassung mehr als einmal angefochten worden, zwar nicht im Sinne der gänzlichen Beseitigung, sondern nur im Sinne der Erhöhung der Grenze von zwei auf zehn Liter. Das erstemal geschah es im Jahre 1894, als die Motion des Herrn Nationalrates Steiger (St. Gallen), die eine Erhöhung der Grenze auf zehn Liter vorschlug, zur Abstimmung kam. Die Vorlage, die mit zwei andern Abstimmungsgegenständen, die sich von vornherein keiner grossen Popularität erfreuten, zusammengekoppelt war, unterlag, wenn auch die verwerfende Mehrheit keine sehr grosse war. Ein zweiter Versuch, die Zweilitergrenze auf zehn Liter zu erhöhen, wurde im Jahre 1903 gemacht, und zwar auf Antrag des Bundesrates und Beschlussfassung der eidgenössischen Räte. Allein die Volksabstimmung vom 25. Oktober 1903 verwarf bei geringer Beteiligung der Stimmberechtigten mit 228,094 gegen 156,777 Volksstimmen und mit 21 ablehnenden gegen vier annehmenden Ständesstimmen die Vorlage. Angenommen hätten die Kantone Luzern, Freiburg, Graubünden und Wallis. Seither ist diese Frage wiederholt im Volke und den eidgenössischen Räten wieder aufgeworfen worden. In seiner Botschaft zu der heutigen Vorlage bemerkt der Bundesrat, es wäre vielleicht das nächstliegende, auf den Antrag von 1903 zurückzukommen; der Bundesrat könnte sich zur Begründung seines Standpunktes einfach auf die damalige Botschaft berufen. Inzwischen habe er, der Bundesrat, die Ueberzeugung gewonnen, dass die Uebelstände, die am heutigen Stand der Dinge hauptsächlich beklagt werden — das Fehlen jeder Anzeigepflicht seitens der Kleinverkäufer und damit der Möglichkeit jeder ernsthaften Kontrolle über sie — durch die Erhöhung der Verkaufsgrenze von zwei auf zehn Liter schwerlich zum Verschwinden gebracht werden. Wirkliche Abhilfe könne nur das Ausmerzen des ganzen Instituts bringen. Der Bundesrat nehme keinen Anstand, diese Ausmerzung im Zusammenhang mit der heutigen Vorlage zu empfehlen, da diese durch die Ausdehnung der Bundeskompetenzen auf alle gebrannten Wasser dem Staat weit wirksamere Waffen gegen den Alkoholismus in die Hand gebe, als sie die Beibehaltung des Doppelliterartikels oder

dessen Umgestaltung in einen Zehnliterartikel bieten könnte.

Mit diesen Ausführungen des Bundesrates geht Ihre Kommission einig. Sie findet, dass die Abstimmung im Jahre 1903 keinen Grund zur Beibehaltung des Status quo bilde, denn seither sind 19 Jahre ins Land gegangen und zudem handelte es sich damals um die für viele Stimmberechtigte schwer verständliche Erhöhung der Grenze auf zehn Liter, während wir die Aufhebung des Doppelliterartikels überhaupt postulieren. Sie gestatten mir, bei diesem Anlasse ein paar Begriffe klarzustellen. Unter Wirtschaftswesen versteht man den Ausschank zur Konsumation an Ort und Stelle, währenddem der Handel den Verkauf über die Gasse und in den Keller darstellt. Der Handel zerfällt wieder in Klein- und Grosshandel. Nach dem Sprachgebrauch ist der Kleinhandel der Detailverkauf, der Grosshandel dagegen der Verkauf en gros. Die Grenze zwischen Gross- und Kleinhandel kann mehr oder weniger hoch angesetzt werden. Was die gebrannten Wasser anbetrifft, so sagt Art. 17 des Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser, dass als Grosshandel jede Lieferung von 40 und mehr Litern in ein und derselben Sendung gelte. Also für die starken, gebrannten Wasser liegt die Grenze bei 40 Litern, während die Grenze für die viel harmloseren Getränke Wein, Bier und Most nach dem bisherigen Wortlaut der Verfassung auf zwei Liter angesetzt wurde. Das ist an sich schon ein schwer verständlicher Widerspruch. Es ist auch festzustellen, dass ein Verkauf von drei oder vier oder auch von mehr Litern wirklich nur der rechtlichen Behandlung nach ein Grosshandel ist, in Wirklichkeit kann bei solchen Quantitäten von Grosshandel nicht gesprochen werden, es ist eben auch ein Kleinhandel, ein Detailverkauf, ein Verkauf über die Gasse. Es will uns auch scheinen, dass die Gründe, die gegen die Erhöhung der Zweilitergrenze oder die Abschaffung des Doppelliterartikels überhaupt angeführt werden, nicht stichhaltig sind. Herr Nationalrat Schär hat von der Möglichkeit einer Opposition der Konsumvereine gesprochen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass bei weiterer Abklärung der Frage dieser Widerstand der Konsumvereine ausbleiben wird, denn unser Antrag ist nicht gegen sie gerichtet. Wir sind natürlich damit einverstanden und betrachten es als selbstverständlich, dass die Konsumvereine den privaten Verkäufern rechtlich durchaus gleichgestellt werden. In einer grossen Zahl von Kantonen sind die Konsumvereine, welche Wein und Bier verkaufen, gar keine Zweiliterwirtschaften, das ist z. B. auch bei uns im Kanton Appenzel A.-Rb. so. Die Konsumvereine sind dort, soweit mir bekannt, im Besitze von Kleinhandelspatenten und verkaufen auch Quantitäten unter zwei Litern und es ist ihnen vollständig gleichgültig, welche Grenze für den Grosshandel besteht, denn sie haben ja auch die Bewilligung für den Kleinhandel. In Kantonen, wo die Konsumvereine diese Kleinhandelsbewilligung nicht haben, wird sich eben die kantonale Gesetzgebung den veränderten Verhältnissen anzupassen haben. Es liegt doch auf der Hand, dass es vom Standpunkt der Bekämpfung des Alkoholismus viel besser ist, man bekomme bei einer Verkaufsstelle nicht bloss zwei oder mehr Liter, sondern man könne sich dort auch Quantitäten unter zwei Litern kaufen. Denn bei den heutigen Zweiliterwirtschaften kauft sich mancher nur deshalb mindestens zwei Liter, weil

er eine Menge unter zwei Litern, die für seine Bedürfnisse vielleicht vollständig genügen würde, gar nicht bekommt.

Was die weinbautreibenden Gegenden anbetrifft, so kann ich mir auch nicht vorstellen, dass dort ein Grund zur Bekämpfung der Aufhebung des Doppelliterartikels bestehen sollte. Denn auch diese Kantone können auf dem Wege der Gesetzgebung ihren Weinbauern, wenn dafür ein Bedürfnis besteht, auf dem Wege des Kleinverkaufes alle Vorteile des Umsatzes sichern, die sie ihnen glauben einräumen zu müssen. Endlich habe ich die Befürchtung äussern hören, dass durch diese Neuordnung der Dinge eine Vermehrung der Zahl der Kleinverkaufsstellen herbeigeführt werde. Dazu ist zu sagen, dass die kantonale Gesetzgebung, und zwar schon nach der nationalrätlichen Fassung, die Zahl der Kleinverkaufsstellen aus Gründen des öffentlichen Wohles beschränken kann, und dass, selbst wenn sie das nicht tun würde, die Kleinverkaufsstellen den Zweiliterwirtschaften aus schon angeführten Gründen immer noch vorzuziehen sind.

Als ausschlaggebenden Grund möchte ich endlich noch hinweisen auf die eklatante Rechtsungleichheit, welche in der jetzigen Ordnung der Verhältnisse liegt. Der Wirt wie auch der Inhaber einer Kleinverkaufsstelle hat sich allen gesetzlichen Vorschriften zu unterziehen. Von ihm und seinen Hausgenossen werden ein guter Leumund und alle möglichen guten Eigenschaften verlangt. Er hat sich den Beschränkungen, welche das öffentliche Wohl verlangen, zu unterwerfen, und darf obendrein noch seine Wirtschafts- oder Kleinverkaufsgebühr entrichten. Der Inhaber einer Zweiliterwirtschaft dagegen sonnt sich in der ihm garantierten Handels- und Gewerbe-freiheit und geniesst dazu noch vollständige Gebührenfreiheit, obschon er eigentlich das gleiche tut und das gleiche verkauft, und zwar auch im Detail, nur in etwas grössern Dosen. Das ist ein Rechtszustand, der sich nach Ansicht der Kommission nicht aufrechterhalten lässt und daher beseitigt werden sollte. Wer soll nun die Grenze fixieren zwischen Klein- und Grosshandel bei nichtgebrannten Wassern? Bei den gebrannten Wassern hat es die Bundesgesetzgebung getan, mit ihren 40 Litern. Es steht nichts im Wege, dass die Festsetzung der Grenze auch hier durch die Bundesgesetzgebung geschieht. Eine solche Lösung wäre meines Erachtens der Normierung durch die einzelnen Kantone und ihre Gesetzgebung vorzuziehen, denn mit der letztern Lösung bekämen wir innerhalb des Schweizergebietes eine Rechtsungleichheit, die auf diesem Gebiete nicht zu empfehlen wäre.

Aus diesen Gründen schlägt Ihnen die Kommission die Aufhebung des Doppelliterartikels vor. Wir glauben, dass er unter den heutigen Verhältnissen seine Berechtigung verloren habe, dass mit seiner Aufhebung keine berechtigten Interessen verletzt werden und dass es daher keineswegs verfrüht ist, wenn der Doppelliter aus unserer Bundesverfassung verschwindet. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen die Annahme des Art. 31 in der von der Kommission empfohlenen Fassung.

Wir haben Ihnen nachträglich noch einen weiteren Abänderungsantrag zu Art. 31 zu stellen, den Sie auf unserer gedruckten Vorlage nicht finden. Mit dem Nationalrat schlagen wir Ihnen die Streichung des bisherigen Inhaltes von Art. 32 der Bundesverfassung vor. Dieser Inhalt ist obsolet geworden. Er bezieht

sich auf die kantonalen Eingangsgebühren und Verbrauchssteuern auf Wein und andere geistige Getränke, welche Abgaben mit Ablauf des Jahres 1890 entschädigungslos dahingefallen sind. Diese Eingangsgebühren und Verbrauchssteuern sind nun aber auch im bisherigen Art. 31, lit. a, der Bundesverfassung genannt unter Hinweis auf Art. 32. Der Wegfall des bisherigen Inhaltes von Art. 32 bedingt es, dass Art. 31, lit. a, wie folgt gefasst wird: «Vorbehalten sind: a) das Salz- und Pulverregal und die eidgenössischen Zölle.» (Streichung des übrigen Wortlautes der lit. a.)

Schneider: Die heutige Vorlage verfolgt zwei Zwecke. Einerseits ist durch die Ausdehnung des Alkoholmonopols auf die dem Monopol bisher nicht unterstellten Brantweine eine weitere Einschränkung des Konsums gebrannter Wasser geplant, andererseits sollen durch dieses erweiterte Monopol, sowie durch die vorgesehene Besteuerung der Qualitätsbrantweine, wie Kirsch, Enzian, Wacholder und ähnliche Getränke, neue finanzielle Quellen für Bund und Kantone erschlossen werden. In diesen zwei Zweckbestimmungen liegt eigentlich ein Widerspruch. Wenn man den Alkoholenuss einschränken will, so sollte man daraus eigentlich keine vermehrten Einnahmen mehr für den Staat fordern. Tatsache ist jedoch, dass die Kantone die Erträge aus dem Monopol nicht mehr missen möchten. Tatsache auch, dass seit der im Jahre 1887 erfolgten Einführung des Alkoholmonopols der Schnapskonsum bedeutend zurückgegangen ist. Die Zeiten der Schnapspest, wie sie früher in gewissen Landesgegenden herrschte, sind vorbei. Aber mit Sorge müssen wir die Wahrnehmung machen, dass an Stelle des übermässigen Schnapsverbrauches vielerorts ein anderer Missbrauch, der übermässige Genuss der nichtgebrannten geistigen Getränke getreten ist. Die Ursache dieser Verschiebung liegt in der Art begründet, wie seinerzeit der Kampf gegen den Schnaps geführt wurde. Um diesen Kampf recht wirksam führen zu können, ging damals die herrschende Ansicht in den Behörden und im Volk dahin, dass die weniger schädlichen Getränke, Wein, Most und Bier, durch die Ermöglichung der Oeffnung möglichst vieler Verkaufsstellen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden müssen. Man wollte nicht, dass die Wirte allein zum Verkauf dieser Getränke berechtigt seien, sondern hielt es für notwendig, den Verkauf dieser Getränke von einer gewissen Quantitätsgrenze an von jeder Belastung und Beschränkung freizuhalten. So kam man damals zur Festlegung der Bestimmung, dass der Handel mit geistigen Getränken, die nicht gebrannt sind, mit Wein, Most und Bier, von den Kantonen mit Steuern nicht belegt werden dürfe, sofern diese Getränke nicht in Quantitäten unter zwei Litern abgegeben werden. Der Volksmund hat dieser Bestimmung den Namen «Doppelliterartikel» gegeben. Zwar warnten schon damals einsichtige Leute, das Mindestmass für den abgabefreien Handel mit gegorenen Getränken so tief hinunterzusetzen, aber sie drangen nicht durch, und auch spätere Versuche, die Grenze auf zehn Liter hinaufzusetzen, waren, wie wir bereits gehört haben, erfolglos. Noch 1903 wurde ein derartiger Revisionsversuch vom Volk verworfen.

Seither hat sich immer deutlicher gezeigt, dass der Doppelliterartikel ein Missgriff war. Die guten Absichten, von denen man sich bei Aufnahme dieses Artikels hatte leiten lassen, wurden nur zu bald durch

unvorhergesehene Folgeerscheinungen durchkreuzt. Die Zweiliterwirtschaften schossen namentlich in Städten und ihren Vorortsgemeinden wie Pilze aus der Erde und sorgten dafür, dass das Sprichwort «Gelegenheit macht Diebe» nicht in Vergessenheit kam. Nur zu gerne und nur zu oft wurde nun in vielen Familien vom Mass des Doppelliters Gebrauch gemacht. Der Trunk wurde auf diese Weise in die Familien hineingetragen; da, wo man die Schnapsflasche zur Stubentüre hinausgeworfen hatte, fand der Doppelliter wieder Eingang durch die Küchentüre. Es ist ja für manche Hausmutter, um mit einer solchen zu reden, gar bequem, anstatt Milch oder Kaffee «brauen» zu müssen, schon Gebräutes aufzutischen zu können. Dabei finden die Kinder die beste Gelegenheit, sich an den Genuss des Alkohols zu gewöhnen und sich beizeiten vorzubereiten auf das spätere Geleitwort: «Die alten Schweizer nahmen immer noch eins, ehe sie gingen.» Altbekannt ist ferner die Tatsache, dass in der Nähe von Bauplätzen jeweilen Zweiliterläden in grosser Zahl sich auftun, ja, dass diese Kaufgelegenheiten sogar auf die Arbeitsplätze selbst verpflanzt werden. Statt dass den Arbeitern eine billige nahrhafte Zwischenverpflegung geboten wird, stellt man ihnen vielfach gewässerten Wein oder Kisten von Flaschenbier auf den Arbeitsplatz. Gar mancher Zahltag ist auf diese Art flüssig geworden und der Familie verloren gegangen.

Aber auch die Beschaffenheit der aus mancher Verkaufsstelle ausgehenden Waren lässt vielfach zu wünschen übrig. Was ein rechter Wirt seinen Gästen niemals vorzusetzen wagen würde, oder ein reeller Weinhändler seinen Kunden niemals liefern würde, das wird gar oft in jenen Verkaufslokalen gerade der ärmern Bevölkerung angehängt. Wenn auch scheinbar billig, so sind solche Getränke von zweifelhafter Güte und Beschaffenheit gleichwohl immer zu teuer. Man wird einwenden können, dass die Lebensmittelorgane gegen solche Missbräuche einschreiten können. Dazu ist zu bemerken, dass leider gar manche Kontrollorgane in ihren Gemeinden ihrer Aufgabe als Degustatoren leider nicht gewachsen sind, dann aber, dass vielfach Verkaufslokale geistiger Getränke den Gesundheitsbehörden nicht einmal bekannt sind. Damit ist eine Kontrolle zum vornherein ausgeschlossen.

Im weitem fehlt aber auch eine Kontrolle darüber, wie der Doppelliterartikel in den Verkaufsläden gehandhabt wird. Vielfach ist es Uebung, dass eben die zwei Liter nicht auf einmal zum Verkauf gelangen, sondern unter zwei oder mehr Malen bezogen werden. Solche Gesetzesumgehungen bleiben in den überaus meisten Fällen Geheimnis der direkt Beteiligten und nur selten kommt ein Fall zur Kenntnis der Polizeiorgane.

Die Kritik über die schädigenden Einflüsse der Zweiliterläden könnte noch viel weiter ausgedehnt werden; die gemachten Mitteilungen sollten aber genügen, um zu zeigen, auf welche Abwege wir mit der betreffenden Verfassungsbestimmung gekommen sind. Mit Recht hat daher der Bundesrat die Zweiliterbestimmung ausmerzen wollen. Der Nationalrat ist ihm hierin nicht gefolgt, immerhin hat er die Bestimmung aufgenommen, die Kantone zu ermächtigen, die Ausübung des Kleinhandels mit geistigen Getränken den durch das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen unterwerfen zu können. Um Befürchtungen zu zerstreuen, stelle ich ausdrücklich

fest, dass das in diesem Sinne den Kantonen eingeräumte Recht einer Beschränkung und Besteuerung des Verkaufs geistiger Getränke nur auf das Wirtschaftswesen und den Kleinhandel mit geistigen Getränken zur Anwendung kommen kann; auch dann, wenn wir nach Antrag der Kommission die Zweilitergrenze fallen lassen. Das Wirtschaftsgewerbe umfasst bekanntlich den Ausschank zur Konsumation an Ort und Stelle, wie den Verkauf über die Gasse, während der Kleinhandel einzig den Verkauf über die Gasse darstellt. Nach dem Sprachgebrauch ist der Kleinhandel also ein Detailverkauf. Wie das Wirtschaftsgewerbe, so kann nur dieser Kleinhandel, dieser Detailverkauf über die Gasse, also keineswegs der Grosshandel, durch die Kantone mit Steuern belegt werden. Wenn ich nun auch ganz damit einverstanden bin, dass die bisherige Zweiliterbestimmung aus der Bundesverfassung verschwinden soll, so möchte ich doch den Ausführungen des Kommissionsreferenten beistimmen, dass das Ausführungsgesetz wie bei den gebrannten Wassern, so auch bei den ungebrannten geistigen Getränken die Grenze zwischen Grosshandel und Kleinhandel bestimmen soll, wobei ich der bestimmten Erwartung Ausdruck gebe, dass diese Grenze zum mindesten bei zehn Liter gezogen werde.

Aber auch für den Fall, dass die Kantone diese Grenze selbst festlegen könnten, darf mit Bestimmtheit angenommen werden, dass das bisherige steuerfreie Quantum überall erhöht werden dürfte. Sicher ist auch, dass im weitern die Kleinhandelsläden, ähnlich wie die Wirtschaften, zur Bezahlung von Gebühren herangezogen werden dürften. Sicher ist ferner, dass die Kantone von den weiter ihnen eingeräumten Rechten gerne Gebrauch machen werden, dass sie die Bewilligung solcher Verkaufsstellen vom Bedürfnis abhängig machen dürften; wobei gleichzeitig auch die so notwendigen gesundheitspolizeilichen Bestimmungen zu erlassen wären. Eine solche Sanierung würde wohl eine erhebliche Reduktion der Gelegenheitswirtschaften zur Folge haben, womit einer der Hauptzwecke der heutigen Verfassungsrevision erreicht wäre und womit wir eine dauernde Gesundung auf dem Gebiete des Kleinhandels mit ungebranntem Alkohol erreichen würden.

Der Nationalrat hat sich von solchen Erwägungen nicht leiten lassen, namentlich war in jenem Rat den Vertretern der Konsumvereine eine Radikalkur in angedeutetem Sinne zu weitgehend. Die zwei Liter wurden neuerdings in der Bundesverfassung festgenagelt. Die Konsumvereine befürchten, dass sie in den Kantonen andern Verkaufsstellen nicht gleichgestellt würden, dass mancherorts wohl ein Privatgeschäft, nicht aber ein Konsumladen die Bewilligung zum Verkauf geistiger Getränke erhalten könnte. Ein solcher Einwurf ist veraltet; heute, wo die Konsumvereine sich überall Bahn gebrochen haben, wo ihnen in allen Kantonen überaus grosse Mitgliederbestände angehören, haben sie sicher keine Schikanen seitens der Behörden zu befürchten. Diese Organisationen werden wohl auch im Handel mit flüssiger Ware auf die gleiche Linie gestellt werden, wie ihre Konkurrenten, sie sollen aber auch keine Vorrechte haben gegenüber andern Umsatzstellen; für beide gilt Gleichstellung in Rechten und Pflichten. Die Opposition der Konsumvereine ist mir aber auch deshalb unverständlich, weil sie der Gemeinnützigkeit und der Volkswohlfahrt dienen wollen; sie werden

beiden Zielen näher kommen, wenn sie mithelfen zur Beseitigung der Mißstände in den Alkoholverkaufsstellen und sich mit einer Beschränkung und bessern Beaufsichtigung derselben befreunden können. Nicht die Verfechtung von Sonderinteressen, sondern die Sorge um das Wohl grosser Schichten unseres Volkes sollte für die Stellungnahme in dieser wichtigen Frage ausschlaggebend sein.

Ich begrüße es daher, dass die Kommission unseres Rates auf den ursprünglichen Boden des Bundesrates zurückgekehrt ist, um bei dieser Revision etwas Ganzes und auch etwas Gutes zu schaffen. Aus den angeführten Gründen möchte ich Ihnen ebenfalls empfehlen, den Schluss des Art. 31 zu streichen und den Artikel in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

M. le conseiller fédéral Musy: Nous avons en Suisse 26,672 auberges. Si le schnaps est plus dangereux que les boissons fermentées, il n'en est pas moins vrai qu'on peut devenir alcoolique sans boire de schnaps, en buvant simplement du vin, de la bière ou du cidre. Il ne faut donc pas croire qu'il n'y ait point de danger à boire du vin. On a constaté en Suisse d'une manière générale que le nombre des auberges était un peu en fonction du nombre de la quantité des boissons spiritueuses. Il est donc important de réduire le nombre des auberges. Certains cantons l'ont compris déjà et ont mené une campagne très énergique dans ce sens. M. Baumann y a fait allusion tout à l'heure. Seulement, il faut reconnaître que l'action des cantons et l'effet de cette action ont été singulièrement paralysés par la possibilité donnée d'ouvrir dans toutes les épiceries des débits à l'emporter pour une quantité de vin maximum de 2 litres. En général, dans tous les cantons, on a constaté que ces débits à l'emporter de 2 litres dégénéraient rapidement en débits clandestins. Il est très difficile pour la police de surveiller ces débits, elle ne peut pas y entrer, exercer de ce côté là un contrôle efficace. M. Schneider l'a dit, on a constaté plus d'une fois le danger qu'il y avait de consommer sur place dans les débits à l'emporter. Ce qui est plus dangereux encore, c'est que l'interdiction de la consommation sur place, qui est le principe de la constitution, est régulièrement violée. On boit, en effet, dans les débits à l'emporter qui deviennent ainsi de petites auberges clandestines. Je me souviens — j'étais alors substitut du procureur général du canton de Fribourg — des difficultés que l'on avait à faire condamner ceux qui contrevenaient à la disposition interdisant aux débits à l'emporter de laisser consommer sur place. Les gendarmes avaient beau glisser un regard inquisiteur entre les palettes des contrevents, recueillir des indications très précises, la plupart du temps les éléments de condamnation manquaient. L'agent de police disait: « Je suis absolument certain qu'on a bu sur place », mais on était dans l'impossibilité de démontrer le fait, ou bien alors le tenancier qui avait servi à boire sur place répliquait: « mais, pardon, c'est moi qui ai offert; vous ne pouvez pas, parce que je tiens un débit, m'empêcher d'offrir un petit verre aux amis qui me font le plaisir de leur visite ». Et la plupart du temps j'ai pu constater que rien n'était plus facile que de faire échapper à toute répression les personnes accusées de délits de ce genre. De sorte que le débit à l'emporter — et je suis reconnaissant à M. Baumann

d'en avoir souligné les inconvénients —, est incontestablement un danger. Nous devons par conséquent chercher à en restreindre la portée. On l'a essayé il y a quelques années. Il y avait deux moyens: on a dit: Eh bien! nous allons augmenter ce minimum en le portant à 10 litres. Le peuple suisse s'est prononcé sur cette question dans un sens négatif, on a maintenu l'«auberge à deux litres», comme vous l'appellez. On a fait la proposition, au sein du Conseil national, de porter ce chiffre de 2 litres à 5 litres. Evidemment, ce serait un petit progrès. Mais aussi longtemps que le débit à l'emporter ne sera pas placé sous le contrôle de la police cantonale, que l'on vende par deux litres ou bien par cinq litres, pratiquement le débit se fera quand même par quantités inférieures et je ne crois pas que la majoration qui consisterait à porter le minimum de deux litres à cinq ait une importance très considérable. Je préfère infiniment la solution qui consiste dans la suppression de la vente libre par quantités de deux litres. M. Meyer a trouvé une solution très ingénieuse qui consiste à supprimer simplement dans la constitution cette disposition prévoyant, à l'art. 32 in fine, que la vente au détail par quantités inférieures à deux litres reste libre. L'auberge à deux litres serait ainsi supprimée. J'espère que le peuple acceptera cette solution. Vous avez entendu les observations, les réserves qui ont été formulées par les représentants du groupe socialiste. Ils nous ont dit: « Nous sommes opposés à la suppression du débit à l'emporter pour la raison suivante: les aubergistes vendent leur vin très cher. » A l'heure actuelle en effet, ils font un peu comme tous les commerçants, on ne se contente plus de gagner 30, 40, 50 centimes par litre, on prend carrément 1 fr., 1.50 fr. et même au delà. Cette politique a été en Suisse la cause, dans une certaine mesure, de la situation économique extrêmement difficile dans laquelle nous nous trouvons par suite du renchérissement de la vie. En raison de ce bénéfice excessif qui est prélevé, le vin vendu à l'auberge revient souvent à des conditions très onéreuses. Et alors, les socialistes disent: « Si vous forcez les ouvriers à acheter leur vin à l'auberge au lieu de pouvoir l'obtenir du débit à l'emporter, vous les mettez dans le cas de devoir payer beaucoup trop cher, nous sommes nous, pâtissiers du maintien à l'emporter. » Alors, on a accepté cette solution, en ce sens que les cantons pourront à l'avenir régler la question du débit à l'emporter comme celle des auberges. Ils auront la faculté de limiter le nombre de ces débits, de subordonner l'exercice de ce genre de commerce à certaines conditions de contrôle et de surveillance. Seulement, on nous a demandé de faire abstraction de la taxe fiscale, de façon que l'épicier qui vend son vin n'ait pas la possibilité de dire: « Je dois majorer la marchandise que je vends, pour me couvrir de la taxe versée au fisc. » C'est la raison pour laquelle on a introduit cette réserve interdisant aux cantons de prélever une taxe sur la vente au détail des boissons fermentées en dehors de l'auberge. J'accepte la proposition faite par la commission tendant à la suppression de cette réserve.

Nous verrons, lorsque cet objet reviendra au Conseil national, si nous pouvons obtenir que le parti socialiste se rallie à cette modification. En effet, je ne me fais pas d'illusion, pour faire triompher ce projet devant le peuple, nous avons besoin non pas seulement des tempérants et des abstinents, non pas seulement de la

collaboration du groupe socialiste, mais encore des agriculteurs et si l'un ou l'autre de ces éléments fait défaut, par exemple si le parti socialiste décidait de voter contre ou de s'abstenir, j'aurais bien peur que ce travail de revision ne fût perdu.

C'est la raison pour laquelle, en me ralliant à cette idée, je me réserve de voir comment cette divergence pourra être liquidée. Je crois que l'on pourra tranquilliser les ouvriers en leur faisant remarquer que les cantons n'ont jamais taxé considérablement le débit à l'emporter. Si on leur permet à l'avenir de le taxer, il est probable que de même que jusqu'ici ils ne percevront pas de taxe, ou, en tout cas, pas de taxe considérable. D'ailleurs le débit à l'emporter est beaucoup moins dangereux à la ville qu'à la campagne.

J'espère donc que cette modification que vous allez apporter au projet n'augmentera pas le nombre de ceux qui s'opposeront à la revision constitutionnelle.

Abstimmung. — Votation.

Lit. b.

Angenommen. — (Adopté.)

Lit. c.

Präsident: Ich habe die Ansicht, dass wir dem Nationalrat nicht, in den Text hineinkorrigieren, sondern den Vorschlag als materielle Abänderung aufnehmen sollten.

Baumann, Berichterstatter der Kommission: Ich glaube, das wäre formell richtig. Materiell beruht zwar die Differenz wohl nur auf einem Druckfehler; aber formell schaffen wir doch eine Differenz mit dem Nationalrat, und da dürfte es angezeigt sein, sie als solche hervortreten zu lassen.

Angenommen. — (Adopté.)

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Revision der Art 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des art. 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.04.1922
Date	
Data	
Seite	189-207
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 339

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**Sitzung vom 6. April 1922,
17 Uhr.**

Séance du 6 avril 1922, à 17 heures.

Vorsitz: }
Présidence: } Hr. Räder.

**1078. Revision der Art. 32bis und 31 der Bundes-
verfassung (Alkoholwesen).**

Revision des articles 32bis et 31 de la constitution (régime
des alcools).

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 189 hievor. — Voir page 189 ci-devant.)

Ziff. 2, Al. 1—5.

Antrag der Kommission.

Art. 32bis wird gestrichen. Art. 32ter wird 32bis und der Art. 32 erhält folgende neue Fassung:

Die Gesetzgebung über die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung, den Verkauf und die fiskalische Belastung gebrannter Wasser ist Sache des Bundes.

Abgesehen von Spezialitäten, die in einer dem Bedürfnis entsprechenden Beschaffenheit nur im Ausland hergestellt werden können, ist die Einfuhr bloss soweit zuzulassen, als die inländische Fabrikation zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht. Immerhin kann die Umwandlung der zum Trinkgenuss geeigneten Obstweine in gebrannte Wasser im Interesse der Volksgesundheit untersagt werden.

Die fiskalische Belastung ist so zu gestalten, dass sie die Verwertung einheimischer Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen sichert, zugleich aber in möglichst weitgehendem Masse verbrauchsvermindernd wirkt.

Die fiskalische Belastung der Herstellung von Spezialitäten erfolgt in Form einer ihrer Eigenart entsprechenden Fabrikationssteuer.

Gebrannte Wasser, die durchgeführt, in verarbeiteter Form ausgeführt oder in einer den Trinkverbrauch ausschliessenden Zubereitung zu gewerblichen oder Haushaltungszwecken verwendet werden, dürfen durch die auf dem vorliegenden Artikel beruhende Gesetzgebung keinerlei Belastung unterworfen werden.

Proposition de la commission.

L'art. 32bis est abrogé; l'art. 32ter devient l'article 32bis et l'art. 32 reçoit la nouvelle teneur suivante:

Le droit de légiférer sur la fabrication, l'importation, la rectification, la vente et l'imposition fiscale des alcools obtenus par distillation appartient à la Confédération.

Sauf pour les spécialités qui ne peuvent être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondante, l'importation n'est autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins. Toutefois,

la transformation en alcools des cidres potables, peut être interdite dans l'intérêt de la santé publique.

L'imposition fiscale doit être établie de manière à assurer l'utilisation des matières distillables indigènes à des prix rationnels, tout en ayant pour effet de diminuer la consommation dans la plus forte mesure possible.

L'imposition fiscale de la fabrication de spécialités a lieu sous forme d'un impôt de fabrication, correspondant à la nature particulière de ces spécialités.

Les alcools obtenus par distillation qui passent en transit ou sont exportés sous forme de produits transformés ou qui, après avoir subi une préparation les rendant impropres à servir de boisson, sont employés à des usages industriels ou domestiques, ne doivent être grevés d'aucune charge par les prescriptions décrétées en vertu du présent article.

Wettstein, Berichterstatter der Kommission: Artikel 32 ist der alte Art. 32bis, allerdings in verschiedener Beziehung geändert. Zunächst muss ich aber eine formelle Bemerkung machen. Ihre Kommission beantragt Ihnen in der gedruckten Vorlage den Abs. 2 zu Abs. 4 zu machen und den Abs. 3 zu Abs. 2. Ein genaueres Studium der Sache hat mich aber davon überzeugt, dass diese Umstellung der Absätze der Sache nicht entspricht, denn der Abs. 2 handelt nicht nur von der fiskalischen Belastung, sondern im Anschluss an Abs. 1 enthält er die Ausnahmebehandlung für die sog. Spezialitäten. Diese sind andere als diejenigen in Abs. 3. Es ist hier nicht der Hauptton auf der fiskalischen Belastung wie in Abs. 4, sondern die Hauptsache in diesem Abs. 2 ist die, dass diese Spezialitäten zwar der eidgenössischen Alkoholverwaltung unterstellt werden, aber dass sie eine Ausnahmebehandlung erfahren, weil in der Hauptsache nur die fiskalische Belastung auf sie angewendet wird. Deshalb muss ich Ihnen nach genauem Studium der Sache empfehlen, an der Fassung des Nationalrates in bezug auf die Reihenfolge der Absätze festzuhalten, weil nur diese dem innern Wesen der Absätze und ihrer Bedeutung entspricht.

Materiell enthält nun der Abs. 1 des neuen Art. 32 das Prinzip, dass alle gebrannten Wasser der Bundesgesetzgebung unterstellt werden und damit also auch der fiskalischen Belastung. Sie wissen, dass bisher die Sache anders war. Das, was hier in Abs. 2 wir «Spezialitäten» nennen, war bisher von der Alkoholgesetzgebung vollständig ausgenommen, also auch von der fiskalischen Belastung. Die Unterstellung dieser bisher von der Alkoholgesetzgebung ausgenommenen Objekte unter die eidgenössische Gesetzgebung ist Ihnen heute morgen vom Herrn Referenten und von Herrn Bundesrat Musy so gründlich motiviert worden, dass ich über das Prinzip keine weiteren Worte verlieren möchte. Wir haben also in diesem neuen Artikel eine vollständige Unterstellung aller gebrannten Wasser unter die eidgenössische Alkoholgesetzgebung. Indessen ist die Tragweite dieser Unterstellung nicht für alle gebrannten Wasser dieselbe. Die sog. Spezialitäten sollen nicht einfach monopolisiert werden wie die übrigen Brennereiprodukte, sondern für diese Spezialitäten soll im wesentlichen nur die fiskalische Belastung gelten. Es soll eine Fabrikationssteuer erhoben werden, dagegen sind diese Spezialitäten nicht in vollem Umfang monopolisiert,

unterliegen also keiner Kontingentierung, haben keine Ablieferungspflicht, aber sie unterstehen der Kontrolle. Nun ist eine solche Kontrolle selbstverständlich so einfach als möglich zu gestalten, weil es sich hier zum grossen Teil um ganz kleine Brennereien handelt, um Eigenbetriebe, von denen wir schon heute morgen gehört haben, dass sie in sehr grosser Zahl bestehen.

Im Nationalrat hat sich in bezug auf diese Ausnahmestellung eine lebhaftere Diskussion erhoben, wegen der Ausnahme zugunsten der Weintrester. Man hat von welscher Seite namentlich darauf hingewiesen, dass der Waadtländer und der Neuenburger Weinbauer und auch der Walliser gewöhnt seien, ihre Weintrester besonders zu brennen, während bei uns Wein- und Obsttrester zusammen gebrannt werden, und in dieser Form fällt dann diese ganze Brennerei unter das allgemeine Prinzip. Man hat deshalb auch gefunden, es sei besser, wenn man die Ausscheidung der Spezialitäten nicht mehr in der Verfassung vornehme, sondern es der Gesetzgebung überlasse, die dann diese Spezialitäten besonders bezeichnen könne. Es ist auch zweifellos nicht gerade als Schmuck einer Verfassung zu bezeichnen, wenn sie über das Brennen von Enzian, Wacholder und dergleichen Dinge besondere Bestimmungen enthält. Es könnte ja noch eher in Frage kommen eine solche verfassungsmässige Nennung für eine Alpenrepublik, wenn es sich darum handelte, die Alpenrose oder das Edelweiss zu brennen. Aber das sind gerade zwei Pflanzen, bei denen bisher der Versuch, sie in Schnaps zu verwandeln, noch nicht gemacht worden ist. Da kann man wohl nicht mehr sagen, dass Wacholder und Enzian gewissermassen Symbole für unsere Alpenrepublik seien, und wir tun besser daran, wenn wir auf diesen Blumenschmuck in unserer Verfassung verzichten, und die Bezeichnung der Spezialitäten der Gesetzgebung überlassen.

Es war auch davon die Rede, ob man das Absinthverbot nun in Art. 32 hinübernehmen und damit den Art. 32ter verschwinden lassen sollte. Aber man hat mit Recht im Nationalrat bemerkt, dass eine solche Vermengung in dem Art. 32 nicht wohl anginge. Das Absinthverbot ist ein Verbot sui generis, eine besondere Behandlung eines einzelnen Produktes, und da ist es besser, man lässt dieses Verbot da, wo es ist, in einem besondern Artikel. Die Bedeutung der besonderen Behandlung der Spezialitäten hat keine grosse Tragweite. Wir haben eine inländische Alkoholproduktion von etwa 80,000 hl, und die Produktion von solchen Spezialitäten, Kirsch, Zwetschgen, Enzian, Wacholder, macht ungefähr 5000 hl aus. Wenn wir noch den Weintrester dazu nehmen, so sind es vielleicht 7—8000 hl. Da kann man nun schon sagen, da es sich hier um ganz kleine Brennereien handelt, würde die eigentliche Monopolisierung mit dem ganzen Apparat der Kontrolle, der dazu gehört, viel zu kompliziert werden. Dagegen wollen wir auch diese — man hat sie im Nationalrat sehr schön bezeichnet als «Edelschnäpse» — so belassen, dass derjenige, der sie konsumiert, weiss, dass das etwas Wertvolles ist, dass er auch an seinem Portemonnaie spürt, dass der Alkoholgenuss auch in dieser Form immerhin ein kostspieliger Genuss ist.

Dieser Abs. 2 hat also die Bedeutung, dass er frühere spezifizierte Ausnahmen nun in einer generelleren Form wiederholt. Diese Spezialitäten kommen

aber unter fiskalische Belastung und unter die Kontrolle. Nur werden sie nicht in gleicher Weise monopolisiert wie die übrigen Brennprodukte. Der wichtigste Abschnitt in diesem Paragraphen ist nun Abs. 3. Hier ist nun zunächst Rücksicht genommen auf eine besondere Art von Spezialitäten, die nicht dieselben sind wie in Abs. 2. Die Spezialitäten, für die man hier die Einfuhr besonders behandelt und bis zu einem gewissen Grade privilegiert, sind sog. Feinschnäpse, das heisst besondere Arten, die zum Kulturgenuss unserer Zeit gehören. Es sind darunter verstanden die guten französischen Schnäpse, Benediktiner, Chartreuse oder Marc, Médoc usw., ferner die ebenso hoch zu qualifizierenden holländischen Schnäpse von Erven Lucas Bols darunter verstanden. Wo ein Bedürfnis nach solchen ganz feinen Schnäpsen sich geltend macht, soll auch die Einfuhr sich dem Bedürfnis anpassen können. Bisher ist es, wie es scheint — ich bin da zu wenig sachverständig, um etwas anderes sagen zu können als was die wirklichen Sachverständigen sagen — unsern Fabrikanten noch nicht gelungen, die Qualität der Schnäpse zu erreichen, welche französische Mönche oder holländische Spezialisten herstellen. Wir müssen also, damit unser Volk nicht zu kurz kommt im Genuss derartiger Kulturgüter, Rücksicht nehmen in der Einfuhr.

Abgesehen von solchen Spezialitäten, die in einer den Bedürfnissen entsprechenden Beschaffenheit nur im Ausland hergestellt werden können, ist die Einfuhr von gebrannten Wassern nur soweit zuzulassen, als die inländische Fabrikation zur Deckung des Bedarfes nicht ausreicht. So hat der Nationalrat das Verhältnis von Inlandproduktion und Einfuhr formuliert. Es hat im Nationalrat eine lebhaftere und interessante Debatte über die Bedeutung dieses Verhältnisses stattgefunden, und man wird sagen müssen, dass, wenn man den Artikel nur flüchtig liest, man schon auf den Gedanken kam, er habe eine ausserordentlich weitreichende Bindung der Alkoholverwaltung in bezug auf das Alkoholmonopol zur Folge. Man könnte daraus schliessen, dass die Alkoholverwaltung gezwungen ist, ihren Bedarf so lange im Ausland zu decken, als überhaupt nicht ein inländisches Angebot vorhanden sei, was dann in dieser absoluten Form zur Folge hätte, dass die inländische Produktion ihre Preise nach Belieben stellen könnte. Diese Erwägung hat denn im Nationalrat zu dem Antrage des Herrn Naine geführt, der dem Absatz noch hinzufügen wollte: «... als die inländische Fabrikation nicht ausreicht, oder die Preise den Weltmarktpreis beträchtlich übersteigen...» Damit war in diesem Absatz ein preispolitisches Moment hinzugekommen und dagegen haben sich im Nationalrat die meisten Redner energisch gewehrt. Sie haben auch ausdrücklich erklärt, dass ein solcher Zusatz nicht notwendig sei, weil die preispolitische Formulierung im Abs. 4 liege. Dort werde der Alkoholverwaltung ausdrücklich das Recht gegeben, die Preise so festzusetzen, wie es durch den Weltmarktpreis gerechtfertigt sei. Gewiss muss sie den inländischen Brennereiprodukten einen angemessenen Absatz und demgemäss auch einen angemessenen Preis sichern. Aber selbstverständlich könne dieser Preis eine gewisse Grenze, ein gewisses Verhältnis zum Weltmarktpreis nicht übersteigen. Deshalb liege in Abs. 4 die Garantie dafür, dass der Abs. 3 nicht etwa so ausgelegt werden könne, dass nun die Inlandproduktion unter allen Umständen Be-

herrscherin des Alkoholmarktes werde. Man wird gut tun, diese Erklärungen, die im Nationalrat von Alkoholsachverständigen abgegeben worden sind, hier festzuhalten und damit dem Abs. 3 eine authentische Interpretation zu geben in dem Sinne, dass nicht etwa darin ein absolutes Gebot für die Alkoholverwaltung liegt, unter allen Umständen nur den im Inland erzeugten Alkohol zu kaufen, solange überhaupt solcher vorhanden sei. Eine Auslegung, die vielmehr dahin geht, dass die Alkoholverwaltung in der Preisgestaltung die nötige Freiheit bekommen soll.

Nun hat doch auch in der Kommission diese Interpretation eine gewisse Beunruhigung hervorgebracht. Auf der einen Seite wurde gewünscht, man solle mit Rücksicht auf die Erfahrungen der letzten Jahre dem Bundesrate eine generelle Ermächtigung geben, das Brennen gewisser Produkte ganz zu untersagen. Auf der andern Seite wurde geltend gemacht, dass das zu weit gehe, dass das unter Umständen in der Hand einer etwas autokratischen Verwaltung zu allzu grosser Willkür Anlass geben könnte. Aus der Diskussion in der Kommission ging dann ein Mittelantrag hervor, der eine « loi cidre » geworden ist. Das ist der Zusatz, den Sie in der gedruckten Vorlage finden und der dahin geht, es möchte der Bundesrat ermächtigt werden, die Umwandlung der zum Trinkgenuss geeigneten Obstweine in gebrannte Wasser im Interesse der Volksgesundheit zu untersagen. Ich gestehe Ihnen offen, dass dieser Zusatz nicht ohne Bedenken ist, er ist eine Spezialbestimmung, aus der man unter Umständen falsche Schlüsse ziehen könnte. Er beruht eigentlich fast ausschliesslich auf der Erfahrung von wenigen Jahren mit besonders grossem Obstertrag. Wir wissen nicht, wie sich die Sache in Zukunft gestalten wird. Immerhin, auch wenn wieder einmal obstärmere Jahre eintreten, so müssten wir immer damit rechnen, dass die Produktion von Obst immer mehr zunimmt. Ich glaube, die Kommission hat mit einem gewissen Recht hier nun eine gewisse Schranke aufzurichten wollen. Diese Mostbrennerei wird dem Alkoholmonopol gefährlich. Daran ist gar kein Zweifel. Sie haben ja die Zahlen heute morgen gehört; sie ist gefährlich auch für die Kantone, aber das Fiskalische ist daran das wenigste. Diese Mostbrennerei wird einfach auch nach der Seite, ich möchte geradezu sagen, der Alkoholvergiftung unseres Volkes immer gefährlicher. Die verständigen Bauern sehen das auch durchaus ein und deshalb haben wir erfreulicherweise auch Unterstützung gefunden bei den Bauern selber. In dieser Beziehung lasse ich mich durch den Beschluss des landwirtschaftlichen Klubs nicht beirren; wenn die Bauern sich die Sache genau überlegen, so werden sie selber sagen müssen, in ihrem Interesse, im Interesse der Volkswohlfahrt und im Interesse namentlich auch der Kantone ist es absolut notwendig, hier gewisse Schranken aufzurichten. Diese Schranken hat die Kommission aufzurichten versucht durch den Zusatz, dass die Umwandlung der zum Trinkgenuss geeigneten Obstweine in gebrannte Wasser untersagt werden könne. Mit dem Ausdruck « zum Trinkgenuss geeignete Obstweine » wollen wir unter allen Umständen den Gedanken ausdrücken, dass Most, der sich nicht zum Trinkgenuss eignet, gebrannt werden kann, selbstverständlich aber dem Monopol untersteht. Er ist also nicht etwa ausgenommen, sondern fällt unter die Produkte, welche durch die Monopolverwaltung verwendet

werden sollen. Das ist der Sinn des Zusatzes, den wir Ihnen zum Abs. 3 vorschlagen.

Der Abs. 4 verlangt, dass die fiskalische Belastung so gestaltet sei, dass sie die Verwertung einheimischer Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen sichert, zugleich aber in möglichst weitgehendem Masse verbrauchsvermindernd wirkt. Wir können noch hinzufügen, zwischen den Zeilen soll man auch noch herauslesen, dass für Bund und Kantone ein möglichst grosses Erträgnis herauskommen soll. Wenn man diesen Absatz liest, wird man schon ein bisschen daran denken müssen, dass darin eigentlich die Quadratur des Zirkels steckt. Man soll den Brennereien gute Preise garantieren, man soll möglichst hohe Preise verlangen wegen der fiskalischen Rendite, soll verbrauchsvermindernd wirken und doch eben nicht so weit den Verbrauch einschränken, dass nichts mehr herauskommt. Es wird für die Verwaltung ein sehr schwieriges Problem sein, in jedem Augenblick das richtige Verhältnis zu treffen zwischen Ertragsfähigkeit und Einfluss auf den Verbrauch. Das ist keine leichte Politik. Bisher hatte man es sehr viel leichter, weil der Anteil der Inlandproduktion nur $\frac{1}{4}$ war; so konnte man mit dem Weltmarktpreis und dem Monopolpreis viel leichter den Punkt treffen, wo die Ertragsfähigkeit und die Verbrauchsminderung in einem guten Verhältnis miteinander standen. Dieser Abs. 4 enthält für die Produzenten eine Beruhigung. Er soll die Verwertung einheimischer Brennereirohstoffe zu angemessenen Preisen sichern. Darin liegt aber auch, dass die Alkoholverwaltung die Preise festzusetzen hat. Doch ist sie auch nicht absolut frei, denn sie muss immer darauf Rücksicht nehmen, dass ja der sogenannte denaturierte Spiritus zu Selbstkostenpreisen abgegeben werden muss, die sich nach dem billigsten Einstandspreis richten. Hier haben wir also auch einen gewissen Regulator für allzu weitgehende Ansprüche der Alkoholproduzenten des eigenen Landes.

Der Abs. 5 ist bereits geltendes Recht. Gebrannte Wasser, die durchgeführt oder in verarbeiteter Form ausgeführt werden, dürfen keinerlei Belastung unterworfen werden. Dasselbe gilt von dem Alkohol, der in einer den Trinkverbrauch ausschliessenden Zubereitung zu gewerblichen oder Haushaltzwecken verwendet wird. Hier haben Sie wiederum das alte, schon bestehende Prinzip, dass der gewerbliche oder denaturierte Spiritus nicht belastet werden soll und von der Alkoholverwaltung zu Selbstkostenpreisen abzugeben ist.

Das sind die Bemerkungen, die ich zu Art. 32, Ziff. 1—5, zu machen habe. Ueber die weitem Punkte wird Herr de Meuron referieren.

Moser: Ich möchte Ihnen beantragen, den Zusatz zu Abs. 3: « Immerhin kann die Umwandlung der zum Trinkgenuss geeigneten Obstweine in gebrannte Wasser im Interesse der Volksgesundheit untersagt werden », zu streichen. Grundsätzlich, das bemerke ich ausdrücklich, bin ich mit dem Satze einverstanden und halte es für richtig, dass gesunder Obstwein, also Most, nicht in Schnaps oder Sprit umgewandelt werden soll. Allein ich möchte Ihnen die Erwägungen darlegen, die mich schon in der Kommission dazu geführt haben, zu diesem Satze nicht zu stimmen.

Zum Verständnis muss ich etwas weiter ausholen und um eine gewisse Rücksichtnahme bitten, wenn ich die ganze Entwicklung hier vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus auch noch ganz kurz beleuchte. Zuerst ist darauf hinzuweisen, dass der Obstbau in den letzten 30 Jahren sich in unserem Lande gewaltig entwickelt hat. Früher war er nur in der Ostschweiz stark verbreitet, weniger im Kanton Bern; heute kann man nicht nur in der Ostschweiz beobachten, dass grosse Flächen, die eine geeignete Lage haben, mit Obstbäumen mehr oder weniger besetzt sind, sondern auch im Kanton Bern und in der Westschweiz. Aber der Obstbau hat sich nicht nur entwickelt in bezug auf die Zahl der Obstbäume, sondern die Pflege ist auch besser geworden und auch die Sortenauswahl. Wir haben es gewiss auch diesem Umstande zuzuschreiben, dass in den letzten 10 Jahren sozusagen Jahr für Jahr eine mehr oder weniger gute Obsternte war, was für die Lebensmittelversorgung während des Krieges einen sehr grossen Vorteil bedeutete. Hand in Hand mit der Entwicklung des Obstbaues haben sich auch andere Verhältnisse entwickelt. Während man früher im Kanton Bern und auch in der Ostschweiz nur wenige eigentliche Mostereien fand, weil die Mostbereitung überall durch den Landwirt selbst im Haus besorgt wurde, bewirkte der zunehmende Obstbau einerseits und andererseits der immer schwieriger werdende Export von Mostobst nach Deutschland, infolge des auch dort stärker ausgebildeten Obstbaues, dass man bei uns für das Obst eine andere Verwertung suchte und sie in der Fabrikation von Obstwein gefunden hat. Man sagte sich, dass der Obstwein das alkoholärmste Getränk ist und infolgedessen bekömmlich, durststillend und in seinen Wirkungen wohl am unschuldigsten von allen alkoholischen Genüssen. So sind in der Ost- und Zentral-schweiz und seit dem Jahre 1900 auch im Kanton Bern eine grosse Anzahl von Mostereien entstanden, die zunächst für die unmittelbare Umgebung, später namentlich auch für die Versorgung der Städte Most bereiteten. Der Konsum von Most hat ja gewaltig zugenommen, was im Interesse der Alkoholbekämpfung an sich durchaus erfreulich ist, indem man sagen kann, dass dort, wo Most getrunken wird, andere Getränke, wie Bier und namentlich Wein und Schnaps, weniger konsumiert werden. Der Most ist ein inländisches Produkt und, wie die Erfahrung lehrt, durchaus bekömmlich und durststillend und ohne böse Nachwirkungen.

In Verbindung mit diesen Mostereien fand dann nach und nach eine zunehmende Verwertung der Trester statt; dieser Rückstand wird in Gruben eingeworfen und eine Zeitlang der Gärung überlassen und später zu Tresterbranntwein verarbeitet. Die Fabrikation hat ziemlich stark zugenommen und dem Monopol eine nicht unempfindliche Konkurrenz bereitet. Während des Krieges haben sich nun die Verhältnisse plötzlich geändert; bis zum Jahr 1917 wurde sozusagen kein Most gebrannt oder nur hie und da in kleinem Umfang. Seit dem Jahre 1917 hat der Obstexport mit ausserordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Deutschland, weil valutaschwach, nahm fast nichts mehr ab und in die andern Länder konnte nur erstklassiges Tafelobst exportiert werden. Die Folge war, dass die Mostproduktion infolge der Einschränkung des Absatzes nach dem Auslande gewaltig zunahm. Diese

Produktion ist so gross geworden, dass sie bald nicht mehr konsumiert werden konnte. Nun trat die Verarbeitung des Mostes durch die Spritfabrikation ein, indem sich spezielle Spritfabriken, hauptsächlich frühere Kartoffelbrennereien, aufboten, die aufgekauft und umgewandelt wurden. Es sind daneben Grossbrennereien, eigentliche Spritfabriken entstanden. Es gibt solche Brennereien, die Hunderte von Wagenladungen Most in einem Jahr verarbeiten und arbeiten haben. Das ist auch der Grund, wie es heute vormittag vom Herrn Kommissionspräsidenten ausgeführt worden ist, dass die Alkoholregie nicht mehr im Fall ist, Alkohol abzusetzen. Dank der hohen Preise, die von der Regie in Rücksicht auf die Ankäufe verlangt werden müssen, hat sich nun die Mostbrennerei gewaltig entwickelt und hat so dem Trinksprit, den vorher die Alkoholverwaltung geliefert, Konkurrenz gemacht. Es ist eigentlich der Hauptzweck der Revision des Gesetzes, diese Verhältnisse zu ändern, und in seinem Beschluss vom 3. April letztthin will der Bundesrat auch nach dieser Richtung gesündere Verhältnisse schaffen.

Ich möchte nun kurz auf diesen Beschluss zu sprechen kommen, indem derselbe mit zwei Fragen in Verbindung steht. Der Bundesrat hat am 3. April beschlossen, das Brennen von Obstwein in- und ausländischer Herkunft monopolpflichtig zu erklären. Das nicht gewerbsmässige Brennen inländischer Obstweine bleibt bis auf weiteres monopolfrei. Er ging dabei von der Erwägung aus, dass der jetzige Zustand absolut unhaltbar sei. Wenn das Monopol wieder Trinksprit verkaufen soll, so kann das nur geschehen, indem es die Preise sehr stark heruntersetzt, weil heute Offerten für Lieferung von ausländischem Sprit zu 35 bis 40 Fr. vorliegen. Wenn aber die Preise stark heruntersetzt werden, so wird die inländische Brennerei ruiniert. Es ist ihr nicht mehr möglich, überflüssigen Most zu brennen und auch nicht mehr Trester. Diese Waren werden mehr oder weniger wertlos, wenn eine erhebliche Herabsetzung des Preises für Trinksprit stattfindet. Auf der andern Seite würde durch starke Herabsetzung des Trinkspritpreises der Konsum günstig beeinflusst, etwas, das man nicht will, sondern bekämpft.

Worin besteht nun der Weg, um aus dieser Kalamität herauszukommen, um einerseits der Landwirtschaft, insofern Most gebrannt werden muss, entgegenzukommen, andererseits die Regie instand zu setzen, für die Kantone ein ordentliches Ergebnis zu erzielen und drittens auch den ethischen Zweck des Alkoholmonopols durchzusetzen? Der Weg ist angedeutet und besteht darin, dass man diese Mostbrennereien unter Monopol stellt, allerdings unter der ausdrücklichen Voraussetzung, dass die produzierenden Landwirte für diesen Most einen angemessenen Preis erhalten, und wenn der Bundesrat seinen Beschluss vom 3. April in dem Sinne ergänzt hätte, wie er nun in der Vorlage hier enthalten ist, dass für diesen Most auch ein angemessener Preis bezahlt werde, so hätte die Beunruhigung in der Landwirtschaft wahrscheinlich nicht stattgefunden. Dort hat man natürlicherweise sofort das Gefühl gehabt, durch Unterstellung unter das Monopol wolle man eine starke Preisdrückerei ausüben. Es wäre sehr erwünscht, wenn der Bundesrat seinen Beschluss in diesem Sinne ergänzen würde, wenn namentlich die Preisfestsetzung durch die bereits in den Gesetzesentwürfen vorgesehene Fachkommission vorgenommen würde. Ich möchte

mir erlauben, den Herrn Vertreter des Bundesrates anzufragen, ob er nicht in Aussicht genommen hat, diese Fachkommission für die Bestimmung der Preise zu wählen, damit die Preisbestimmung nicht einseitig von der Alkoholverwaltung aus geschieht. Die Preisbestimmung des Sprits, der heute aus Most gemacht wird, ist eine sehr wichtige Sache, indem es sich da um Hunderte von Hektolitern, d. h. um sehr grosse Quantitäten und um sehr grosse Summen handelt, und es den Landwirten, den Mostereien und den betreffenden Fabrikanten nicht gleichgültig sein kann, wie die Alkoholverwaltung diese Preise bestimmt. Nach dieser Richtung wäre es sehr wünschenswert und sehr im Interesse der Annahme der Revisionsvorlage, wenn beruhigende Zusicherungen gemacht würden und namentlich für den zu übernehmenden Spirit aus Most ein anständiger Preis in Aussicht gestellt würde.

Es ist selbstverständlich meine Auffassung, dass nicht ein höherer Preis bezahlt werden kann als der Mostpreis, sondern, dass der Preis etwas tiefer sein soll als für gesunden und guten Most. Wenn dieser Zusatz da bestehen bleibt, ein Zusatz, der meiner Auffassung nach gerade so wenig in die Verfassung passt wie früher der Enzian und der Wacholder usw., so kommt von vornherein in die ganze bäuerliche Bevölkerung ein gewaltiges Misstrauen. Obstbau haben wir überall und Mostereien, und da wird etwas gesagt, was ich nur als unverständlich bezeichnen kann, der Most solle nicht gebrannt werden, man soll ihn sonst verkaufen, und nur dann brennen, wenn er ganz billig gekauft werden kann. Und dann heisst es hier: Immerhin kann die Umwandlung der zum Trinkgenuss geeigneten Obstweine in gebranntes Wasser untersagt werden. Man kann guten Most auch ungeeignet machen zum Trinken, das ist sehr einfach, man braucht nur Essig dazu zu schütten, dann wird er stichig und kann nicht mehr getrunken werden. Durch diesen Zusatz wird also der Zweck in keiner Weise erreicht. Man könnte doch ebensogut und mit gleichem Recht die Verfassungsbestimmung ergänzen und sagen, Kirschen und Zwetschgen, die zum Rohgenuss und zur Konservierung geeignet sind, dürfen nicht gebrannt werden. Aus diesem Grunde halte ich dafür, dass diese Bestimmung in die Ausführungsbestimmungen gehört, in das Gesetz. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass guter Most nicht in Alkohol verwandelt werden soll, aber der Grundsatz passt nicht in die Verfassung hinein, sondern in das Gesetz, wo eine nähere Umschreibung stattfindet, und man dem Volke sagen kann, wie es gemeint ist.

Das sind die Gründe, die mich dazu geführt haben, einen Antrag zu stellen im Interesse der Annahme und auch um Misstrauen zu zerstreuen, den Antrag nämlich, von der Aufnahme dieser Bestimmung Umgang zu nehmen, sie hier zu streichen und sie in das Gesetz aufzunehmen, wo die näheren Bestimmungen niedergelegt werden können. Die Verhältnisse können sich ändern, der Export kann wieder eintreten. Wenn das der Fall ist, so wird es niemand einfallen, Most zu machen, um ihn nachher zu brennen; aber wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, dass in guten Obstjahren zu wenig exportiert werden kann und dass wir gewaltige Mengen von Obst bei uns behalten müssen, und dass diese Mengen nicht vollauf vom Konsum aufgenommen werden und infolgedessen gebrannt werden müssen. Ich weise darauf hin, dass sich der Most nicht so gut

aufbewahren lässt wie der Wein. Er muss im gleichen Jahr getrunken werden. Guter Apfelmast hält sich vielleicht zwei Jahre, länger nicht, der Alkoholgehalt ist zu gering, um eine konservierende Wirkung auszuüben, wie dies beim Wein der Fall ist. Most wird mit der Zeit nicht besser, während das natürlich bei gewissen Weinen ganz anders ist. Ich möchte auch noch bemerken, dass dieser Artikel ebensowenig hineinpasst wie der Doppelliterartikel, und beantrage Ihnen daher Streichung dieses Zusatzes und Verweisung der nähern Bestimmungen in das Gesetz.

von Arx: Die Ziff. 3 des Art. 32 enthält den Grundsatz, dass « abgesehen von Spezialitäten, die in einer den Bedürfnissen entsprechenden Beschaffenheit nur im Ausland hergestellt werden können, die Einfuhr nur soweit zugelassen ist, als die inländische Fabrikation zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht ». Er sagt ferner: « Gebranntes Wasser, die durchgeführt, in verarbeiteter Form ausgeführt oder in einer den Trinkverbrauch ausschliessenden Zubereitung zu gewerblichen oder Haushaltzwecken verwendet werden, dürfen durch die auf dem vorliegenden Artikel beruhende Gesetzgebung keinerlei Belastung unterworfen werden. » Es wird also damit wohl mit vollem Recht der Grundsatz aufgestellt, dass der zu Gewerbe- und Haushaltzwecken relativ oder absolut denaturierte Spirit zum Selbstkostenpreis abgegeben und den billigsten Vorräten entnommen werden muss, d. h. durch keinerlei gesetzliche Massnahmen verteuert werden darf. Diese beiden Bestimmungen scheinen aber Ihrer Kommission unter Umständen sehr gefährlich zu sein und an einem innern Widerspruch zu leiden. Also, man will die Herstellung von Spirit der Inlandproduktion überlassen. Ich nehme an, dass den bestehenden Kartoffelbrennereien das bis jetzt auf zirka 30,000 hl per Jahr reduzierte Quantum Spirit auch fernerhin zugebilligt werden dürfe, trotz den schlechten Erfahrungen, die wir damit gemacht haben. Ich erinnere daran — es ist das so oft in diesem Rate erörtert worden —, dass vor X Jahren die Verhältnisse so waren, dass der ausländische Spirit so billig und die Inlandpreise so hoch waren, dass, wenn die Monopolverwaltung auf das inländische Brennen verzichtet hätte und wenn sie die 300,000 q Kartoffeln unter die armen Leute in der Schweiz herum verteilt hätte, in der Kasse noch ein Ueberschuss von 500,000 Fr. geblieben wäre. Das war diese inländische Produktion seinerzeit, etwas ganz Unnatürliches und eigentlich ein Unsinn. Aber ich glaube, wir können da nicht zurückkriechen, man wird der Landwirtschaft wiederum diese Stellung einräumen müssen. Nun sind im Jahr 1920 dann aber aus den Abfällen der Presshefefabriken und aus Aarberger Melasse im ganzen 8778 q abgeliefert worden. Die Lonza, welche einmal viele Millionen ausgegeben hat, um aus Kalziumkarbonat Alkohol herzustellen, der hohen Kohlenpreise wegen aber nicht lieferungsfähig war, erscheint heute mit neuen sehr stark reduzierten Offerten auf dem Plan und macht sich anheischig, wenn sie auf Bestellungen von jährlich 150 Kesselwagen rechnen kann, das wären also ungefähr 16,500 hl, sie die Preise bedeutend herabsetzen könne. Statt 200 Fr., die noch verlangt wurden vor ein oder zwei Jahren, auf 75 bis 90 Fr. pro Meterzentner. Ich nehme an, dass alle diese Ablieferungen auch unter dem neuen Zustand der Dinge verbleiben werden, und das macht zusammen 55,800 q. Es kommen aber noch hinzu die Lieferungen

der bisherigen monopolfreien Betriebe. Die Alkoholverwaltung hat selbst ausgerechnet, dass bereits in der Brennkampagne 1915/16 die Menge erzeugter Obstbranntweine auf 31,750 hl angewachsen sei, und Herr Bundesrat Musy hat diesen Vormittag die Ablieferungen der bisherigen monopolfreien Betriebe, wenn ich recht verstanden habe, auf 50,000 hl geschätzt. Mit den bereits erwähnten 55,800 hl hätte die Alkoholverwaltung bereits 106,000 hl inländischen Alkohol zu übernehmen. Bei den 55,800 hl abzuliefernden bisherigen monopolfreien Quantitäten wird es aber nicht bleiben. Angeregt durch die von der Alkoholverwaltung dafür zu zahlenden Preise wird die Obstbäumzucht, wie dies bereits in den letzten Jahren geschehen ist, ganz ungeahnte Dimensionen annehmen. Dermalen wird für inländischen Obstsprit 250 bis 300 Fr. per Hektoliter bezahlt, während vom Ausland her Offerten vorhanden sind und angenommen wurden zu 32.50 Fr. per Meterzentner. Und es ist zu beachten, dass die Landwirtschaft sich mit jenem Preise nicht zufrieden gibt, sondern dass, wie man mir diesen Vormittag von der Alkoholverwaltung aus gesagt hat, Begehren gestellt werden, diesen Preis noch zu erhöhen auf 335, 350 bis 360 Fr. per Meterzentner. Ich habe auch für die Ueberzeugung, dass die in Aussicht genommenen Monopolpreise für Trinksprit von 500 oder 600 Fr. die Gesetzesübertretungen noch enorm in die Höhe treiben werden. Der Preisunterschied ist zu gross. Wir haben dermalen schon ein Verbot für das Brennen von Kartoffeln und Reis und Körnerfrüchten, aber gleichwohl wird dermalen in verschiedenen Landesgegenden Sprit aus diesen verbotenen Rohstoffen hergestellt. Herr Direktor Milliet hat in der Sitzung der Delegation erzählt, dass man bei der Bauernsamer das Gerücht verbreite, dass die Bundesgesetze nach 30 Jahren wieder erlöschen und keine Geltung mehr hätten. Nun glaube ich nicht, dass es Leute gibt, die das glauben, sondern man verbreitet diese Ansicht einfach, um das eigene böse Gewissen zu beschwichtigen, und wenn es sich bei dem von den inländischen Brennereien abzuliefernden Sprit nur um solchen zum Trinkverbrauch handeln würde, so wäre dagegen nicht sehr viel einzuwenden. Die Alkoholverwaltung hätte es immer noch in der Hand, den Verkauf so zu modifizieren, dass er den Anschaffungskosten plus einem angemessenen Kapitalgewinn entsprechen würde. Anders verhält es sich, wenn man Alkohol, der zu Haushaltungs- und Industriezwecken nach Ziff. 5 der Vorlage bestimmt ist, zu den Selbstkosten zu übernehmen hat.

Es ist nun interessant, den Verkäufen an Trinksprit diejenigen für Haushaltungs- und industrielle Zwecke entgegenzustellen. Ich exemplifiziere mit dem letzten normalen Budget, demjenigen für das Jahr 1914, erstellt im Monat November oder Dezember 1913. Es waren darin vorgesehen 58,000 q Trinksprit, 55,000 q Brennsprit, 7000 q Industriesprit, also absolut und relativ denaturierter Sprit 62,000 q gegen 58,000 q Trinksprit. Allein dem Quantum von 7000 q Industriesprit sind noch weitere 13—15,000 q beizufügen, welche von der Industrie direkt, ohne Vermittlung der Alkoholverwaltung, in die Schweiz eingeführt worden sind. Wir werden also bei den 75,000 q zu Haushaltungs- und Industriezwecken, wenn einmal die Inlandbrennerei noch mehr erstarkt und leistungsfähiger sein wird, einen enormen Verlust erleiden, für den wir uns dann auf den 58,000 q Trink-

sprit zu erholen haben würden. Ganz bedenklich würde die Lage der Alkoholverwaltung, wenn die Lieferung von Inlandsprit, was möglich ist, den Landesbedarf ganz erheblich übersteigen wird. Wenn die Alkoholverwaltung allen Sprit übernehmen muss, der ihr von der Landwirtschaft und von den konzessionierten Brennereien abgeliefert wird, und diese Ablieferungen den Landesbedarf übersteigen, was soll dann die Alkoholverwaltung mit diesem Sprit anfangen? Ins Ausland kann sie nicht verkaufen, sie kann ihn also nur ausschütten oder zu ganz billigen Preisen verkaufen. Ich will nicht schwarz in schwarz malen und enthalte mich daher weiterer Feststellungen. Angesichts der Missrechnung, die aus den vom Nationalrat vorgeschlagenen Widersprüchen entsteht, sollten wir eigentlich eine Bestimmung aufnehmen in die Verfassung, wonach von der Alkoholverwaltung der Ueberschuss über den Inlandbedarf nur zum Auslandspreis plus Zoll, Fracht und allfällige weitere Spesen zu übernehmen wäre. Man will aber nicht soweit gehen, sondern sich mit dem Zusatz zu Ziff. 3 begnügen, der lautet: « Immerhin kann die Umwandlung der zum Trinkgenuss geeigneten Obstweine in gebranntes Wasser im Interesse der Volksgesundheit untersagt werden. » Woher kommt das Uebel, unter dem wir gegenwärtig leiden? Schuld an der gegenwärtigen Störung der Oekonomie der Verwaltung ist nicht das Brennen von Obst und seiner Abfälle, sondern das Brennen von Most. Most, hergestellt allerdings aus Aepfeln, Birnen usw., aber Most, der auch zu einem grossen Teil sogar vom Ausland eingeführt wird, ohne irgend einen Nutzen für unsere schweizerische Landwirtschaft. Erst das Brennen von Most machte den fabrikmässigen Betrieb der grossen Brennereien rentabel; das Brennen von Obst ist auf einige Monate beschränkt, weil das Obst in kurzer Zeit in Fäulnis übergeht und rasch verarbeitet werden muss; der Most dagegen kann jahrelang gelagert werden und die Fabrikation kann sich auf einen regelmässigen Jahresbetrieb einstellen. Dem Brennen von Most zur Verwandlung in den abscheulichen Schnaps will die Kommission durch den Bundesrat ein energisches Halt gebieten; es geschieht dies aber in der allermildesten Form, denn das Brennen von Obst und Obstabfällen wird gar nicht verboten und nicht einmal das Brennen von Most absolut, sondern nur dann, wenn der Fall eintreten sollte, dass die Ablieferungen den Landesbedarf überschreiten, und man nicht mehr weiss, was mit dem Ueberschusse beginnen. Dann kann der Bundesrat einschreiten und das Brennen von Most untersagen.

Machen Sie nun, was Sie wollen; ich merke, die Stimmung ist dem Antrage nicht gerade günstig, aber ich erachte es als meine Pflicht, auf diese Unstimmigkeiten, die in den Anträgen des Nationalrates liegen, hier aufmerksam zu machen, um die Verantwortlichkeit für mich und die Mehrheit der Kommission abzulehnen, falls in der Folge Ihres Beschlusses Störungen in der Oekonomie der Monopolverwaltung resultieren sollten.

M. le conseiller fédéral Musy: Il s'agit ici de l'article de résistance, de celui qui contient les dispositions qui vont nous permettre de lutter contre le développement de la fabrication et de la consommation de l'alcool.

Le n° 1 dit que le droit de légiférer sur la fabrication, l'importation, la rectification, la vente des alcools obtenus par la distillation appartient à la Confédération.

L'art. 32bis qui, jusqu'à présent, réglait cette question, posait le même principe, mais immédiatement après, in fine, fixait une réserve en ce qui concerne la distillation de tous les fruits à noyau ou à pépins et de leurs déchets, des racines de gentiane, des baies de genièvre. Dans l'article que nous vous proposons, nous posons le même principe général, mais nous n'y apportons aucune restriction. Par conséquent, le droit de la Confédération de légiférer sur cette matière, d'organiser un contrôle s'étend maintenant à toute la production d'alcool. C'est là que réside la réforme.

L'art. 2 dit toutefois que l'imposition fiscale de la fabrication des spécialités doit avoir lieu sous la forme d'un impôt, en tenant compte de la nature particulière de ces spécialités. Cela, Messieurs, est un point des plus délicat de toute la question qui vous est soumise. Il est évident que ceux qui, jusqu'ici, ont distillé du marc de vin, des lies de vin, des cerises, tous les fruits à noyau, désiraient que l'innovation se restreignît à l'interdiction de la distillation des drèches, c'est-à-dire des déchets de fruits. Ils voudraient que la distillation des lies de vin, des marcs de vin et des fruits à noyau restât à l'avenir comme actuellement complètement libre. Messieurs, nous ne sommes pas d'accord avec cette solution. Il faut au contraire que la Confédération ait un contrat général. La leçon que nous avons eue parce que nous avons fait une restriction au principal en 1885, eh bien! nous devons maintenant en profiter pour ne pas retomber dans la même erreur. Cependant, comme nous craignons que l'opposition, ou si vous voulez le groupement de toutes les oppositions qui vont se coaliser contre le projet, n'arrive peut-être à le mettre en danger, nous avons proposé une solution intermédiaire pour donner une certaine satisfaction à ceux qui disent: nous voulons à l'avenir comme par le passé pouvoir faire du kirsch de nos cerises, avoir la possibilité de faire de l'alcool de prune avec nos prunes, du marc de nos lies ou de nos fruits.

A ceux-là, nous voulons donner la possibilité de conserver cette spécialité de la manière suivante: ils pourront, moyennant une autorisation qui leur sera donnée, distiller, mais encore sous le contrôle de l'inspection officielle, chez eux, ou dans des machines qui seront mises à leur disposition (je pense aux distilleuses roulantes), les fruits à noyau et les racines de gentianes. On nous a demandé de faire une énumération limitative de ces spécialités dans la Constitution, c'était la proposition de M. Chamorel. Je n'ai pas pu m'y résigner, parce que j'estime que la concession que nous faisons est le maximum de ce que nous pouvons faire. J'aurais du reste préféré de beaucoup que l'on eût supprimé cette exception et laissé à la loi la possibilité d'un régime spécial pour ces spécialités, sans qu'on le dit dans la Constitution. Mais on nous a fait savoir d'une façon absolue que des contrées entières voteront contre l'extension de la surveillance de la Confédération, si nous ne donnons pas la possibilité à ceux qui veulent à l'avenir distiller leurs cerises, de boire le kirsch de leurs cerises. Je sens très bien que si nous n'accordons pas cela on fera campagne contre le projet, en disant: « Mais on va faire du kirsch fédéral, toutes les cerises récoltées sur le territoire suisse seront jetées dans une grande cuve, on distillera tout cela dans une distillerie fédérale et on n'aura plus en Suisse que du kirsch fédéral. Des

arguments de cette sorte, de par leur nature évidemment susceptibles de frapper l'imagination, sont extrêmement dangereux et c'est la raison pour laquelle nous disons: « Nous admettons le régime d'exception pour ces spécialités qui pourront à l'avenir, comme par le passé, être distillées, mais à la condition que cela se fasse moyennant un contrôle et le paiement d'une taxe. Ces alcools ne seront pas exonérés de l'imposition, mais l'imposition se fera suivant une méthode particulière. C'est le maximum de la concession que nous pouvons faire et nous résisterons à tous ceux qui tenteraient de nous entraîner plus loin sur la voie des concessions. »

Maintenant, passons à l'art. 4: L'imposition fiscale doit être établie de manière à assurer l'utilisation des matières distillables indigènes.

Voilà, Messieurs, une autre grosse difficulté. Si à l'avenir tous ceux qui ont des matières distillables ne peuvent plus en tirer parti librement comme par le passé — je parle en particulier des drèches de fruits — si on les oblige à distiller dans des distilleries contrôlées, à livrer le produit de leur distillation à la Confédération, il faut évidemment qu'il y ait une contrepartie, c'est-à-dire que la Confédération ait l'obligation de prendre livraison de l'alcool qui sera produit par la distillation des matières distillables. Je vais plus loin, je dis de toutes les matières distillables; mais il y a une restriction in fine où il est dit: « Toutefois la politique du nouveau régime doit être orientée vers une diminution de la consommation de l'alcool. » Cela signifie, Messieurs, que les matières distillables pouvant être utilisées d'une autre manière qu'en fabriquant de l'alcool ne devront pas être offertes à la Confédération, et que celle-ci n'aura pas l'obligation d'en prendre livraison. Je m'explique. Si, par exemple, on décidait un beau jour qu'au lieu de vendre les fruits de table, tous ces fruits seraient apportés à la cidrerie, qu'on en ferait du cidre, (est-ce que les déchets devraient naturellement servir pour faire de l'alcool dont la Confédération serait tenue de prendre livraison? Non, Messieurs. Cela est contraire au texte et à l'esprit de l'art. 4 in fine. Nous ne voulons nous engager à prendre livraison que des matières distillables qui ne peuvent pas être utilisées à d'autres fins. Tous les fruits qui peuvent être vendus pour servir à la consommation, ceux-là nous entendons bien qu'on n'en fasse pas du schnaps et nous ne voulons pas avoir l'obligation d'en prendre livraison. Par conséquent, nous sommes bien au clair. Nous assumons ici une très grosse responsabilité, et c'est un gros avantage offert à l'agriculture: Nous prenons à notre charge de fournir l'occasion de faire distiller toutes les matières distillables qui ne peuvent pas être utilisées autrement. Maintenant, comme l'a très bien dit l'honorable M. von Arx, cela entraîne pour la Confédération la prise de livraison d'une quantité de schnaps dont le placement sera très difficile. Je m'explique immédiatement en ce qui concerne le cidre et les pommes de terre.

Pour le cidre, il est clair que nous ne pourrions plus tolérer sa distillation pour en faire de l'eau de vie. Mais il est bien entendu que nous n'innovons pas, quand nous disons qu'il sera interdit à l'avenir de transformer le cidre en alcool à 95 degrés, c'est-à-dire en trois-six, comme on l'a fait ces dernières années. Sous l'empire de la législation actuelle, cette transformation est déjà formellement interdite et ce qu'on

a fait dans les 20 distilleries où l'on a transformé le cidre en trois-six, c'est-à-dire en alcool monopolisé, constituait une contravention à la loi établie d'une façon rationnelle, sur la base constitutionnelle de l'art. 31 actuellement en vigueur. Messieurs, nous nous expliquons. Nous disons: A l'avenir, le cidre sain, celui est potable, ne pourra plus être distillé et transformé en schnaps. Maintenant, est-il opportun de le dire dans la Constitution? C'est là qu'est la question. Cet art. 4 in fine dit: La politique du nouveau régime doit être orientée vers une diminution de la consommation de l'alcool. J'estime que cette disposition est amplement suffisante pour permettre au législateur, dans la loi d'application, de prévoir l'interdiction de la distillation du cidre sain. Je crois, Messieurs, et je dois le dire en toute sincérité avec M. Moser, qu'il est dans l'intérêt du pays de faire abstraction de cette interdiction exprimée littéralement comme la commission le propose, car nous susciterions une opposition inutile. Nous sommes suffisamment armés pour que, dans la loi qui sera élaborée ultérieurement, lorsque le projet, comme je l'espère, aura été accepté, on puisse dire que la distillation du cidre sain est interdite. Par conséquent, je regrette de me mettre en contradiction avec l'honorable président de la commission, nous poursuivons tous deux le même but, mais nous voulons y tendre par des moyens différents. M. von Arx, lui, voudrait le dire d'une façon expresse dans la Constitution tandis que je dis avec M. Moser qu'il vaut mieux réserver à la législation le soin d'édicter cette interdiction. En ce qui concerne les pommes de terre, jusqu'ici le maximum de ce qui a été toléré, c'était 30,000 hl, c'est-à-dire 3000 wagons. Vous savez pourquoi le régime ancien a permis la distillation des pommes de terre. On nous a dit: les récoltes de pommes de terre sont très variables. Il y a des années de grosses récoltes, des années de récoltes maigres. Par conséquent, si dans une année de grosses récoltes, l'agriculture ne peut pas tirer parti de toutes les quantités dont elle dispose, il est certain qu'elle réduira sa production. Elle réduira sa production moyenne à ce qui est nécessaire pour couvrir la consommation, et alors lorsque vous aurez une année de production maigre, vous risquez de manquer de pommes de terre pour la consommation. C'est la raison qui a dicté l'autorisation à distiller la pomme de terre. On voulait permettre de distiller la pomme de terre dans les années de grosses récoltes de façon que dans les années maigres la récolte suffise à couvrir les besoins.

Mais qu'est-ce que c'est que cette limitation à 30,000 hl c'est-à-dire 3000 wagons de pommes de terre, en comparaison des récoltes totales d'une année que M. Laur a estimées lui-même à plus de 100,000 wagons! L'évaluation de M. Milliet ramène ce chiffre de 100,000 à 70,000, mais je ne peux pas admettre ce système qui comporterait la possibilité de distiller le 3 % de la production. Ceci n'empêche pas que nous n'entendons nullement interdire la distillation de la pomme de terre, mais il faudrait tout de même dans la mesure du possible tâcher de la réduire.

M. von Arx vous a dit tout à l'heure une chose qui est exacte, mais énorme. On a distillé, certaines années, des pommes de terre et on en a fait de l'alcool qui a coûté un tel prix par rapport au prix du marché, qu'on aurait eu avantage à jeter tous ces tubercules à la rivière pour acheter de l'alcool à l'étranger. Ces

pommes de terre, si on les avait distribuées aux pauvres, auraient trouvé un emploi utile et on aurait pu acheter de l'alcool à l'étranger pour le prix de 30 fr. environ soit 30 centimes le litre. M. von Arx a mis lui-même le doigt sur la plaie; des médecins suffisamment énergiques auraient dû faire la suture nécessaire.

Mais je reconnais que des difficultés, des obstacles se trouvent sur notre route.

M. von Arx a parlé de l'alcool artificiel. De l'avis des médecins et en particulier de ceux qui ont fait de la chimie alimentaire leur spécialité, l'alcool artificiel est plus dangereux que l'alcool naturel. Or, je suis certain que le 50 % des alcools vendus dans les auberges depuis 20 ou 30 ans étaient des alcools artificiels additionnés d'eau et de parfums gras. On a bu des quantités de kirsch qui était confectionné uniquement avec de l'alcool artificiel obtenu par la distillation de la houille additionné de parfums gras de nature minérale. C'est contre ces alcools qu'il faut avoir le courage d'agir et je dois dire que je regrette le contrat que l'on a passé il y a quelques années avec une grosse fabrique d'alcool artificiel pour 350 wagons. Cela va nous mettre sur les bras 350 wagons d'alcool dont nous n'avons que faire. Je suis d'accord avec M. von Arx que nous avons de grosses difficultés à résoudre dans le cadre du régime nouveau. Ce sera notamment l'utilisation de tout cet alcool. J'entrevois deux possibilités.

Je pense qu'à l'avenir on devrait avoir le courage d'interdire les liqueurs à base d'alcool artificiel et les liqueurs coupées. Que l'on continue à boire du rhum, du cognac ou d'autres alcools naturels — quoique je doive dire que si cela ne dépendait que de moi, j'en interdirlais également la consommation, tant je suis convaincu qu'il y a un danger certain dans la consommation des boissons distillées. — Acceptons que l'on puisse encore boire du kirsch, de l'eau de vie de pruneaux ou de cerises, du cognac, mais à condition que ce soient des alcools naturels. Supprimons par conséquent toute cette «godaille» — passez-moi l'expression — qui a été vendue pendant les 20 ou 30 dernières années et qui était à base d'alcool artificiel. Un distillateur m'a déclaré que la moitié de l'alcool consommé en Suisse était du kirsch qui n'avait jamais connu un contact quelconque avec la cerise.

Une autre formule, c'est le coupage. Vous avez la possibilité de boire ou bien du kirsch artificiel dans la confection duquel il n'entre aucune cerise, ou bien vous avez des kirsch coupés dans lesquels il y avait 40 ou 50 % d'alcool artificiel. Il y a enfin les kirschs authentiques du canton de Schwyz.

A l'avenir, que l'on conserve la possibilité de vendre les alcools naturels, mais que l'on supprime les alcools artificiels et les coupages. Ce sera là un moyen de réduire la consommation d'alcool sous forme de boissons et cela permettra de remplacer cet alcool artificiel très nuisible par nos alcools naturels. Actuellement le kirsch façon ne contient que très peu de kirsch naturel ou pas du tout.

Eh bien, nous supprimerions ces alcools artificiels, ces alcools façon, qui feraient place à nos alcools naturels.

Ensuite on pourra trouver le moyen d'utiliser les alcools de fruits pour faire de l'alcool industriel. Cela sera sans doute une transformation onéreuse pour la régie. Je crois que nous pourrions vendre sous forme

d'alcool industriel de l'alcool de fruits. Il y aura là une perte, mais je crois qu'il faut avoir le courage de l'accepter et voir la situation sous son véritable jour. Cela doit être avant tout une réforme d'ordre social. Par conséquent, les quelques difficultés d'ordre financier que l'on peut rencontrer ne doivent pas être un obstacle qui nous fasse obvier et renoncer à la solution qu'impose le bien supérieur du pays, pour faire l'économie de quelques millions.

On ferait ce sacrifice de quelques millions. Et alors, on aura la possibilité de diminuer la consommation et de trouver l'application de cet alcool dans un but industriel. Cela n'empêche pas qu'avec la politique des prix très élevés, nous arriverons à faire des bénéfices considérables, malgré le sacrifice indiqué, et à mettre ainsi à la disposition des cantons une recette certainement très supérieure à celle à laquelle ils ont participé jusqu'ici.

Telles sont les quelques observations d'ordre général que je voulais faire sur ce très important article.

Präsident: Der Antrag Wettstein auf Wiederherstellung der ursprünglichen Reihenfolge der einzelnen Alineas ist nicht bestritten worden. Der ursprüngliche Kommissionsantrag wird nicht aufrechterhalten; der Antrag Wettstein ist somit angenommen.

Abstimmung. — Votation.

Al. 1 und 2.

Angenommen. — (Adoptés.)

Al. 3.

Für den Antrag Moser	27 Stimmen
Für den ursprünglichen Kommissionsantrag	4 Stimmen

Al. 4 und 5.

Angenommen. — (Adoptés.)

Al. 6.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhésion à la décision du Conseil national.

M. de Meuron, rapporteur de la commission: Nous n'avons pas d'observations à présenter au sujet du paragraphe 6 qui découle tout naturellement de la lettre c à l'art. 31 que vous avez voté ce matin.

Angenommen. — (Adopté.)

Al. 7.

Antrag der Kommission.

Von den Reineinnahmen aus der fiskalischen Belastung der Fabrikation, der Einfuhr, des Grossverkaufs und des internationalen und interkantonalen Kleinhandels fallen $\frac{3}{5}$ den Kantonen, $\frac{2}{5}$ dem Bunde zu. Rest des Absatzes streichen.

Proposition de la commission.

Les trois cinquièmes des recettes nettes provenant des charges fiscales qui grèveront la fabrication,

l'importation et la vente en gros, ainsi que le commerce en détail international et intercantonal, sont acquis aux cantons, les deux autres cinquièmes à la Confédération.

Supprimer le reste de l'alinéa.

M. de Meuron, rapporteur français de la commission: Cet article a donné lieu au sein de la commission à une assez longue discussion. Pour se rendre compte exactement de sa portée ainsi que des propositions qui vous sont faites, il y a lieu de se reporter à l'introduction du monopole prévu aux art. 31 et 32 de la Constitution. A ce moment, un certain nombre de cantons étaient encore en possession de droits d'importation de boissons alcooliques de canton à canton. En outre, les villes de Genève et de Carouge prélevaient un droit d'octroi sur les boissons alcooliques. La régie avait l'obligation de dédommager les cantons pour ces droits qu'ils ont perdus. Actuellement, l'extension du monopole se fera sans que l'on ait à priver les cantons d'aucun droit et l'on a estimé qu'une partie des recettes nouvelles pouvait revenir à la Confédération.

Dans son projet, le Conseil fédéral avait déjà proposé la répartition de $\frac{3}{5}$ aux cantons et $\frac{2}{5}$ à la Confédération. Le Conseil national a adopté par contre un partage égal des recettes, soit moitié à la Confédération et moitié aux cantons. Mais il a adopté en outre une proposition faite en cours de séance suivant laquelle la part des cantons ne pourrait pas être inférieure à 2 fr. Il a paru à votre commission qu'il y avait lieu de tenir compte de la situation actuelle de la régie des alcools. Depuis sa fondation, cette régie a créé des fonds de réserve d'une certaine importance, de plusieurs millions de francs; elle a construit un certain nombre de bâtiments, ceux de l'administration à Berne, les dépôts de Romanshorn, Délémont et d'ailleurs encore. Ces constructions ont été amorties au moyens de prélèvements sur les bénéfices de la régie qui, sans ces amortissements, auraient été répartis aux cantons. De ce chef, ces derniers auraient reçu des sommes plus importantes à celles qu'ils ont touchées.

Il y a donc de la part des cantons un droit acquis sur les fonds de réserve de la régie et sur ses immeubles. La Confédération, entrant maintenant en jouissance des produits de la régie, se trouve de ce fait avantagée, puisqu'elle n'aura pas sur sa part à prélever les sommes nécessaires pour la constitution de fonds de réserve existants et des amortissements déjà opérés sur les installations. Il est dès lors juste qu'on tienne compte de cette différence et qu'on accorde aux cantons une part légèrement supérieure à celle de la Confédération.

C'est ce que le Conseil fédéral avait compris lui-même dans son projet. Nous vous proposons de revenir au système des $\frac{3}{5}$ attribués aux cantons et des $\frac{2}{5}$ à la Confédération.

Nous pensons également qu'il n'y a pas lieu de prévoir le minimum de 2 fr. adopté par le Conseil national. Une solution de ce genre pourrait mettre la régie et la Confédération dans une situation absolument extraordinaire. Vous avez entendu au cours de ce débat que pour l'année 1921 le produit de la régie des alcools n'a été pour les cantons que de 26 centimes par tête de population. Si la disposition du Conseil national avait existé, la Confédération se trouverait obligée de donner aux cantons 1.74 fr. par tête de po-

pulation en plus de ce qu'il leur revient légalement. Elle aurait dû prendre cet argent ailleurs. Or, comme un des buts de la loi est d'augmenter les recettes de la Confédération, ce serait aller à fin contraire.

Que donneront les nouvelles dispositions constitutionnelles actuellement en discussion? La régie reverra-t-elle le temps de ces beaux bénéfices d'antan? Nous n'en savons rien, il faut l'espérer. Nous pouvons certainement attendre des dispositions constitutionnelles et des lois d'application qui la suivront, des résultats financiers plus heureux que ceux que nous avons vus ces dernières années. Il semble en tous cas prématuré de prévoir que ces résultats seront tels qu'ils nous permettent d'ores et déjà de garantir une recette de 2 fr. par tête d'habitant alors que, ni au cours du dernier exercice, ni au cours de l'exercice courant ce chiffre n'a été et ne sera atteint. Puisque à l'avenir il existera une sorte d'association entre la Confédération et les cantons, il paraît plus juste que le produit de la régie soit partagé équitablement entre les deux parties contractantes en tenant compte de la situation privilégiée qui doit être faite aux cantons par suite de la création des réserves et des amortissements dont j'ai parlé tout à l'heure.

Nous vous proposons le texte que vous avez sous les yeux qui a encore le mérite d'être plus clair et plus simple que celui du Conseil national.

M. le conseiller fédéral **Musy**: J'accepte la proposition faite par votre commission consistant à revenir au projet initial du Conseil fédéral. Le partage se fera sur la base de $\frac{3}{5}$ aux cantons et $\frac{2}{5}$ à la Confédération, au lieu d'un partage par moitié.

M. de Meuron vous a parlé du droit acquis par les cantons sur les réserves de la régie. Je n'attache pas une grande importance aux réserves de la régie, parce qu'actuellement il y a une grande quantité d'alcool acheté à une époque où les prix étaient si élevés que si nous voulions assainir le bilan, c'est-à-dire rapporter les prix effectivement payés aux prix actuels, la totalité des réserves serait absorbée par cette opération d'assainissement. Je crois donc que le droit acquis ne constitue pas une hypothèque de premier rang.

Que seront les bénéfices réalisés sous l'empire du nouveau régime? On a fait des calculs. Les uns sont très optimistes, d'autres le sont moins. Le chef du Département des finances espère avec M. de Meuron que ces bénéfices seront considérables. Je dois dire toutefois qu'ils pourront atteindre peut-être 20 millions, à la condition toutefois de faire une politique de prix énergique. Vous connaissez les conditions dans lesquelles on peut actuellement acheter de l'alcool: 36 fr. pour 100 kg rendus à Bâle. Tout laisse prévoir qu'à l'avenir ces prix ne seront pas supérieurs et que par conséquent la régie pourra mettre à la disposition de la consommation suisse des alcools lui ayant coûté 36 fr. les 100 kg. Il n'y a qu'à faire ce qui a été fait dans tous les autres pays: imposer l'alcool d'une façon sérieuse en le vendant à un prix élevé. D'après l'évaluation de M. Milliet, on consommerait en Suisse environ 70,000 hl d'alcool. Supposons qu'ils aient été achetés 36 fr. l'hectolitre, revendus 6 ou 700 fr. Le bénéfice net serait donc de 500 fr. et sur les 70,000 hl, cela donnerait 36 millions. Si même nous faisons un sacrifice de 4 à 5 millions pour convertir une partie de notre alcool indigène en alcool industriel — je parle

de cet alcool de drèche qu'il ne faudrait pas réserver exclusivement à la consommation — le bénéfice global serait donc de 30 millions en me basant toujours sur l'évaluation de 70,000 hl.

Je veux réduire ces 70,000 à 50,000 hl et alors au lieu d'avoir un bénéfice de 30 millions, nous en aurons un de 20 millions. Il y a toujours là un bénéfice très considérable. Je consens très volontiers à la demande formulée par M. de Meuron. Vous êtes les représentants des cantons, faisons donc ce partage de façon que vos mandants aient la large part, les $\frac{3}{5}$, je me contente au nom du Conseil fédéral d'accepter les deux autres cinquièmes. Nous voilà donc d'accord sur les conditions du partage du bénéfice futur qui sera très considérable, j'en ai la conviction, si on a le courage de faire une politique de prix énergique. D'ailleurs une telle politique ne nous entraînera plus dans le dédale des difficultés que j'ai signalées, parce qu'il manquait le contrôle de la Confédération, qui désormais ne s'étendra plus sur une partie de la production, mais sur sa totalité.

M. de Meuron, rapporteur de la commission: Puisque le Conseil fédéral déclare qu'il est d'accord avec ma proposition, je ne veux pas prolonger la discussion. Je tiens toutefois à relever le fait que la régie a fait des amortissements considérables, qu'elle a créé des réserves spéciales. Je maintiens que les cantons ont un certain droit sur ces réserves et ces amortissements. J'ai sous les yeux le bilan de la régie des alcools, qui au 31 décembre 1920 prévoyait des crédits pour les constructions et installations des entrepôts 2,271,000 fr.; pour les bâtiments d'administration et dépôts à Berne 534,000 fr.; il avait en outre été payé des indemnités aux intéressés à la fabrication des alcools pour une somme de 1,832,000 fr.; des indemnités d'exportation aux propriétaires de distilleries d'alcool monopolisé 4,121,000 fr., soit au total une somme de 8,759,000 fr.

Et nous trouvons au passif un compte d'amortissement créé sur les bénéfices de la régie, lequel s'élève exactement à la même somme: 8,759,644.38 fr. Ainsi donc, jusqu'au dernier centime, les bâtiments, les entrepôts, les indemnités payées tant pour l'introduction du monopole que pour l'interdiction de l'absinthe ont été complètement amortis.

Et voici pourquoi je tiens à relever la chose. Il est question de réunir les administrations de l'alcool et des douanes. A ce moment-là, la question de la comptabilité devra certainement être revue et je crois qu'il sera bon de ne pas oublier ni ce que possèdent les cantons ni les droits qu'ils ont sur l'actif et le passif envers elle-même que la régie pourra faire figurer à son bilan.

Je n'ai pas parlé des réserves, parce que — ainsi que l'a dit M. le conseiller fédéral — on pourra en employer une partie pour l'amortissement des stocks d'alcool, mais je rappelle qu'on ne peut pas considérer le budget ou le bilan de la régie exactement comme celui d'une fabrique ou d'une société industrielle, parce que la régie est maîtresse de ses prix. Et surtout lorsque vous aurez voté et que le peuple aura sanctionné les textes que nous discutons, la régie sera toujours maîtresse de ses prix, elle n'aura pas besoin de constituer des réserves et d'attribuer une partie de ses bénéfices à des amortissements qui en définitive seraient inutiles, puisqu'elle pourra faire ce qu'elle

voudra en ce qui concerne la valeur de ses marchandises.

Au surplus, des amortissements considérables ont déjà été faits. Au moment où la distillation du cidre en grand a commencé — c'était pendant la guerre — le directeur de la régie a cru devoir acheter pour le compte de cette dernière l'alcool ainsi produit. Il l'a acheté ce que valait à ce moment l'alcool, c'est-à-dire un prix énorme, si je ne me trompe entre 630 et 640 fr. l'hectolitre. Tout ce qui reste de cet alcool n'est plus compté que pour 160 fr. l'hectolitre, ou sauf erreur, les 100 kg. Vous voyez donc que des amortissements très considérables ont été faits. Et ils ont été faits, je le répète, sur le dos des finances cantonales. Ce n'est pas la Confédération qui a fait les sacrifices qu'il a fallu faire pour ces opérations.

Mais du reste, l'important est que le Conseil fédéral se déclare d'accord avec la nouvelle répartition. Et je n'insiste pas davantage.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Je vais faire une simple observation. M. de Meuron nous dit que l'on ne peut pas considérer ce bilan comme un bilan ordinaire. Mais enfin je suis obligé, quand je discute des conditions suivant lesquelles le partage interviendra, d'envisager ce bilan au point de vue commercial. Vous avez encore une réserve de 700 wagons d'alcool. Comme l'a dit M. de Meuron tout à l'heure, ces 700 wagons ont été achetés à un moment où l'alcool était coté très haut. J'ai ici la statistique: en 1918 10 millions; en 1919 également 10 millions; en 1920 8 millions. Les ventes ont été si minimes qu'il nous en reste actuellement 700 wagons. Je veux bien admettre avec M. de Meuron que ces 700 wagons soient portés au bilan pour le prix de 160 fr. l'hectolitre. Mais actuellement, je puis acheter l'alcool à 36 fr. Il ne faudrait donc pas laisser figurer au bilan la somme de 160 fr., mais la ramener à 36 fr. Telle est l'opération commerciale qu'il faudrait faire pour avoir un bilan épuré. Pour procéder à cet amortissement de 130 fr. par hectolitre, il faudrait faire un prélèvement considérable sur le fonds de réserve. Je n'adresse de reproche à personne, mais on a acheté beaucoup d'alcool à un moment où l'on a été persuadé à la régie que le prix des alcools allait encore monter. Je crois que dans le courant de l'année dernière on a bien fait en renonçant à tel gros contrat passé avec la France, alors même qu'il a fallu payer un ou deux millions pour obtenir la résiliation de la part de celui qui avait fait l'affaire. Nous avons traversé une période difficile, et comme je vous l'ai déjà dit, un bilan complètement épuré ne vous laisserait aucune disponibilité.

Je termine en me déclarant encore une fois d'accord avec le partage proposé par la commission, à savoir $\frac{3}{5}$ au bénéfice des cantons et $\frac{2}{5}$ au bénéfice de la Confédération.

Al. 8.

Antrag der Kommission.

Die Beträge, welche den Kantonen zufallen, werden unter diese am Ende jedes Rechnungsjahres nach Verhältnis der durch die jeweilige letzte eidgenössische Volkszählung ermittelten und erwarteten Wohnbevölkerung verteilt. Die Kantone haben wenigstens 10 % ihres Anteils zur Bekämpfung des

Alkoholismus zu verwenden, und zwar so, dass der überwiegende Teil auf die Bekämpfung der Ursachen des Alkoholismus entfällt.

Proposition de la commission.

Les recettes revenant aux cantons sont réparties entre eux à la fin de chaque exercice proportionnellement à leur population de résidence ordinaire, telle qu'elle a été établie par le plus récent recensement fédéral sanctionné par les Chambres. Les cantons sont tenus d'employer à la lutte contre l'alcoolisme au moins 10 % de leur part des recettes, en affectant la majeure partie à réagir contre les causes de l'alcoolisme.

M. de Meuron, rapporteur de la commission: Ici encore, votre commission a eu une assez longue discussion. Le Conseil fédéral prévoyait que la part des recettes des cantons qui devraient être affectées à la lutte contre l'alcoolisme devait être portée à 20 % de la part qui leur revenait. En outre, il prévoyait qu'il n'y aurait que ce pourcentage qui serait affecté à la lutte contre l'alcoolisme et ses causes, et que la Confédération ne participerait pas à cette lutte.

Le Conseil national a modifié cette répartition en proposant que les cantons ne soient tenus à employer à la lutte contre l'alcoolisme et ses causes que le 15 % de leur part. Par contre, la Confédération contribuerait pour 5 % de sa part.

Votre commission, considérant d'une part que l'extension du monopole fera augmenter dans une notable proportion les recettes que les cantons recevront de la régie; considérant d'autre part que les finances cantonales sont actuellement et pour longtemps encore dans une situation des plus précaires a estimé qu'on pouvait maintenir pour les cantons le chiffre actuellement fixé, à savoir 10 %. Si nous estimons que les $\frac{3}{5}$ de la recette du monopole étendu, arriveront à peu près au double de ce qui est actuellement produit, les cantons consacreront une somme double de celle qu'ils ont consacrée jusqu'à présent à la lutte contre l'alcoolisme et ses causes. Il a été constaté — et vous avez pu le voir à maintes reprises dans les rapports de gestion du Conseil fédéral, que nombre de critiques se sont élevées quant à la façon dont on a employé cette part de 10 % dans certains cantons. La commission a cru devoir tenir compte de ces critiques et elle a spécifié que la plus grande partie de la dîme de l'alcool serait employée à combattre surtout les causes de l'alcoolisme. Il est très bon de remédier aux effets directs de l'alcoolisme, mais il serait bien plus sage de chercher à atténuer les causes de l'alcoolisme. Il est évident que cette tâche n'est pas facile, que la recherche des causes de l'alcoolisme n'est pas précisément commode, qu'à ce point de vue de grandes divergences de vues, se produiront, mais nous avons suffisamment confiance dans les gouvernements cantonaux pour qu'ils sachent, soit par un enseignement antialcoolique bien compris, soit par des améliorations de conditions d'existence, soit par une limitation du nombre des débits de boissons, soit de toute autre manière combattre les causes mêmes de l'alcoolisme et diminuer ainsi de plus en plus l'emprise du fléau sur notre population. Nous croyons également que les subsides qui sont

donnés aux sociétés qui luttent contre l'alcoolisme sont de l'argent bien employé. Cependant, en toute chose il faut observer une certaine mesure. On a remarqué que si l'Etat, Confédération ou canton, intervient par des subsides trop larges aux œuvres d'utilité publique, l'intérêt du public pour ces œuvres décroît. Il n'est pas dans l'intérêt de ces œuvres elles-mêmes, pas plus qu'il n'est dans l'intérêt général du pays de voir décroître l'intérêt du public envers de telles œuvres. Nous croyons que par la loi mettant à la disposition des cantons le pourcentage qui y est fixé, nous répondons suffisamment aux besoins de la lutte contre l'alcoolisme, qu'elle soit entreprise directement par les cantons ou par l'intermédiaire des institutions existantes, auxquelles, en terminant, je tiens à rendre l'hommage qu'elles méritent pleinement.

M. le conseiller fédéral **Musy**: Dans les pays où l'on a organisé une lutte efficace contre l'alcoolisme, on a fait des constatations très intéressantes. Par exemple, on a constaté que le développement de l'instruction pure et simple n'a pas une grosse influence au point de vue de la lutte contre l'alcoolisme. Cela ne suffit pas. Il faut opposer à l'alcoolisme une éducation spéciale, on est arrivé à cette conclusion partout où l'on a étudié ce problème à fond. Par conséquent, il faut que la jeunesse, par exemple la jeunesse scolaire, soit éduquée d'une façon toute particulière sur ce point; il faut qu'on lui fasse voir, dès la plus tendre enfance, les dangers de l'alcoolisme. Dans cet ordre d'idées, je crois que ce serait une affectation extrêmement utile de la dîme de l'alcool que d'exiger des cantons, dans une loi qui serait un peu plus précise pour parer aux inconvénients signalés tout à l'heure par M. de Meuron d'une utilisation irrationnelle de la dîme de l'alcool, que l'on donne par exemple une instruction spéciale à tout le corps enseignant primaire et secondaire sur les dangers de l'alcool. Dans toutes les écoles primaires et secondaires il devrait y avoir, disons de temps en temps, une fois par semaine, par exemple un cours donné par l'instituteur avec l'aide de graphiques et d'illustrations sur les dangers de l'alcoolisme. Je crois qu'il y a dans ce domaine beaucoup à faire, et je suis sûr que les pédagogues qui sont des philanthropes convaincus du danger que l'alcoolisme fait courir à notre pays, trouveront le moyen d'instruire l'enfance, de lui montrer avant qu'il ne soit trop tard et qu'il ne se soit habitué à boire de l'alcool, le danger qu'il y a à en faire abus.

Votre commission propose de ramener ces 15 % à 10 %. Je ne m'y oppose pas, et pourtant, après mûre réflexion, je trouve qu'on aurait pu laisser 15 %, pourvu qu'on prescrive dans la loi les conditions dans lesquelles la part des cantons pourra être utilisée.

M. de Meuron dit que les œuvres d'utilité générale qui s'occupent de lutter contre l'alcoolisme doivent être soutenues par les particuliers. Je suis de son avis, mais si les cantons organisent dans les écoles normales des cours sur l'anti-alcoolisme destinés aux instituteurs, on pourrait utiliser rationnellement ces 15 %.

Je ne veux pas faire d'opposition, mais je me réserve de voir lors de la discussion avec la commission du

Conseil national si l'on peut accepter la solution de 10 % ou s'il faut en rester aux 15 %.

Al. 9.

Antrag der Kommission.

Von den Beträgen, welche dem Bunde zufallen, hat dieser 5 % zur Bekämpfung des Alkoholismus, 95 % zur Förderung der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung sowie der Kranken- und Unfallversicherung zu verwenden.

Proposition de la commission.

La Confédération affectera 5 % de sa part des recettes à la lutte contre l'alcoolisme et en emploiera 95 % au profit de l'assurance-vieillesse, invalidité et survivants, ainsi que de l'assurance-maladie et accidents.

M. de Meuron, rapporteur de la commission: Le paragraphe 9 contient deux dispositions différentes concernant la façon dont la Confédération emploiera sa part du produit du monopole de l'alcool.

Le 5 % devra être affecté à la lutte contre l'alcoolisme. Cette disposition a été introduite par le Conseil national. Elle n'était pas prévue dans le projet du Conseil fédéral. On a fait observer au Conseil national qu'un certain nombre d'œuvres qui luttent contre l'alcoolisme n'avaient pas une activité limitée au territoire d'un seul canton, mais qu'elles avaient un caractère intercantonal. Et c'est en vue de ces œuvres spécialement que la part de 5 % a été introduite par le Conseil national pour être attribuée à la lutte contre l'alcoolisme.

Votre commission a pensé qu'il était inutile de parler ici de ces œuvres intercantionales, que cela allait de soi. Lorsqu'il s'agit d'œuvres intercantionales et que les cantons ne peuvent pas les soutenir suffisamment, il est évident que c'est à la Confédération de leur venir en aide en premier lieu. Mais il ne fallait pas exclure le cas où la Confédération pourrait venir en aide à telle œuvre cantonale qui pourrait avoir besoin d'une façon spéciale de son appui.

Nous vous recommandons d'adopter cette disposition qui permettra également à la Confédération d'exercer un contrôle plus approfondi sur la part des recettes des cantons qui sera attribuée à la lutte contre l'alcoolisme et qui réalisera ainsi une collaboration que nous voulons souhaiter heureuse et suscitera l'émulation entre la Confédération et les cantons.

Le solde, soit le 95 % des recettes sera, dit le projet, d'arrêté, affecté au profit de l'assurance vieillesse, invalidité et survivants ainsi qu'à l'assurance maladie et accidents.

Cette disposition a été vivement critiquée au sein de votre commission.

Elle l'a été tout d'abord au point de vue général. Plusieurs d'entre les membres de la commission — et je dois dire que j'étais du nombre — ont estimé que cette disposition consistant à donner une affectation spéciale à une recette déterminée, alors qu'il n'y a pas un rapport direct entre l'objet de l'affectation et les sources de cette recette, constitue un danger. C'est le système qui fut appliqué dans beaucoup d'Etats et qui partout a eu les suites, les plus funestes. Il suffit de rappeler la situation des finances en France avant

la révolution de 1789. La France vivait presque uniquement de ce régime: chaque recette de l'Etat avait son affectation spéciale. Vous savez dans quel état déplorable les finances de l'Etat se sont trouvées au bout d'un certain nombre d'années d'application de ce procédé.

D'un autre côté on a estimé qu'il était prématuré de prévoir l'affectation d'une recette à une œuvre qui n'existe pas encore. Et, comme selon toute probabilité les articles que nous discutons aujourd'hui, entrèrent en vigueur avant ceux qui concernent l'assurance vieillesse et invalidité, il a paru à une partie de votre commission que l'on pourrait plutôt revenir sur cette question au moment où cette assurance-invalidité entrerait en vigueur.

Cependant la majorité de la commission (et la minorité n'a pas insisté d'une façon bien vive contre ce point de vue), a estimé que le Conseil des Etats aurait peut-être mauvaise grâce à retrancher cette phrase, que cette suppression pourrait être mal interprétée et que l'on y verrait un acte d'hostilité ou d'indifférence envers l'œuvre de l'assurance-vieillesse et invalidité.

Un autre argument qu'on a fait valoir contre cette attribution, c'est celui-ci. Dans l'exposé général qui a été fait à plusieurs reprises au sujet de cette modification du régime des alcools, par le chef du Département des finances — je dirai même par les chefs du Département des finances, car M. le conseiller fédéral Motta avait à plusieurs reprises insisté également sur cette note — on a toujours attribué à l'extension du monopole de l'alcool une part importante dans le rétablissement financier de la Confédération.

Or, si l'on semble vouloir pour une œuvre non existante sortir du budget général de la Confédération les ressources que lui procurera l'extension du monopole on se met en contradiction avec les propositions que l'on avait faites antérieurement et on n'améliorera pas les finances de la Confédération. Cependant le Conseil national a paré en quelque sorte déjà à cet inconvénient en introduisant également une disposition en vertu de laquelle les recettes pourraient servir non seulement à l'assurance-vieillesse et invalidité et des survivants mais aussi à subvenir aux frais qu'entraîne pour la Confédération l'assurance-maladie et accidents. Cette assurance existe déjà, elle entraîne actuellement pour la Confédération des dépenses que l'on peut estimer, je crois, à 6 ou 7 millions. Sur la part de l'alcool avant le moment où l'assurance-vieillesse, invalidité et des survivants sera introduite, la Confédération pourra prélever ce qu'il lui faut pour subventionner l'assurance-maladie et accidents et ainsi, dès leur entrée en vigueur, on peut dire que les articles constitutionnels que nous discutons profiteront aux finances de la Confédération directement et non pas seulement de manière indirecte. La minorité de la commission a renoncé à faire une proposition à ce sujet et nous ne nous trouvons plus qu'en présence d'une seule proposition, celle que vous avez sous les yeux et que la majorité de la commission recommande à votre adoption.

M. le conseiller fédéral Musy: J'ai en son temps combattu avec beaucoup d'énergie le système des affectations spéciales, parce que j'estime que c'est un moyen d'introduire le désordre dans l'administration financière de l'Etat. Vous savez certainement,

Messieurs, que le système des affectations spéciales qui a été pratiqué précisément par la royauté française a été l'une des causes qui ont abouti à une situation financière complètement en désordre. Les historiens considèrent que c'est là une des causes de la révolution française. Si le virement est interdit et que vous ne puissiez plus affecter qu'à tel et tel but, telle réserve et telle recette, la possibilité d'équilibrer le budget cesse d'exister. C'est une mauvaise politique que de dire: « Nous affectons telle recette à telle dépense », parce que cette recette doit être portée au chapitre des recettes, elle doit entrer dans la caisse de l'Etat qui doit servir à couvrir l'ensemble de dépenses. Je m'y étais opposé l'année dernière, au commencement de l'année, et j'ai indiqué les raisons que j'avais de croire que cette solution était malheureuse. On m'a fait comprendre que ces observations venaient un peu tard et qu'il fallait conserver ce principe. Je m'étais également élevé contre le système de faire voter le peuple en même temps sur les assurances sociales et sur les recettes affectées à couvrir cette dépense, parce que j'estime que cette question est en connexion avec le principe des affectations spéciales et je suis également arrivé à croire que la « Verkoppelung » est une erreur.

Aujourd'hui, comme toujours, je reste partisan des assurances, mais vous reconnaîtrez avec moi qu'en présence de la situation financière de la Confédération il est impossible de songer à les réaliser; il faut avoir le courage de dire les choses telles qu'elles sont. On a très bien fait d'examiner ce problème et je suis extrêmement reconnaissant en particulier à M. le rapporteur qui a présenté sur cette question un travail du plus grand intérêt. Toutefois, la réalisation est à l'heure actuelle une impossibilité absolue. Avant de songer aux assurances, il faut songer à couvrir les dépenses imposées à la Confédération, aux cantons et aux communes par le chômage. Savez-vous, Messieurs, que la Confédération et les cantons ont dépensé pour le chômage depuis la fin de l'année 1920 jusqu'en 1922 à peu près 300 millions qui ne sont en bonne partie pas couverts ou bien qui l'ont été par des emprunts faits par les communes et les cantons auprès des différentes banques, et celles-ci commencent à s'inquiéter de voir leurs débiteurs s'endetter à une allure aussi vertigineuse.

Je ne veux pas insister sur la situation financière de la Confédération. Je me suis permis, à l'occasion de la discussion de cette affectation devant votre commission, de faire quelques remarques. Je vous ai rappelé ce matin qu'à côté des deux causes d'endettement, mobilisation et déficits des années de guerre et d'après-guerre, il fallait ajouter six cents millions environ représentant les dépenses votées par voie extrabudgétaire. L'alimentation en lait, en blé, en sucre aura coûté à la Confédération à peu près cinq cents millions qui ne sont pas encore portés dans le compte. Seulement pour une partie, nous avons à côté de cela toute une série de dépenses: je vois par exemple que le service de mobilisation en 1918 a coûté 37 millions, cela n'a pas été porté dans le compte annuel. Les troupes de surveillance à la frontière ont coûté 42 millions, la tourbe, 3 millions, les épizooties, 17 millions, le service international de secours pour la protection des intérêts à l'étranger, 1,400,000, les crédits accordés aux Etats de l'Europe centrale, 24 millions; l'Union maritime suisse, 30 mil-

lions; le chômage, 60 millions. Additionnez tout cela, Messieurs! Ce sont des dépenses qui n'ont pas figuré au budget, qui n'ont pas figuré au compte, qui sont indépendantes des dépenses de mobilisation. Faites une addition, vous constaterez, je l'ai dit il y a quelque temps aux experts des Etats neutres réunis ici, que la guerre a coûté aux finances de la Confédération, après l'affectation de sept cents millions environ, produit de l'impôt de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre, 2 milliards cinq cents millions. Avant la guerre, la dette générale de la Confédération était de 100 millions; l'intérêt de cette dette, je l'ai déjà dit ce matin, grevait le budget pour 4 millions et demi, tandis que maintenant, notre dette, après déduction du produit des impôts spéciaux, ressort à deux milliards six cents millions. Comptez, Messieurs, à 5 % en moyenne l'intérêt de cette somme, c'est 131 millions de dépenses annuelles qui grèveront de façon permanente le budget de la Confédération! Je me demande comment les communes, les cantons et la Confédération vont faire face à leurs dépenses si la crise se prolonge, en particulier la crise du chômage. J'ai la conviction que si elle dure encore deux ans — et tout nous laisse prévoir que nous avançons à tâtons dans une nuit qui devient de plus en plus sombre, et qu'il est possible qu'elle dure plus longtemps encore — eh bien à ce moment-là, la Confédération, les cantons et les communes seront arrivés à une situation financière telle que toutes les mesures fiscales qui ont été prises jusqu'à présent ne suffiront de loin pas à rétablir l'équilibre budgétaire. Et si la crise devait se prolonger plusieurs années nous perdriions en dépenses improductives non pas seulement les disponibilités de la Confédération, des cantons et des communes mais une partie de notre patrimoine privé et national.

Par conséquent, en présence de difficultés financières aussi considérables, il est certain que nous ne pourrions pas aborder la réalisation des assurances mais seulement conserver le principe qui a été accepté au Conseil national modifié par la proposition que j'ai présentée au nom du Conseil fédéral. On pourra à l'avenir affecter tout d'abord des sommes à la couverture des dépenses actuelles de l'assurance invalidité et maladie qui grèvent le budget de 6 à 7 millions par an, ce qui représente la presque totalité de la part revenant à la Confédération sur le produit des alcools. Autrement dit, cette affectation d'une certaine somme en prévision de la création future des assurances ne doit pas trop vous tourmenter. Si, contre toute attente, nous arrivons à un excédent de recettes qui nous permette de la faire, nous pourrions constituer une réserve pour l'œuvre très intéressante des assurances-vieillesse et invalidité et je m'en réjouirais. Dans ce cas nous constituerons petit à petit cette réserve et dans un certain nombre d'années, on pourrait réaliser cette œuvre excellente des assurances sociales, que nous sommes malheureusement obligés, vu les circonstances économiques et financières de la crise actuelle, de renvoyer à des temps meilleurs.

-Voilà les quelques observations que je voulais faire concernant l'affectation de la part qui reviendra à la Confédération.

Angenommen — (Adopté.)

Ziff. 2.

Antrag der Kommission.

Streichung.

Proposition de la commission.

Biffer.

Gestrichen. — (Biffé.)

II.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Angenommen. — (Adopté.)

III.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Angenommen — (Adopté.)

Gesamtabstimmung. — Votation sur l'ensemble.

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 23 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Revision der Art 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des articles 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.04.1922
Date	
Data	
Seite	208-221
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 340

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

1078. Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Revision des art. 32bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

Differenzen. — Divergences.

(Siehe Seite 208 hievor. — Voir page 208 ci-devant.)

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates vom 4. Oktober 1922.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national du 4 octobre 1922.

Von Arx, Berichterstatter der Kommission: Der Ständerat hat in der letzten Märzsession den Entwurf des Bundesrates betreffend die Revision der Art. 31 und 32bis der Bundesverfassung, datiert vom 27. Mai 1919, durchberaten. Darnach soll das Alkoholmonopol auf alle gebrannten Wasser ausgedehnt und sollen auch neue Bestimmungen betreffend das Alkoholwesen in die Verfassung aufgenommen werden.

Der Nationalrat, dem die Priorität zugesprochen worden war, hat sich erst 2½ Jahre später, das heisst im Dezember letzten Jahres, an dieses Geschäft herangemacht und an dem Entwurf des Bundesrates verschiedene Aenderungen vorgenommen, welchen der Ständerat in seiner Sitzung vom 6. April abhin in der Hauptsache zugestimmt hat.

Abweichungen von den Beschlüssen des Nationalrates erfolgten nur, indem in Art. 31, lit. c, der Satz gestrichen wurde: « Jedoch darf der Handel mit nichtgebrannten Wassern in Mengen von zwei oder mehr Litern mit besondern Abgaben nicht belegt werden. » Ferner wurde im Art. 32bis bestimmt, dass drei Fünftel des Reinertrages aus dem Monopol den Kantonen und nur zwei Fünftel dem Bunde zufallen sollen, und nicht je die Hälfte, wie es der Nationalrat vorgeschlagen hatte. Zudem sollten vom Anteil der Kantone nur 10 %, statt 15 %, wie der Nationalrat vorgeschlagen hatte, zur Bekämpfung des Alkoholismus Verwendung finden.

Die Vorlage ging nun an den Nationalrat zurück. Die vorberatende Kommission desselben nahm verschiedene redaktionelle Verbesserungen vor, stimmte aber mehrheitlich den Anträgen, wie sie aus den Beratungen des Ständerates hervorgegangen waren, zu, mit Ausnahme der Zweilitergrenze für den freien Ausschank von gegorenen Getränken. So lagen die Dinge, als anfangs September vom eidgenössischen Finanzdepartement in Sachen ein neuer Wortlaut zuhanden zunächst der nationalrätlichen Kommission erging, welcher den bereinigten Vorschlägen derselben genau entsprach, wobei aber doch verschiedene redaktionelle Aenderungen ein Zurückkommen auf Bestimmungen bedeuteten, über welche gar keine Differenz besteht, so dass deren Behandlung auf formelle Schwierigkeiten hätte stossen können. Art. 5, Abs. 2, des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr

der eidgenössischen Räte bestimmt nämlich in bezug auf die Differenzen: « Die weitere Beratung hat sich ausschliesslich auf die Punkte zu beschränken, über welche eine Einigung nicht zustande gekommen ist, es wäre denn, dass ein neues Eintreten durch beschlossene Abänderungen erforderlich würde, oder dass die Kommissionen beider Räte übereinstimmend einen bezüglichen Antrag stellten. » Unter diesen Umständen erachtete es Herr Bundesrat Musy als richtiger, wenn die Kommissionen beider Räte die Beschlüsse der nationalrätlichen Kommission zu einem gemeinsamen Antrag erheben würden.

Diese gemeinsame Sitzung hat dann am Dienstag, 26. September, abhin stattgefunden und hat zur einstimmigen Annahme der vom Finanzdepartement vorgelegten neuen Vorschläge geführt, welche auch in der Hauptsache vom Nationalrat angenommen worden sind. Eine Differenz ist nur entstanden, indem der Nationalrat bestimmte, dass aus dem Anteil der Kantone zur Bekämpfung des Alkoholismus 15 % statt bisher 10 % zu verwenden seien, und indem er eine getrennte Abstimmung betreffend die Bestimmungen über die gebrannten Wasser und diejenigen über die gegorenen Getränke verlangte.

Heute soll nun der Ständerat zu diesen Differenzen zwischen den beiden Räten Stellung nehmen. Der Sprechende hat in der gemeinsamen Sitzung der vorberatenden Kommissionen dem Herrn Departementschef seine Anregung aufs wärmste verdankt. Ihr Referent hatte in der letzten Zeit immer mehr das Gefühl, dass man die Vorlage, wie sie bisher aus den Beratungen der eidgenössischen Räte hervorgegangen war, unmöglich, meine Herren, unmöglich dem Volke hätte vorlegen können. Ohne die Verfassung in Händen zu haben, wäre es den Stimmberechtigten einfach unmöglich gewesen, sich in dieser Vorlage zurechtzufinden. Wir müssen aber wohl darauf achten, die Vorlagen an das Volk so einfach und klar als möglich zu fassen. Das Volk ist sowieso dermalen etwas misstrauisch gegen alle ihm von den Behörden unterbreiteten Anträge.

Diesen Anforderungen entspricht nun der neue Wortlaut, wie er Ihnen gedruckt vorliegt. Die Beschlüsse der eidgenössischen Räte, auch wenn Uebereinstimmung zwischen dem Nationalrat und dem Ständerat besteht, werden uns in einer ganz neuen Reihenfolge vorgelegt. Es wird darin unter I, Ziff. 1, der Entwurf zu einer Revision der Bestimmungen der Bundesverfassung über die gebrannten geistigen Getränke vorangestellt, und unter I, Ziff. 2, folgt dann der Entwurf zu einer Revision der Bestimmungen der Bundesverfassung über die nicht gebrannten geistigen Getränke. Bezüglich der gebrannten geistigen Getränke sollen sodann im Art. 32bis die bisherigen Absätze 1, 3 und 4 durch die Anträge 1—9, wie sie aus den Beratungen des Ständerates hervorgegangen sind, ersetzt werden. Es wird also der bisherige Art. 32bis beibehalten, aber durch erweiterte Bestimmungen bezüglich der gebrannten Wasser ergänzt. Unter I, Ziff. 1, wird auch die Bestimmung eingereiht, wonach die lit. b des Art. 31, welche von den Vorbehalten betreffend die Freiheit des Handels und Gewerbes spricht, folgende Fassung erhält: « Die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung und der Verkauf der gebrannten Wasser nach Massgabe des Art. 32bis. » Unter I, Ziff. 2, erhält sodann der neu geordnete Art. 32bis einen Nachsatz, welcher

den bisherigen Bestimmungen des Art. 31, lit. c, betreffend das Wirtschaftswesen und den Kleinhandel mit geistigen Getränken entspricht. In diesem Nachtrag soll auch der vom Ständerat gestrichene Satz « Jedoch darf der Handel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Litern mit besondern Abgaben nicht belegt werden » wiederum aufgenommen werden.

Ihre Kommission konnte sich dem Nationalrat um so mehr anschliessen, als hierüber, von den übrigen Bestimmungen der Vorlage getrennt, vom Volke abgestimmt werden soll. Man will also dem Volke Gelegenheit geben, ganz unabhängig vom Entscheid über die Hauptfrage, der Ausdehnung des Monopols auf alle gebrannten Wasser sein Urteil über die Beibehaltung oder Abschaffung der Zweilitergrenze für die nichtgebrannten Wasser selbst zu bilden. Ohne getrennte Abstimmung würde der Vorlage — die Räte mögen nun in der Angelegenheit beschliessen, was sie wollen — eine sehr grosse Gegnerschaft erwachsen. Gegen die Beibehaltung sind bekanntlich die Abstinente aller Nuancen und mit ihnen auch die mächtige Gilde der Wirte und ihr Anhang. Für die Beibehaltung nehmen die Konsumvereine Stellung. Vor 10 bis 12 Jahren soll die Mitgliederzahl derselben bereits 100,000 Personen betragen haben, heute sind es aber 320,000. Natürlich würden nicht alle Mitglieder der Konsumvereine gegen die Vorlage stimmen. Aber die offizielle Ablehnung der Vorlage durch die betreffenden Verbände könnte doch eine fatale Einwirkung auf das Abstimmungsresultat haben. Nun haben wir aber alle Ursache, diesbezüglich etwas vorsichtig zu Werke zu gehen. Man ist im allgemeinen auf die eidgenössischen Vorlagen nicht gut gestimmt und speziell vor den eidgenössischen Monopolen hat das Volk einen eigentlichen Horror.

Ihre Kommission kann sich dieser Tatsache nicht verschliessen, und darum schlägt sie Ihnen ebenfalls getrennte Abstimmung vor. Nach den Beobachtungen, die der Sprechende in letzter Zeit zu machen Gelegenheit hatte, wird es überhaupt grosser Anstrengungen bedürfen, um beim Volk mit der Vorlage durchzudringen. Namentlich bei der Bauernsamen-Aufklärung not; denn in diesen Volkskreisen ist die Stimmung dermalen, ich kann Sie versichern, eine bitterböse. Sie wurde namentlich durch die Unterstellung der Mostdestillation unter die Bundesgesetzgebung, wie sie der Bundesrat unter dem 3. April abhin verfügt hat, gesteigert. Diese Massnahme war aber notwendig, wenn nicht das Alkoholmonopol vollständig illusorisch gemacht und in moralischer und gesundheitlicher Beziehung wieder Zustände herbeigeführt werden sollten, wie sie schlimmer vor der Einführung des Monopols nicht vorhanden waren.

Es ist Ihnen seinerzeit bei Behandlung des Eintretens auf die Revisionsvorlage zahlenmässig nachgewiesen worden, wie wegen der riesigen Zunahme der monopolfreien Brennereien, und zwar namentlich der Grossbetriebe, die Verkäufe der Alkoholverwaltung an Trinksprit in wenig Jahren um das zwölfwache zurückgegangen waren. Diese Verhältnisse haben sich in letzter Zeit nicht gebessert, im Gegenteil; im ersten Semester 1922 wurden nur 3574 hl verkauft, statt der normalen etwa 35—40,000 hl.

Auch seither haben sich diese Verhältnisse noch mehr verschlechtert, sollen doch zurzeit an Trinksprit

im ganzen nur etwas über 5000 hl verkauft worden sein. Wenn diese Verhältnisse der Verringerung des Alkoholgenusses zuzuschreiben wären, so könnte man sich dessen ja nur freuen. Aber dem ist leider nicht so. Der Rückgang der Verkäufe der Alkoholverwaltung ist zum Teil der erhöhten Tätigkeit der immer noch bestehenden 33,000 Brennereien, der verbesserten Einrichtungen der ambulanten Brennereien und insbesondere der Konkurrenzierung durch die kaufmännisch organisierten Grossbetriebe, wie sie in letzter Zeit entstanden sind, zuzuschreiben. Während dem noch vor wenigen Jahren ein einziger Grossbetrieb vorhanden war, zählt man dermalen an solchen nicht weniger als 24, welche zusammen eine Produktionsmöglichkeit von nicht weniger als 120,000 hl aufweisen, also so viel, als in normalen Jahren von der Alkoholverwaltung an Trinksprit, sowie an denaturierter Ware zu Haushaltungs- und Industriezwecken überhaupt verkauft worden ist. Meiner Ansicht nach liegen die Ursachen dieser beklagenswerten Zustände zum Teil in dem exorbitanten Verkaufspreise der Alkoholverwaltung während der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Es liegt auf der Hand, dass diese hohen Verkaufspreise zu erhöhter Produktion ermuntern mussten. Der gesetzliche Minimalpreis ist ja bekanntlich nur 210 Fr. per hl. Bis 1917 hat man sich noch an diese gesetzlichen Bestimmungen gehalten. Von da an ist man aber immer weiter in die Höhe gegangen, um mit Fr. 684.50 den durchschnittlichen Maximalpreis zu erreichen.

Zur intensiveren Konkurrenzierung der Alkoholverwaltung mag auch der Umstand beigetragen haben, dass seit dem Krieg der Export von monopolfreien Branntweinen nach dem Ausland erheblich abgenommen hat. Im Jahre 1916 wurden noch 21,275 hl, im Jahre 1917 sogar 27,535 hl Branntwein in Fässern ins Ausland abgesetzt. 1918 waren es nur noch 1605 hl und 1919 nur noch 1405 hl. Das einzige Mittel, um gegen die eingerissenen Mißstände aufzukommen, war, die Mostdestillate der Bundesgesetzgebung zu unterwerfen. Wenn der Bundesrat das getan hat, so hat er andererseits auf die Interessen der Landwirtschaft doch in sehr entgegenkommender Weise Rücksicht genommen. Beweis: die Uebernahme von 40,000 hl aus der Destillation von Obstprodukten. Diese Uebernahme hat für die kantonalen Finanzen sehr schlimme Folgen. Der mit dem Verband der schweizerischen Obstspritfabrikanten vereinbarte Preis beträgt für unrektifizierten Sprit 210 Fr. per hl, für rektifizierte Ware 250 Fr. per hl, und das zu einer Zeit, da ausländische Offerten vorliegen zum Preise von 30 Fr. franko Schweizergrenze.

Der erzeugte Inlandsprit soll für Haushaltungs- und Industriezwecke Verwendung finden, und zwar zum Preise von 80 Fr. per hl. Es ergibt sich also aus diesem Geschäft für die Alkoholverwaltung, respektive die Kantone, ein Verlust von über 6 Millionen Franken. Aufgefallen ist mir, dass den Brennereien für die Rektifikation ein Betrag von 40 Fr. per hl vergütet werden soll. Die Brennereien sind nicht einmal mit diesen 40 Fr. zufrieden, sondern sie verlangen für die Rektifikation einen Preis von 50 und noch mehr Franken, währenddem die Selbstkosten der Rektifikation — und ich möchte da den Herrn Departementschef darauf aufmerksam machen — in unserer Anstalt in Delsberg auf höchstens 20 Fr. zu stehen kommen. Man wird sich unter diesen

Umständen fragen müssen, ob man in Zukunft nicht gut daran täte, diesen Spirit in der eigenen Anstalt in Delsberg rektifizieren zu lassen. Das würde bedeutend billiger kommen.

Fatal ist, dass die Obstpreise, denen man mit der Abmachung mit den Brennern aufhelfen wollte, gleichwohl sehr darnieder liegen. Die Verwaltung glaubte, die Möglichkeit geschaffen zu haben, dass die Obstpreise sich zwischen 4 und 5 Fr., franko Brennerei, bewegen würden. Die Brennereien offerieren aber dormalen nur 3 Fr. für das Obst und realisieren damit grosse Gewinne. Aber nicht deshalb hat man den Brennereien die Lieferung von 40,000 hl zugewiesen, sondern um den Obstproduzenten aufzuhelfen, und mir scheint, es sollte von der Alkoholverwaltung eine sehr ernste Mahnung an die Brennereien erfolgen, den Bogen nicht allzusehr zu spannen und den Bauern entgegenzukommen. Man hat mir gesagt, es sei in letzter Zeit vorgekommen, dass Landwirte Obst an die Brennerei abführten, wo man ihnen 3 Fr. per q offerierte, und sie seien dann mit ihren Fuhrwerken, mit dem hergeführten Obst beladen, wieder heimgekehrt, indem sie sich derartigen Verkaufsbedingungen einfach nicht unterwerfen wollten. Ich glaube, man sollte dieser Frage der Bezahlung des Obstes, das an die Brennereien abgeliefert wird, eine grosse Aufmerksamkeit zuwenden.

Nach diesen mehr allgemeinen Betrachtungen kehre ich nun zu der gedruckten Vorlage zurück. Bei den Schlussberatungen Ihrer Kommission hat sich noch eine einzige Differenz mit dem Nationalrat herausgebildet, nämlich bezüglich der Höhe der kantonalen Leistungen, welche zur Bekämpfung des Alkoholismus vorgesehen werden sollen. Eine Mehrheit der Kommission, umfassend 4 Stimmen, hat sich für 10 % ausgesprochen, eine Minderheit von 3 Stimmen votierte für 15 %, das heisst Zustimmung zum Nationalrat. Unter den letztern Votanten hat sich auch Ihr Referent befunden, obschon auch er findet, dass man sich mit 10 % ganz wohl hätte zufrieden geben können. Für die Bekämpfung des Alkoholismus wurden bis jetzt 600—700,000 Fr. vorgesehen. Inskünftig wird man, wenn man bei den 10 % bleiben würde, infolge der grösseren Erträge des Monopols, hierfür mehr als das Doppelte von den Kantonen ausschlagen, wozu dann noch die 5 % des Gewinnanteiles des Bundes kommen. Damit hätte es sein Bewenden haben können. Wenn die drei Mitglieder der Minderheit, worunter der Sprechende sich befand, für 15 % gestimmt haben, so geschah es lediglich im Interesse der Vorlage, worüber uns Herr Bundesrat Musy jedenfalls noch weiteren Aufschluss erteilen wird. Wir stimmten auch deshalb für die 15 %, um die letzte Differenz mit dem Nationalrat aus der Welt zu schaffen. Der Rat wird also entscheiden.

Wie übrigens dieser Entscheid auch ausfallen wird, so beantrage ich Ihnen, die bereinigte Vorlage, wie sie Ihnen unter dem Titel: «Neuer Wortlaut» zugestellt worden ist, in globo anzunehmen. Wird an den 10 % festgehalten, so wird auf Seite 2, drittes Lemma, die Ziff. 15 durch die Ziff. 10 ersetzt werden müssen, und das Geschäft geht neuerdings an den Nationalrat. Hoffentlich wird in diesem Falle diese letzte Differenz noch in dieser Session beglichen. Stimmt der Ständerat den 15 % des Nationalrates

zu, so ist damit die Uebereinstimmung zwischen den beiden Räten hergestellt.

Zum Schlusse meiner Berichterstattung möchte ich nur noch eine ernste Mahnung an die Bauernsamer richten, die Mahnung nämlich, sie möchte es nicht darauf ankommen lassen, dass die Vorlage bei der Volksabstimmung unterliege. Man mag sich in den interessierten Kreisen wohl überlegen, dass der gegenwärtige Zustand nicht länger andauern darf, wenn wir nicht wollen, dass das Alkoholmonopol vollständig illusorisch werde, und nicht nur der Genuss an den gebrannten Wassern wieder erschreckende Dimensionen annehme, sondern auch die Kantone auf die bisherige Einnahme aus dem Alkoholmonopol verzichten müssen. Die Dinge liegen einfach so, dass im Falle der Annahme der Vorlage die Einfuhr gebrannter Wasser nur soweit zuzulassen wäre, als die inländische Produktion zur Deckung des Bedarfes nicht ausreicht.

Im weitern ist die fiskalische Belastung so zu gestalten, dass sie die Verwertung inländischer Brennereirohstoffe zu annehmbaren Preisen sichert. Diese Bestimmungen bedeuten ein Entgegenkommen gegenüber der Landwirtschaft, ein Entgegenkommen, welches weit über das hinausgeht, was bis dahin nach dieser Richtung vorgesehen war. Wird aber die Vorlage verworfen, so wird der gegenwärtige gesetzlose Zustand aufgehoben, und die verfassungsmässigen und gesetzlichen Bestimmungen werden wieder in Kraft erklärt werden müssen. Was dann in diesem Falle? Dann werden den konzessionierten Monopolbrennereien die gesetzlichen 30,000 hl Kartoffelsprit wieder zur Ablieferung zugesprochen werden müssen. Im übrigen wird die Alkoholverwaltung ihre Bestellungen im Ausland ebenfalls wieder aufnehmen und mit den eingeführten Spriten die monopolfreien Brennereien konkurrenzieren. Dermalen sind ja die Aulsandspreise etwa 30 Fr. per hl rektifizierten Alkohols. Es soll sogar in den letzten Tagen ein Abschluss gemacht worden sein zu 28.50 Fr. franko Schweizergrenze. Mit derartigen Preisen wird die Inlandbrennerei nie und nimmer zu konkurrieren in der Lage sein, sie muss wieder verschwinden. Mir scheint, es fehlt nur an der notwendigen Belehrung, um die Bauernsamer zur Annahme dieser Vorlage zu bewegen.

Namens der Kommission beantrage ich Ihnen, die Vorlage in der bereinigten Fassung in globo anzunehmen, unter dem Vorbehalt, dass, wenn die 10 % zur Bekämpfung des Alkoholgenusses angenommen werden sollten, dann auf Seite 2, Lemma 3, die Ziff. 15 nach Vorschlag Ihrer Kommission durch die Ziff. 10 ersetzt werden müsste.

Wettstein: Ich möchte mir nur gestatten, zu der Frage des Alkoholzehntels einige Worte zu sagen. Zunächst eine Feststellung. Der Herr Referent hat gesagt, von der Kommission hätten vier Mitglieder für 10 % gestimmt und drei Mitglieder für 15 %. Herr Präsident von Arx hat nicht mitgestimmt, aber erklärt, dass er für die 15 % wäre, um keine Differenz mehr zu schaffen. Es wäre also nach altem parlamentarischem Brauch die Mehrheit der Kommission für 15 %.

Als Angehöriger dieser Hälfte der Kommission, die ich nicht etwa als die bessere Hälfte bezeichnen möchte, schlage ich Ihnen vor, dem Nationalrat

zuzustimmen; nicht mit Begeisterung, das sage ich Ihnen ganz offen. Ich würde es auch für genügend ansehen, wenn die Kantone 10 % von ihrem Anteil für die Bekämpfung des Alkoholismus verwenden müssten, und ich glaube, bei dem bedeutenden Mehrertragnis könnte damit recht Schönes geschaffen werden. Aber ich frage mich nun doch: Wollen wir wegen dieses untergeordneten Punktes, der im Verhältnis zu dem grossen Ziel, das wir erreichen wollen, gar nicht in Betracht fällt, eine neue Differenz gegenüber dem Nationalrat schaffen? Der Nationalrat hat mit einer Mehrheit von fast zwei Dritteln die 15 % beschlossen. Im Nationalrat wurde namentlich darauf hingewiesen, dass die grosse Zahl der Abstinente grosses Gewicht darauf lege, diese 15 % zu erhalten. Das wäre nun an sich noch nicht ausschlaggebend, und es ist in der Kommission auch gesagt worden, es sei zu befürchten, dass die Ansprüche der Abstinente und ihre Machtgelüste stark zunehmen werden, wenn man ihnen hier entgegenkomme. Bei der heutigen Veranlagung des Schweizervolkes glaube ich nicht, dass diese Abstinentebäume in den Himmel wachsen werden. Wir würden bei uns noch eine ganz andere Abstimmung über die Prohibition bekommen, als sie in Schweden stattgefunden hat. Dort war die Mehrheit ja auch nicht überwältigend, aber ich vermute, die Mehrheit im Schweizervolk gegen eine absolute Abstinenz wäre viel grösser, als sie in Schweden gewesen ist. Dort waren überdies noch die Frauen dabei, und wir haben ja das Frauenstimmrecht noch nicht. Wir brauchen also da keine allzugrossen Besorgnisse zu haben.

Aber im Interesse des Zustandekommens, um diesen Artikel endlich einmal nach langer Zeit aus den parlamentarischen Beratungen herauszubringen, möchte ich Ihnen doch dringend empfehlen, dem Nationalrat zuzustimmen, womit die Differenzen bereinigt sind. Die Sache ist ja nicht von grosser finanzieller Tragweite. Wenn Sie das Maximum dessen rechnen, was man als Ertragnis der Ausdehnung des Alkoholmonopols erwartet, so kommen Sie auf 25 Millionen Franken. Davon bekommen die Kantone 15 Millionen Franken. Davon müssen sie heute schon 10 % für die Bekämpfung des Alkoholismus verwenden. Es würde also noch eine Differenz von 200—250,000 Fr. bleiben. Diese Verwendung betrifft die ganze Schweiz. Auf den einzelnen Kanton berechnet, ist die Summe so klein, dass wir deshalb das Risiko eines Scheiterns dieser Revision nicht übernehmen dürfen; wir sollten das kleine Opfer bringen und dem Nationalrat in bezug auf die 15 % zustimmen. Ich beantrage Ihnen, diese 15 % in den Verfassungsartikel aufzunehmen.

Moser: Ich will mich kurz fassen und Ihnen beantragen, ebenfalls dem Nationalrat zuzustimmen. Ich tue das nicht mit Begeisterung. Ich habe mich ursprünglich in der Kommission auch für 10 % ausgesprochen. Allein bei nochmaliger Prüfung sagte ich mir: Auch wenn wir so beschliessen, wird der Nationalrat bei seiner Zusammensetzung kaum nachgeben, und schliesslich müssen wir doch auf 15 % gehen, wenn wir die Vorlage in dieser Session bereinigen wollen. Nun wäre es doch einmal Zeit, die Vorlage zu bereinigen und sie nicht noch einmal hinauszuschieben.

Dann möchte ich weiter darauf aufmerksam machen, dass wir für die Annahme des Gesetzes eigentlich alle guten Kräfte notwendig haben und es unterlassen müssen, noch Widerstände in der Bevölkerung zu mobilisieren, die ganz sicher in vermehrter Masse eintreten würden, wenn wir an den 10 % festhielten. Wir haben für diese Abstimmung die Abstinente nötig, überhaupt alle diejenigen Kreise, die für die Bekämpfung des Alkoholismus sind, indem ja, wie Sie gewiss wissen, in der bauerlichen Bevölkerung, ich muss das hier sagen, trotz der grossen Vorteile, welche die Vorlage den Obstproduzenten, überhaupt der Landwirtschaft bringt, grundsätzlicher Widerstand gegen die Erweiterung des Monopols sich bemerkbar macht, der gewiss auch bei der Abstimmung zur Auswirkung kommen wird. Also im Interesse der Annahme der Vorlage und der baldigen Bereinigung möchte ich auch meinerseits, wenn schon nicht mit Begeisterung, dem Rate beantragen, dem Nationalrat zuzustimmen.

M. le conseiller fédéral Musy: La question a été suffisamment discutée au sein des Chambres pour que je puisse me dispenser d'entrer dans de longs détails.

Je suis tout à fait d'accord avec l'honorable M. von Arx, président de la commission, que nous sommes en présence d'une situation compliquée; il ne s'agit pas seulement de résoudre un problème important par lui-même, mais de présenter au peuple un projet qui puisse avoir des chances d'être adopté par lui, car le tout n'est pas de préparer les projets ici au sein des Chambres pour les présenter au peuple, l'essentiel est de les faire accepter par celui-ci.

Ils'agissait donc de trouver un texte. Cette extension du droit de contrôle de la production à tous les alcools se heurte en particulier à l'opposition des campagnes et autant dans la Suisse allemande que dans la Suisse romande. C'est la raison pour laquelle nous désirions avoir un texte très clair. Il est incontestable qu'en revisant le texte primitif amélioré ou si vous voulez, chargé de toutes les adjonctions qui y ont été faites au cours des délibérations au Conseil national, on avait en réalité un texte tellement compliqué. Il ne fallait pas songer à présenter au peuple une formule aussi sybilline. La question étant très discutée, on devait donc s'efforcer de trouver un texte clair, précis pour deux questions en réalité distinctes: réglementation de la fabrication et vente des boissons distillées et fermentées. Nous avions jugé qu'il était bon de faire intervenir un vote sur les deux questions le même jour, mais en les séparant. Une bonne partie du groupe socialiste se déclare d'accord pour l'extension du contrôle de la Confédération aux boissons distillées. Mais, par contre, par l'intermédiaire de M. Naine, son représentant au sein de la commission du Conseil national, le parti socialiste a fait savoir qu'il prendrait position contre l'extension de la vente des boissons fermentées. Il faut donc donner aux partisans de l'extension du monopole la possibilité de voter oui en ce qui concerne la plus importante des deux questions, celle du contrôle et de son extension à toutes les boissons distillées, en leur laissant la faculté de voter non sur la deuxième question.

Nous avons donc jugé opportun de poser deux questions: voulez-vous l'extension du contrôle de

la Confédération à toutes les boissons distillées, ce qui a déjà lieu actuellement pour l'alcool de fruits, et d'autre part voulez-vous l'extension du monopole de toutes les boissons fermentées y compris le schnaps ?

Je voudrais ajouter quelques mots à ce qui a été dit tout à l'heure en ce qui concerne l'achat d'une certaine quantité d'alcool d'une qualité un peu supérieure, disons de 30 fr. Cela représente un sacrifice de 8 millions de francs pour la Régie. Eh bien, il est absolument exclu qu'à l'avenir, la Régie fasse en faveur des producteurs de fruits une action de secours aussi importante, si nous n'avons pas la possibilité de prélever un impôt sur toutes les boissons distillées. Si quelqu'un en Suisse a un intérêt direct, matériel à l'extension du monopole, ce sont les agriculteurs, personne d'autre. Le peuple a un intérêt moral et hygiénique à ce qu'on réglemente d'une façon beaucoup plus serrée toute cette question de la fabrication et de la vente des boissons distillées, mais les agriculteurs sont seuls à avoir un intérêt matériel à ce que cette extension soit enfin réalisée. Je sais qu'on a dit dernièrement dans une assemblée tenue pas très loin d'ici : « Abschaffung des Monopols ». Oui, si nous supprimons le monopole des alcools, les fabricants de liqueurs, les liquoristes qui sont la grosse clientèle de la Régie, ceux qui achètent de l'alcool pour faire des boissons coupées et que vous appelez en allemand « geschnitt » pourraient acheter leur alcool à l'étranger à 40 fr. Est-ce que vous croyez que ces fabricants de liqueurs payeraient aux indigènes pour un alcool de qualité inférieure 250 fr. alors qu'ils pourraient avoir la même qualité ou une qualité meilleure à 40 fr. rendu à Bâle ? Je pose la question. Il n'est pas besoin d'y répondre : la suppression de la Régie serait exactement ce que M. von Arx vient de dire ; la suppression des distilleries indigènes. Cette année nous avons payé 4.50 fr. en moyenne — c'étaient les conditions imposées aux distillateurs par 100 kg de fruits, pommes ou poires. Il nous faut 20 qm de fruits pour faire 1 q d'alcool, de sorte que nous avons déjà pour la matière première payé 100 fr. Il y a en outre 150 fr. pour la distillation et la rectification, ce qui fait 250 fr. Par conséquent, c'est quelque chose qui semble tellement clair, tellement frappant que l'on peut se passer d'insister. 150 fr. pour frais de préparation « Erstellungskosten » alors que l'on peut avoir des produits d'excellente qualité pour 35 ou 40 fr. et même comme on l'a dit, nous avons dernièrement fait un achat de 50 wagons à 21.50 fr. à Bâle. Eh bien, les frais de préparation et de rectification de l'alcool, nous coûtent ici à l'intérieur en Suisse 150 fr. par 100 kg et ces 100 kg je peux les avoir à Bâle à 30 fr. en moyenne. Il semble que ces chiffres sont en eux-mêmes assez éloquents pour faire comprendre à ceux qui produisent des fruits indigènes, que la suppression de la Régie serait la fin de la distillation. Par conséquent, j'insiste — avec de M. von Arx — sur la nécessité qu'il y a pour les agriculteurs à adhérer à la proposition qui a maintenant réuni la presque unanimité ou plutôt l'unanimité du Conseil des Etats et l'unanimité moins une voix du Conseil national. Je crois que les agriculteurs feraient bien de se trouver du côté des acceptants, parce que si la revision était acceptée sans eux, il n'est pas certain que la loi serait faite dans un sens qui leur permettrait d'obtenir une

production aussi considérable que celle qui leur a été assurée jusqu'ici.

La Régie a favorisé les fruits dans une proportion exorbitante la distillation indigène. Les agriculteurs doivent se dire qu'en réalité le système actuel profite surtout aux distillateurs.

Les distillateurs prétendent qu'en instituant le monopole le peuple suisse a entendu n'instituer que le monopole de la distillation des amyglacées, c'est-à-dire des pommes de terre, la distillation des céréales et la distillation des déchets de sucre. En 1881, la rectification de l'alcool de fruits n'était pas connue, ce n'est que quelques années après, comme on l'a dit tout à l'heure qu'on a introduit l'appareil à rectification pour les eaux-de-vie de fruits. Précédemment on ne faisait pas d'alcool de fruits, on ne faisait de l'eau-de-vie qu'avec la pomme-de-terre, tandis que maintenant on a trouvé le moyen de faire de l'alcool avec l'eau-de-vie de fruits. Lorsque la Régie a acheté à l'étranger avant la guerre, les prix sont montés à 200 fr. pour revendre à l'intérieur à 700 fr. Au fond le consommateur qui achetait de l'alcool payait non pas la contre-valeur marchande de l'alcool qu'il achetait mais 200 fr., la valeur marchande sur le marché mondial, plus 500 fr. d'impôts et alors les distillateurs qui ont introduit dans leurs usines des appareils à rectification ont fait de l'alcool à 95° avec de l'eau-de-vie. Cette eau-de-vie valait quoi ? Cette eau-de-vie rectifiée ne valait certainement pas davantage que celle qui était achetée sur le marché mondial, c'est-à-dire 200 fr. Le fabricant d'alcool qui travaillait en marge de la loi et de la constitution, je ne puis assez insister sur ce fait, vendait son alcool 600 fr. c'est-à-dire 100 fr. de moins que ne le vendait la Régie. Le fabricant de liqueurs pouvait avec cet alcool fabriquer des liqueurs à peu près analogues à celles qu'il obtenait avec l'alcool de la Régie. Vous voyez d'ici le résultat. On ne s'adressait plus à la Régie qui vendait 700 fr. l'hectolitre, mais aux fabricants privés qui ne le vendaient que 600 fr.

On est alors arrivé à cette situation extraordinaire que les distillateurs privés rectifiant eux-mêmes prélevaient au profit de leur bourse un impôt de 400 fr. par hectolitre.

Dans ma naïveté, j'ai toujours cru que les impôts avaient été institués au profit de la Caisse de l'Etat. On nous a démontré dans certains cas qu'on réussissait à détourner les impôts au profit des bourses privées. Dans le cas particulier, nous voulons parler avec franchise : depuis 4 ou 5 ans on a détourné 20 millions de francs qui, au lieu d'aller à la caisse de la Régie s'en sont allés enrichir dans des proportions très considérables la distillation privée. Tel est le système actuel. Il est absolument intenable.

Les agriculteurs, après l'extension du monopole, vendront leurs fruits sur la base de l'engagement passé avec la Régie à des conditions toujours équitables. En effet la régie pourra leur payer davantage puisque son impôt portera sur la totalité des eaux-de-vie et non pas comme c'est le cas actuellement sur une portion infime.

J'insiste sur le fait que l'an dernier nous avons vendu 9000 quintaux d'alcool. Or, je connais un distillateur privé qui a vendu plus d'alcool que la régie. Malgré cela la régie a distribué plus d'un

million aux cantons. Je n'insiste pas, vous savez ce que je veux dire.

Malgré l'opposition qui se manifeste dans certains milieux j'espère que l'on finira par comprendre où se trouve le véritable intérêt. Je demande aux membres de cet honorable conseil de faire dans les milieux où ils ont une grosse influence une campagne en faveur de l'acceptation de ce projet.

Je souligne la demande que vous a adressée M. le rapporteur ainsi que M. Wettstein de ne pas créer de divergences nouvelles sur les conditions d'affectation du produit revenant aux cantons. Le Conseil national a accepté votre proposition. Le Conseil fédéral avait tout d'abord proposé $\frac{3}{5}$ aux cantons et $\frac{2}{5}$ à la Confédération. Le Conseil national qui avait la priorité a modifié cette proposition en disant moitié à la Confédération, moitié aux cantons. Le Conseil des Etats était parfaitement dans son rôle en reprenant le projet de répartition du Conseil fédéral et en disant $\frac{3}{5}$ aux cantons et $\frac{2}{5}$ à la Confédération.

Le Conseil national a adhéré à ce mode de répartition. Par contre, dans le sens de la proposition du Conseil fédéral, il a décidé de réserver aux cantons l'obligation de prélever 15 % sur la part qui leur reviendrait pour être affecté à la lutte contre l'alcoolisme.

En réalité une loi n'est véritablement équitable que lorsqu'elle est acceptée volontairement par le peuple. J'ai l'intime conviction que nous ne sommes pas suffisamment mûrs pour entamer une lutte dans tous les milieux. On a besoin dans ce domaine d'éclairer les esprits sur les dangers de la consommation de l'alcool, en particulier du schnaps. Le Suisse a toujours bu beaucoup de vin. Au moyen âge il en buvait probablement davantage qu'aujourd'hui. J'ai lu dernièrement une lettre assez extraordinaire écrite par un diplomate du 15^e siècle qui adressait à son souverain un petit rapport sur la situation intérieure de la Suisse. Il soulignait dans un passage très curieux qu'il est important de relever ici, qu'il avait été frappé par la quantité de vin consommée par les Suisses. Il faut savoir adapter la consommation de l'alcool à la physiologie humaine. L'alcool concentré est beaucoup plus nocif que l'alcool étendu. La même quantité d'alcool consommée en vin ou en bière est beaucoup moins dangereuse que la même quantité d'alcool absorbée sous forme concentrée. Il ne faut donc pas se faire illusion, il y a là un danger certain. Le peuple n'en est pas encore conscient. Il faut, par cette obligation faite aux cantons d'affecter le 15 % à la lutte contre l'alcoolisme, l'éclairer sur ces dangers. Une action sur la jeunesse est nécessaire. A ce sujet je ne puis m'empêcher de songer au nombre considérable de boy-scouts que nous avons en Suisse. Ces jeunes gens s'habituent à la soif et à l'étancher autrement qu'en absorbant de l'alcool. C'est là une excellente éducation. Des œuvres comme celle-là doivent être soutenues. Il y a sans doute d'autres moyens de propagande et ce 15 % ne sera certainement pas trop élevé.

M. Wettstein me permettra d'ajouter à ce qu'il vient de dire que jusqu'ici les cantons en avaient pris à leur aise dans la façon d'affecter le 10 %. Lorsque nous examinons les rapports qui nous parviennent à ce sujet, nous constatons que cette répar-

tation a été faite à un grand nombre d'œuvres, hôpitaux, hospices d'aliénés, etc. Il est bien entendu que nous serons toujours obligés d'être un peu larges dans l'interprétation de la répartition de ce 15 % et nous devons prendre de la marge.

Après MM. von Arx et Wettstein, je vous prie d'adhérer à la solution du Conseil national et de liquider ainsi définitivement toutes les divergences. Nous attendrons alors le moment propice pour soumettre cette question au peuple. En attendant, nous désirons nous réserver un peu de temps afin d'assurer une majorité à ce projet qui se heurte encore, dans quantité de milieux, à une opposition très catégorique.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	13 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	14 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 12. Oktober 1922. Séance du matin du 12 octobre 1922.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Räder.

1102. Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Assurance-invalidité, vieillesse et survivants.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 72 hievor. — Voir page 72 ci-devant.)

Artikelweise Beratung. — Discussion des articles.

Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission.

Bundesbeschluss

betreffend

die Ergänzung der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 in bezug auf das Gesetzgebungsrecht des Bundes über die Alters-, die Invaliden- und die Hinterlassenenversicherung, sowie in bezug auf die Schaffung von Bundeseinnahmen für die Durchführung der Sozialversicherung.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom
21. Juni 1919,

beschliesst:

I. Die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 erhält folgende Zusätze:

Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des art. 32bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.10.1922
Date	
Data	
Seite	382-387
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 428

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

de la politique sociale, nous faisons un geste qu'aucun peuple européen ne ferait à l'heure actuelle.

J'ai dit ce que je pensais au Conseil national des dépenses que nous faisons en Suisse pour les œuvres de politique sociales. On critique parfois le Conseil fédéral. On met les partis bourgeois dans une situation difficile en faisant croire au peuple que la politique sociale du Conseil fédéral est rétrograde, que nous ne sommes pas des progressistes. Mais, Messieurs, je n'aurais pas de peine à démontrer que pas un pays au monde n'a fait pour sa politique sociale les sacrifices que nous avons consentis.

Je suis tout à fait d'accord avec M. Schöpfer en ce qui concerne l'assurance-vieillesse, car nous n'avons pas encore fait le nécessaire et le moment est venu.

Nous dépensons annuellement 200 millions pour l'instruction et c'est là en réalité la véritable politique sociale. Dans un Etat démocratique, il faut donner à tous les enfants du peuple la possibilité d'obtenir la place à laquelle ils ont droit par leurs capacités et dispositions. Il ne faut pas se laisser impressionner par ceux qui vont disant que la politique sociale du Conseil fédéral est rétrograde. En prévoyant 40 millions pour l'assurance-vieillesse et invalidité, nous faisons un geste très large.

Je ne vois pas d'inconvénient à me ranger à l'opinion du président de la commission qui estime inutile de convoquer une réunion de cette commission pour discuter de la question.

Je me réserve de vous faire une proposition lorsque nous serons arrivés au terme de notre discussion. Cette proposition tend à limiter éventuellement l'affectation à 40 millions de façon que nous soyons bien au clair sur les sommes que la Confédération aura à affecter postérieurement à l'œuvre des assurances sociales.

Plus tard, si les conditions économiques et financières s'améliorent, rien ne s'opposera à un geste plus large et je suis d'accord avec M. Schöpfer que nos successeurs affectent toutes les disponibilités de la Confédération à améliorer le sort des vieillards. Voilà ce que je tenais à dire de façon que nous soyons bien au clair sur la signification de la remarque que j'ai faite.

Schöpfer, Berichterstatter der Kommission: Es wird nichts anderes übrig bleiben, als den Beschluss des Bundesrates, der uns von Herrn Bundesrat Musy angekündigt wird, abzuwarten. Dann werden wir unsere Kommission auf heute abend einberufen müssen, um zu diesem Beschlusse Stellung zu nehmen. Das Resultat wird das sein, dass wir heute keine Nachmittagssitzung abhalten können oder wahrscheinlich erst recht spät und dass wir am vorletzten Tage, am Freitag, die wichtigste Vorlage, welche wir in dieser Session zu behandeln haben, noch rasch übers Knie abbrechen müssen. Eine ausserordentlich unbefriedigende Feststellung. Aber anders werden wir es kaum machen können.

M. le conseiller fédéral **Musy**: La discussion peut parfaitement être poursuivie. Il y a une proposition qui a été formulée. Vous avez l'art. 41 ter et l'art. 41quater. La seule question que vous me permettez de soulever au terme de notre discussion est celle

de savoir s'il n'est pas prudent et si le Conseil n'est pas de l'avis de limiter le chiffre de la subvention annuelle que la Confédération fera aux assurances à 40 millions.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 12. Oktober 1922. Séance de relevée du 12 octobre 1922.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Räder.

1078. Revision der Art. 32bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Revision des articles 32bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

(Siehe Seite 382 hievor. — Voir page 382 ci-devant.)

Redaktionelle Bereinigung. — Rédaction définitive.

Vorlage der Redaktionskommission.

Bundesbeschluss

betreffend

die Revision der Art. 31 und 32 bis (Alkoholwesen) der Bundesverfassung.

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsichtnahme der Botschaft des Bundesrates vom 27. Mai 1919,

beschliesst:

I.

Es werden der Abstimmung des Volkes und der Stände getrennt unterbreitet:

1. Entwurf zu einer Revision der Bestimmungen der Bundesverfassung über die gebrannten geistigen Getränke:

Art. 32 bis, Abs. 1, 3 und 4, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Art. 32 bis. « Die Gesetzgebung über die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung, den Verkauf und die fiskalische Belastung gebrannter Wasser ist Sache des Bundes.

Die fiskalische Belastung der Herstellung von Spezialitäten erfolgt in Form einer ihrer Eigenart entsprechenden Fabrikationssteuer.

Abgesehen von Spezialitäten, die in einer dem Bedürfnis entsprechenden Beschaffenheit nur im Auslande hergestellt werden können, ist die Einfuhr bloss soweit zuzulassen, als die inländische Fabrikation zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht.

Die fiskalische Belastung ist so zu gestalten, dass sei die Verwertung einheimischer Brennereirohstoffe

zu angemessenen Preisen sichert, zugleich aber in möglichst weitgehendem Masse verbrauchsvermindernd wirkt.

Gebrannte Wasser, die durchgeführt, in verarbeiteter Form ausgeführt oder in einer den Trinkverbrauch ausschliessenden Zubereitung zu gewerblichen oder Haushaltzwecken verwendet werden, dürfen durch die auf dem vorliegenden Artikel beruhende Gesetzgebung keinerlei Belastung unterworfen werden.

Die Einnahmen aus der Besteuerung des Ausschanks und des Kleinhandels innerhalb des Kantonsgebietes gehören den Kantonen des Bezugs.

Von den Reineinnahmen aus der fiskalischen Belastung der Fabrikation, der Einfuhr, des Grossverkaufs und des internationalen und interkantonalen Kleinhandels fallen $\frac{3}{5}$ den Kantonen, $\frac{2}{5}$ dem Bunde zu.

Die Beträge, welche den Kantonen zufallen, werden unter diese am Ende jedes Rechnungsjahres nach Verhältnis der durch die jeweilige letzte eidgenössische Völkszählung ermittelten und erwahrten Wohnbevölkerung verteilt.

Die Kantone haben 15 % ihres Anteils zur Bekämpfung des Alkoholismus zu verwenden, und zwar so, dass der überwiegende Teil auf die Bekämpfung der Ursachen des Alkoholismus entfällt.

Von den Beträgen, welche dem Bunde zufallen, hat dieser 5 % zur Bekämpfung des Alkoholismus, 95 % zur Förderung der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung sowie der Kranken- und Unfallversicherung zu verwenden.»

Art. 31, lit. b, erhält folgende Fassung: «Die Fabrikation, die Einfuhr, die Reinigung und der Verkauf gebrannter Wasser nach Massgabe des Art. 32 bis.»

2. Entwurf zu einer Revision von Bestimmungen der Bundesverfassung über die nicht gebrannten geistigen Getränke:

Art. 31, lit. c, und Art. 32 bis, Abs. 2, werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Art. 31, lit. c. «Das Wirtschaftswesen und der Kleinhandel mit geistigen Getränken, in dem Sinne, dass die Kantone auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Wirtschaftsgewerbes und des Kleinhandels mit geistigen Getränken den durch das öffentliche Wohl geforderten Beschränkungen unterwerfen können. Jedoch darf der Handel mit nicht gebrannten geistigen Getränken in Mengen von zwei oder mehr Liter mit besonderen Abgaben nicht belegt werden.»

II.

Der Bundesrat ist mit der Vollziehung des Beschlusses beauftragt.

Projet de la commission de rédaction.

Arrêté fédéral

concernant

la revision des art. 31 et 32 bis (régime des alcools) de la Constitution fédérale.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE

DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu le message du Conseil fédéral du 27 mai 1919,

arrête:

I.

Seront soumis séparément à la votation du peuple et à celle des cantons:

1. Projet de revision des dispositions constitutionnelles relatives aux boissons distillées:

L'art. 32 bis, al. 1, 3 et 4, est remplacé par la disposition suivante:

Art. 32 bis. «Le droit de légiférer sur la fabrication, l'importation, la rectification, la vente et l'imposition fiscale des alcools obtenus par distillation appartient à la Confédération.

L'imposition fiscale de la fabrication de spécialités a lieu sous la forme d'un impôt de fabrication, correspondant à la nature particulière de ces spécialités.

Sauf pour les spécialités qui ne peuvent être fabriquées en Suisse dans une qualité correspondante à la demande, l'importation n'est autorisée que si la production indigène ne suffit pas à couvrir les besoins.

L'imposition fiscale doit être établie de manière à assurer l'utilisation des matières distillables indigènes à des prix convenables, tout en ayant pour effet de diminuer la consommation dans la plus forte mesure possible.

Les alcools obtenus par distillation qui passent en transit ou sont exportés sous forme de produits transformés ou qui, après avoir subi une préparation les rendant impropres à servir de boisson, sont employés à des usages industriels ou domestiques, ne doivent être grevés d'aucune charge par les prescriptions décrétées en vertu du présent article.

Les recettes provenant de l'imposition du débit et du commerce en détail dans les limites du territoire cantonal appartiennent au canton qui les perçoit.

Celles provenant des charges fiscales grevant la fabrication, l'importation, la vente en gros et le commerce en détail international et intercantonal sont attribuées aux cantons à raison de $\frac{3}{5}$ à la Confédération à raison de $\frac{2}{5}$.

Les recettes revenant aux cantons sont réparties entre eux, à la fin de chaque exercice, proportionnellement à leur population de résidence ordinaire telle qu'elle a été établie par le dernier recensement sanctionné par les chambres.

Les cantons sont tenus d'employer à la lutte contre l'alcoolisme 15 % de leur part de recettes, et cela en affectant la majeure partie de cette part à la lutte contre les causes de l'alcoolisme.

La Confédération affectera comme suit la part des recettes lui revenant: 5 % en faveur de la lutte contre l'alcoolisme, 95 % au profit de l'assurance vieillesse, invalidité et survivants, ainsi que de l'assurance maladie et accidents.»

L'art. 31, lit. b, reçoit la teneur suivante: «La fabrication, l'importation, la rectification et la vente des alcools obtenus par distillation, en conformité de l'art. 32 bis.»

2. Projet de revision de dispositions constitutionnelles relatives au commerce des boissons fermentées:

L'art. 31, lettre c, et l'art. 32 bis, al. 2, sont remplacés par la disposition suivante:

Art. 31, lit. c. «Tout ce qui concerne les auberges et les commerces en détail des boissons spiritueuses, en ce sens que les cantons ont le droit de soumettre,

par voie législative, aux restrictions exigées par le bien-être public l'exercice du métier d'aubergiste et le commerce en détail des boissons spiritueuses. Toutefois, le commerce des boissons fermentées, en quantités de deux litres ou plus, ne doit pas être soumis à des impôts spéciaux.»

II.

Le Conseil fédéral est chargé de l'exécution du présent arrêté.

von Arx, Berichterstatter der Kommission: Sie haben in der Sitzung von gestern eine einzige Differenz mit dem Nationalrat betreffend die Revision der Art. 31 und 32bis der Bundesverfassung durch Zustimmung erledigt. Die Vorlage ging an die Redaktionskommission zur definitiven Festsetzung des Wortlautes derselben. Materielle Aenderungen konnten selbstverständlich keine mehr vorgenommen werden. In formeller Beziehung ist nur Lemma 2 auf Seite 2 der Vorlage in zwei Absätze getrennt worden. Im einen Absatz wird gesagt: «Von den Reineinnahmen aus der fiskalischen Belastung der Fabrikation, der Einfuhr, des Grossverkaufs und des internationalen und interkantonalen Kleinhandels fallen $\frac{3}{5}$ den Kantonen, $\frac{2}{5}$ dem Bunde zu.»

Und in dem andern wird gesagt: «Die Beträge, welche den Kantonen zufallen, werden unter diese am Ende jedes Rechnungsjahres nach Verhältnis der durch die jeweilige letzte eidgenössische Volkszählung ermittelten und erwarteten Wohnbevölkerung verteilt.» Unter I, Ziff. 2, wird in Art. 31, lit. c, in der dritten Linie das Wort «Wirtschaftswesen» ersetzt durch das Wort «Wirtschaftsgewerbe». Das Wort «Wirtschaftswesen» ist im Text durch eine unrichtige Uebersetzung des Wortes «métier d'aubergiste» hereingekommen. Es handelt sich natürlich nicht um die Ausübung des Wirtschaftswesens, sondern des Wirtschaftsgewerbes. Im übrigen beantrage ich Ihnen, nun die Vorlage mit dem Text, wie er Ihnen gedruckt diesen Vormittag zugestellt worden ist, anzunehmen und zur Schlussabstimmung überzugehen.

Präsident: Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass hier von einer Ergänzung der Altersversicherung gesprochen wird, am andern Orte von einer Alters- und Invalidenversicherung. Ich möchte diesen Unterschied nur noch der Kommission zu bedenken geben.

von Arx, Berichterstatter der Kommission: Wenn der Text, der heute behandelten Vorlage nicht stimmt mit dem Bundesbeschluss betreffend die Revision der Art. 31 und 32 bis, so mag in diesem Projekt diese Unstimmigkeit beseitigt werden, aber der Text des Beschlusses betreffend den Artikel 31 und 32 bis betrifft das Alkoholwesen in der Bundesverfassung. Es herrscht Uebereinstimmung zwischen beiden Räten und wir können nach dem Geschäftsverkehrsgesetz an diesem bereinigten Text materiell nichts mehr ändern. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zu den Bestimmungen der Vorlage, wie sie vorliegt.

Präsident: Ich habe nicht von einer materiellen Aenderung gesprochen, sondern fasse die Sache als redaktionell auf.

Schlussabstimmung. — Votation finale.

Für Annahme des Beschlusentwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

1625. Einmalige Vermögensabgabe. Begutachtung des Volksbegehrens.

Impôt unique sur la fortune. Préavis sur l'initiative.

(Siehe Seite 340 hiavor. — Voir page 340 ci-devant.)

Differenzen. — *Divergences.*

Ziff. 1.

Antrag der Kommission des Ständerates
vom 11. Oktober 1922.

Bundesbeschluss

über das

Volksbegehren betreffend Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe (Art. 42 bis der Bundesverfassung).

(Vom —. Oktober 1922.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht des Volksbegehrens betreffend Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe (Art. 42bis der Bundesverfassung) und eines Berichtes des Bundesrates vom 1. August 1922, gestützt auf Art. 121 ff. der Bundesverfassung und Art. 8 ff. des Bundesgesetzes vom 27. Januar 1892 über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen betreffend die Revision der Bundesverfassung,

beschliesst:

I.

Es wird der Abstimmung des Volkes und der Stände unterbreitet das Volksbegehren um Einführung eines Art. 42 bis in die Bundesverfassung (einmalige Vermögensabgabe), das lautet wie folgt:

(Folgt der Wortlaut des Volksbegehrens.)

II.

Dem Volke und den Ständen wird die Verwerfung des Volksbegehrens beantragt.

III.

Der Bundesrat ist mit der Vollziehung dieses Bundesbeschlusses beauftragt.

Revision der Art. 32 bis und 31 der Bundesverfassung (Alkoholwesen).

Révision des articles 32 bis et 31 de la constitution (régime des alcools).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1922
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1078
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.10.1922
Date	
Data	
Seite	402-404
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 430

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.